

Welche Spuren hat das „Superwahljahr 2024“ in Sachsen hinterlassen? Wofür gingen Menschen bei Demonstrationen auf die Straße? Was kann Demokratisierung voranbringen? Im vierten Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts liefern Forscher, Mitglieder der sächsischen Zivilgesellschaft, Journalistinnen und Künstlerinnen vielfältige Perspektiven, Befunde und Analysen.

Das Jahrbuch enthält unter anderem folgende Beiträge:

- Johannes Kiess und Michael Nattke (Kulturbüro Sachsen) zur Wahlkampfstrategie der rechtsextremen Freien Sachsen,
 - Tina Pruschmann (Überlandstreiberinnen) über die Bedeutung des Begriffs „Heimat“ im Wahlkampf,
 - ein von Piotr Kocyba und Alexander Leistner geleitetes Forschungsteam zu den Demonstrationen vor der Europa- und der Landtagswahl sowie
 - Kristin Weber, Rowenia Bender und Frank Asbrock (ZKFS) zum Forschungsstand vorurteilsmotivierter Gewalt und den Folgen für die Betroffenen.
- Mit Fotografien der Leipziger Künstlerin Iona Dutz.

DEMOKRATIE IN SACHSEN
JAHRBUCH DES ELSE-FRENKEL-BRUNSWIK-INSTITUTS FÜR 2024



ISBN: 978-3-948049-32-4

| E
| F
| B
| I
|
| 2
| 0
| 2
| 4
|



DEMOKRATIE IN SACHSEN

JAHRBUCH DES ELSE-FRENKEL-BRUNSWIK-INSTITUTS FÜR 2024

EFFBI
2024

OLIVER DECKER, FIONA KALKSTEIN, JOHANNES KIESS
UND PIOTR KOCYBA (HRSG.)

EDITION ÜBERLAND

Else Frenkel-Brunswik wurde am 18. August 1908 in Lemberg, dem heutigen Lwiw (Ukraine), geboren und studierte in Wien Psychologie. Anschließend war sie am Institut für Psychologie im Forschungsbereich „Autobiographische Forschung“ bei Charlotte und Karl Bühler als Assistentin beschäftigt und bildete sich zur Psychoanalytikerin weiter. Mit dem Beginn der Naziherrschaft in Österreich floh Else Frenkel 1938 in die USA und begann an der University of California in Berkeley ihre Tätigkeit als Senior Lecturer am Institute of Child Welfare sowie als wissenschaftliche Psychologin und Psychotherapeutin am Cowell Memorial Hospital. Im selben Jahr heiratete sie den ebenfalls aus Wien emigrierten Psychologen Egon Brunswik. In den USA erforschte Else Frenkel-Brunswik vorwiegend den modernen Antisemitismus und war maßgeblich an den ab 1944 in Berkeley durchgeführten „Studies in Prejudice“ beteiligt. Sie leitete neben dem Sozialphilosophen Theodor W. Adorno, dem Sozialpsychologen Nevitt Sanford und dem Psychiater Daniel J. Levinson die „Studien zum autoritären Charakter“.

DEMOKRATIE IN SACHSEN

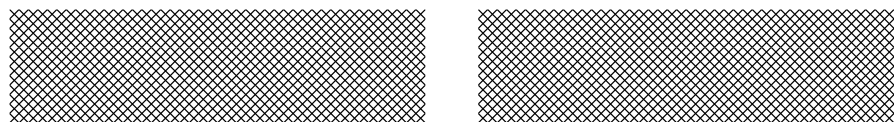
JAHRBUCH DES ELSE-FRENKEL-BRUNSWIK-INSTITUTS FÜR 2024



UNIVERSITÄT
LEIPZIG

Research Centre Global
Dynamics | ReCentGlobe

JAHR

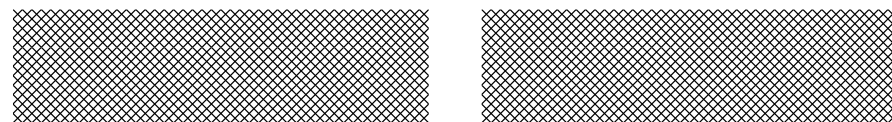


BUCH

DEMOKRATIE IN SACHSEN

JAHRBUCH DES ELSE-FRENKEL-BRUNSWIK-INSTITUTS FÜR 2024

OLIVER DECKER, FIONA KALKSTEIN, JOHANNES KIESS
UND PIOTR KOCYBA (HRSG.)



2024

EDITION ÜBERLAND

EINFÜHRUNG

- Oliver Decker 9
Autoritäre Versuchungen und demokratische Ressourcen

ÜBERBLICK

- Amelie Feuerer & Johannes Kiess 23
Seismografen gesellschaftlicher Stimmungslagen
Die sächsischen Partnerschaften für Demokratie und Modellprojekte 2024
- Andrea Hübler (RAA Sachsen e.V.) 38
Menschenfeindliche Gewalt in Sachsen 2024 (Statistik)

SCHLAGLICHTER

- Maja Herms, Flora Kampmann, Piotr Kocyba, Alexander Leistner & Simone Rauer 61
„Hand in Hand“ für Demokratie
Ergebnisse von zwei Demonstrationsbefragungen in Leipzig
- Andre Schmidt, Jonas Ochsmann, Johannes Kiess & Sophie Bose 85
Wege der Demokratisierung
Was wissen wir über die Potenziale von gewerkschaftlicher Organisation und betrieblichem Konflikt in Sachsen?
- Hannah Hoffmann, Johanna Niendorf, Kim Hesch & Kazim Celik 105
Und was ist mit Religion?
Jugendliche und Religiosität in Sachsen

INHALT

- Nicole Löw 127
Zur (Un-)Abhängigkeit der Staatsanwaltschaften
Eine deskriptive Beschreibung von Erfahrungen sächsischer Staatsanwält:innen

- Kristin Weber, Rowenia Bender & Frank Asbrock 143
Vorurteilmotivierte Gewalt
Forschungsstand und Folgen für die Betroffenen

- Johannes Kiess & Michael Nattke 167
Widerstand in Dauerschleife
Die Freien Sachsen zwischen Wahlkampffinanzierung und Wahlbetrug

PERSPEKTIVEN

- Tina Pruschmann 203
Heimat
Die Politisierung eines Gefühls

- Iona Dutz 219
Ostwärts
Sehnsucht nach Zukunft

ANHANG

- Zur Herausgeberin und zu den Herausgebern 221
- Zu den Autorinnen und Autoren 221





Autoritäre Versuchungen und demokratische Ressourcen

Im vergangenen Jahr richtete sich der Blick der Öffentlichkeit auf drei ostdeutsche Bundesländer: Neben Sachsen waren Brandenburg und Thüringen im Fokus der Medien, der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft. Das war kein Wunder, standen doch in allen drei Bundesländern im Jahr 2024 die Landtagswahlen an. Die Frage, wie sich die Wähler an der Urne entscheiden werden, band schon lange vor dem eigentlichen Wahltag die Aufmerksamkeit, weil mit einem Stimmenzuwachs für die extrem rechte Alternative für Deutschland (AfD) gerechnet wurde.

Zu Beginn des Superwahljahres 2024 machte dann die Gründung einer neuen Partei – dem Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) – eine seriöse Prognose über den Wahlausgang zusätzlich schwer. Das BSW konnte im Juni zunächst ins Europaparlament und im Herbst dann in allen drei Bundesländern in die Landesparlamente einziehen. Wer allerdings vorher die Hoffnung hegte, das BSW würde von der AfD Wähler abwerben, sah sich nach den Wahlen enttäuscht. Es gewann vor allem Wähler aus dem sozialdemokratischen Parteienspektrum (Decker et al., 2024a). Die AfD wiederum konnte ihre Parlamentsstärke nicht substanziell ausbauen. Dennoch wurde sichtbar, dass sie trotz – wahrscheinlicher: wegen – ihres aggressiven Grundtons einen relevanten Anteil der Bürger gewinnen konnte und mittlerweile über eine Wählerbindung in vielen sozialen Milieus verfügt.

Wie groß der Resonanzraum für die autoritären Motive der AfD ist, darüber geben verschiedene Untersuchungen immer wieder Auskunft. Dabei verzeichnen sie zwar nicht nur für ethnozentrische Positionen Zustimmung – die Abwertung von Migranten und die Betonung nationaler Größe –, aber hier zeigte auch in der vom EFBI 2023 durchgeführ-

ten Ostdeutschland-Befragung der größte Zuspruch: Jeder fünfte Ostdeutsche ist offen für Chauvinismus, jeder dritte für Ausländerfeindlichkeit (Decker et al., 2023). Diese Zahlen sind nicht neu und stiegen im Langzeitvergleich unserer Leipziger Autoritarismus Studien seit 2002 nicht substanziell an. Dass die Ressentiments konstant waren, fiel lange Zeit nicht ins Auge. Heute wird es bemerkt, da es für viele Menschen wahlentscheidend geworden ist. Seit etwa zehn Jahren wird das Versprechen der AfD, diese autoritären Aggressionen nicht nur rhetorisch zu bedienen, sondern in konkrete Politik umzusetzen, attraktiv. Umgekehrt konnten die demokratischen Parteien sich der Bindung ihrer Wähler immer weniger sicher sein. Ihre Wechselbereitschaft war schon lange deutlich.

In Sachsen bedeutete der Wahlausgang im Herbst eine Zwickmühle: Schon vor der Wahl haben alle demokratischen Parteien erklärt, eine Zusammenarbeit mit der AfD abzulehnen, von einer Koalition ganz zu schweigen. Zu deutlich tritt nicht nur den meisten Landesämtern und dem Bundesamt für Verfassungsschutz vor Augen, dass sich diese Partei gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung richtet, auch Wissenschaft und Zivilgesellschaft bewerten die aggressiv-destruktive Rhetorik der Partei-Exponenten nicht als bloßen Agitationstrick, sondern als Ausdruck einer massiven autoritären Sehnsucht. Wie eng die Verbindung von Neonazis und AfD-Mitgliedern ist, wird immer wieder deutlich – zuletzt im November 2024 in Sachsen mit den Ermittlungen der Bundesanwaltschaft gegen die neonazistische Organisation „Sächsische Separatisten“, die ihre Mitglieder unter anderem aus den Reihen der AfD rekrutierte. Man kann zu Recht von einer Arbeitsteilung zwischen AfD und neonazistischen Parteien sprechen (Kiess, 2023), die von der Parteibasis getragen, aber von der Parteispitze mehr als nur toleriert wird.

Ist auch mit der AfD keine demokratische Regierung zu bilden, ohne sie stellt sich die Aufgabe nicht leichter. Die Wechselbereitschaft der Wähler führt zu einer Ausdifferenzierung des Parteispektrums in den Parlamenten, man könnte auch sagen: zu einer neuen Unübersichtlichkeit. Nach langen Verhandlungen scheiterten die Sondierungsgespräche für eine Koalition unter Beteiligung des BSW. Zwar konnte dennoch eine CDU/SPD-Minderheitsregierung gebildet werden, aber die prekäre Lage der Demokratie trat überdeutlich hervor. Das führt zu einer fast schon paradoxen Situation: Wünschten sich in der Leip-

ziger Autoritarismus Studie 2024 fast 40 Prozent der Deutschen eine „einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“ (Decker et al., 2024c, 38), führten die Wahlergebnisse zum glatten Gegenteil. Das kann zwar das Parlament als Arena der Aushandlung zwischen den verschiedenen Interessen stärken, müssen doch die Regierungsparteien für ihre Projekte frühzeitig Mehrheiten suchen. Es wird aber dennoch ein frommer Wunsch bleiben, dass Minderheitsregierungen eine demokratisierende Wirkung gegen den Wunsch nach einer „starken Partei“ haben. Zwar können offene Debatten unter bestimmten Umständen einen demokratisierenden Effekt haben, aber es kommt darauf an, wie sie geführt werden – und wie gut die Menschen Differenz und Offenheit aushalten. Dass ein Merkmal von Faschisten gerade ihre Unfähigkeit ist, mit Uneindeutigkeit umzugehen, konnte Else Frenkel-Brunswik bereits in den 1940er Jahren zeigen (Frenkel-Brunswik, 1949). An diesem Zusammenhang hat sich bis heute nicht viel geändert (Benetka, 2020). Und so ist auch gegenwärtig die Überforderung in Deutschland zu groß, die Ressourcen, uneindeutige Situationen auszuhalten, sind bei vielen Menschen unserem Befund nach begrenzt (Decker et al., 2024c, 83). Für Politiker der demokratischen Parteien bedeutet diese Unübersichtlichkeit eine neue Erfahrung und fordert zusätzliche Fähigkeiten.

Diese Herausforderungen stellen sich nicht nur in den (ostdeutschen) Bundesländern. Nach der Wahl ist vor der Wahl. Diese Grundregel einer demokratischen Gesellschaft galt diesmal noch schneller, als es noch nach den Landtagswahlen im September 2024 zu erahnen war. Wenige Wochen nach den Auszählungen in den Ländern scheiterte im Bund die sogenannte Ampel-Koalition aus SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen, woraufhin für Februar 2025 vorzeitige Neuwahlen angesetzt wurden. Schon vorher, gewissermaßen im Vorwahlkampfmodus, war eine Bewegung erkennbar, wie die demokratischen Parteien versuchen, auf die Mobilisierung der Rechtsextremen zu reagieren: Sie versuchten, die Themen zwar nicht zu übernehmen, aber doch mindestens zu besetzen. Als Reaktion auf die Landtagswahlergebnisse kam es nicht etwa zu einem „Demokratiegipfel“, um parteiübergreifend Konsequenzen aus den AfD-Wahlergebnissen zu ziehen. Vielmehr suchten die demokratischen Parteien ihr Heil in der Auseinandersetzung mit den Themen der AfD: Geladen wurde von der Bundesregierung zu einem „Migrationsgipfel“, als wäre die Zuwanderung das Problem. Dabei hätte

man sich auch noch andere Themen gewünscht: Ein „Infrastruktur-gipfel“ wäre genauso sinnvoll gewesen wie ein „Sozialgipfel“.

Schließlich gilt es, die Chance für die Demokratie zu suchen: Leo Löwenthal, einer der ersten Wissenschaftler, die sich mit faschistischer Propaganda beschäftigten, brachte eines seiner Forschungsergebnisse 1950 in einer Metapher auf den Punkt. Man solle sich, so schreibt er, einen Bus vorstellen, der übers Land fährt. Er ist restlos überfüllt, die Luft schlecht, die Menschen stehen sich auf den Füßen. Entsprechend schlecht ist die Stimmung. Was, fragt Löwenthal rhetorisch, ist die Antwort des faschistischen Agitators? „Schmeißen wir die Ausländer raus!“, lautet dessen Lösungsvorschlag (Löwenthal, 1949, 22f.). Die Beschreibung ist mehr als 70 Jahre alt. Die Antwort der Faschisten ist immer noch die gleiche. Ihr Geschäft ist die Krise, ein „Evangelium des Untergangs“ (ebd., 51), ihre Antwort die Destruktion. Die Aufgabe des Demokraten, so ergänzt Löwenthal, wäre eine Lösung zu finden – zum Beispiel, um im Bild zu bleiben, gemeinsam mit den anderen dafür zu sorgen, dass mehr Busse auf der Linie fahren.

Wenn sich derzeit sehr viele Menschen von der Demokratie enttäuscht zeigen, dann sind das nicht mehr nur die extremen Rechten. Ja, es gibt immer noch eine Verachtung für die politischen Aushandlungsprozesse in den Parlamenten (Pickel et al., 2024), aber es gibt auch eine Enttäuschung unter den Wählern der demokratischen Parteien. Die Wahrheit ist nicht nur, dass diejenigen, die Ressentiments in großer Zahl teilen – ob gegen Migranten, Sinti und Roma, Juden, Frauen oder andere Menschen –, bei der AfD zu finden sind. Zur Wahrheit der Wählerwanderung gehört auch, dass diejenigen, die heute noch ihr Kreuz bei der CDU/CSU oder SPD machen, mit der Programmatik und dem Auftreten der AfD nicht viel anfangen können. Das gilt nicht nur für die Wähler, es gilt auch für die Mandatsträger, wie bei der Abstimmung über das sogenannte Zustrombegrenzungsgesetz Ende Januar 2025 im Bundestag überdeutlich wurde. Der Abstimmung im deutschen Parlament ging demonstrativ die Einlassung des CDU-Kanzlerkandidaten voraus, dass man in Kauf nehme, mit den Stimmen der AfD-Fraktion eine Mehrheit zu erzielen. Es musste der Eindruck entstehen, dass diese Stimmen in die Abstimmungsrechnung einkalkuliert waren. Dass dies weder bei den Wählern noch bei den eigenen Parlamentariern ankommt, musste die Fraktionsführung bei der Abstimmung feststellen: Am Ende fehlte die Zustimmung aus den eigenen Reihen, zwölf Abgeordnete der

CDU/CSU-Fraktion gaben schlicht ihre Stimme nicht ab (Deutscher Bundestag, 2025). Gerade angesichts von Fraktionsdisziplin und namentlicher Abstimmung ein deutliches Votum.

Und diese Option eines „no-show“ haben auch die Wähler. Schon jetzt ist ein relevanter Anteil derjenigen, die keine Ressentiments teilen, politisch heimatlos geworden: Sie wissen nicht, wen sie wählen sollen (Decker/Brähler, 2025). Auf der einen Seite sind Ressentiments wahlentscheidend geworden, auf der anderen Seite ist es der Wunsch nach Anerkennung und demokratischen Gepflogenheiten.

Erfolg hat die AfD nicht zuletzt mit ihren Ressentiments gegen Migranten. Und auch wenn die Ausländerfeindlichkeit nicht ihr Markenkern ist, so ist sie dennoch der sichtbarste Ausdruck einer aggressiven Destruktivität, die sich gegen fast jeden Lebensbereich richten kann. Ideologisch nutzt die AfD die Brückenfunktion von Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus, organisatorisch ist ihr selbst der Brückenschlag gelungen zwischen bürgerlichen und neo-nazistischen Milieus. Erfolgreich ist sie dabei nicht wegen der besonderen Fähigkeit zur politischen Strategie – selbst ein Exponent wie Maximilian Krah ist eher glücklicher Gewinner der neuen Kommunikationskanäle sozialer Netzwerke als deren geschickter Manipulator. Wie schon im 20. Jahrhundert besteht der Erfolg faschistischer Agitatoren weniger in ihren rhetorischen Fähigkeiten als in der Sehnsucht ihrer Zuhörer, diese Botschaft aus autoritärer Sicherheit und Legimitation der Aggressionen zu hören. Die AfD schafft es damit einerseits, relevante Wählerschichten zu gewinnen, andererseits verstellt sie sich mit der von ihr betriebenen Polarisierung bisher selbst den Weg an die Regierung: Wessen Destruktivität sich permanent auch gegen den politischen Gegner entlädt, muss sich nicht wundern, wenn er am Wahlabend ohne mögliche Bündnispartner dasteht. Das ist ein Glück für die Demokratie, auch wenn die Frage ist, wie lange der Cordon sanitaire um die AfD halten wird.

An der AfD wird deutlich, was wir in unserer Studienreihe seit 2002 hervorgehoben haben: Die gesellschaftliche Mitte ist nicht der Schutzort der Demokratie, sondern von ihr geht die Bedrohung aus (Decker, 2010, 2018). Das ist in einem doppelten Sinne gemeint: An den scheinbaren Rändern wurde schon vor 20 Jahren in aller Deutlichkeit sichtbar, welche Aggressionsbereitschaft unterschiedliche soziale Milieus der Gesellschaft durchzog. Der Extremismus war nie, was das Lehnwort aus dem Latein behauptete, etwas Äußerliches (mit *externus*

bezeichnet man eigentlich, was nach außen geht oder von außen kommt). Die Ressentiments waren immer schon in allen gesellschaftlichen Milieus vorhanden. Wenn vom Extrem die Rede sein soll, dann nur in dem Sinne, dass sich an diesem Sonderfall der regelhafte gesellschaftliche Betrieb untersuchen lässt. An ihm wird sichtbar, dass etwas im Zentrum dieser Gesellschaft das Bedürfnis nach Autorität überhaupt erst hervorbringt. Ein Bedürfnis nach Autorität, das ist im Kern zunächst einmal der Wunsch nach dem Geländer einer machtvollen Partei, einem Führer oder einem anderen machtvollen Identifikationsobjekt. Darüber hinaus schafft diese Identifikation eine Gruppe, aus der heraus scheinbar Abweichende mit destruktiver Wut verfolgt werden können. All das hat die AfD im Programm und deshalb wird sie gewählt. Aber mit ihrer Wahl wird nicht die Ausnahme, sondern die Regel deutlich und zwar nicht nur in Deutschland, sondern in fast allen europäischen Ländern.

In der Politik erfreute sich der Populismus-Begriff zur Bezeichnung der extrem rechten Parteien eine Zeitlang großer Beliebtheit (Priester, 2012; Mudde/Kaltwasser, 2017). Zur Beschreibung eines zentralen Merkmals des Forschungsfeldes war er aber Ausdruck einer gewissen Hilflosigkeit gegenüber Parteien wie der AfD. „Rechtspopulismus“, für die Analyse bestimmter politischer Phänomene und Parteien ein geeigneter Begriff, sollte dennoch auch für die AfD eine passende Kennzeichnung zu sein. Als kleinster gemeinsamer Nenner erlebte er eine kurze öffentliche Konjunktur, um in einer Doppelbewegung die AfD zu ächten und an ihre Wähler aber den Appell zu Maß und Mäßigung zu senden: Sie sollten nicht den „Populisten auf den Leim gehen“, so könnte man den dahinterstehenden Gedanken paraphrasieren. Eine Art „Extremismusbegriff light“, könnte man rückblickend sagen. Dass hinter einem Gedanken ein Wunsch steht, ist nicht außergewöhnlich. Dass er allerdings in diesem Fall wie beim Extremismusbegriff die Oberhand erlangte, prägte die weitere Entwicklung: Die Adressaten des Appells, die AfD-Wählerschaft, durchzog bereits von Anfang an eine neo-nazistische Ideologie (Celik et al., 2020), sie war von Beginn an von denselben autoritären Ressentiments geprägt, wie sie heute offen zu Tage liegen. Dass dennoch „Rechtspopulismus“ eine gewisse Attraktivität hatte, hing mit der Begriffsgeschichte zusammen. In den frühen 1980er konstatierte der britische Sozialforscher Stuart Hall, dass das Aufziehen des „autoritären Populismus“ eine Reaktion auf den Beginn des Neoliberalismus war (Hall, 1982). Unabhängig von der Reichweite

seiner Analyse, eines ließ sich so mit seinem Verständnis von Populismus zum Ausdruck bringen: Die enge Verbindung von autoritären Bedürfnissen der Gesellschaftsmitglieder und dem ökonomischen Zentrum der Gesellschaft. Gerade in Deutschland werden die Flexibilisierungs- und Beschleunigungsimperative zugunsten einer „starken Wirtschaft“ mitgetragen (Decker, 2019), es existiert in Deutschland ein „tief verankerter Wachstumsfetischismus“ (Wehler, 2008, 48). Diese freiwillige Übernahme gesellschaftlicher Anforderungen ist ein zentrales Kennzeichen des Autoritarismus. Sichtbar werden die Verrechnungskosten im beständig zunehmenden Bedürfnis nach kollektiver Identität (Niethammer, 2000). Und wo mit aller Macht das Eigene gebraucht wird, da braucht es erst recht das Fremde. „Die Suche [...] nach den altmodischen, unverkennbaren und unumstößlichen feindlichen Fremden, die sich so gut zur Stärkung der eigenen Identität durch strikte Abgrenzung und Mauerbau eignen.“ (Bauman, 2017, 48)

Und das galt nie nur für die extreme Rechte, sondern ebenso für Linke. Lange Zeit war das Ressentiment in linken politischen Milieus aus dem Blick geraten, bis es unmittelbar nach dem Angriff der klerikalfaschistischen Hamas auf Israel offen zu Tage trat und es trotz der von sexueller Gewalt begleiteten Massaker zu offener Solidarisierung mit ihr kam. Bei einer Demonstration aus Anlass des Jahrestags am 7. Oktober 2024 brachte es eine Vertreterin des Leipziger Vereins Handala zum Ausdruck, als sie vom „Tag der Freude“ sprach, welche „uns alle angesichts des Aufstands des Gaza-Ghettos“ erfasste. Nicht zuletzt wegen dieser Einlassungen hat das Landesamt für Verfassungsschutz (2024) festgestellt, dass der Verein sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung richtet. Es sieht klare Verstöße gegen das Grundgesetz vorliegen und dem kann man sich nur anschließen: Obwohl der Antisemitismus Kern der Hamas-Ideologie ist und die Terrororganisation in ihrer religiös-fanatischen Märtyrer-Ideologie Opfer der eigenen Bevölkerung von vornherein bewusst in Kauf genommen hat, kam es innerhalb von Teilen der bewegungsförmigen Linken unmittelbar zu einer breiten Solidarisierung mit dieser antimodernen, antiemanzipatorischen Bewegung. Auf der Linken wurde Antisemitismus aus verschiedenen Gründen lange Zeit übersehen. Das lag bei empirischen Untersuchungen daran, dass selten Motive erhoben wurden, die zur Rationalisierung des antisemitischen Ressentiments innerhalb linker Milieus genutzt werden. Und innerhalb der Kriminalitätsstatistik entstand ein blinder Fleck, weil

bei politisch unklarer Motivation von Straftaten diese dem Phänomenbereich Rechtsextremismus zugeordnet wurden.

Die vom Bundeskriminalamt und dem Bundesinnenministerium jährlich veröffentlichte Statistik zur politisch-motivierten Kriminalität (PMK) zeigt seit zehn Jahren einen massiven Anstieg antisemitischer Straftaten an: Ihre Zahl hat sich zwischen 2012 und 2022 verdoppelt (Bundesministerium des Inneren & Bundeskriminalamt, 2023). Der PMK-Bericht für das Jahr 2023 belegte einen weiteren eklatanten Anstieg der Fallzahlen: Für das Gesamtjahr 2023 wurden 5164 Fälle antisemitisch motivierter Straftaten erfasst (2022: 2641), ein Anstieg zum Vorjahr um 95,53 Prozent (Bundesministerium des Inneren und für Heimat & Bundeskriminalamt, 2024). Diese Zahlen bilden nur das Hellfeld der Taten ab. So gaben 26 Prozent von über 500 Jüdinnen und Juden aus Deutschland, die an einer weiteren, nicht repräsentativen Befragung teilnahmen, an, in den letzten zwölf Monaten aufgrund ihres Jüdischseins beleidigt worden zu sein; auch kommt die Studie zu folgendem Ergebnis: „76% der Befragten sagten zudem, selbst den schwerwiegendsten Vorfall weder bei der Polizei angezeigt noch einer zivilgesellschaftlichen Organisation mitgeteilt zu haben“ (RIAS, 2022, 38; vgl. FRA, 2013).

Insbesondere israelbezogener Antisemitismus ist zu einer Brückenideologie zwischen verschiedenen politischen Milieus geworden: Postkolonialer Antisemitismus und Antizionismus waren 2024 bei einem Fünftel bzw. einem Viertel der Befragten zustimmungsfähig, die sich selbst als „links-außen“ bezeichneten (Decker et al., 2024b, 147). Damit ist der israelbezogene Antisemitismus in seinen unterschiedlichen Erscheinungsformen zum Konsens innerhalb autoritärer Gruppen geworden (Rensmann, 2020). Aber auch der offen geäußerte tradierte Antisemitismus stieg zwischen 2016 und 2024 in den politischen Milieus „links-außen“ von zwei auf knapp sieben Prozent an (Decker et al., 2024b, 148). Dass sich diese Herausforderung nun am sichtbarsten zuerst an den Universitäten zeigte, bringt einen anderen Aspekt dieser Demokratiebedrohung zutage: Antisemitismus ist zunehmend mehr von jungen Erwachsenen und Jugendlichen akzeptiert und offen geäußert (Chernivsky, 2023). Die Bedingungen dieser Radikalisierung und der Anschlussfähigkeit gerade bei jüngeren Gesellschaftsmitgliedern stellt eine der großen Herausforderungen für die demokratische Gesellschaft dar.

Auch in diesem Zusammenhang kommt Demokratieforschung, Zivilgesellschaft und politischer Bildung eine kaum zu überschätzende

Bedeutung zu. Ihre Strukturen sind in den letzten Jahren aufgebaut worden – Beratungs- und Begleitungsangebote bestehen. Obwohl sie nicht nur mit neonazistischer Mobilisierung, politischen Erfolgen der rechtsextremen AfD, Pandemie und Kriegszustand konfrontiert ist, versucht die Zivilgesellschaft in Sachsen einen gleichmäßigen Normalbetrieb zu gewährleisten. Darin hat sie sich bewährt. Wie die Bedingungen für ihre Demokratiearbeit sich im gerade begonnenen Jahr 2025 entwickeln werden, ist allerdings offen. Grund zu Optimismus verbreitet die Landesregierung nicht, wird doch angesichts knapper Kassen mit Haushaltskürzungen gerechnet. Auch wenn die letzten Jahre der Demokratiearbeit ein auf Dauer gestellter Ausnahmezustand waren, so sind doch tragfähige Strukturen aufgebaut worden. Sollte dieses Fundament einer pluralen Demokratie nicht erhalten werden, kann unter der anhaltenden antidemokratischen Mobilisierung schnell ein Kippunkt erreicht sein.

Mit den Beiträgen zum Stand der Demokratie 2024 in diesem Buch soll die Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit informiert und die demokratische Politik gestärkt werden. Es ist die vierte Ausgabe des Jahrbuchs des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts (EFBI) und in ihm berichten neben Forschern des Instituts wieder Experten aus der Zivilgesellschaft sowie Wissenschaftler anderer Forschungseinrichtungen über verschiedene Entwicklungen in den letzten Jahren. Außerdem gibt es einen journalistischen und einen künstlerischen Beitrag.

Diesem Editorial schließen sich zwei Überblicksbeiträge an. *Amelie Feuerer* und *Johannes Kiess* vom EFBI analysieren eine Befragung der durch das Bundesprogramm *Demokratie leben!* geförderten Partnerschaften für Demokratie (PfD) und Modellprojekte in Sachsen. Sie gelten den beiden Autoren als Seismografen gesellschaftlicher Stimmungslagen. *Andrea Hübler* von der RAA Sachsen legt für unser Jahrbuch freundlicherweise wieder ihre vorläufige Statistik zu menschenfeindlichen Gewalttaten in Sachsen für das Jahr 2024 bei.

Den Hauptteil des Bandes bilden sieben Schlaglichter auf pro-demokratische und anti-demokratische Tendenzen, Taten und Akteure im Freistaat Sachsen und darüber hinaus. Hierzu gehört der Bericht des Teams der beiden Sozialwissenschaftler *Piotr Kocyba* und *Alexander Leistner*: Es war kurz vor den Landtagswahlen auf Sachsens Straßen unterwegs und hat Protestierende zu ihren politischen Einstellungen

und Motivationen befragt. Die EFBI-Forscher *Andre Schmidt*, *Jonas Ochsmann*, *Johannes Kiess* und *Sophie Bose* berichten aus einem Forschungsprojekt, für das sie Befragungen mit Belegschaften zweier sächsischer Unternehmen durchgeführt haben. Das Streikgeschehen in Sachsen wird von uns vor allem mit Blick auf demokratische Resonanzen beforscht, da innerhalb der Forschung die Hoffnung besteht, über innerbetriebliche Partizipation Potenzial für Demokratisierung der Gemeinwesen vor Ort zu ermöglichen. Aus dem EFBI-Forschungsprojekt „Radikaler Islam vs. Radikaler Anti-Islam“ (RiRa) ist ein Text über die Einstellungen von Jugendlichen in Sachsen zum Thema Religion entstanden: *Hannah Hoffmann*, *Johanna Niendorf*, *Kim Hesch* und *Kazim Celik* geben einen Einblick in mit Jugendlichen geführte Gruppendiskussionen. EFBI-Wissenschaftlerin *Nicole Löw* hat im Projekt „Soziale Dynamiken und Konflikte in der Justiz“ die Situation von Staatsanwälten in Sachsen untersucht. Sie berichtet, wie sächsische Staatsanwälte ihren Arbeitsalltag und ihre (Un-)Abhängigkeit erleben. Unsere Kollegen *Kristin Weber*, *Rowenia Bender* und *Frank Asbrock* vom Zentrum für Kriminologische Forschung Sachsen (ZKFS) an der Technischen Universität Chemnitz haben ebenfalls einen Text zu diesem Band beige-steuert. Sie werten Daten zu vorurteilsmotivierter Gewalt aus. Zudem erläutern sie, welche Folgen diese Art von Verbrechen und der staatliche und gesellschaftliche Umgang damit für Betroffene haben. In den Schlagzeilen hat auch die rechtsextreme Kleinstpartei der *Freien Sachsen* während des Kommunal- und Landtagswahlkampfes eine große Rolle gespielt. Zusammen mit *Michael Nattke* vom Kulturbüro Sachsen hat *Johannes Kiess* analysiert, mit welchen Zielen sich die Akteure der Partei an Wahlen beteiligen, obwohl sie das demokratische System abzulehnen scheinen.

Der Band wird abgeschlossen von zwei journalistischen bzw. künstlerischen Perspektiven auf Sachsen. Die Autorin *Tina Pruschmann* hat während des sächsischen Landtagswahlkampfes den Freistaat bereist und mit unterschiedlichen Menschen über ihre Vorstellung von dem Begriff „Heimat“ gesprochen. In Ihrem Artikel gibt sie Einblick in ihre Reise und untersucht, inwiefern das Gefühl von Heimat während des Wahlkampfes politisiert wurde. Zudem gibt die Fotografin *Iona Dutz*, von der die in diesem Band gezeigte Fotostrecke stammt, einen Einblick in ihre Motivation hinter dem Projekt „Ostwärts – Sehnsucht nach Zukunft“.

LITERATUR

- Bauman, Zygmunt (2017). Symptome auf der Suche nach ihrem Namen und Ursprung. In Heinrich Geiselberger (Hrsg.), *Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit* (S. 37–56). Berlin: Suhrkamp.
- Benetka, Gerhard (2020). Zur Psychologie der Unbestimmtheit: Ambivalenz und Ambiguität. In Bernhard Plé/Peter Wilhelmer/Gerhard Benetka (Hrsg.), *Facetten der Ungewissheit. Erträge aus interdisziplinären Betrachtungen* (S. 83–95). Hamburg: Verlag Dr. Kovac.
- Bundesministerium des Inneren und Heimat & Bundeskriminalamt (2023). Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2022. URL: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/nachrichten/2023/05/pmk2022-factsheets.pdf?__blob=publicationFile&v=5 (02.02.2025).
- Bundesministerium des Inneren und Heimat & Bundeskriminalamt (2024). Bundesweite Fallzahlen 2023. Politisch motivierte Kriminalität. URL: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/nachrichten/2024/pmk2023-factsheets.pdf?__blob=publicationFile&v=2 (02.02.2025).
- Celik, Kazim/Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2020). Rechtsextremismus für die breite Gesellschaft? Der Wandel der AfD-Wählerschaft von 2014 bis 2020. In Oliver Decker/Elmar Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken: Neue Radikalität – alte Ressentiments. Leipziger Autoritarismus Studie 2020* (S. 149–175). Gießen: Psychosozial.
- Chernivsky, Marina (2023). *Antisemitismus im Kontext Schule*. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Decker, Oliver (2010). Die Mitte – das gesellschaftliche Zentrum und sein Rand. In Oliver Decker/Marliese Weißmann/Johannes Kiess/Elmar Brähler (Hrsg.), *Die Mitte in der Krise* (S. 41–58). Springer: Zu Klampen (2012).
- Decker, Oliver (2018). Flucht ins Autoritäre. In Oliver Decker/Elmar Brähler (Hrsg.), *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft* (S. 15–64). Gießen: Psychosozial.
- Decker, Oliver (2019). Secondary authoritarianism – the economy and right-wing extremist attitudes in contemporary Germany. *Journal of Psychosocial Studies*, 12, 203–213.
- Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2025). Die Parteien und das Wählerherz. *EFBI-Policy Paper 2025-1*. Leipzig: Universität Leipzig.
- Decker, Oliver/Kalkstein, Fiona/Dilling, Marius/Celik, Kazim/Hellweg, Nele/Heller, Ayline/Brähler, Elmar (2024a). Besteht eine Chance für eine neue Partei? AfD-Anhänger und die Aussicht für eine Alternative links der Mitte. *Forschungs-journal Soziale Bewegungen*, in Druck.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (2023). Autoritäre Dynamiken und die Unzufriedenheit mit der Demokratie. Die rechtsextreme Einstellung in den ostdeutschen Bundesländern. *EFBI-Policy Paper 2023-2*. Leipzig: Universität Leipzig.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (2024b). Antisemitismus als individuelles Ressentiment und gesellschaftliches Sediment – empirische Befunde. In Oliver Decker/Johannes Kiess/Ayline Heller/Elmar Brähler (Hrsg.), *Ver-eint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Leipziger Autoritarismus Studie 2024* (S. 133–160). Gießen: Psychosozial.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Ayline/Brähler, Elmar (2024c). Die Leipziger Autoritarismus Studie 2024: Methoden, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In Oliver Decker/Johannes Kiess/Ayline Heller/Elmar Brähler (Hrsg.), *Ver-eint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Leipziger Autoritarismus Studie 2024* (S. 29–100). Gießen: Psychosozial.
- Deutscher Bundestag (2025). Namentliche Abstimmungen. „Zustrombegrenzungsgesetz“ der Fraktion der CDU/CSU, 31.01.2025. URL: <https://www.bundestag.de/parlament/plenum/abstimmung/abstimmung/?id=946> (02.02.2025).
- FRA – European Union Agency for Fundamental Rights (2013). Erfahrungen der jüdischen Bevölkerung mit Diskriminierung und Hasskriminalität in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union. URL: http://fra.europa.eu/sites/default/files/fra-2013-factsheet-jewish-people-experiences-discrimination-and-hate-crime.eu_de.pdf (02.02.2025).
- Frenkel-Brunswik, Else (1949). Intolerance of ambiguity as an emotional and perceptual personality variable. *Journal of Personality* 18, 108–143.
- Hall, Stuart (1982). Popular-demokratischer oder autoritärer Populismus. In Wolfgang Fritz Haug/Wieland Efferding (Hrsg.), *Internationale Sozialismuskritik. Bd. 2: Neue soziale Bewegungen und Marxismus* (S. 104–124). Hamburg: Argument.
- Kiess, Johannes (2023). Extrem rechte Parteien in Sachsen. Arbeitsteilige Mobilisierung und Fragmentierung. In Oliver Decker/Fiona Kalkstein/Johannes Kiess (Hrsg.), *Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für 2022* (S. 79–95). Leipzig: edition überland.
- Landesamt für Verfassungsschutz (2024). Monatsbericht November 2024. Dok.-Nr.: 24179174.0. URL: https://www.verfassungsschutz.sachsen.de/download/Monatsbericht_November_2024.pdf (02.02.2025).
- Löwenthal, Leo (1949). Falsche Propheten. Studien zur faschistischen Agitation. In Leo Löwenthal, *Falsche Propheten. Schriften zum Autoritarismus. Schriften 3*, hrsg. v. Helmut Dubiel (S. 11–160). Frankfurt a.M.: Suhrkamp (1982).

- Mudde, Cas/Kaltwasser, Cristóbal Rovira (2017). *Populism. A Very Short Introduction*. Oxford: University Press.
- Niethammer, Lutz (2000). *Kollektive Identität. Heimliche Quellen einer unheimlichen Konjunktur*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Pickel, Susanne/Celik, Kazim/Decker, Oliver (2024). Verwahrloste Demokratie? Politische Kultur und Unterstützung der Demokratie in Deutschland. In Oliver Decker/Johannes Kiess/Ayline Heller/Elmar Brähler (Hrsg.), *Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechts-extreme Einstellungen. Leipziger Autoritarismus Studie 2024* (S. 181–206). Gießen: Psychosozial.
- Priester, Katrin (2012). Wesensmerkmale des Populismus. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 62, 3–15.
- Rensmann, Lars (2020). The Contemporary Globalization of Political Antisemitism: Three Political Spaces and the Global Mainstreaming of the „Jewish Question“ in the Twenty-First Century. *Journal of Contemporary Antisemitism*, 3, 83–108.
- RIAS - Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (2022). Problembeschreibung. Antisemitismus in Thüringen. URL: https://report-antisemitism.de/documents/2022-06-07_rias-th_Problembeschreibung_Thue-lingen.pdf (02.02.2025).
- Wehler, Hans-Ulrich (2008). *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*. München: Beck.





Seismografen gesellschaftlicher Stimmungslagen

Die sächsischen Partnerschaften für Demokratie und Modellprojekte 2024

Seit dem Jahr 2021 befragen wir in Kooperation mit dem Demokratiezentrum im *Sächsischen Staatsministerium für Soziales und gesellschaftlichen Zusammenhalt* regelmäßig die im Rahmen des Bundesprogramms *Demokratie leben!* geförderten *Partnerschaften für Demokratie* (PfD) und Modellprojekte in Sachsen. Solche Befragungen können als „Seismografen für gesamtgesellschaftliche Stimmungs- und Gefährdungslagen“ genutzt werden (Becker et al., 2024, 55). Sie ermöglichen eine Einschätzung der zivilgesellschaftlichen Handlungsspielräume und lokalen Gefährdungen für demokratisches Engagement – und zwar flächendeckend, denn PfD sind mittlerweile deutschlandweit etabliert und aktiv. Mit unserer auf Sachsen beschränkten, aber bereits zum vierten Mal durchgeführten Befragung können wir auch Entwicklungen im Zeitverlauf untersuchen. Regionale Unterschiede lassen sich leider aufgrund der geringen Fallzahl kaum beschreiben. Die Befragungen bilden außerdem die subjektiven Einschätzungen derjenigen ab, die den Fragebogen ausfüllen. Naturgemäß ergibt sich daraus nur eine mittelbare Annäherung an die tatsächliche demokratiepolitische Situation vor Ort. Gleichwohl nehmen die PfD eine wichtige Scharnierfunktion zwischen engagierter Bevölkerung, (institutionalisierter) Zivilgesellschaft und Kommunalverwaltung ein. Ihre Einschätzungen können uns eine zusätzliche Perspektive bieten – neben Statistiken zu politisch motivierter Kriminalität (siehe den Beitrag von Hübner in diesem Band), Analysen von Mobilisierungen (Kiess/Nattke, 2024; siehe auch den Beitrag von Kiess/Nattke in diesem Band), Umfragen (Dilling et al., 2023), Wahlergebnissen (Kiess/Dilling, 2024) und natürlich der Medienberichterstattung.

Die hier im Fokus stehenden PfD setzen sich aus einer bei einem freien Träger angesiedelten Koordinierungs- und Fachstelle, einem federführenden Amt (meist Jugend- oder Sozialamt), einem mehrheitlich aus ehrenamtlichen Vertreter:innen lokaler Vereine bestehenden Begleitausschuss und einem Jugendforum zusammen. Jede PfD verfügt über einen Jugendfonds, einen Aktions- und Initiativfonds sowie einen Fonds für Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit. Mit diesen sollen unter Einbindung von Akteuren vor Ort verschiedene Beteiligungs- und Demokratieprojekte angestoßen werden. Neben den PfD förderte das Bundesprogramm *Demokratie leben!* zwischen 2020 und 2024 in Sachsen auch 16 Modellprojekte, die neue Ansätze der Demokratiestärkung, Beratung, Bildung und Beteiligung entwickeln und ausprobieren sollen (für eine Übersicht siehe Bose et al., 2024). Auch ihre Einschätzungen lassen wir in unsere Analyse einfließen.

In diesem Beitrag stellen wir ausgewählte Ergebnisse einer zwischen Ende September und Anfang November 2024 durchgeführten Online-Befragung aller in Sachsen tätigen PfD und Modellprojekte vor. Den Fragebogen nutzen wir seit der ersten Befragung 2021 (Kiess et al., 2022). Während wir aufgrund dieser Kontinuität Zeitverläufe abbilden können, aktualisieren wir den Fragebogen jedes Jahr leicht, um auch aktuelle Themen aufzugreifen. Wir setzen sowohl standardisierte als auch offene Fragen ein, um den Befragten die Möglichkeit zu geben, selbst Einschätzungen zu formulieren. Der Fragebogen war den eingeladenen Trägern über das digitale Beteiligungsportal des Demokratie-zentrums zugänglich. Ähnlich wie im Vorjahr nahmen 9 der 16 Modellprojekte und 21 der 26 PfD teil. Unsere Analyse bezieht sich nur auf diese eingebrachten Einschätzungen. Besonderes Augenmerk legen wir bei der Auswertung auf die (selbst eingeschätzte) Handlungsfähigkeit und die lokal wahrgenommene Bedrohungslage insbesondere (aber nicht nur) durch extrem rechte Akteure.

HANDLUNGSFÄHIGKEIT BEWAHREN - IN DEMOKRATIEPOLITISCH SCHWIERIGEN ZEITEN

Vor dem Hintergrund vorrangig projektfinanzierter Arbeitsverträge, vielfältiger politischer Krisendiskurse und stärker werdender extrem rechter Fraktionen gerade in den Kommunalparlamenten (Giesbers, 2024; Kiess/Nattke in diesem Band) blicken wir zunächst auf die selbst-

wahrgenommene Handlungsfähigkeit der PfD und Modellprojekte. Wichtiger Anhaltspunkt hierfür sind die Wirkmöglichkeiten in der Region: 20 von 21 PfD berichten, dass ihre Angebote auf Interesse bei einem Teil der Bevölkerung treffen, keine berichtet breites und großes Interesse und eine PfD berichtet von geringer Bekanntheit. Von den Modellprojekten berichten vier von großem Interesse bei der Zielgruppe, fünf von großem allgemeinem Interesse. Ähnlich „befriedigend“ schätzten die Befragten ihre eigene Handlungsfähigkeit im Mittel zwischen gut (Antwortmöglichkeit 4 auf einer fünfstufigen Skala) und teilweise gut, teilweise schlecht (Antwortmöglichkeit 3) ein. Auffällig ist, dass die Modellprojekte in allen vier bisherigen Befragungen etwas optimistischer waren als die PfD, wenngleich dieser Unterschied bei der geringen vorliegenden Fallzahl nicht zu hoch bewertet werden sollte (siehe Tab. 1). Bei den PfD sind die für Gemeindezusammenschlüsse zuständigen etwas sicherer (ohne Abbildung) in ihrer Handlungsfähigkeit als die für Städte und Landkreise zuständigen PfD – ein Hinweis darauf, dass hier die Größe der Zuständigkeitsgebiete eine Rolle spielen könnte. Wenn das federführende Amt sowie die externe Koordinierungs- und Fachstelle den Fragebogen gemeinsam bzw. koordiniert ausfüllten, fühlten sie sich handlungsfähiger, als wenn eine Stelle dies allein tat – vermutlich, weil man sich gemeinsam bestärkt (fühlt).

TABELLE 1

Wahrnehmung der eigenen Handlungsfähigkeit

	2021	2022	2023	2024
Partnerschaften für Demokratie	3,579	3,667	3,952	3,667
Modellprojekte	4,375	3,857	4,125	4,000

Mittelwert, Skala 1 (sehr schlecht) bis 5 (sehr gut)

Die befragten Modellprojekte und die PfD haben erneut vielfältige Projekte umsetzen können. Bei den Modellprojekten reicht die Bandbreite von der Etablierung von Lesewerkstätten für junge queere Menschen bis hin zu niedrigschwelligen Angeboten für die demokratische Arbeit, mehrsprachigen Eltern-Kind-Gruppen, zur Konzeption von Podcasts und Weiterbildungen zu geschlechtlicher Vielfalt. Es gab außerdem eine hohe Nachfrage nach ‚Comic-Werkstätten‘ sowie nach

Workshopangeboten rund um die Themen Zivilcourage, Demokratie, Kinderrechte und Fake News. Als besonders erfolgreich erwies sich außerdem, mit ehrenamtlich Engagierten zu arbeiten und diese durch Öffentlichkeitsarbeit zu stärken. Die PfD berichten von regionalen Demokratiefachtagen unter Einbeziehung verschiedener lokaler Akteure und Initiativen, von Wahlforen für Kinder und Jugendliche zur Landtagswahl, von interaktiven Workshops für Schüler:innen zu den Wahlen und von einem Projekt zur Auseinandersetzung mit einem ehemaligen NS-Zwangsarbeitslager, an dem Jugendliche, Erwachsene und Senioren beteiligt waren und gemeinsam eine Audiotour erstellten.

TABELLE 2

Faktoren, die die Handlungsfähigkeit subjektiv einschränken

	Modellprojekte (N=9)	PfD (N=21)
Finanzierung	22,2	52,4
Bürokratie kommunale Ebene	0,0	19,1
Bürokratie im Bundesprogramm	44,4	76,2
Fehlende regionale Vernetzung	0,0	9,5
Fehlende überregionale Unterstützung	11,1	0,0
Fehlende Weiterbildung	0,0	0,0
Fehlende kommunale Unterstützung	22,2	19,1
Desinteresse der Bevölkerung	22,2	28,6
Sonstige	88,9	42,9
Keine Einschränkungen	11,1	4,8

Angaben in Prozent

Wie auch in den vergangenen Jahren nehmen die Befragten vor allem die Bürokratie im Bundesprogramm als Einschränkung ihrer Arbeit wahr. 2024 sehen sich die Projekte sogar deutlich mehr von der Bürokratie gehemmt: Über drei Viertel der Vertreter:innen der PfD betrachten diese als Hemmnis ihrer Handlungsfähigkeit (im Vergleich zur Hälfte im vergangenen Jahr). Auch die Arbeit der Modellprojekte wurde in diesem Jahr stärker von der Bürokratie im Bundesprogramm eingeschränkt: Während im vergangenen Jahr 25 % der Modellprojekte die Bürokratie als limitierenden Faktor wahrnahmen, sind es in diesem Jahr 44 % (siehe Tab. 4). Dabei handelt es sich beispielsweise um die

verpflichtende Dokumentation von Aktivitäten und die Erstellung des Verwendungsnachweises für das Bundesprogramm. Bemerkenswert ist zudem, dass die Finanzierung in diesem Jahr zu einem deutlich stärker hemmenden Faktor geworden ist: Während im vergangenen Jahr nur ein Fünftel der befragten PfD die Finanzierung als einschränkend nannten, sind es 2024 über die Hälfte. Auch für die Modellprojekte stellt sich die Finanzierung als Hindernis dar: 2023 gaben noch 12 % die Finanzierung als Einschränkung an, 2024 sind es mit 22 % fast doppelt so viele. Damit ist unter anderem eine Verringerung der Fördermittel bei gleichzeitiger Steigerung der Personalkosten gemeint. Laut einem befragten Modellprojekt könnten in Zukunft weniger Vorhaben umgesetzt bzw. muss das Personal geringer bezahlt werden. Außerdem wird auf einen wesentlichen Anteil an Dritt- bzw. Eigenmitteln hingewiesen, der von den Projektträgern selbst einzubringen ist und so eine finanzielle Hürde darstellen kann.

Gleichzeitig lässt sich eine Reihe an positiven Ergebnissen konstatieren: Das Desinteresse der Bevölkerung wurde in diesem Jahr deutlich seltener als einschränkender Faktor genannt. Im vergangenen Jahr wurde Desinteresse noch von knapp der Hälfte der befragten PfD angegeben – in diesem Jahr nur noch von weniger als einem Drittel (28 %). Auch die kommunale Unterstützung wurde 2024 von den Befragten der PfD positiver wahrgenommen. Im vergangenen Jahr nannte mehr als ein Drittel (38 %) eine fehlende kommunale Unterstützung als limitierenden Faktor, in diesem Jahr nur knapp ein Fünftel (19 %). Ebenso die regionale Vernetzung: Mehr als ein Drittel der Modellprojekte (37 %) wies im vergangenen Jahr auf eine fehlende Vernetzung auf lokaler Ebene hin, während in diesem Jahr kein Modellprojekt diesen Faktor nannte.

HERAUSFORDERUNG PLANUNGSUNSICHERHEIT

Bei den Modellprojekten ist hingegen der Anteil derer, die eine Limitierung durch die Kommunalpolitik wahrnehmen von 12 % im vergangenen Jahr zu 22 % in diesem Jahr gestiegen. Darüber hinaus berichten nur zwei der befragten PfD von einer vollumfänglichen Unterstützung durch den Stadt- bzw. Gemeinderat. Ein Drittel weist auf wenig Interesse der Kommunalparlamente an ihrer Arbeit oder auf eine starke Polarisierung in den Stadt- bzw. Gemeinderäten hin. Behinderungsversuche – beispielsweise in Form kleiner Anfragen im Landtag – haben in diesem

Jahr ebenso zugenommen. Die Hälfte der PfD beobachtete kommunalpolitische Versuche, ihre Arbeit zu behindern oder abzuschaffen – 2023 war es noch ein Drittel. Dieser Befund ist auch bundesweit gültig: Demokratie-Projekte werden zunehmend von der AfD bedroht – besonders über parlamentarische Anfragen, um ihre Arbeit zu behindern (Küpper et al., 2024, 23). Zudem wird parlamentarische Lokalpolitik selbst rechter Bedrohung ausgesetzt, was sich beispielsweise darin äußert, dass „Amts- und Mandatsträger:innen sich weigern, [...] in Sitzungen zu kommen, wenn diese öffentlich gestreamt werden, aus Angst, identifiziert zu werden“ (Küpper et al., 2024, 25). Auch in unserer Befragung weisen Befragte auf Angriffe auf Abgeordnete hin. Über die Hälfte der PfD vermutet außerdem, dass sich ihre Arbeit nach den Kommunalwahlen 2024 (zum Zeitpunkt der Befragung hatten sich viele Kommunalparlamente gerade erst konstituiert) etwas schwieriger gestalten könnte oder sogar stark erschwert wird. Die Befragten beklagen eine Ungewissheit hinsichtlich der zukünftigen Unterstützung von lokalen Handlungsstrategien durch den Stadtrat. In manchen Kommunalparlamenten stellen nun Parteien die Mehrheit, die das Programm *Demokratie leben!* in der Vergangenheit ablehnten.

Entsprechend gibt eine Mehrheit der Modellprojekte (5 von 8 Modellprojekten) und knapp die Hälfte der PfD (9 von 21 PfD) eine Planungsunsicherheit für Demokratie- und Kulturakteure als Hürde in ihrer Arbeit an. Einzelnen PfD und Modellprojekten zufolge schränke die Ungewissheit der Fortführung des Programms ab 2025 ihren Handlungsspielraum enorm ein. Zudem entstünden Hindernisse durch Unsicherheiten aufgrund von laufenden Antragsprozessen. Ein befragtes Modellprojekt erklärt, dass die Förderung in Jahresscheiben sich nicht mit der (Projekt-)Planungslogik von Schulen in Schuljahren vereinbaren lasse. Darüber hinaus herrscht die Befürchtung, dass ehrenamtliches Engagement wegbricht. Einzelne PfD-Vertreter:innen beobachten, dass erfahrene Mitarbeitende diverser Projektträger sich beruflich neu orientieren und der für die Arbeit wichtige Zukunftsoptimismus abnehme. Auf diesem Wege gehe immer mehr qualifiziertes Personal verloren. Diese Beobachtung entspricht auch ersten wissenschaftlichen Analysen zur finanziellen Förderung und Nachhaltigkeit der Programme für Demokratie: Es sei kaum möglich, institutionelles Erfahrungswissen aufzubauen, eine nachhaltige Personalpolitik sei unmöglich und die Modellförderung drohe „zu einer beständigen Neuerfindung etablierter

Praxis“ statt zu Innovation zu werden (Kleist/Weiberg, 2022, 194f.). Eine dauerhafte Strukturförderung wäre demzufolge notwendig, um die Nachhaltigkeit und die Qualität der Demokratietarbeit zu sichern und einem Fachkräftemangel vorzubeugen.

DEMOKRATISCHE RESSOURCEN VS. ABLEHNUNG UND POLARISIERUNG

Ein ambivalentes Ergebnis der Befragung betrifft die demokratischen Ressourcen, auf welche die Projekte in ihrer Arbeit zurückgreifen können. So berichten sie von einem starken Vereinsleben, von einer großen Zahl an Ehrenamtlichen sowie von der erfolgreichen Zusammenarbeit und Vernetzung verschiedener zivilgesellschaftlicher Einrichtungen bei der Umsetzung kultureller und bildungspolitischer Projekte. Dabei können die Projekte in ihrer Arbeit auf eine lebhaft demokratische Kultur durch eine aktive Bevölkerung zurückgreifen: In über der Hälfte der Regionen fanden 2024 Demonstrationen für die Rechte bestimmter marginalisierter Gruppen (z.B. LGBTIQ) statt. Mehr als zwei Drittel der befragten PfD (15 von 21) konstatierte in den letzten zwölf Monaten vor der Befragung pro-demokratische Demonstrationen (z.B. im Themenbereich Klimaschutz oder soziale Gerechtigkeit). In fünf Regionen findet sich ein vielfältiges Angebot an Teilhabemöglichkeiten für Geflüchtete und in acht ein gutes bis ausreichendes Angebot. Die vielerorts durchgeführten Demonstrationen gegen die verfassungsfeindlichen Deportationspläne aus dem Umfeld der AfD Anfang des Jahres 2024 sind hier ebenfalls zu nennen (siehe den Beitrag von Kocyba et al. in diesem Band).

Gleichzeitig beobachtet über ein Drittel, dass zu wenig Plätze bei Sprachkursen und Begegnungsangeboten vorhanden sind. Wie auch im Vorjahr nehmen nur 38% die Teilhabeformate als gut angenommen wahr. Hinzu kommt, dass nur ein Projekt von einer Offenheit in der Bevölkerung gegenüber dem Thema Migration und Asyl berichtet. Ein Viertel konstatiert hier zudem eine Polarisierung zwischen Ablehnung und Offenheit in der Bürgerschaft. Ein weiteres Viertel weist auf Ablehnung in der lokalen Bevölkerung hin, ein weiteres Viertel auf Gleichgültigkeit – im Vorjahr nahmen nur zwei der 21 befragten PfD eine Ablehnung wahr. In den letzten Jahren ist die wahrgenommene Ablehnung in der Bevölkerung in Bezug auf das Thema Flucht und Asyl somit

deutlich gestiegen. Unsere Befragung deutet insgesamt auf eine hohe wahrgenommene gesellschaftliche Verunsicherung und eine fortschreitende Polarisierung hin. Die Hälfte der PfD und zwei Drittel der Modellprojekte geben an, zunehmend antidemokratische Tendenzen in ihren Regionen wahrzunehmen.

Zudem wird von Schwierigkeiten berichtet, die Bürger vor Ort zu erreichen: Die Öffentlichkeitsarbeit werde in den sozialen Medien durch Algorithmen erschwert. Die Sozialwissenschaftlerin Laura Pfrirter warnt entsprechend davor, dass sich zivilgesellschaftliche Organisationen zunehmend aus dem digitalen Raum zurückziehen, da der Umgang mit digitaler Gewalt und Fake News zu viele Ressourcen bindet (Pfrirter, 2024, 45). Pfrirter versteht digitale Gewalt „als Erscheinungsform des shrinking civic space“ (ebd.), also als Ausdruck eines schwindenden, demokratisch orientierten und für zivilgesellschaftliches Engagement offenen Raums.

Einzelne Projekte beklagen Politikverdrossenheit bei der lokalen Bevölkerung, was mit der von uns an anderer Stelle beobachteten Entfremdung von der Demokratie (Kiess et al., 2024) und der hohen politischen Deprivation in der Bevölkerung (Decker et al., 2023; Decker et al., 2024) korrespondiert. Hinzu kommen als Herausforderungen laut den PfD ein abnehmendes Vertrauen in demokratische Institutionen sowie die Verbreitung von Falschinformationen in den sozialen Medien.

DEMOKRATIEGEFÄHRDUNGEN: SCHWERPUNKT NACH WIE VOR RECHTSEXTREMISMUS

2024 nahmen wir zum ersten Mal die AfD als extrem rechten Akteur in die Befragung auf (Tab. 3). Die AfD (90 %) ist gemeinsam mit den *Freien Sachsen* (90 %) und der Reichsbürgerszene (76 %) am breitesten in den Regionen der befragten PfD vertreten. Bemerkenswert ist, dass die Befragten eine Vielzahl der Akteure in diesem Jahr präsenter als in den vergangenen Jahren wahrnehmen: Die neonazistische Partei *Dritter Weg*, parteiähnliche Strukturen und sonstige Gruppierungen wie *Pegida*, *Ein Prozent* oder die Gruppe *Elblandrevolte*, extrem rechte Bürgerinitiativen, extrem rechte Hooligans und Kampfsportgruppen sowie völkische Siedler und Kameradschaften wurden 2024 von den Befragten wesentlich häufiger als im Vorjahr genannt. Die Befragten nehmen diese Akteure zudem als gut vernetzt wahr: Wie auch im vergangenen Jahr

beobachtet mehr als die Hälfte der befragten PfD eine starke oder teilweise Vernetzung zwischen den extrem rechten Akteuren. Auch in diesem Jahr kann über die Hälfte örtliche Anlaufstellen dieser Akteure in ihrer Region identifizieren. 13 der 21 befragten Projekte konstatieren unregelmäßig bis regelmäßig Veranstaltungen wie beispielsweise Konzerte, Vorträge oder Netzwerktreffen. Eine soziale Raumnahme wird vor allem durch Sticker, Flaggen und Graffiti, aber auch durch die Präsenz extrem rechter Akteure in Jugendkulturtreffs wahrgenommen. Im Einzelnen berichten Befragte von Organisationsstrukturen, die sich über die Stadtgrenzen hinaus vernetzen und Angebote für Jugendliche schaffen.

TABELLE 3

Extrem rechte Akteure	2021 N = 19	2022 N = 24	2023 N = 21	2024 N = 21
AfD	/	/	/	90,5
Dritter Weg	47,4	41,7	33,3	52,4
Freie Sachsen	63,2	95,8	90,5	90,5
NPD/Die Heimat	47,4	50,0	38,1	28,6
Andere Partei	26,3	12,5	4,8	19,1
Identitäre Bewegung	36,8	37,5	33,3	28,6
Extrem rechte Bürgerinitiativen	5,3	16,7	9,5	19,1
Extrem rechte Hooligans	26,3	20,8	19,0	38,1
Extrem rechter Kampfsport	21,1	25,0	23,8	38,1
Reichsbürgerszene	47,4	75,0	66,7	76,2
Völkische Siedler:innen	21,1	29,2	9,5	19,1
Freie Kräfte/Kameradschaft	6,3	20,8	9,1	23,8
Sonstige (z. B. Pegida)	26,3	0,0	14,3	33,3
Keine	10,5	0,0	0,0	0,0

Mehrfachnennungen möglich, Angaben in Prozent

Der Anteil der Befragten, die auf Kooperationen extrem rechter Akteure mit Kommunalpolitiker:innen aus Stadt- und Gemeinderäten verweisen, ist im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls stark angestiegen. Über die Hälfte der PfD (im Vergleich zu einem Drittel im vergangenen Jahr) berichtet beispielsweise von der Zusammenarbeit etablierter demokratischer Parteien mit der AfD und den *Freien Sachsen* (siehe dazu Hum-

mel, 2023), von der Kooperation der AfD mit der *Identitären Bewegung* und von Wählerlisten mit extrem rechten Mitgliedern.

EINE BESORGNISERREGENDE BEDROHUNGSLAGE

Der Anteil der PfD, die eine hohe Bedrohungslage registrieren, ist gestiegen: 20 der 21 befragten Vertreter:innen der PfD schätzen die Bedrohung für die Zivilgesellschaft durch extrem rechte Akteure in ihrer Region als mittel bis hoch ein. Nur eine der befragten PfD nennt eine niedrige Bedrohung. Entsprechend konstatieren knapp 80 % der PfD eine leichte bis zu einer deutlichen Verschlimmerung der Bedrohungslage in den vergangenen zwei Jahren. Der Anteil derer, die eine Verschlimmerung wahrnehmen, ist also weiter gestiegen und keine der befragten PfD stellt eine Verbesserung der Lage fest.

Mehr als zwei Drittel der Befragten berichten von körperlichen Angriffen durch die extreme Rechte in ihrem Zuständigkeitsgebiet (siehe Tab. 4). Im vergangenen Jahr waren es noch die Hälfte. Auch die Anzahl derer, die Einschüchterungsversuche und Vandalismus beobachten, hat zugenommen. Fast ein Drittel der Vertreter:innen der Projekte nimmt häufig bis sehr häufig Sachbeschädigungen zur Kenntnis. 2023 berichtete nur ein befragtes Projekt von regelmäßigen (monatlichen) Anrufen oder anonymen Drohschreiben, 2024 sind es drei Projekte, die eine solch regelmäßige Bedrohung erlebt haben. Über die Hälfte der Befragten sieht sich sehr häufig – also wöchentlich – mit rechter Propaganda konfrontiert.

Auch die Sensibilität der Bevölkerung gegenüber extrem rechter Raumnahmen sinke weiter. Über ein Drittel der befragten PfD sieht eine Akzeptanz in der Bevölkerung gegenüber extrem rechten Personen. Wie auch im letzten Jahr konstatiert demgegenüber ein Drittel der PfD eine Sensibilität in der Bevölkerung bei gleichzeitiger Angst vor Konflikten. Eine befragte PfD sieht die lokale Bevölkerung immer weniger dazu bereit, sich an politischen Diskursen zu beteiligen, und berichtet von einer Normalisierung extrem rechter Positionen.

ASYL- UND LGBTIQ-FEINDLICHKEIT

Wie in den vergangenen Jahren steht laut den Antworten der PfD auch 2024 das Thema „Asyl/Migration“ im Fokus der extremen Rechten: 20

TABELLE 4

Formen extrem rechter Bedrohung

Aktivität	Ja, unregelmäßig (weniger als monatlich) Ja, regelmäßig (monatlich) Ja, häufig (alle paar Wochen) Ja, sehr häufig (wöchentlich, häufiger) Nein Weiß nicht						
-----------	--	--	--	--	--	--	--

Kommt es zu gewalttätigen Übergriffen auf Personen?

2024	(N=21)	33,3	23,8	9,5	4,8	9,5	19,1
2023	(N=21)	33,3	4,8	0,0	4,8	19,0	38,1
2022	(N=24)	33,3	4,2	8,3	0,0	20,8	33,3
2021	(N=19)	33,3	4,8	9,5	0,0	14,3	38,1

Kommt es zu anonymen Drohschreiben in Form von E-Mails und Nachrichten oder Personen/Telefonanrufen gegen Einrichtungen aus der Zivilgesellschaft?

2024	(N=21)	23,8	14,3	4,8	0,0	9,5	47,6
2023	(N=21)	38,1	4,8	4,8	0,0	4,8	47,6
2022	(N=24)	37,5	8,3	4,2	0,0	12,5	37,5
2021	(N=19)	23,8	9,5	4,8	4,8	9,5	47,6

Kommt es zu Sachbeschädigungen/Vandalismus an Büros, Gebäuden, Räumen etc. der Zivilgesellschaft?

2024	(N=21)	33,3	9,5	19,1	9,5	0,0	28,6
2023	(N=21)	47,6	9,5	9,5	0,0	4,8	33,3
2022	(N=24)	45,8	4,2	8,3	8,3	12,5	20,8
2021	(N=19)	23,8	4,8	9,5	4,8	28,6	28,6

Spielt rechte Propaganda in Form von Plakaten, Graffiti, Aufklebern, Flyern o. Ä. in Ihrer Stadt/Region eine Rolle?

2024	(N=21)	19,1	14,3	9,5	57,1	0,0	0,0
2023	(N=21)	33,3	9,5	28,6	23,8	4,8	0,0
2022	(N=24)	33,3	8,3	33,3	12,5	8,3	4,2
2021	(N=19)	38,1	0,0	14,3	33,3	9,5	4,8

Angaben in Prozent

von 21 der befragten PfD nennen das Thema Asyl als Mobilisierungsthema der rechten Szene. Es ist das klassische Thema extrem rechter Mobilisierung (vgl. bspw. Kiess/Wetzel, 2023, 321), auch weil es in der Bevölkerung besonders anschlussfähig ist (Decker et al., 2024). An zweiter Stelle stehen die Themenfelder der Geschlechter-, der Ukraine- und der Corona-Politik (je mehr als zwei Drittel). Über die Hälfte der Befragten berichtet außerdem von klimapolitischen Themen, die im Fokus rechter Diskurse stehen. Der Islam und die Energiepolitik wurden von knapp der Hälfte der Befragten als thematischer Fokus extrem rechter Akteure genannt.

In diesem Jahr fanden in über zwei Dritteln (15 von 21) der in unserer Befragung abgedeckten PfD-Zuständigkeitsbereiche Aktionen von LGBTIQ-feindlichen Akteuren statt. Besonders die in diesem Jahr durchgeführten Veranstaltungen des Christopher Street Days (CSD) standen im Fokus extrem rechter Parteien, Jugendlicher und entsprechender Gruppierungen (Wetzel, 2024). Ein Projekt betont in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit massiven polizeilichen Schutzes auf CSD-Veranstaltungen. Acht der PfD berichten außerdem von antimuslimischen, sieben von antifeministischen und vier von antiziganistischen Vorfällen. Einzelne Projekte berichten auch von Übergriffen auf sorbische Jugendgruppen sowie von antidemokratischer linker Militanz.

ANTISEMITISMUS

Wie auch im letzten Jahr berichten vier der befragten PfD von Sachbeschädigungen aus antisemitischer Motivation und drei PfD nennen körperliche und verbale Angriffe. Ein Drittel nimmt unregelmäßig bis regelmäßig antisemitische Propaganda in Form von Stickern oder Graffiti in ihrer Region wahr. Im Vergleich zu rund 43 % im vergangenen Jahr ist dieser Anteil somit gesunken. Ebenfalls wird von antisemitischen Fangesängen in Fußballstadien und von antisemitischer Jugendsprache berichtet sowie davon, dass Kerzen und Blumen des Gedenkens anlässlich der Novemberpogrome 1938 innerhalb kürzester Zeit zertreten oder gestohlen wurden. Ein knappes Viertel der befragten PfD verortet die Urheber antisemitischer Angriffe auf Menschen und Gebäude im extrem rechten Milieu, in drei Regionen stammen Angriffe auch aus dem linken Milieu, in vier Fällen wird den Angriffen ein

Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt oder ein islamistischer Hintergrund zugeschrieben. In vielen Fällen ist eine Zuordnung nicht direkt möglich. Die Mehrheit der Modellprojekte weist ebenfalls auf antisemitische Vorfälle hin: Hier werden von einzelnen Projekten beispielsweise Demonstrationen mit Bezug zum Nahostkonflikt genannt, auf welchen es zu antisemitischen Aktionen oder Slogans kommt. Die Fachkräfte eines Modellprojekts weisen auf die vermehrten antisemitischen Äußerungen seit dem 7. Oktober 2023 hin, was mit den Zahlen von Beratungsstellen korrespondiert (OFEK, 2024).

FAZIT

Für das Jahr 2024 zeigt sich in unserer Befragung erneut die wachsende Bedrohung für die Demokratiearbeit, die von Aktivitäten extrem rechter Gruppen und Parteien ausgeht. Ebenfalls erschreckend sind die vielfältige (wahrgenommene) Zunahme sowohl der Präsenz extrem rechter Akteure als auch körperlicher Angriffe und Bedrohungen sowie die kommunalpolitische Vernetzung extrem rechter Akteure. Die fortschreitende Etablierung der extremen Rechten auf der kommunalpolitischen Ebene wird demokratisches Engagement in den kommenden Jahren auf eine harte Probe stellen. Bemerkenswert ist außerdem die von den PfD immer stärker wahrgenommene Ablehnung der sozialen Teilhabe von Geflüchteten durch die lokale Bevölkerung. Darüber hinaus erweist sich LGBTIQ-Feindlichkeit als wichtiges Mobilisierungsthema der extremen Rechten, was sich im letzten Jahr vor allem anhand der Proteste gegen CSD-Veranstaltungen zeigte und offenbar vor allem (männliche) Jugendliche anspricht. Deutlich ist: Die Bedrohung durch die extreme Rechte bleibt die größte Herausforderung für die Demokratie und demokratisches Engagement in Sachsen.

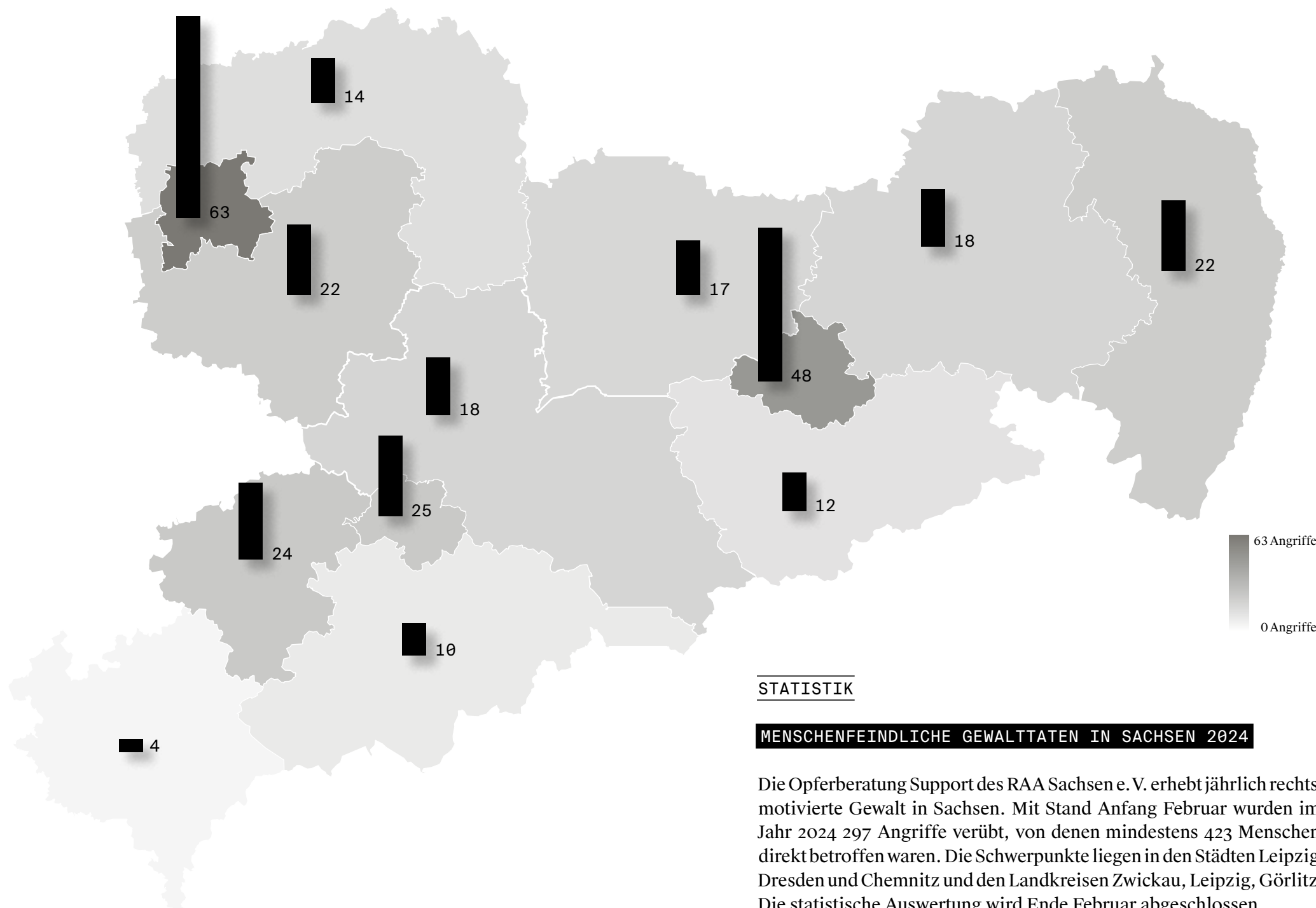
Hinzu kommen ein massives Misstrauen und eine deutliche Entfremdung von Teilen der lokalen Bevölkerung gegenüber demokratischen Institutionen (Decker et al., 2023; Kiess et al., 2024). Ein wesentlicher Anteil der Projekte berichtet entsprechend von Politikverdrossenheit und abnehmender Offenheit der lokalen Bevölkerung in Bezug auf diverse politische Diskurse. Notwendig sind hier mehr Angebote und Möglichkeiten, ins Gespräch zu kommen, die in den Lebensalltag der Menschen integrierbar sind, sowie eine intensive Engagementförderung und eine stärkere kommunale Verankerung von Politik (vgl. Rüttgers,

2024, 170ff.). Sonst droht, dass sich diese Gefühle aufgrund von zunehmender Arbeitsbelastungen und Überforderung mit politischen Geschehnissen verfestigen. Angesichts der Verbreitung antidemokratischer Haltungen unter Jugendlichen äußern die Befragten den Bedarf nach lebensweltorientierten Jugendbeteiligungsstrategien, um Demokratie erfahrbar zu machen und so diesen Haltungen vorzubeugen. Auf die Herausforderung, Menschen in den Regionen der PfD und der Modellprojekte über die digitalen Medien zu erreichen und der Verbreitung von Falschinformationen entgegenzuwirken, wurde ebenso verwiesen. Der Aufbau einer digitalen Zivilgesellschaft könnte eine lebendige demokratische Kultur auch im digitalen Raum fördern, um Fake News nicht unbeantwortet zu lassen (Pfirter, 2024, 44).

Die Bedrohungslage durch extrem rechte Raumnahme trifft auf eine zunehmende Überbelastung zivilgesellschaftlich Engagierter. In diesem Kontext artikulieren die befragten PfD den Wunsch nach nachhaltiger finanzieller Förderung sowie personeller Kontinuität. Hierbei geht es also weniger um „mehr Geld“, sondern darum, nachhaltigere Strukturen zu ermöglichen und so effektiver arbeiten zu können. Einzelne Befragte weisen zur Verbesserung ihrer Handlungsfähigkeit wie in den Vorjahren auf die Notwendigkeit eines Demokratiefördergesetzes auf Landes- sowie auf Bundesebene hin. Durch die zum Befragungszeitpunkt und auch zum Redaktionsschluss ausstehende Verabschiedung der Bundes- und Landeshaushalte stehen die Träger sowohl der PfD als auch der Modellprojekte einmal mehr unter großem Druck. Sie beobachten eine ähnliche Lage bei von landes- und kommunalpolitischen Entscheidungen abhängigen Initiativen. Ein Demokratiefördergesetz konnte die Bundesregierung in der frühzeitig beendeten Legislatur nicht verabschieden. Um so wichtiger wäre es, auf Landesebene verlässliche und nachhaltigere Rahmenbedingungen für die vielfältige und durchaus erfolgreiche Demokratiearbeit in Sachsen sicherzustellen.

LITERATUR

- Becker, Carlos/Bohn, Irina/Saßmannshausen, Jan/Winter, Sebastian (2024). Demokratiegefährdende Bedrohungslagen – eine Systematisierung aus kommunaler Perspektive. *Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit*, 9(1), 54–74.
- Bose, Sophie/Feuerer, Amelie/Kiess, Johannes (2024). Situationswahrnehmungen der Partnerschaften für Demokratie und Modellprojekte in Sachsen 2023. In Oliver Decker/Fiona Kalkstein/Johannes Kiess/Piotr Kocyba (Hrsg.), *Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für 2023* (S. 43–63). Leipzig: edition überland.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (2023). Autoritäre Dynamiken und die Unzufriedenheit mit der Demokratie. Die rechtsextreme Einstellung in den ostdeutschen Bundesländern. *EFBI Policy Paper 2023-2*. Leipzig: Universität Leipzig.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Ayline/Brähler, Elmar (Hrsg.) (2024). *Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Leipziger Autoritarismus Studie 2024*. Gießen: Psychosozial.
- Dilling, Marius/Kiess, Johannes/Decker, Oliver (2023). Der Sachsen-Monitor 2021/2022. Die Verbreitung antidemokratischer Einstellungen in Sachsen und relevante Einflussgrößen. In Oliver Decker/Fiona Kalkstein/Johannes Kiess (Hrsg.), *Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für 2022* (S. 21–39). Leipzig: edition überland.
- Giesbers, Tilo (2024). *Die Eroberung der Fläche. Der rechte Rand* 208 (Mai/Juni 2024), URL: <https://www.der-rechte-rand.de/archive/10543/die-eroberung-der-flaeche/>.
- Hummel, Steven (2023). Wie hältst du's mit der AfD? Kooperationen mit der extremen Rechten auf kommunaler Ebene in Sachsen. In Oliver Decker/Fiona Kalkstein/Johannes Kiess (Hrsg.), *Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für 2022* (S. 97–116). Leipzig: edition überland.
- Kiess, Johannes/Bose, Sophie/Feuerer, Amelie (2023). Situationswahrnehmungen der Partnerschaften für Demokratie und Modellprojekte in Sachsen 2022. In Oliver Decker/Fiona Kalkstein/Johannes Kiess (Hrsg.), *Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für 2022* (S. 41–57). Leipzig: edition überland.
- Kiess, Johannes/Dietze, Nikolas/Bose, Sophie (2022). Situationswahrnehmungen der Partnerschaften für Demokratie und Modellprojekte in Sachsen 2021. *EFBI Policy Paper 2022-2*. Leipzig: Universität Leipzig.
- Kiess, Johannes/Dilling, Marius (2024). *Die Landtagswahl 2024 in Sachsen: Welche Rolle spielen die Sozial-, Wirtschafts- und Infrastruktur sowie die politische Raumkultur auf Gemeindeebene*. EFBI Policy Paper 2024-4. Leipzig: Universität Leipzig.
- Kiess, Johannes/Feuerer, Amelie/Dilling, Marius (2024). Entfremdung von der Demokratie? Kommunale Wählervereinigungen und die Fragmentierung des Parteiensystems. In Oliver Decker/Fiona Kalkstein/Johannes Kiess/Piotr Kocyba (Hrsg.), *Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für 2023* (S. 65–85). Leipzig: edition überland.
- Kiess, Johannes/Nattke, Michael (2024). *Widerstand über alles. Wie die Freien Sachsen die extreme Rechte mobilisieren*. Leipzig: edition überland.
- Kiess, Johannes/Wetzels, Gideon (2023). Die extrem rechte und verschwörungsideologische Telegram-Szene in Sachsen. *M&K Medien & Kommunikationswissenschaft*, 71(3–4), 309–338.
- Kleist, J. Olaf/Weiberg, Mirjam (2022). Demokratieförderung zwischen Staat und Zivilgesellschaft. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 35(1), 186–202.
- Küpper, Beate/Leber, Tina/Bohn, Irina (2024). Demokratierelevante Bedrohungen durch Rechtsaußen. *Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit*, 9(1), 11–29.
- OFEK (2024). Antisemitische Vorfälle in Sachsen. Jahresbericht 2023. Dresden: RIAS Sachsen in Trägerschaft von OFEK e.V.
- Pfirter, Laura (2024). Shrinking Digital Space? Zur Gefährdung von Demokratie und Zivilgesellschaft durch digitale Gewalt und Fake News. *Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit*, 9(1), 38–54.
- Rüttgers, Martin (2024). „Demokratie leben!“ – Perspektiven des Bundesprogramms zum Ende der zweiten Förderperiode. *Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit*, 9(1), 164–174.
- Wetzels, Gideon (2024). Are the kids alright? In Johannes Kiess/Gideon Wetzels (Hrsg.), *Die extreme Rechte während des sächsischen Landtagswahlkampfes 2024. EFBI Digital Report 2024-3* (S. 11–15). Leipzig: Universität Leipzig.



STATISTIK

MENSCHENFEINDLICHE GEWALTTATEN IN SACHSEN 2024

Die Opferberatung Support des RAA Sachsen e. V. erhebt jährlich rechts-motivierte Gewalt in Sachsen. Mit Stand Anfang Februar wurden im Jahr 2024 297 Angriffe verübt, von denen mindestens 423 Menschen direkt betroffen waren. Die Schwerpunkte liegen in den Städten Leipzig, Dresden und Chemnitz und den Landkreisen Zwickau, Leipzig, Görlitz. Die statistische Auswertung wird Ende Februar abgeschlossen.





42

IONA DUTZ



43

OSTWÄRTS - SEHNSUCHT NACH ZUKUNFT













54

IONA DUTZ



55

OSTWÄRTS – SEHNSUCHT NACH ZUKUNFT





„Hand in Hand“ für Demokratie

Ergebnisse von zwei Demonstrationsbefragungen in Leipzig

Anfang des Jahres 2024 setzte die größte, auf einen kurzen Zeitraum verdichtete Protestwelle in der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland ein. Zwischen dem 11. Januar und Ende März beteiligten sich in ganz Deutschland insgesamt über 3,6 Millionen Menschen an mehr als 1.300 Protestveranstaltungen gegen Rechtsextremismus und für Demokratie. Beeindruckend war diese von unten getragene Mobilisierung nicht nur wegen der schieren Zahl an Demonstrierenden und Protestereignissen, sondern auch weil die Proteste quasi flächendeckend in großen und kleinen Städten im Osten wie im Westen der Republik stattfanden (Rucht, 2024). Auslöser war die Empörung über ein Geheimtreffen in Potsdam, auf dem Politikerinnen und Politiker der AfD (und auch der CDU) sowie Vertreterinnen und Vertreter der (extrem) rechten Szene über „Remigration“ – die Deportation von in den Augen der Protagonisten und Protagonistinnen „nicht-deutschen“ und missliebigen Menschen – diskutierten (Bensmann et al., 2024). Diese außergewöhnliche Protestwelle, die sich häufig auch explizit gegen die AfD richtete, fand große Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit, in der intensiv über die Motive und die soziodemografische Zusammensetzung der Protestierenden diskutiert wurde.

Erste wissenschaftlich fundierte Einschätzungen hierzu lieferte eine Studie eines Forschungsteams der Universität Konstanz, das Ende Januar 2024 Protestteilnehmende in Konstanz, Singen und Radolfzell befragte. Zu den Ergebnissen gehörte, dass die meisten Teilnehmenden sich der oberen Mittelschicht zugehörig fühlen, überdurchschnittlich hohe Bildungsabschlüsse besitzen, politisch links der Mitte stehen und bedingt protesterfahren sind (Bitschnau/Koos, 2024). Ähnliche Resultate lieferte eine weitere Befragung, die am 21. April und damit kurz nach dem Auslaufen der Protestwelle in Angermünde durchgeführt wurde. Auch hier stellte sich heraus, dass die rund 300 Befragten überwiegend linksorientiert und überdurchschnittlich gut gebildet waren.



Ein auffälliger Unterschied zu den Teilnehmenden in Baden-Württemberg bestand darin, dass sich die Befragten in Angermünde weniger häufig den oberen sozialen Schichten zuordneten und deutlich weniger Menschen mit Migrationshintergrund anwesend waren. Die Autoren der Studie vermuten, dass dieser Unterschied durch die kleinstädtische und ostdeutsche Prägung Angermündes bedingt sein könnte. Weitere Besonderheiten zeigten sich darin, dass die Mobilisierung hier vor allem durch direkte persönliche Kontakte stattfand und viele Teilnehmende Mitglieder lokaler Protestbündnisse waren. Für den Kontext einer Kleinstadt im Osten der Republik erwartungsgemäß nahmen sie in ihrem Umfeld eine stärkere Präsenz von Rechtsextremismus wahr als ihre Pendanten im Südwesten Deutschlands (Rucht et al., 2024). Diese Unterschiede verdeutlichen, wie regionale und soziale Kontexte die Zusammensetzung und Dynamik von Protesten beeinflussen können.

Im vorliegenden Beitrag werden Ergebnisse einer weiteren Studie vorgestellt, die den Blick auf Teilnehmende von zwei Demonstrationen gegen Rechtsextremismus richtet, die am 8. Juni und 25. August 2024 in Leipzig stattfanden. Die beiden Demonstrationen waren Teil einer breiteren Mobilisierung, die vor den Europawahlen bundesweit und kurz vor den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen ein Zeichen gegen Rechts setzen sollte. Das beide Demonstrationen organisierende Bündnis „Hand in Hand“ benannte auf seiner Website eine „offene, demokratische, pluralistische, inklusive und solidarische Gesellschaft“ als Hauptziel der Mobilisierung. Man wolle Menschenrechte und Menschenwürde verteidigen und neben anderen Formen der Diskriminierung insbesondere gegen Rassismus und Antisemitismus eintreten. Hierfür strebe das Bündnis an, durch eine aktive Zivilgesellschaft „der Normalisierung extrem rechter Positionen wirksam entgegenzutreten“. Weiter heißt es: „Wir laden alle Organisationen, Initiativen und Personen, die das uns verbindende Grundverständnis teilen, dazu ein, sich an unseren Aktivitäten zu beteiligen und selbst vor Ort aktiv zu werden“ (Hand in Hand, 2024). Diesem Aufruf sind Stand Mitte September 2024 bereits 255 unterzeichnende Organisationen sowie zahlreiche Einzelpersonen aus verschiedenen Bereichen der Politik und Zivilgesellschaft und Kultur gefolgt (eine vollständige Liste der Unterzeichnenden ist auf der Website des Bündnisses einsehbar). An der Demonstration im Juni nahmen laut Polizei- und Presseangaben zwischen 5.000 und 12.500 Menschen (Loch, 2024), im August rund 10.000 bis 11.000 Menschen

teil (Hildebrand, 2024). Im Folgenden werden wir zunächst die beiden hier untersuchten Demonstrationen mit der Protestwelle gegen Rechts und für Demokratie in Leipzig kontextualisieren und kurz die Methode und Datengrundlage vorstellen. Anschließend widmen wir uns der soziodemografischen Zusammensetzung, den Motiven zur Protestteilnahme, den politischen Einstellungen der Demonstrierenden sowie ihren Erfahrungen und Wahrnehmungen mit Rechtsextremismus.

DIE VORLÄUFERPROTESTE IM JANUAR 2024

Schon wenige Tage nach der Enthüllung des Potsdamer Geheimtreffens durch das Recherchenetzwerk CORRECTIV fand in Leipzig am 15. Januar 2024 – an einem Montagabend – eine kurzfristig organisierte Demonstration statt, an der bis zu 10.000 Menschen teilnahmen. Mobilisiert hatten mit „Leipzig nimmt Platz“ und „PRISMA interventionistische Linke Leipzig“ zwei bereits länger existierende zivilgesellschaftliche Bündnisse bzw. Aktionsgruppen. Die Versammlung gehörte zu einer Reihe spontaner Demonstrationen, die deutschlandweit stattfanden und den Auftakt für die Protestwelle gegen Rechtsextremismus und für Demokratie bildeten. Nur sechs Tage später, am 21. Januar, folgten einem Demonstrationsaufruf von „Leipzig nimmt Platz“ Einzelpersonen, Parteien, Kirchen, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft zwischen 60.000 und 70.000 Demonstrierende und zogen über den symbolträchtigen Leipziger Innenstadtring. Nach den Treuhandprotesten im März 1991 mit 70.000 Teilnehmenden waren das die größten Proteste in Leipzig seit der Friedlichen Revolution von 1989. Die unmittelbar nachfolgenden Mobilisierungen konnten nicht mehr an diese Zahlen anknüpfen, zumal es zur Organisation von gleichzeitig stattfindenden Protesten kam. So meldeten am 30. Januar zwei Bündnisse unabgestimmt parallele Versammlungen an: das neu entstandene Bündnis „Leipzig für alle“ und die „Solidarische Vernetzung Sachsen“. An beiden Versammlungen nahmen nur noch 5.000 Menschen teil.

HISTORISCHE RAHMUNG: LEIPZIG ALS KRISTALLISATIONS-PUNKT VON PROTESTEN

In der jüngeren Protestgeschichte Deutschlands ist Leipzig häufig ein Kristallisationspunkt überregionaler Proteste gewesen (Rink, 2017) und

war zugleich imagebildend für das Selbstbild als „Heldenstadt“ – was Teil des Stadtmarketings, aber auch lange Zeit Teil eines zivilgesellschaftlichen Selbstverständnisses und Selbstbewusstseins war. Dies speiste sich nicht allein daraus, dass die Friedliche Revolution im Herbst 1989 auf den Straßen Leipzigs ihren Ausgang nahm, sondern auch, weil in den Folgejahrzehnten Proteste mit einem spezifisch ostdeutschen Bezug hier eine Bühne fanden.

Die Stadt war zwischen 1991 und 2004 ein Zentrum der Arbeits- und Sozialproteste. Gegen die Politik von Betriebsschließungen und Massenentlassungen der Treuhand demonstrierten hier im März 1991 70.000 Menschen, bis diese Protestwelle kurz darauf – nach der Ermordung des Treuhandchefs Detlef Karsten Rohwedder – in sich zusammenbrach (Böick, 2011). Als im Juli 2004 in Ostdeutschland von Magdeburg aus eine Protestwelle gegen die Hartz-IV-Reformen begann, erreichte diese am 30. August mit circa 30.000 Teilnehmenden in Leipzig ihren Höhepunkt (Rink, 2017, 287f.).

Bis in die 2000er Jahre dominierte dabei eine Leipzig-spezifische Form der Proteste, die eng mit Orten und Personen der Friedlichen Revolution verbunden waren. Progressive Proteste wurden lange Zeit in der Tradition der Montagsdemonstrationen und in mal loser, mal enger Verbindung mit einem Friedensgebet in der Nikolaikirche durchgeführt. Dies zeigte sich bei den Hartz-IV-Protesten, bei den Antikriegsmobilisierungen der Jahre 1991 und 2003, aber auch noch in den ersten großen Mobilisierungen gegen rechtsextreme Aufmärsche (ebd.).

In den 1990er Jahren entwickelten sich in Leipzig jedoch ebenfalls rechtsextreme Demonstrationen, begünstigt durch das nationalistisch instrumentalisierbare Völkerschlachtdenkmal und durch die symbolische Bedeutsamkeit als „Heldenstadt“. So rief beispielsweise der rechtsextreme Mobilisierungsunternehmer Christian Worch deutschlandweit zu einer Versammlung am 1. Mai 1998 am Völkerschlachtdenkmal auf, zu der Tausende Teilnehmende kamen. Bis 2007 meldete er 17 rechtsextreme, überregional beworbene Versammlungen an – meist an geschichtsträchtigen Tagen wie dem 1. Mai. In dieser Zeit entstanden breite zivilgesellschaftliche Bündnisse und Strukturen wie „Leipzig Courage zeigen“, die über viele Jahre große Gegenproteste und Konzerte organisierten. Der Rückzug Christian Worchs 2007 wurde dann fälschlich als „Sieg“ der Zivilgesellschaft interpretiert. Vielmehr

war innerhalb der lokalen extremen Rechten eine neue und selbstbewusste Generation gewachsen, die in der Tradition der „Autonomen Nationalisten“ wesentlich kleinere und eher spontane Aktionen außerhalb des Stadtzentrums durchführten. Als Reaktion auf die Passivität der gewachsenen zivilgesellschaftlichen Strukturen gründete sich daraufhin 2009 das Aktionsnetzwerk „Leipzig nimmt Platz“, das bis heute Gegenproteste organisiert. Die Gründung des Aktionsnetzwerks fällt in eine Zeit, in der an vielen Orten und sich wechselseitig unterstützend in Ostdeutschland große und aktionsstarke Zusammenschlüsse entstanden, die für einige Jahre erfolgreich gewaltfreie Massenblockaden gegen rechtsextreme Aufmärsche organisierten. Zu nennen sind hier u.a. das „Aktionsnetzwerk Jena“ (gegründet 2007), „Dresden Nazifrei“ (2009) oder „Magdeburg Nazifrei“ (2012).

Die letzten zahlenmäßig starken Gegenmobilisierungen der Leipziger Zivilgesellschaft fallen mit dem Aufkommen von Legida im Jahr 2015 zusammen, ein etwas verspätet gegründeter Ableger des Dresdner Protestbündnisses Pegida. Während in Dresden die Pegida-Demonstrationen exponentiell wuchsen und sich dann als „Event“ etablieren konnten, war die Leipziger Zivilgesellschaft durch den zeitlichen Vorlauf besser „vorbereitet“. An der ersten Demonstration von Legida am 12. Januar 2015 nahmen zwar 5.000 Menschen teil, allerdings standen sie 35.000 Gegendemonstrierenden gegenüber. Damit war in Leipzig die Mobilisierungsdynamik von Legida gebrochen, bevor sie sich überhaupt entwickeln konnte. Überregionale Mobilisierungen unter Beteiligung der extremen Rechten gab es in diesen Größenordnungen zuletzt während der COVID-19-Pandemie, als Zehntausende dem Aufruf der „Querdenken“-Bewegung folgten, am 7. November 2020 in Leipzig „Geschichte zu wiederholen“ (Leistner/Stach, 2021). Nicht zuletzt aufgrund des Infektionsschutzes und der geltenden Einschränkungen der Versammlungsfreiheit gab es dagegen keine nennenswerten Gegenproteste.

Die erfolgreichen Gegenmobilisierungen gegen rechtsextreme Demonstrationen begründeten eine gewisse Sonderstellung Leipzigs in Sachsen und plausibilisierten zivilgesellschaftliche Mythenbildungen als „Heldenstadt“ und Hochburg progressiver Bewegungen. Demgegenüber standen eine wachsende mediale Skandalisierung als „linksextremistische Hochburg“, die Konstruktion „gefährlicher Orte“ wie den Stadtteil Connewitz und zuletzt ein steigender Repressionsdruck von

Sicherheitsbehörden auf die sich immer weiter zersplitternde radikale Linke in der Stadt. Solche „shrinking spaces“ für die Zivilgesellschaft erklären, dass zwischen 2020 und den Demonstrationen im Januar 2024 kaum nennenswerte Gegenproteste etwa gegen die bis heute aktiven rechtsoffenen bis rechtsextremen, aus den Corona-Protesten hervorgegangenen Montagsdemonstrationen mobilisiert werden konnten. Insofern waren die Januar-Proteste auch in Leipzig eine Art Weckruf für eine lokale Zivilgesellschaft in der Krise.

METHODIK UND DATENGRUNDLAGE

Die hier vorgelegte Analyse basiert auf zwei Protestbefragungen, die im Juni und August 2024 in Leipzig durchgeführt wurden. Methodisch orientierte sich das Vorgehen bei beiden Erhebungen auf einem international anerkannten Verfahren, das im Rahmen des Projektes *Contextualizing Contestation: Caught in the Act of Protest* (CCC) etabliert wurde (Stekelenburg et al., 2012). Zur Qualitätssicherung wird *erstens* durch das Abzählen der Protestteilnehmenden eine Zufallsstichprobe generiert, damit jede Person auf der Demonstration dieselbe Wahrscheinlichkeit hat, für die Teilnahme an der Studie ausgewählt zu werden. Dieses Abzählen übernehmen *zweitens* sogenannte Pointerinnen und Pointer, um den *Selection Bias* auszuschließen (Tests haben gezeigt, dass Befragterinnen und Befrager dazu tendieren, trotz des Abzählens Personen für die Befragung auszuwählen, die eher ihrem sozialen Hintergrund entsprechen). Die ausgewählten Demonstrationsteilnehmenden bekommen dann eine Einladung, an der eigentlichen Befragung teilzunehmen. *Drittens* wird mit etwa jeder fünften Person, der eine Teilnahme an der Studie angeboten wird, ein kurzes Kontrollinterview mit wenigen Fragen noch während der Demonstration durchgeführt. Weil vor Ort teilweise weit über 90 % der für die Studie ausgewählten Personen an einem solchen Interview teilnehmen, können auf diese Weise Verzerrungen kontrolliert werden, die dadurch entstehen können, dass die Rücklaufquoten bei ca. 30 % liegen (Walgrave/Verhulst, 2011; Walgrave et al., 2016). *Viertens* wurde, anders als im CCC-Projekt, wo Papierfragebögen in frankierten Couverts verteilt wurden, der Zugang zum ausführlichen Online-Fragebogen über einen Handzettel mit Link bzw. QR-Code an die per Zufallsstichprobe ausgewählten Teilnehmenden verteilt. Damit dieser Zugang nicht unkontrolliert – etwa über Social-Media-Kanäle –

TABELLE 1

Feldperformanz und Rücklaufquoten.
Kooperationsbereitschaft, verteilte Fragebögen, Rückläufer etc.

	Juni	August	
Angebot zur Studienteilnahme	748	762	N
Kontrollinterviews	112	118	N
Annahme Fragebogen	92,0	96,3	%
Ausgefüllte Fragebögen	239	265	N
Rücklaufquote	32,3	35,1	%

von Personen genutzt werden konnte, die gar nicht an diesem Protest teilgenommen haben, wurde auf jedem Handzettel eine einmalige Zugangs-ID mit abgedruckt, ohne die das Aufrufen des Online-Fragebogens nicht möglich ist.

Dieses methodische Verfahren hat im Juni und im August ein Forschungsteam von insgesamt mehr als 40 Personen bei der Befragung der beiden Proteste angewendet.¹ Insgesamt wurde dabei beim ersten Protest mit 821 und beim zweiten Protest mit 843 Personen Kontakt aufgenommen. Weil mehrere Personen unter 16 Jahre alt waren, kein Deutsch sprachen oder vom Befragungsteam mehrfach angesprochen wurden, wurde 748 bzw. 762 Menschen die Studienteilnahme angeboten, inkl. der 112 (Juni) bzw. 118 (August) Kontrollinterviews. Dabei hat die überwiegende Mehrheit der auf den Demonstrationen kontaktierten Personen einen Fragebogen angenommen (92,0 % im Juni und 96,3 % im August) bzw. eingewilligt, ein kurzes Kontrollinterview durchzuführen (92,9 % im Juni und 94,9 % im August). Letztendlich wurden im Juni dann 239 und im August 265 Fragebögen ausgefüllt, was einer Rücklaufquote von 32,3 % bzw. 35,1 % entspricht.

SOZIDEMOGRAFISCHER HINTERGRUND DER PROTESTIERENDEN

Die Auswertung der soziodemografischen Daten (Tab. 2) zeigt, dass bei den Protesten sowohl im Juni als auch im August (etwas) mehr Frauen als Männer teilnahmen. Auffällig ist, dass sich der Anteil weiblicher

1) An dieser Stelle sei den Organisatorinnen und Organisatoren der beiden Proteste sowie den Respondentinnen und Respondenten für die Unterstützung bei der Datenerhebung gedankt. Dies gilt auch für das Forschungsteam, das die Befragung durchgeführt hat.

Protestierender im August im Vergleich zum Juni erhöhte: von 51,1% im Juni auf 56,5% im August (der Männeranteil sank entsprechend aufgrund von Personen, die sich als anders/divers definierten, von 45,9% auf 40,7%). Ein ähnliches Übergewicht an weiblichen Teilnehmenden war ebenso im Konstanzer Raum als auch in Angermünde festzustellen, was den seit einigen Jahren zu beobachtenden Trend einer zunehmenden politischen Partizipation von Frauen im Allgemeinen und ihrer stärkeren Präsenz auf Demonstrationen im Besonderen verdeutlicht (mit der Ausnahme rechter Proteste, die stark von Männern dominiert werden, vgl. Kocyba, 2022, 349). Beim Alter der Protestierenden gab es eine noch deutlichere Verschiebung. Die Anteile der 31- bis 45-Jährigen, der 46- bis 60-Jährigen und der über 60-Jährigen nahmen um jeweils ca. 4 Prozentpunkte zu, wobei dies bei der ältesten Gruppe einen signifikanten Anstieg von ca. zwei Drittel bedeutet. Damit hat der Anteil der jüngeren Teilnehmenden im Alter von 16 bis 30 Jahren merklich abgenommen (von 36,2 auf 23,4%) – und das, obschon im August junge Menschen von den Organisierenden explizit adressiert wurden, indem beispielsweise ein Teil der Veranstaltung als Rave-Party organisiert wurde.

Die Analyse der Bildungsabschlüsse der Befragten in der Universitätsstadt Leipzig zeigt sowohl für Juni als auch für August eine für Proteste typische und ebenso im Konstanzer Raum und in Angermünde gemessene Überrepräsentation von Personen mit höherer Bildung. Der mit 61,9% bereits im Juni hohe Anteil von Teilnehmenden mit einem Hochschulschulabschluss stieg im August nochmals auf 72,7% an. (Zum Vergleich: In der Allgemeinbevölkerung haben 24% einen Hochschulabschluss, siehe Bocksch, 2021.) Dieser Zuwachs bei den Hochschulabsolventen ging zwar mit einem Rückgang der formal weniger gebildeten Befragten, zum Beispiel mit einem Realschulabschluss, einher (von 12,4 auf 8,4%), doch ist diese Verschiebung vor allem durch den geringeren Anteil der jüngsten Alterskohorte der 16- bis 30-Jährigen zu erklären, die zum Zeitpunkt der Befragung noch studierte bzw. auch noch vor dem Abitur stand.

Die Veränderung der Zusammensetzung der Teilnehmenden hin zu einer etwas älteren und etwas besser gebildeten Population schlägt sich auch in der Selbstverortung nach sozialen Schichten nieder. So stieg der Anteil der Personen, die sich der Oberschicht (von 1,7 auf 2,0%) und der oberen Mittelschicht (von 21,1 auf 25,4%) zugeordnet haben.

TABELLE 2

Soziodemografische Merkmale der Protestierenden

	Juni	August	
GESCHLECHT			
Männlich	45,9	40,7	%
Weiblich	51,1	56,5	%
Anders/Divers	3,1	2,8	%
ALTERSGRUPPEN			
16 – 30 Jahre	36,2	23,4	%
31 – 45 Jahre	32,3	36,3	%
46 – 60 Jahre	24,5	29,0	%
Über 60 Jahre	7,0	11,3	%
BILDUNGSSTAND			
Kein Abschluss	2,7	0,4	%
Hauptschulabschluss	1,3	2,8	%
Realschulabschluss oder POS	12,4	8,4	%
Abitur oder Fachabitur	21,7	15,7	%
Hochschulabschluss	61,9	72,7	%
SOZIALE SCHICHT			
Unterschicht	4,7	2,8	%
Untere Mittelschicht	23,7	20,2	%
Mittlere Mittelschicht	42,7	44,4	%
Obere Mittelschicht	21,1	25,4	%
Oberschicht	1,7	2,0	%
Keine dieser Schichte	1,7	2,8	%
Weiß nicht/keine Angabe	4,3	2,4	%

Einen leichten Zuwachs gab es auch in der deutlich am häufigsten gewählten mittleren Mittelschicht, von 42,7% im Juni auf 44,4% im August. Entsprechend ist die Selbstverortung in der unteren Mittelschicht (23,7 auf 20,2%) und der Unterschicht (von 4,7 auf 2,8%) gesunken.

Den Überblick über die soziodemografische Zusammensetzung der beiden Demonstrationen beenden wir mit einem Blick auf die räumliche Mobilisierung. Ein signifikanter Teil der Demonstrierenden war

sowohl im Juni als auch im August in Leipzig wohnhaft. 40,7% der Teilnehmenden im Juni lebten in Leipzig, im August stieg dieser Anteil auf 59,3% an. Als Wohnorte wurden neben Leipzig vor allem Orte aus dem Leipziger Umland sowie ostdeutsche Städte wie Dresden, Halle und Erfurt genannt. Der Anteil der Teilnehmenden aus Westdeutschland blieb hingegen sehr gering: Im Juni gab es nur vier Personen aus Westdeutschland, im August lediglich fünf. Diese Daten verdeutlichen die stark lokale Ausrichtung der Proteste, die sich hauptsächlich auf Leipzig und das nähere Umland konzentrierte und im August nochmals stärker den Charakter eines städtischen Leipziger Protestes angenommen haben.

MOTIVLAGEN DER PROTESTIERENDEN

Die Befragten nahmen laut eigenen Aussagen aus drei Hauptmotiven an den beiden Demonstrationen teil: (1) Um ein Zeichen zu setzen, (2) sich gegen Rechtsextremismus und (3) für Demokratie zu engagieren. Diese drei Motive wurden oftmals in einem direkten Zusammenhang genannt. Hinzu kamen (4) das Aktivwerden zum Wohle anderer oder für sich selbst sowie (5) die anstehenden Wahlen (im Juni die Europa- und Kommunalwahlen, im August die Landtagswahlen). Insgesamt ähnelten sich die Angaben der Befragten im Juni und August weitestgehend.

(1) Ein Großteil der Befragten betonte, ein Zeichen zu setzen und als demokratische Bürgerinnen und Bürger auftreten und auffallen zu wollen. In beiden Befragungen gaben auf einer Fünfer-Skala knapp über 97% (Summe aus „ziemlich“ und „sehr“) der Befragten im geschlossenen Teil des Fragebogens an, ein Zeichen setzen zu wollen. Auch in den Antworten auf die (einzige) offene Frage, warum man an der Demonstration teilnehme, nahm dieses Motiv eine zentrale Stellung ein (je knapp die Hälfte der meist etwas längeren Antworten benannte diese Motivation). Dabei verfolgten die Befragten mehr oder weniger explizit das Ziel, sich gegen Rechtsextremismus und/oder für Demokratie einzusetzen. Einem Teil von ihnen war es zudem wichtig, mit den Demonstrationen einer „schweigenden demokratischen Mehrheit“ und deren Anliegen Sichtbarkeit zu verschaffen. So wollten viele der Befragten mediale Aufmerksamkeit erzeugen (im Juni und August jeweils knapp über 80% an Zustimmung) und Menschen aufklären (51,1% im

Juni, jedoch nur noch 44,1% im August). Ebenso verband sich mit den Protesten die Hoffnung, Menschen dazu zu bewegen, sich demokratisch zu engagieren und zu wählen. So gaben in beiden Befragungen je ca. 71% der Befragten an, Menschen mobilisieren zu wollen. Im offenen Frageteil wurde auch der Wunsch formuliert, sich unter Demokratinnen und Demokraten gegenseitig Mut zu machen.

(2) Die Mehrheit der Befragten sprach sich explizit gegen Rechts-Extremismus, Rechtspopulismus, Faschismus und Autoritarismus bzw. im Allgemeinen gegen einen Rechtsruck aus. Im offenen Frageteil äußerten sich je über 70% der Befragten in dieser Hinsicht. Am häufigsten wurde in diesem Kontext die AfD genannt. Viele der Befragten betonten, sie hätten Angst vor den aktuellen Entwicklungen, in denen die (extreme) Rechte und ihr Einfluss auf die Gesellschaft bereits stark seien und noch stärker würden. Sie sorgten sich um den gesellschaftlichen Zusammenhalt, um demokratische Werte im Allgemeinen und ihre persönlichen Grundrechte im Speziellen ebenso wie um die Gefährdung von (vulnerablen) Einzelpersonen. Oft wurde die Angst auch auf die jeweils anstehenden Wahlen bezogen, für die hohe Wahlergebnisse der AfD befürchtet wurden. Mit den Demonstrationen wollten die Befragten auf die Gefahren aufmerksam machen, die vom Rechtsextremismus ausgehen, rechten Akteuren etwas entgegensetzen und ihnen den öffentlichen Raum nicht überlassen. Nicht zuletzt hofften sie, Unterstützerinnen und Unterstützer der extremen Rechten mit den Demonstrationen kurz vor den Wahlen gar umzustimmen. Dieses Motiv gaben im Juni 42,4%, im August dann nur noch 36,9% der Befragten an.

(3) Etwas mehr als die Hälfte der Protestierenden gab an, sich für die Demokratie, die offene und plurale Gesellschaft oder damit verbundene Werte und Rechte einzusetzen. Immer wieder wurde betont, dass die Demokratie eine wichtige Errungenschaft sei, die nun gegen die extreme Rechte verteidigt werden müsse. Gleichzeitig wurde auch Kritik an der derzeitigen Politik und dem gesellschaftlichen Klima in Sachsen, Deutschland und Europa deutlich. So wurde wiederholt bemängelt, dass der Rechtsruck auch die Mitte der Gesellschaft betreffe und demokratische Parteien und Akteure manchmal ebenfalls Teil dieses Prozesses seien und/oder zu wenig dagegen unternehmen würden. Dementsprechend haben Juni und August je knapp über 55% der Befragten als einen der Beweggründe zur Teilnahme an der Demonstration angegeben, die Politik zum Handeln bewegen zu wollen.

(4) Die Motivation, explizit für sich oder andere auf die Straße zu gehen, spielte ebenfalls eine signifikante Rolle. Dabei wurde ausgeführt, sich für Menschen einsetzen zu wollen, die durch extrem rechte Ideologie besonders gefährdet seien, und sich mit ihnen zu solidarisieren. Auch der Wunsch, den eigenen Kindern eine Zukunft in einem freien Land zu ermöglichen und ihnen ein gutes Vorbild zu sein, wurde hier zum Ausdruck gebracht. Häufig standen jedoch auch die eigenen Bedürfnisse im Zentrum. Letzteres wurde im Juni von einem Viertel, im August von etwas mehr als einem Drittel der Befragten geäußert. Einige der Befragten gaben an, selbst durch die extreme Rechte gefährdet zu sein, etwa aufgrund der eigenen Herkunft oder sexuellen Identität. Andere persönliche Gründe für die Teilnahme waren das Eingebunden-sein in politische bzw. zivilgesellschaftliche Initiativen, die regelmäßige Teilnahme an Demonstrationen gegen Rechtsextremismus sowie eine ostdeutsche (Familien-)Geschichte, die angesichts der DDR-Diktatur als Anlass genannt wurde, sich für die Demokratie einzusetzen. Auffällig war zudem ein moralischer Imperativ, der einigen Befragten das Gefühl gab, aus Verpflichtung und Verantwortung an der Demonstration teilnehmen zu müssen. Die Teilnahme wiederum führte bei vielen von ihnen auch dazu, sich mit anderen Gleichgesinnten verbunden zu fühlen, machte ihnen Mut und trug zu einer Selbstvergewisserung bei.

(5) Auch die jeweils unmittelbar anstehenden Wahlen waren für viele Befragte ein Motiv für die Demonstrationsteilnahme. So wollten die Antwortenden etwa auf die Wahl aufmerksam machen und allgemein zum Wählen aufrufen, spezieller aber auch zur Wahl einer demokratischen Partei mobilisieren. Zugleich verknüpfte sich damit das Motiv, gegen die antizipierten Erfolge extrem rechter Parteien, insbesondere der AfD, zu protestieren. Die Befragten führten in ihren Antworten aus, dass es vor den Wahlen erst recht wichtig sei, sich gegen die Gefahren des Rechtsextremismus öffentlich sichtbar zu engagieren.

POLITISCHE SELBSTVERORTUNG

Nicht überraschend handelt es sich bei Demonstrationsteilnehmenden um politisch hoch interessierte und engagierte Personen. Auf einer Fünfer-Skala gaben im Juni 82,8% und im August 78,4% an, sich „ziemlich“ und „sehr“ für Politik zu interessieren. Von denen, die bereits ein Wahlrecht bei der letzten Bundestagswahl hatten, haben im Juni

TABELLE 3

Links-rechts-Selbstverortung

	Juni	August	
Links außen	23,8	23,0	%
Mitte-links	58,2	52,1	%
Mitte	13,4	18,9	%
Mitte-rechts	1,3	0,4	%
Rechts außen	0,4	0,0	%
Weiß nicht/Keine Angabe	0,4	1,1	%
Für mich ist diese Skala nicht anwendbar	2,4	4,5	%

Die Daten wurden rekodiert: 0 und 1 = links außen, 2 und 3 = Mitte-links, 4, 5 und 6 = Mitte, 7 und 8 = Mitte-rechts, 9 und 10 = rechts außen.

99,5%, im August 96,4% an dieser teilgenommen, und je 94% haben angegeben, bereits an einer Demonstration gegen rechts teilgenommen zu haben.

Letzteres Ergebnis deutet bereits an, dass es sich um ein Protestmilieu handelt, das sich links der politischen Mitte verortet (Tab. 3). Auf einer Links-rechts-Skala, die elf Punkte beinhaltet, haben sich im Juni 23,8% und im August 23% links außen verortet, während am häufigsten die Mitte-links Kategorie gewählt wurde (58,2% im Juni und 52,1% im August). Die breit definierte Mitte-Kategorie wurde am dritthäufigsten gewählt, wobei es eine deutliche Verschiebung von Juni (13,4%) zu August gab (18,9%). Rechts der Mitte hat sich dementsprechend kaum ein Protestierender gesehen und auch die Antwortoption „Für mich ist diese Skala nicht anwendbar“ wurde nur selten gewählt. Der Anstieg in der Selbstverortung in der politischen Mitte scheint wieder Ausdruck einer stärker „bürgerlichen“ Mobilisierung zu sein, die sich bereits in der höheren Bildung und etwas stärker in der oberen Mittelschicht verortenden Teilnehmerschaft des Protestes niederschlägt.

Diese politische Selbstverortung findet – wenig überraschend – ihren Ausdruck im Wahlverhalten, das mit großem Abstand Mitte-links-Parteien zugutekommt (Tab. 4). Bei der Frage, welche Partei bei der letzten Bundestagswahl gewählt wurde, gab es kaum nennenswerte Verschiebungen zwischen den beiden Protesten im Juni und August. Beide Male gaben etwa die Hälfte Bündnis 90/Die Grünen und ein Viertel Die Linke an. Bei der Sonntagsfrage („Welche Partei würden sie

TABELLE 4

Wahlpräferenzen der Demonstrierenden

WELCHE PARTEI HABEN SIE BEI DER LETZTEN BUNDESTAGSWAHL GEWÄHLT?

	Juni	August	
Die Linke	23,9	23,8	%
SPD	10,1	12,1	%
Bündnis 90/Die Grünen	50,0	50,9	%
FDP	0,4	0,8	%
CDU	0,0	1,5	%
Freie Wähler	0,4	0,4	%
Andere	1,7	1,1	%
Ich durfte wählen, habe aber nicht gewählt	0,4	0,8	%
Ich durfte (noch) nicht wählen	11,8	7,2	%
Ich habe ungültig gewählt	0,0	0,4	%
Weiß nicht	1,3	1,1	%

WELCHE PARTEI WÜRDEN SIE WÄHLEN, WENN AM NÄCHSTEN SONNTAG BUNDESTAGSWAHL WÄRE?

	Juni	August	
Die Linke	32,4	25,8	%
SPD	5,5	10,2	%
Bündnis 90/Die Grünen	45,8	46,2	%
Bündnis Sahra Wagenknecht	2,1	0,8	%
CDU	0,0	3,4	%
Andere	3,8	1,5	%
Ich darf (noch) nicht wählen	2,1	3,4	%
Ich bin noch unentschlossen	8,0	7,6	%
Weiß nicht	0,4	1,1	%

wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre“) haben wir es allerdings mit zwei nennenswerten Veränderungen zu tun. So hat sich der Anteil der Personen, die der SPD ihre Stimme geben würden, von 5,6% im Juni auf 10,7% im August beinahe verdoppelt, während die Linkspartei fünf Prozent an Zuspruch verloren hat (von 33,2 auf 27,0%). Interessant ist auch, dass sich im August einige Wählerinnen

und Wähler der CDU am Protest beteiligt haben (3,6%) und dass der Protest kaum Anhängerinnen und Anhänger vom Bündnis Sahra Wagenknecht angezogen hat, mit einer abnehmenden Tendenz von 2,2% im Juni auf 0,8% im August. Daraus erwächst die Frage, ob diese geringe Beteiligung am Bruch der Linkspartei und den daraus resultierenden Friktionen innerhalb der links-aktivistischen Szene liegt oder daraus resultiert, dass den Menschen, die Sahra Wagenknecht ihr Vertrauen aussprechen, das Engagement gegen die extreme Rechte wenig wichtig zu sein scheint.

RECHTSEXTREMISMUS: ERFAHRUNGEN, WAHRNEHMUNGEN, ERWARTUNGEN

Entgegen der Mythenbildung einer spezifischen Insellage Leipzigs im besonders konservativen Sachsen mit zahlreichen Hochburgen der extremen Rechten zeigen sich auch in dieser Großstadt Verschiebungen der politischen Machtverhältnisse. Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament war die AfD auch in Leipzig stärkste Kraft, wenngleich das Ergebnis von 18,1% immer noch deutlich unter dem Landesergebnis der extrem rechten Partei von 31,8% lag. Auch die urban geprägte Universitätsstadt bleibt von den politischen Entwicklungen in Ostdeutschland nicht unberührt: Auf Wahlkreisebene wird zumindest an den Stadtrandbezirken eine Rechtsverschiebung sichtbar – eine Entwicklung, die sich nicht nur in Wahlergebnissen und symbolischer Raumnahme durch neonazistische Aktivistinnen und Aktivisten (Sticker, Pöbeleien usw.; für einen Überblick vgl. <https://chronikle.org/>) zeigt, sondern auch im Alltag der Befragten unterschiedlich wirksam wird.

Auf die Frage, ob rechtsextreme Akteure öffentlich präsent sind, antworteten 33,1% (Juni) bzw. 29,0% (August) mit „teilweise präsent“, jedoch nur 8,9% (Juni) bzw. 7,1% (August) mit „ziemlich präsent“ und gerade einmal 2,5% (Juni) und 2,7% (August) mit „sehr präsent“. Das unterscheidet sich erheblich von der eingangs erwähnten Befragung in der brandenburgischen Kleinstadt Angermünde, wo 80% der Demonstrierenden Rechtsextremismus „teilweise“, „ziemlich“ und „sehr“ wahrnahmen (Rucht et al., 2024, 14). Neben der öffentlichen Präsenz rechtsextremer Akteure, die sich wenig überraschend zwischen Groß- und Kleinstadt unterscheidet, wurde aber auch nach Berührungspunkten mit

Rechtsextremismus im sozialen Umfeld gefragt. Hier ist das Phänomen deutlich stärker wahrnehmbar und unterscheidet sich kaum mehr von den Ergebnissen aus Angermünde. Von den Befragten in Leipzig haben 78,0% (Juni) bzw. 74,1% (August) in ihrem sozialen Umfeld rechts-extreme Äußerungen wahrgenommen – in Angermünde waren es 75%. Am häufigsten begegneten den Befragten rechtsextremen Äußerungen auf der Arbeit (30,1% im Juni, 31,7% im August), im Freundes- und Bekanntenkreis (27,6% im Juni, 31,3% im August) oder im familiären Umfeld (28,5% im Juni, 24,5% im August). Erhebliche Unterschiede zur Kleinstadt Angermünde zeigen sich vor allem im Bildungsbereich. In Leipzig gaben 17,4% der Befragten im Juni und 11,7% im August an, in der Schule oder an der Universität rechtsextreme Äußerungen wahrgenommen zu haben. In Angermünde waren das lediglich 5%, was wohl auch an der unterschiedlichen Zusammensetzung der Altersgruppen auf den Demonstrationen liegt. In einer offenen Antwortkategorie zu „Äußerungen im sozialen Umfeld“ wurde diese weiter aufgefächert, wobei sich die Antworten überwiegend auf den öffentlichen Raum beziehen – oft genannt wird der ÖPNV, „beim Einkaufen“, „in der Nachbarschaft“, auf Sportplätzen oder in Kneipen, aber auch in verschiedenen Arbeitskontexten. Manchmal beschreiben die Antworten auch eine weitreichende Präsenz: „Ja, überall, im Supermarkt, vor meiner Haustür, im Zug, auf dem Weihnachtsmarkt, auf dem Weg durch meinen Ort, im Internet“.

Die Frage, ob es in ihrem sozialen Umfeld Menschen gibt, „von denen Sie wissen, dass sie die AfD wählen oder unterstützen?“, bejahten 65,5% (Juni) bzw. 66,2% (August) der Demonstrierenden. Zum Vergleich: In Angermünde waren es 71%, im westdeutschen Kontext (Konstanzer Raum) jedoch nur 52%. Bei denen, die die Frage bejahten, spielt der Bekanntenkreis mit 26,4% (Juni) bzw. 34,3% (August) die wichtigste Rolle, nur knapp gefolgt von Familienangehörigen mit 22,6% (Juni) bzw. 18,9% (August) – letzteres unterscheidet sich deutlich von Angermünde, wo 10% der Befragten Familienangehörige nannten. Diese Befunde sind interessant mit Blick auf die Alltagsrelevanz von Rechtsextremismus. Er mag im urbanen öffentlichen Raum eine geringere Sichtbarkeit haben, aber ist sehr präsent in alltagsnahen Interaktions- und Kommunikationskontexten der Befragten. Anders gesagt: Symbolische Hegemonien der extremen Rechten, wie sie andernorts in Sachen zu finden sind, sind nicht gleichbedeutend mit einem kapillaren

ABBILDUNG 1

Wie sehr stimmen Sie folgenden Aussagen zum Rechtsextremismus in Deutschland zu? (1. Umfrage: Juni 2024, 2. Umfrage: August 2024)

Ich habe Angst, Opfer eines rechtsextremen Übergriffs zu werden



Der politische Diskurs hat sich in den letzten Jahren nach rechts verschoben



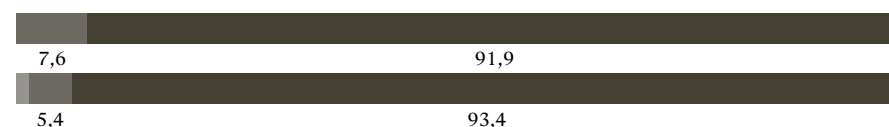
Die Gefahr des Rechtsextremismus wird hierzulande nicht ernst genug genommen



Ich habe Sorge, dass die Demokratie in Deutschland durch zunehmenden Rechtsextremismus gefährdet ist



Der Rechtsextremismus in Deutschland ist eine Gefahr für unsere Gesellschaft



Angaben in Prozent | 0 10 20 30 40 50 60 70 80 90 100
 überhaupt nicht | wenig | teilweise | ziemlich | sehr

Durchdringen des interaktionsnahen Umfeldes, vor dem auch Großstädte keineswegs gefeit sind. Und solche Raumnahmen und Durchdringungen sind – wie die Befragung zeigt – sozial wirksam.

Auf die Frage, ob es in den nähräumlichen Begegnungen mit Wählerinnen und Wählern oder Sympathisantinnen und Sympathisanten der AfD zu Konflikten kam, antworteten 74,1% (Juni) bzw. 66,2% (August) mit „Ja“. Die sozialen Folgen reichten von einem „zeitweise verschlechtertem Verhältnis“ (9,6% im Juni bzw. 10,9% im August) über

einem „dauerhaft verschlechterten Verhältnis“ (19,2% im Juni bzw. 18,1% August) bis hin zu Kontaktabbruch (11,7% im Juni bzw. 12,5% im August). Die Nivellierung von Unterschieden in der Alltagsrelevanz von Rechtsextremismus zwischen Groß- und Kleinstadt wird auch an der Frage sichtbar, ob Befragte schon einmal „Opfer rechtsextremer Anfeindungen geworden“ sind. Dies bejahten 31,4% (Juni) bzw. 28,1% (August) – ein höherer Wert als in Angermünde, wo dies auf 25% zutraf. Ähnliche Unterschiede, die für eine solche Stadt-Land-Nivellierung sprechen, lassen sich bei der Frage erkennen, ob man Angst habe, „Opfer eines rechtsextremen Übergriffs zu werden“. In Leipzig stimmten dem („ziemlich“ und „sehr“) im Juni 22,0% zu und im August 20,2% – in Angermünde waren es dagegen „nur“ 14% („ziemlich“ und „sehr“).

Naheliegenderweise haben diese Erfahrungen auch Auswirkungen auf die Beurteilung des Rechtsextremismus: Große Besorgnis kann als Grundkonsens der Befragten gelten (Abb. 1). Der Aussage „Der Rechtsextremismus in Deutschland ist eine Gefahr für unsere Gesellschaft“ stimmten in beiden Befragungen beinahe alle „ziemlich“ und „sehr“ zu (99,6% im Juni und 98,8% im August). Die Wahrnehmung, dass diese Gefahr „hierzulande nicht ernst genug genommen“ wird, hat zwischen Juni (84,3%) und August (85,9%) leicht zugenommen und liegt über den Werten der April-Befragung in Angermünde („ziemlich“ und „sehr“ 79%). Ebenfalls moderat angestiegen ist die „Sorge, dass die Demokratie in Deutschland durch zunehmenden Rechtsextremismus gefährdet ist“. Dies bejahten im Juni 96,2% und im August 97,7%. Leicht zugenommen hat auch die Wahrnehmung, dass sich der „politische Diskurs in den letzten Jahren nach rechts verschoben“ hat. Im Juni stimmten dem 88,6% „ziemlich“ und „sehr“ zu und im August 90,6% – diese Werte unterscheiden sich ebenso von Angermünde („ziemlich“ und „sehr“ 81%). Die Angst, selbst Opfer von Rechtsextremisten zu werden, wurde deutlich seltener zum Ausdruck gebracht („ziemlich“ und „sehr“ in beiden Befragungen von knapp über 20%).

Welche staatlichen Maßnahmen gegen Rechtsextremismus werden von den Befragten befürwortet? Hier zeigt sich ein eindeutiges Bild (Abb. 2). Egal, ob die Forderung, „Rechtsextreme konsequent aus dem Staatsdienst ausschließen“ auszuschließen, „Menschen, die von rechter Gewalt bedroht sind“, zu unterstützen oder „die staatliche Förderung von Demokratiearbeit und zivilgesellschaftlichen Initiativen“ auszuweiten – immer stimmen weit über 90% der Befragten hier „ziemlich“ und „sehr“ zu.

ABBILDUNG 2

Wie wichtig sind Ihnen Forderungen an Parteien und Regierung in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus? (1. Umfrage: Juni 2024, 2. Umfrage: August 2024)

Besser über rechtsextreme Akteure und Strategien mittels Bildungsarbeit aufklären



Menschen, die von rechter Gewalt bedroht sind, sollen unterstützt werden



Rechtsextreme konsequent aus dem Staatsdienst ausschließen



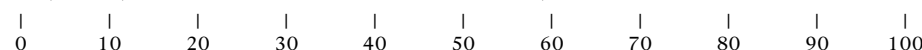
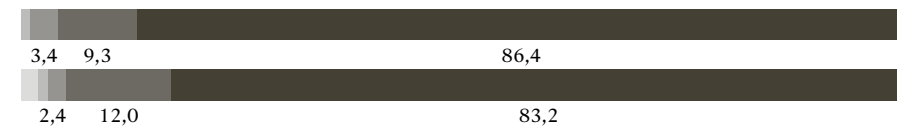
Die staatliche Förderung von Demokratiearbeit und zivilgesellschaftlichen Initiativen soll ausgeweitet werden



Parteien und Regierungen sollen Forderungen der extremen Rechten nicht übernehmen



Keine Zusammenarbeit mit rechtsextremen Parteien in den Parlamenten

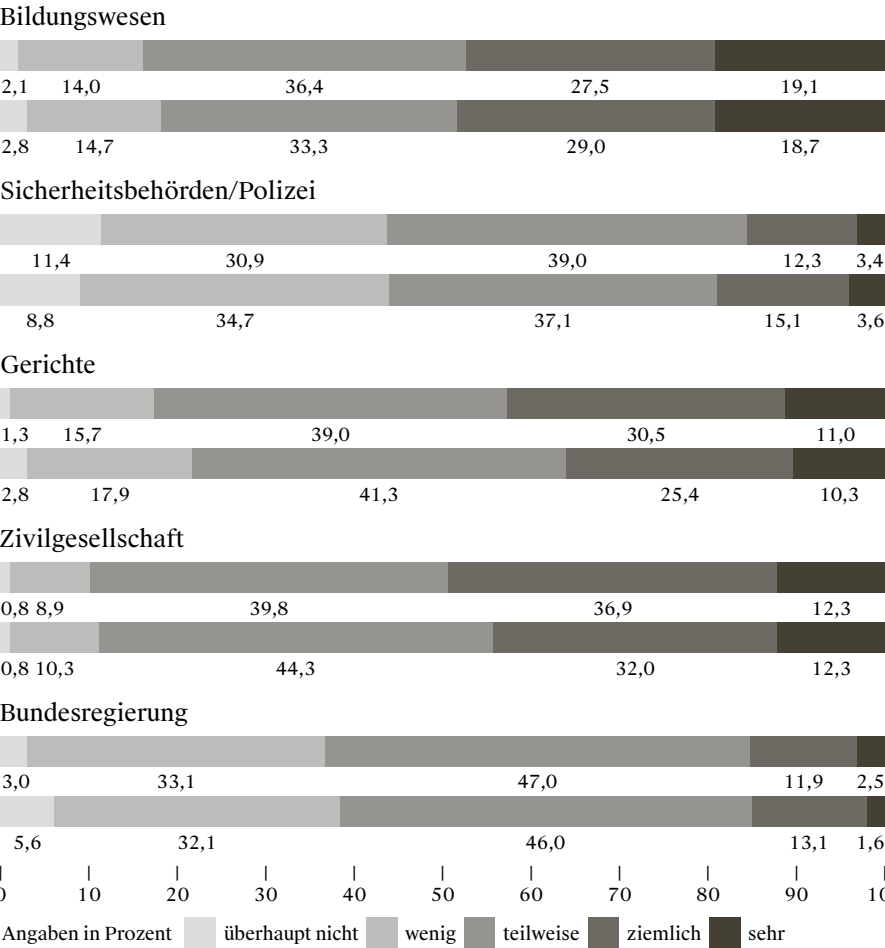


Angaben in Prozent | überhaupt nicht wenig teilweise ziemlich sehr

Die Klarheit in den politischen Forderungen steht dabei in einem gewissen Kontrast zur Frage, welchen politischen oder institutionellen Akteuren man überhaupt zutraut, das Problem des Rechtsextremismus zu lösen (Abb. 3). Besonders schlecht schnitten hier Polizei und Sicherheitsbehörden ab. Von den Befragten trauten es ihnen 42,4 % im Juni und 43,4 % im August „überhaupt nicht“ und „wenig“ zu, das Problem

ABBILDUNG 3

Wie sehr glauben Sie an die Fähigkeit der folgenden Akteure, das Problem des Rechtsextremismus in den Griff zu bekommen? (1. Umfrage: Juni 2024, 2. Umfrage: August 2024)



„in den Griff zu bekommen“. Auch die Bundesregierung wurde skeptisch bewertet. Fasst man die Werte von „überhaupt nicht“ und „wenig“ zusammen, waren im Juni 36,0 % und im August 37,7 % skeptisch bezüglich der Problemlösungskompetenz der aktuellen Bundesregierung. Weniger negativ bewertet wurde die Justiz (Juni: 16,9 %; August: 20,6 %), das Bildungswesen (Juni: 16,1 %; August: 17,5 %) und die Zivilgesellschaft (Juni: 9,7 %; August: 11,1 %). Ganz offensichtlich ist das Vertrauen in die Exekutive wesentlich geringer ausgeprägt als in die Judikative und insbesondere in die Gesellschaft selbst.

FAZIT

Unsere Befunde lassen sich in drei Richtungen interpretieren. Sie fügen sich *erstens* ein in die existierenden Studien zu den Demonstrationen, die seit Januar 2024 gegen Rechtsextremismus und für Demokratie organisiert wurden. Die bisherigen Analysen zeigen, dass die Proteste von einer überproportional hohen Zahl akademisch gebildeter Menschen getragen wurden, die sich mehrheitlich links der Mitte verorten. Dadurch, dass wir in Leipzig zwei Proteste befragt haben, können wir zudem zeigen, dass die Proteste hier zunehmend von älteren Menschen geprägt waren, während der Anteil der jüngeren Teilnehmenden merklich abnahm. Dies hatte Einfluss auf die Zusammensetzung der Demonstration im August, die noch stärker Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen und höherer sozialer Selbstverortung mobilisierte.

Zweitens zeigt der von uns nur punktuell vorgenommene Vergleich mit den Befragungen im Konstanzer Raum und Angermünde, dass es in Ostdeutschland zwar Unterschiede in der öffentlichen Sichtbarkeit von Rechtsextremismus zwischen Groß- und Kleinstadt gibt, dass der Rechtsextremismus jedoch in beiden Fällen gleichermaßen hohe Alltagsrelevanz besitzt. Dies äußert sich auch darin, dass viele Befragte dieses Phänomen nicht abstrakt als mediales Ereignis, sondern konkret auch in ihrem sozialen Umfeld erleben, was zu großen Sorgen und einer tiefgehenden Verunsicherung führt. Ob des gleichzeitig und kontinuierlich zu beobachtenden Erstarkens der extremen Rechten werden zudem der Regierung und Polizei Lösungskompetenzen abgesprochen. Dies ist wohl nicht zuletzt Ausdruck einer teilweise in den Antworten auf die offene Frage nach der Motivation zur Teilnahme am Protest geäußerten Resignation. Eine typische Antwort lautete: „Ich habe die

mediale und politische Wirkung im Vergleich zu den „Bauern“-Protesten betrachtet und resigniere öfter“.

Damit ist ein *dritter* Aspekt angesprochen: die Wahrnehmung einer asymmetrischen Responsivität der politisch Verantwortlichen in Reaktion auf Proteste. Damit ist gemeint, dass die gerade zitierten Bauernproteste aus der Perspektive der Demonstrierenden in kürzerer Zeit unmittelbare Wirkungen hatten (Rücknahme von Entscheidungen) oder dass als Reaktion auf die ungebrochene Stärke der AfD das Thema Migration und nicht Demokratieschutz den politischen wie medialen Diskurs dominieren – und das trotz der Größe und Anzahl der Proteste gegen Rechts. Unabhängig davon, ob eine solche Perzeption zutrifft, zeigen die Proteste, dass es eine breite Basis von Menschen gibt, die sich in ihrem Engagement gegen Rechts von politischen Entscheidungsträgern und den medialen Debatten nicht repräsentiert fühlen.

LITERATUR

- Bensmann, Marcus et al. (2024). Geheimplan gegen Deutschland. *Correctiv.org*, 10.01.2024. URL: <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/> (24.10.2024).
- Bitschnau, Marco/Koos, Sebastian (2024). Die schweigende Mehrheit auf der Straße? Ergebnisse einer Befragung von Teilnehmern an den Protesten gegen Rechtsextremismus. *Policy Papers / Cluster of Excellence 'The Politics of Inequality'*. URL: https://www.progressives-zentrum.org/wp-content/uploads/2024/03/240314_Das-Progressive-Zentrum_Universitaet-Kons-tanz_SchweigendeMehrheit.pdf (24.10.2024).
- Bocksch, René (2021). Deutschland hat vergleichsweise wenige Uni-Absolvent:innen. *Statista*. URL: <https://de.statista.com/infografik/25934/anteil-der-hochschulabsolventinnen-in-ausgewählten-ländern/> (24.10.2024).
- Böick, Marcus (2011). Aufstand im Osten? Sozialer und betrieblicher Protest gegen die Treuhandanstalt und Wirtschaftsumbau in den frühen 1990er-Jahren. In Dieter Bingen/Maria Jarosz/Peter Loew (Hrsg.), *Legitimation und Protest: Gesellschaftliche Unruhe in Polen, Ostdeutschland und anderen Transformationsländern nach 1989* (S. 167–185). Wiesbaden: Springer VS.
- Kocyba, Piotr (2022). Teilnehmende des „Marsches für die Freiheit“ der polnischen Anti-Impf-Bewegung – Ergebnisse einer Protestbefragung. *Totalitarismus und Demokratie*, 19 (2), 343–362. <https://doi.org/10.13109/tode.2022.19.2.343>.
- Leistner, Alexander/Stach, Sabine (2021). Leipzig, 7. November 2020: „Querdenken“. In Martin Langebach (Hrsg.), *Zeitbild: Protest in Deutschland seit 1945* (S. 388–393). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Loch, René (2024). Burkhard Jung und Sandra Hüller mit tausenden Leipziger*innen gegen Demokratiefeinde. *Leipziger Zeitung*, 09.06.2024. URL: <https://www.l-iz.de/leben/gesellschaft/2024/06/burkhard-jung-sandra-huller-demo-kratiefeinde-593143> (24.10.2024).
- Meier, Larissa/Dollbaum, Jan Matti/Daphi, Prika/Haunss, Sebastian (2024). Verdrängung oder Mobilisierung? Eine vergleichende Analyse zur Auswirkung der Protestbewegungen Pegida, Legida und Stuttgart 21 auf urbane Protestaktivitäten. In Axel Salheiser/Maria Alexopoulou/Christian Meier zu Verl/Alexander Yendell (Hrsg.), *Die Grenzen des Zusammenhalts: Wie Inklusion und Exklusion zusammenhängen* (S. 119–136). Frankfurt a. M.: Campus.
- Rink, Dieter (2017). Die Montagsdemonstrationen als Protestparadigma: Entwicklungen von 1991–2016 am Beispiel der Leipziger Protestzyklen. *Leviathan*, 45, 282–305.
- Rucht, Dieter (2024). Für Demokratie – gegen Rechtsextremismus: Profil und Dynamik der jüngsten Protestwelle. *IPB Working Paper Series*, 1/2024. Berlin: Institut für Protest- und Bewegungsforschung. URL: https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2024/05/ipb_paper-1-2024-Rucht_Fuer-Demokratie-2.pdf (24.10.2024).
- Rucht, Dieter/Steinhilper, Elias/Kocyba, Piotr (2024). Für Vielfalt, Toleranz und Miteinander: Protest in einer ostdeutschen Kleinstadt. *IPB Working Paper Series*, 2/2024. Berlin: Institut für Protest- und Bewegungsforschung. URL: https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2024/09/ipb-paper-Angermuende_final_22.08.2024.pdf (24.10.2024).
- van Stekelenburg, Jacqueliën/Walgrave, Stefaan/Klandermans, Bert/Verhulst, Joris (2012). Contextualizing Contestation: Framework, Design, and Data. *Mobilization: An International Quarterly*, 17 (3), 249–262. <https://doi.org/10.17813/mai.17.3.a4418x2q772153x2>.
- Walgrave, Stefaan/Wouters, Ruud/Ketelaars, Pauline (2016). Response Problems in the Protest Survey Design: Evidence from Fifty-One Protest Events in Seven Countries. *Mobilization: An International Quarterly*, 21 (1), 83–104. <https://doi.org/10.17813/mai.21.1-83>.
- Walgrave, Stefaan/Verhulst, Joris (2011). Selection and Response Bias in Protest Surveys. *Mobilization: An International Quarterly*, 16 (2), 203–222. <https://doi.org/10.17813/mai.16.2.j475m8627u4u8177>.



Wege der Demokratisierung

Was wissen wir über die Potenziale von gewerkschaftlicher Organisation und betrieblichem Konflikt in Sachsen?

Im Rahmen des am Else-Frenkel-Brunswik-Institut angesiedelten und von der Hans-Böckler-Stiftung finanzierten Forschungsprojekts „Handlungsfähigkeit (wieder)entdecken: Arbeitskämpfe, lokale demokratische Kultur und Strukturwandel in Sachsen“ nehmen wir gewerkschaftliche Organisation und betrieblichen Konflikt aus einer demokratiepolitischen Perspektive in den Blick. Mit insgesamt vier Fallstudien in der Lebensmittel- und Metallindustrie gehen wir der weit verbreiteten Annahme nach, der gewerkschaftlich ausgerufene „Aufbruch Ost“ könne über die Betriebe hinaus eine demokratisierende Wirkung auf Sachsen entfalten (für eine Vorstellung des Forschungsprojekts siehe Bose/Schmidt, 2023). Im Folgenden skizzieren wir erste Thesen zu Demokratisierungsprozessen im und durch den Arbeitskampf. Diese basieren auf unserer ersten Fallstudie, in der wir uns den 2018 aufgenommenen Streiks für Mitbestimmung, Tarifbindung und Lohnerhöhungen einer Belegschaft in der sächsischen Lebensmittelindustrie ethnografisch begleitend sowie in Interviews und Gruppendiskussionen widmeten (Schmidt et al., 2024).

Im untersuchten Fall setzten die gewerkschaftliche Mobilisierung und der betriebliche Konflikt auf dreierlei Weise Demokratisierungsprozesse in Gang: Erstens bedeutete der Arbeitskampf für die Beschäftigten eine seltene, positive Konflikterfahrung, welche ermächtigend wirkte und zur Neu-Interpretation von Selbstbildern und Handlungsorientierungen anregte. Zweitens konstituierten die Beschäftigten im Zuge des Arbeitskampfes neue „arbeitspolitische Öffentlichkeiten“ (Heiland et al., 2023) auf betrieblicher Ebene und erstritten auch die Repräsentation ihrer Anliegen und Lebensrealitäten in der (über-)regionalen medialen Öffentlichkeit. Drittens ergaben sich im Arbeitskampf Momente, in denen die von den Beschäftigten häufig bewusst vollzogene Distanzierung zur politischen Sphäre relativiert wurde. Diese Prozesse

sollen im Folgenden mit ihren Potenzialen und Grenzen nachgezeichnet werden. Unsere Absicht ist, dabei auch einen konzeptionellen Beitrag zu leisten, der über die Rekonstruktion des untersuchten Falles hinausgeht: Mit der *transformativen Konflikt Erfahrung, der Konstitution* „arbeitspolitischer Öffentlichkeiten“ (ebd.) sowie der *Vermittlung von Lebenswelt und Politik* schlagen wir drei Dimensionen von Demokratisierung durch den Arbeitskampf vor und gehen damit einen ersten Schritt zur Erstellung einer empirisch gesättigten Heuristik, mit der betriebliche Konflikte aus Perspektive der Demokratieforschung systematisch untersucht werden können.

CHARAKTERISTIKA DES UNTERSUCHTEN ARBEITSKAMPFES

Der Untersuchungsbetrieb unserer ersten Fallstudie ist ein mittelständischer Lebensmittelproduzent in einer industriell geprägten sächsischen Mittelstadt. Mit circa 150 Beschäftigten ist der Betrieb ein wichtiger Arbeitgeber in der Region und als überregional bekannte Marke zudem ein Aushängeschild der Stadt. Seit 1991 in Besitz eines westdeutschen Lebensmittelkonzerns wird der Betrieb durch eine regionale Geschäftsführung geleitet. In der Belegschaft finden sich mehrheitlich ältere Beschäftigte, welche noch in der DDR geboren und aufgewachsen sind und tendenziell im Umland der infrastrukturell eher gut angebundenen Stadt wohnen. Neben mehrheitlich gering-qualifizierten Tätigkeiten (wie z. B. in der Verpackung) sind auch einige qualifizierte Facharbeiter Teil der Belegschaft.

Der betriebliche Konflikt begann – nach langer subkutaner Unzufriedenheit in der Belegschaft – mit der gewerkschaftlich unterstützten Betriebsratsgründung im Jahr 2018. Mit ihrer Vorbereitung, die zunächst durch wenige aktive Beschäftigte angestoßen wurde, ging auch ein gewerkschaftlicher Organisationsprozess einher, der in kürzester Zeit die überwiegende Mehrheit der Belegschaft erfasst hatte. Durch teilweise lange und harte Streiks im Zeitraum bis 2022 gelang es den Beschäftigten, gegen den Widerstand der Geschäftsführung die Geltung des sächsischen Manteltarifs im Betrieb zu erzwingen und sukzessive Lohnerhöhungen zu erstreiten (Ochsmann, 2024, 27–34; Schmidt et al., 2024, 134f.).

Der Arbeitskampf fand als *Häuserkampf* auf betrieblicher Ebene statt. Im Gegensatz zu Arbeitskampfmaßnahmen im Rahmen von

(über-)regionalen und branchenweiten Flächentarifrunden ist die Auseinandersetzung dabei weniger institutionell vermittelt. Der Konfliktgegner ist klar bestimmbar und aus dem Arbeitsalltag bekannt. Auch die Gewerkschaft ist ‚näher dran‘ an den betrieblich Aktiven, kann ihr Vorgehen leichter transparent machen und mit der Belegschaft rückkoppeln sowie ihre Unterstützungsleistungen besser auf die Bedarfe der streikenden Belegschaft am Standort ausrichten.

Zudem war in der Fallstudie auch vier Jahre und mehrere Tarifrunden nach der gewerkschaftlich unterstützten Betriebsratsgründung die Dynamik des *Erschließungskonfliktes* weiterhin von Bedeutung. Mitbestimmung und Tarifpartnerschaft waren keine etablierten Selbstverständlichkeiten, sondern Gegenstand intensiver Aushandlungen zwischen Management und Belegschaft, aber auch innerhalb der Belegschaft. Dabei traf die ‚harte Linie‘ von Geschäftsführung und Eigentümern auf eine beteiligungs- und konfliktorientierte Gewerkschaftsstrategie, welche den Interessenskonflikt nicht durch Stellvertreterhandeln ‚im Hinterzimmer‘ befrieden wollte, sondern ihn stattdessen offen artikulierte und auf die Durchsetzungsfähigkeit einer mobilisierten Belegschaft setzte (Bose/Schmidt, 2023). Die offiziell als Warnstreik angesetzten Arbeitskampfmaßnahmen hatten so eher den Charakter eines Erzwingungsstreiks.

Die Konstellation aus Häuserkampf und Erschließungskonflikt sowie gewerkschaftlicher Beteiligungs- und Konfliktorientierung ist in früheren Studien als charakteristischer Konflikttypus im Zuge der gewerkschaftlichen Revitalisierung in Ostdeutschland beschrieben worden (Dörre et al., 2017; Goes et al., 2015; Röbenack/Artus, 2015). Auch das betont gesellschaftspolitische Framing des betrieblichen Verteilungskonflikts als Kampf für (Lohn-) Gerechtigkeit zwischen Ost- und Westdeutschland findet sich in einigen Mobilisierungen des „gewerkschaftlichen Aufbruch Ost“ (Bose/Schmidt, 2023). Im untersuchten Fall war dieses Framing zentral für die starke strategische Orientierung der „kleinen“ Gewerkschaft auf mediale Öffentlichkeit und die Mobilisierung von Unterstützung und Fürsprechern im politischen Spektrum. Durch sie bekam der Arbeitskampf zeitweise *Bewegungscharakter* und die von uns begleitete Belegschaft gelangte in eine exponierte Rolle als „Vorkämpfer“ oder „Aushängeschild“ der „neuen“ Arbeitskämpfe in Ostdeutschland (ebd.). Das hat nicht zuletzt auch mit den Erfolgen der Kämpfe im untersuchten Lebensmittelbetrieb zu tun,

die sich von der gelungenen Betriebsratsgründung über das Erkämpfen der Tarifbindung bis hin zu fast vollständig durchgesetzten Lohnforderungen in der Tarifrunde 2022 beobachten lässt.

DIMENSIONEN DER DEMOKRATISIERUNG

Durch den Arbeitskampf wurden nicht allein bessere Arbeitsbedingungen erstritten, er schuf unter der Belegschaft auch Rahmenbedingungen für Demokratisierungsprozesse. Letztere können in die drei Dimensionen *transformative Konflikterfahrung*, *Konstitution arbeitspolitischer Öffentlichkeit* und *Vermittlung von Lebenswelt und Politik* unterteilt werden.

TRANSFORMATIVE KONFLIKTERFAHRUNG

In unserer Untersuchung beschrieben die Beschäftigten den Arbeitskampf wiederholt als Moment der Selbstermächtigung. Den Kern dieser Ermächtigungserfahrung macht der Streik als positive *Konflikterfahrung* und das Erlangen von *Konfliktfähigkeit* aus. Bis zum Beginn der gewerkschaftlichen Organisation war ihr Handeln im Betrieb von Unterordnung und Konformität geprägt. Insbesondere gegenüber Vorgesetzten und der Geschäftsführung fühlten sie sich „ängstlich“ und „gehemmt“ und trauten sich nicht, Probleme offen anzusprechen oder Anliegen und Forderungen zu formulieren. In den Gruppendiskussionen führten manche der älteren Beschäftigten ihre Angst und ihr Ohnmachtsgefühl gegenüber betrieblichen Autoritäten auf ihre Sozialisation in der DDR zurück, wo „auf die Straße gehen oder Streiken unvorstellbar“ gewesen sei (Gerald¹). Aber auch in der Nachwendezeit sozialisierte Ängste vor Arbeitsplatzverlust und sozialem Abstieg wurden als Gründe für Anpassung und Unterordnung thematisiert (ebd.). Neben der Angst vor Repression und Sanktionen wirkten auch die Idealvorstellung vieler Beschäftigten vom Betrieb als Gemeinschaft, ihr Pflichtbewusstsein und ihre Wünsche nach Anerkennung durch Vorgesetzte als innere Beharrungskräfte, welche Konformität beförderten. Diese Arbeitserfahrungen trugen bei den Beschäftigten zu einem allgemeinen und

1) Bei den im Text angegebenen Namen unserer Gesprächspartnerinnen und -partner handelt es sich um Pseudonyme. Zudem haben wir alle Informationen, die Rückschlüsse auf die Personen zulassen würden, verwundet.

verschiedene Lebensbereiche übergreifenden Gefühl von Ohnmacht und Abhängigkeit bei (Schmidt et al., 2024).

Den ersten Streik erlebten die Beschäftigten als Moment, in dem sie den Kreislauf von Unterordnung, Anpassung und Angst durchbrachen. Widerstand zu artikulieren und den offenen Konflikt mit der Geschäftsführung zu wagen, bedurfte dabei starker Überwindung, wie der Facharbeiter Dirk in dieser Gesprächssequenz beschreibt:

Ich hätte mir nie erträumt, dass [...] man die Arbeit niederlegt, das war unglaublich. Ich hab ganz schlecht geschlafen und war fröhlich durch den Wind. Ich selbst war richtig fertig und hab dann aber im Laufe dieses ersten Tages gemerkt: Okay, das geht den anderen wahrscheinlich nicht viel besser. Aber wenn wir das zusammen durchziehen, dann können wir auch was erreichen.

Dirk

„Die Arbeit niederlegen“, wie Dirk es ausdrückt, war für die Beschäftigten der Beginn eines transformativen Prozesses, bei dem sie gemeinsam ihre Angst überwinden. Im Zuge des kräftezehrenden, aber erfolgreichen ersten Streiks machten sie Erfahrungen von Durchhaltevermögen, kollektiver Wirksamkeit und Durchsetzungsstärke, aber auch Zusammenhalt und Geselligkeit. Diese Erfahrungen, die sich auch in weiteren Streiks, zu denen sich die Belegschaft immer wieder entschloss, wiederholten, waren gegenläufig dazu, wie die Beschäftigten ihren (Arbeits-)Alltag erlebten.

Transformativ wirkte diese Konflikterfahrung bei manchen Beschäftigten dahingehend, dass sie die Konfliktfähigkeit, welche sie im Streik erlebt hatten, auf andere Lebensbereiche übertrugen und in ihr Selbstbild integrierten. So erklärten Beschäftigte, sie würden Autoritäten nun anders begegnen. Sie trauten sich auch im Alltag „mehr zu hinterfragen“ (Peter), „ihren Standpunkt offen zu vertreten“ (Astrid) und „für sich selbst einzustehen“ (Dirk und Gerald). Vor allem hätten sie „kein schlechtes Gewissen mehr“ (Dirk und Gerald), wenn sie Konflikte austrügen. Am deutlichsten wurden diese Schilderungen von Frauen und älteren Beschäftigten vorgebracht. Ein Beispiel dafür ist Astrid, der bei der Einstellung von einer Kollegin nahegelegt wurde, „den Mund zu halten“, wenn sie „in der Firma alt werden“ wolle. Nach vier Jahren wiederholten Arbeitskampfes resümiert sie:

Man muss nicht duckmäuserisch sein und man kann auch seine Rechte einfordern, [...] man muss nicht alles hinnehmen.

Astrid

Auf der einen Seite wurde deutlich, dass die Erfahrung gewerkschaftlicher Opposition bei manchen Beschäftigten einen Emanzipationsprozess anstieß: Waren Widerstand und das Verfolgen eigener Interessen für sie zuvor ein mit Schuldgefühlen behaftetes Tabu gewesen, erfuhren diese Haltungen im Zuge der Arbeitskämpferfahrungen eine Transformation und werden nun mit Rückgrat, „Selbstwert“ und Würde assoziiert (Peter und Gerald). Konflikthandeln und Interessensgegensätze normalisierten sich im Weltbild der Beschäftigten. Dieser Emanzipationsprozess hatte auf der anderen Seite jedoch klare Grenzen: So beschrieben die Beschäftigten in erster Linie ein gewachsenes individuelles Selbstbewusstsein als Folge der Ermächtigungserfahrung im Betrieb. Obwohl kollektive Organisation und die Institutionalisierung in der Gewerkschaft den Ermächtigungsprozess prägten, forderten oder wünschten sich die meisten Beschäftigten diese nicht für andere Lebensbereiche. So berichteten nur wenige Beschäftigte, sich nun einer Partei anschließen oder ihren Standpunkt auf Demonstrationen vertreten zu wollen. Die Erfahrung von Konfliktfähigkeit wurde in ihrer Übertragung auf andere Lebensbereiche gewissermaßen privatisiert und entpolitisiert. Zudem existierte in der Belegschaft auch eine konkurrierende Erzählung, welche den Arbeitskampf vorrangig als notwendiges Übel und Notwehr beschrieb und dem Konflikthandeln kaum Eigenwert zusprechen wollte.

Allerdings bezogen sich die Ansätze eines neuen kämpferischen Selbstbewusstseins in der Belegschaft nicht nur auf individuelle Selbstbilder, sondern wurden zum Teil auch in die zentrale Kollektividentität der Beschäftigten, das Ostdeutsch-Sein, integriert. So wurden den ostdeutschen Selbstbeschreibungen in der Belegschaft, welche sich um ängstlichen Konformismus, wütendes Benachteiligt-Sein oder trotzig-kulturelle Selbstbehauptung drehten (Schmidt et al., 2024), neue Facetten hinzugefügt. Mit Bezug auf die Streikerfahrung wurden Widerständigkeit und „Kämpfen können“ zum Beispiel von engagierten Betriebsräten als ostdeutsche Tugend beschrieben. Sie umfassen die Fähigkeit zu Solidarität und Zusammenhalt. Auch Tugenden des viel beschriebenen „ostdeutschen Arbeitsspartanertums“ wie Disziplin und Durchhal-

tevermögen (Behr, 2000; 2017), welche lange eher dem ‚sich durchkämpfen‘ in einer feindlichen Arbeitswelt dienten, wurden jetzt im Kontext des Kampfes für eigene Interessen umgedeutet. Zudem betonten die Beschäftigten, die Vertretung der eigenen Interessen in die eigenen Hände nehmen zu müssen, um einen Weg aus der Benachteiligung zu finden. Hier deutete sich an, dass die im Arbeitskampf erlebte Selbsttätigkeit und Eigenverantwortung exemplarischen Charakter entfalten und Teil von (kollektiven) Selbstbildern werden können. Selbsttätigkeit im Gegensatz zu Passivierung und Delegation zu stärken, war auch ein zentrales Anliegen der gewerkschaftlichen Ansprache der Beschäftigten (Bose/Schmidt, 2023).

ARBEITSPOLITISCHE ÖFFENTLICHKEIT

Ein zweiter Aspekt der Demokratisierung zeigte sich in der Veränderung von betrieblichen und außerbetrieblichen Öffentlichkeiten im Zuge des Arbeitskampfes.

Innerhalb des Betriebes lässt sich mit der Etablierung der Mitbestimmung durch die Betriebsratsgründung eine erste Demokratisierung der betrieblichen Öffentlichkeit beobachten. Zwar gab es auch vor der Betriebsratsgründung in der Belegschaft Kommunikation über „Arbeitsleid“ (Cubela, 2023) und betriebspolitische Entwicklungen, wie zum Beispiel neue Direktiven der Geschäftsführung. Diese basierte jedoch auf persönlichen Face-to-face-Begegnungen in den Nischen eines sich zunehmend verdichtenden Arbeitsalltags oder auf persönlichen Kontakten außerhalb des Betriebes. Damit blieb die Kommunikation im Bereich des Privaten und Informellen, konnte keine Teilhabe aller Belegschaftsmitglieder garantieren und war zudem von Sanktionen durch Geschäftsführung und Vorgesetzte bedroht. In der betrieblichen Öffentlichkeit besaß hingegen die Geschäftsführung ein Kommunikationsmonopol und bestimmte über Inhalte und Themensetzungen, Regeln und Richtung der betrieblichen Kommunikation. War die Belegschaftskommunikation maximal zur Subversion der offiziellen betrieblichen Kommunikation in der Lage, so brach die Institutionalisierung der Mitbestimmung mit der Betriebsratsgründung nun das Kommunikationsmonopol des Managements und politisierte die betriebliche Öffentlichkeit. Denn mit eigenen Kommunikationskanälen, der Möglichkeit, das Forum der Betriebsversammlungen einzuberufen und zu

leiten, sowie der Repräsentation von Beschäftigten durch sprechfähige Delegierte in Unternehmensgremien wurden die Asymmetrien hinsichtlich der Inhalte, Regeln und Richtung der betrieblichen Kommunikation abgeschwächt. Die betriebliche Opposition konnte sich nun auch betriebsweit wahrnehmbar, allgemeinzugänglich und institutionell abgesichert artikulieren. Allerdings stießen Meinungs- und Willensbildung auch in diesem Setting an die Grenzen eines weiterbestehenden, grundsätzlichen Machtgefälles, da die Mitbestimmungsgremien laut Betriebsverfassung nur rudimentär in die sog. „unternehmerische Freiheit“ eingreifen können und zudem in relevanten Themenbereichen der Schweigepflicht unterliegen.

In den heißen Phasen des Arbeitskampfes konstituierte sich durch das Zusammenkommen und die gemeinsame Praxis am Streikposten, auf Demonstrationen und Ausflügen eine zusätzliche Form von Öffentlichkeit: die „Streikversammlung“ (Ochsmann, 2024). Diese existierte relativ autonom von den Organisationsöffentlichkeiten von Betrieb einerseits und Gewerkschaft andererseits und basierte als Face-to-face-Öffentlichkeit auf der direkten Begegnung der Streikenden. Wie bei sozialen Bewegungen und Protesten war auch im von uns untersuchten Beispiel die Versammlung der zentrale Ort des Entstehens von Kollektivität. Dabei waren Vergemeinschaftung – das Kennenlernen von Kolleginnen und Kollegen aus anderen Werken und Schichten, der Spaß bei den gemeinsamen Reisen – und Bewusstseinsbildung eng miteinander verknüpft: In der Streikversammlung thematisierten die Beschäftigten ihre privaten Problemwahrnehmungen aus dem Arbeitsalltag, ihr Leiden an Arbeitsverdichtung und zunehmender Prekarität der Lebensführung und ihre persönlichen Missachtungserfahrungen im Verhältnis zum Management. Daraus entwickelte sich ein Prozess des Austausches und der Verständigung: Problemwahrnehmungen und -deutungen wurden entprivatisiert und verallgemeinert. Auch die damit verbundenen Emotionen wurden aufgefangen, wie der oben zitierte Bericht Dirks von der gemeinsamen Überwindung der Angst durch die Streikgemeinschaft zeigt. Diese Kollektivierung und wechselseitige Bestärkung innerhalb der Streikversammlung trug so zu den beschriebenen Ermächtigungserfahrungen bei.

Unterstützt wurde dieser Prozess durch die Gewerkschaftssekretäre, welche die Erfahrungen der Beschäftigten validierten und Deutungsangebote lieferten, wobei im untersuchten Fall das Deutungsan-

gebot der Benachteiligung ostdeutscher Beschäftigter und die Forderung nach Westangleichung auf besondere Resonanz trafen. Die Gewerkschaftssekretäre nutzten die Versammlungsöffentlichkeit der Streikphase auch dazu, das eigene Vorgehen transparent zu machen und beispielsweise ‚am Streikposten‘ unter allen Beteiligten über Angebote der Gegenseite oder die Streiktaktik abzustimmen. Die „Veröffentlichung“ der Streikführung (Ochsmann, 2024) half, Legitimität zu schaffen und die Verbindlichkeit unter den Streikenden zu sichern. Gleichzeitig erweiterte sie den Kreis der aktiv Beteiligten und als politische Subjekte im Streik Handelnden über die Hauptamtlichen sowie die Funktions-trägerinnen und -träger aus Betriebsrat und Tariffkommission hinaus. Die Versammlungsöffentlichkeit ergänzte in ihrer Niedrigschwelligkeit, Spontantät und intersubjektiven Transparenz die repräsentativen Strukturen und wirkte deren Verselbstständigung zu einem gewissen Maß entgegen. Sie führte auch zu einer stärkeren Aneignung des Streiks und der gewerkschaftlichen Praxis durch die Beschäftigten. Neben der aktiven Teilnahme an strategischen Diskussionen äußerte sich diese in „Wortergreifungsprozessen“ (Cubela, 2023), bei denen nicht nur Wortführerinnen und Wortführer, sondern auch ‚einfache Beschäftigte‘ ihre Perspektiven öffentlich vertraten. Dies geschah intern gegenüber Kolleginnen und Kollegen sowie Sekretären, aber auch nach außen gegenüber Geschäftsführung und Vorgesetzten oder gegenüber interessierten Dritten, mit denen die Streikversammlung regelmäßig konfrontiert war (Protokolle 2-4; 6, 8, 9).

Im Zuge des Arbeitskampfes gelang es den Beschäftigten auch, ihre Anliegen und Lebensrealitäten in außerbetriebliche, vor allem medial vermittelte Öffentlichkeiten einzuspeisen. Das wurde unter anderem am Beispiel der lokalen Öffentlichkeit deutlich: Vor Beginn des Organisationsprozesses waren Beschäftigtenperspektiven dort kaum repräsentiert. Die Perspektive, mit der Medien, Politik und auch Zivilgesellschaft auf die lokale Wirtschaft blickten, war in der Regel eine Standort-Perspektive, die sich zum Beispiel um Unternehmensansiedlungen, Steuern und den Erhalt von Arbeitsplätzen drehte. Lokale Unternehmen wurden zwar als wichtige Akteure im Gemeinwesen begriffen, sie blieben jedoch für gewöhnlich eine *Black Box*, deren Innenleben – Arbeitsbedingungen, Entlohnung, Führungsstil – für Außenstehende verschlossen war oder gar nicht erst als öffentlich relevantes *Politikum* gesehen wurde. Im untersuchten Fall sorgte die Funk-

tion des Unternehmens als städtisches Aushängeschild zusätzlich dafür, dass die Unternehmer wohlwollend als großzügige Förderer des Gemeinwesens und auch repräsentative Figuren in der Region erlebt wurden. Rückblickend reflektierte der Lokaljournalist Paul Müller die Schieflage und blinde Flecken in der eigenen Berichterstattung:

Wenn ich zurückdenke an die Beiträge, die auch bei uns im Blatt gelaufen sind. Vor der Betriebsratsgründung hat dieses Lohnthema eigentlich nie eine Rolle gespielt. Die Beiträge zeigten die Eigentümer freudestrahlend mit irgendwelchen neuen Produkten, wie die auf Bio Trends aufspringen zum Beispiel. Dieses Bild ist erst dadurch [den Arbeitskampf, A.S.] differenzierter geworden. Weil man eben [zuvor, A.S.] diesen Schlüsselblick nicht hatte, es gab halt keinen Whistleblower, der mal gesagt hat, hier, guckt euch mal an, wie die hier abgefeiert werden bei euch und eigentlich unterm Mindestlohn krebzen.

Journalist Müller

Diese Erfolge bei der Themensetzung der Lohngerechtigkeit und der Sichtbarmachung von Niedriglohnarbeitern beschränken sich nicht auf die Lokalpresse. Durch den Bewegungscharakter der Streikführung drängten die Beschäftigten immer wieder gut sichtbar in den öffentlichen Raum. In der sächsischen Mittelstadt, wo der Prestigebetrieb angesiedelt ist, traf das auf Zuspruch, wurde von manchen aber auch als Provokation der etablierten Normen von Genügsamkeit und Fleiß verstanden und weckte Ängste vor einer Schließung des Standorts. Auch überregional traf die streikende Belegschaft auf großes öffentliches Interesse. Dabei warf die Präsenz der Streikenden in der politischen Öffentlichkeit Licht auf die Frage von Löhnen und Arbeitsbedingungen in Ostdeutschland und holte die Lebensrealitäten und Anliegen ostdeutscher Niedriglohnarbeiterinnen und -arbeiter aus dem toten Winkel der öffentlichen Aufmerksamkeit. Die Aufmerksamkeit wurde von den Beschäftigten – trotz der Nervosität und des Drucks, den die öffentlichen Auftritte bei ihnen auch auslösten – als eine kurzfristige Umverteilung gesellschaftlicher Anerkennung erlebt.

VERMITTLUNG VON LEBENSWELT UND POLITIK

In unserer Analyse des Streikhandelns erwiesen sich auch die Politikbezüge der Beschäftigten als bedeutsam. Hier wurde ein verbreitetes Muster deutlich, bei dem die Beschäftigten ihr Befremden und Misstrauen gegenüber „der Politik“ artikulierten und die Distanz zwischen ihrer alltäglichen Lebenswelt auf der einen sowie der institutionalisierten Politik und den gesellschaftspolitischen Richtungsstreiten auf der anderen Seite betonten. „Politik“ bedeutete für sie die Sphäre der Parteien, Parlamente und Medien.

Diese Haltung speiste sich teilweise aus der Wahrnehmung der „Politik“ als Ort von befremdlichem Streit und gefährlicher Spaltung, der von den Lebensrealitäten und „tatsächlichen“ Anliegen der „kleinen Leute“ jedoch entkoppelt sei. Exemplarisch zeigte das ein Gespräch mit der jungen Facharbeiterin Lisa. In den Themen und Argumenten, welche im Parlament und in den Medien debattiert werden, könne sie keine Relevanz für ihr Leben entdecken, gab Lisa zu Protokoll. Als Arbeitnehmerin denke sie sich „Was soll denn das?! Denkt ihr auch mal an die kleinen Leute?“. Die kritisierte Entkoppelung spiegle sich auch in den unverhältnismäßigen Erhöhungen der Diäten der Parlamentarier, während Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an der Inflation litten. Lisas Kritik speist sich auch aus ihrer Sorge vor einer gesellschaftlichen Spaltung und einer Eskalation der Auseinandersetzung. Beides sieht sie in gesellschaftspolitischen Richtungsstreits angelegt, wobei sie auf die Auseinandersetzungen zwischen „Links und Rechts“ und um die Krisenpolitiken während der COVID-19-Pandemie rekurriert: Sie habe es schlimm gefunden, wie Menschen „aufeinander losgegangen sind und sich belatschert haben“ (ebd.). Vor diesem Hintergrund formuliert Lisa das Gebot gesellschaftspolitischer Neutralität: Zwar beschäftige sie sich mit verschiedenen Meinungen, die per se alle legitim seien, sie wolle sich jedoch „auf keine Seite stellen“ (ebd.). Lisa erlebt sich gesellschaftspolitisch als nicht verortet, vertritt einen abstrakten Pluralismus und betont dabei ihre Toleranz gegenüber anderen Meinungen. Lebensweltlich ist sie allerdings geprägt von konservativen Positionen, welche sie aber nicht als „politisch“ wahrnimmt. Dazu zählt zum Beispiel ihre Ablehnung von Geschlechtervielfalt. Auch weitere alltagspolitische Themen, wie Gerechtigkeitsvorstellungen, Fragen von Anerkennung und Würde oder Widerstand gegen Zumutungen „von oben“ sind bei ihr

mit Narrativen des Rechtspopulismus verknüpft (Lüdtke, 2023, 41–45; Schwuchow, 2023; Beck/Westheuser, 2022).

Einen etwas anderen Politikbezug äußerte Lisas Kollege Peter. Aus Enttäuschung über die etablierten Parteien, die er „alle schon durch“ habe, hat sich Peter von der Politik zurückgezogen und eine antipolitische Haltung entwickelt, die mit Misstrauen und Wut gegenüber politischen Akteuren verbunden ist. Ihren Ausdruck findet diese Haltung – nicht nur bei Peter – in der Wahlenthaltung oder der Wahl der AfD. Beides ist ein bewusster politischer Akt, mit dem Protest artikuliert wird. Verbesserungen für sein Leben erwartet sich Peter von „der Politik“ nicht mehr. Seine Verweigerung und sein erwartungsloser Protest offenbaren nicht zuletzt einen destruktiven Impuls und nehmen in einem fast nihilistischen Zug den Bruch mit Normen des liberal-demokratischen Diskurses gern in Kauf. So wählt er bewusst „den rechten Protest“ und vertritt auch in Hinblick auf den Krieg in der Ukraine oder die Maßnahmen zur Pandemie-Bekämpfung Positionen, die in der liberalen politischen Öffentlichkeit als antidemokratisch gebrandmarkt würden (ebd.).

Beide Politikbezüge, Lisas und Peters, artikulieren eine wahrgenommene Entkoppelung zwischen der Lebenswelt der Arbeiterinnen und Arbeiter auf der einen und „der Politik“ auf der anderen Seite. Allerdings lässt sich dieses Verhältnis nicht einfach als Politikferne charakterisieren. Beide verfolgten das politische Geschehen aufmerksam-kritisch und waren dabei auch emotional involviert, zudem formulierten sie eigene politische Standpunkte und wollten ihre Sichtweise zum Ausdruck bringen. Politikbezüge wie jene von Lisa und Peter offenbaren vielmehr ein ambivalentes Verhältnis ihrer Träger zum Politischen und zu sich selbst als politisch Handelnden (Robinson, 2023). Sie legen auch nahe, dass die Trennung von formaler, staatszentrierter und offiziös auftretender Politik auf der einen Seite und der eigensinnigen Alltagspolitik von Arbeiterinnen und Arbeitern auf der anderen noch immer eine gewisse Geltung besitzt. Der Historiker Alfred Lüdtke hatte diese als konstitutiv für traditionelle Arbeitersubjektivität beschrieben. Alltagspolitik drehe sich dabei vor allem um das Überdie-Runden-Kommen und die Stabilisierung von Selbstwert („Respektabilität“) und stehe damit in einem Spannungsverhältnis zum Erzeugen-Werden und der Politisierung ‚von oben‘ (Lüdtke, 2023 [2015]).

Im Zuge der öffentlichkeitsorientierten Streikstrategie samt ihrem politisierten Framing als Kampf für Lohngerechtigkeit zwischen Ost

und West wurden die Beschäftigten nun wiederholt mit Parteien, Medien sowie Aktivisten aus linken sozialen Bewegungen konfrontiert und kurzfristig in die gesellschaftlichen Aushandlungen über Gerechtigkeit in Zeiten der Inflationskrise und Ungleichheit zwischen Ost und West involviert. Beides beruhte auf der Initiative und Koordination der Gewerkschaftssekretäre, welche als Gatekeeper zwischen der Belegschaft und dem politischen Raum vermittelten, indem sie zum Beispiel Besuche von Politikern und Medienvertretern auf dem Streikposten ermöglichten oder Demonstrationen in sächsischen Großstädten oder sogar in Berlin organisierten.

Dabei avancierte ein Teil der aktiven Beschäftigten allerdings selbst zu sprechfähigen Vertreterinnen und Vertretern der kämpfenden Belegschaft. Diese Repräsentantinnen und Repräsentanten suchten Kontakt zu den Politikern oder Journalisten, artikulierten als Sprachrohr Meinungen und Stimmungen aus der Belegschaft und versuchten beim Verfolgen ihrer Eigeninteressen die Gräben zwischen politischen Lagern und Parteien, Regierung und Opposition zu umschiffen. Zwar übten Beschäftigte stellenweise Kritik an einer übermäßigen Politisierung des Arbeitskampfes. Das politische Narrativ der Gewerkschaft, nach welchem der Kampf der Belegschaft ein Kampf für Lohngerechtigkeit zwischen Ost- und Westdeutschland sei, eigneten sie sich jedoch in der Mehrheit an. Bei den beschriebenen Anlässen traten sie bewusst und stolz als Vorkämpfer für die Interessen ostdeutscher Arbeiterinnen und Arbeiter auf. Das zeigt Ansätze der Verallgemeinerung des Kampfes über die Interessen der Betriebsbelegschaft hinaus und eine beginnende Verständigung über den gesellschaftspolitischen Kontext des Arbeitskampfes. Die entsprechenden Deutungen und Forderungen, wie jene der Lohngerechtigkeit für Ostdeutsche, erschienen den Beschäftigten alltagspolitisch relevant und plausibel und wurden entsprechend nicht als „politisch“ wahrgenommen.

Auch bei der Begegnung und zeitweiligen Kooperation der streikenden Beschäftigten mit Unterstützergruppen aus linken sozialen Bewegungen und Parteien deuten sich Wege zur Vermittlung von Lebenswelt und Politik an. So berichteten Unterstützerinnen und Unterstützer von anfänglicher Skepsis bis Ablehnung, mit der die Beschäftigten auf sie reagierten, sowie eigenen Berührungsängsten. Der wiederholte Kontakt innerhalb der langen Streikzeit ermöglichte es jedoch, Misstrauen ab- und Beziehungen aufzubauen. Neben einem betont

wertschätzenden und empathischen Zugang zur Lebensrealität der Beschäftigten (,Zuhören') sahen die Unterstützer wichtige Schritte darin, gemeinsame Betroffenheiten und Interessen auszuloten (z.B. Kaufkraftverluste durch die hohe Inflation) und durch kontinuierliche Unterstützungen sowohl ihre Integrität als auch ihre Nützlichkeit für die kämpfenden Beschäftigten unter Beweis zu stellen. Auf dieser Basis sei es dann auch möglich geworden, über Gesellschaftspolitik zu sprechen.

Trotz dieser Ansätze zur Vermittlung von Lebenswelt und Politik wurden im untersuchten Fall auch Widerstände gegen Politisierung deutlich: So behielten auch die aktiven Beschäftigten ein ambivalentes Verhältnis zu sich selbst als politische Akteure bei: Sie vertraten ihren Arbeitskampf im politischen Raum, d. h. sie agierten *politisch*, sie kontextualisierten und begründeten ihre Forderungen politisch als Ausdruck eines gesamtdeutschen Gerechtigkeitsproblems und wurden von (anderen) politischen Akteuren unterstützt. Dabei legten sie jedoch Wert darauf, *unpolitisch* zu sein, und wogen Schritte der Politisierung des Streiks vorsichtig ab. Insgesamt trug auch die enge Bindung der Belegschaft an die charismatischen, autoritativen und fürsorglichen Gewerkschaftssekretäre zur Akzeptanz der gesellschaftspolitischen Rahmung wie des bewegungsähnlichen Vorgehens unter den Streikenden bei. Die Sekretäre hatten seit Beginn des Organisationsprozesses vermitteln können, dass sie es ernst und gut meinen und zur Durchsetzungsstärke der Belegschaft beitragen. Auf Basis der erworbenen Glaubwürdigkeit konnten sie die gesellschaftspolitische Rahmung vornehmen und auch politische Setzungen – wie Kontaktaufnahmen zu progressiven Unterstützerkreisen oder den Ausschluss der antigewerkschaftlichen AfD von Streikposten – im persönlichen Gespräch legitimieren.

Die Zwiespältigkeit der Politisierung arbeitsweltlicher Kämpfe mit der Forderung nach Lohngleichheit in Ost und West haben wir an anderer Stelle bereits umrissen (Schmidt et al., 2024): Einerseits knüpft sie an lebensweltliche Deutungen von Benachteiligung und Gerechtigkeitsvorstellungen in der Belegschaft an und kann diese mit gesellschaftspolitischen Diskursen und Konflikten verknüpfen und eine Verallgemeinerung der Kämpfe über die rein betriebliche Ebene hinaus anregen. Andererseits ist der Anspruch, als „fleißiger Ostdeutscher“ ein „gleichberechtigter Deutscher“ zu sein, gleichzeitig anschlussfähig für Ressentiments gegenüber Migrantinnen und Migranten sowie

Arbeitslosen als angeblich leistungsunwilligen Transferempfängern. Die Formulierung gemeinsamer Interessen mit migrantischen Niedriglohnbeschäftigten oder anderen peripherisierten Arbeiterklassen, etwa in Westdeutschland oder dem benachbarten Ausland, wird erschwert. Damit wird eine weitere Verallgemeinerung der Kämpfe beeinträchtigt. Zudem verfestigt sich durch extrem rechte Protestkulturen, Online-Vergemeinschaftung und die AfD als „Anti-Partei“ im Parlament derzeit eine extrem rechte Variante der Vermittlung zwischen alltäglicher Lebenswelt von Arbeiterinnen und Arbeitern und politischem Raum.

WAS BEDEUTET DEMOKRATISIERUNG, WELCHE IMPULSE SETZEN ARBEITSKÄMPFE?

Die Frage, inwiefern es der Demokratie in Ostdeutschland an Substanz mangle, ist nicht erst seit dem Wahljahr 2024 Dauerthema der politischen Debatte. Eine Problemskizze der „ausgebremsten Demokratisierung“ der ostdeutschen Teilgesellschaft liefert der Soziologe Steffen Mau: Die Entkoppelung politischer und wirtschaftlicher Eliten hat zu Repräsentationsproblemen geführt; intermediäre Organisationen wie Parteien, Gewerkschaften und Kirchen sind strukturell schwach und haben keine ostdeutschlandspezifische, „zivilgesellschaftlich artikulierte Konfliktstruktur“ hervorgebracht (Mau/Offe, 2020, 21); nur geringe Teile der ostdeutschen Bevölkerung haben sich nach dem „Verlust politischer Subjektivität“ in der Nachwendezeit die neuen Institutionen und Verfahren angeeignet, was zu verstetigten Gefühlen von Ohnmacht und Fremdbestimmung beigetragen habe (ebd.). Auch ein Demokratiedefizit in der Arbeitswelt, welche nach De-Industrialisierung und Massenarbeitslosigkeit vielerorts von prekärer Arbeit und niedrigen Löhnen geprägt war, hat zu einem verbreiteten Deprivationserleben in der ostdeutschen Bevölkerung beigetragen und Mentalitäten geprägt (Schmidt et al., 2024; Kiess et al., 2023; Behr, 2017).

Eine Gegenteilstendenz zum Substanzverlust oder Substanzmangel der Demokratie, insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern, kann die anhaltende Revitalisierung von gewerkschaftlicher Organisation und betrieblichem Interessenhandeln bilden. Der gewerkschaftliche Aufbruch Ost gilt Beobachtern in Wissenschaft und Zivilgesellschaft als „nachholende Demokratisierung der betrieblichen Arena“ (Dörre et al., 2017), an die sich trotz seines beschränkten Umfangs und Aus-

maßes Hoffnungen auf weitergehende gesellschaftliche Demokratisierungsprozesse knüpfen (Bose/Schmidt, 2023).

Doch was bedeutet Demokratisierung *im* und *durch* den Arbeitskampf? Dieser Frage haben wir uns mit einem empirischen Zugang genähert, der von den Erfahrungen und der Praxis der beteiligten Akteure ausgeht. Ergänzend zu strukturellen Analysen und theoretischen Überlegungen erlaubt uns dieser Zugang, die Subjektperspektive sowie die für kollektives Handeln bedeutsamen Interaktions- und Gruppenprozesse systematisch in unser Verständnis von Demokratisierung einzubeziehen (Thiel, 2019).

Anhand eines typischen Erschließungs- und Verteilungskonflikts in der sächsischen Lebensmittelindustrie konnten wir drei Dimensionen von Demokratisierung identifizieren: Als *transformative Konflikterfahrung* beschreiben wir erstens, dass die Beschäftigten im Arbeitskampf die Erfahrung der Selbstermächtigung durch erfolgreiches Konfliktthandeln und „Widerstand nach oben“ machen. Die dabei erfahrene Konfliktfähigkeit übertrugen manche der aktiven Beschäftigten in andere Lebensbereiche und integrierten sie in ihre Selbstbilder. In der Demokratisierung betrieblicher Kommunikation durch die erstrittene Mitbestimmung, der Erfahrung von Versammlungsöffentlichkeit im Zuge des Arbeitskampfes sowie der Repräsentation ostdeutscher Niedriglohnarbeiter in der (medialen) Öffentlichkeit – also der *Konstitution „arbeitspolitischer Öffentlichkeiten“* (Heiland et al., 2023) auf verschiedenen Ebenen – sahen wir einen zweiten Demokratisierungseffekt. Drittens deuteten sich Ansätze einer *Vermittlung von lebensweltlichen Belangen der Beschäftigten und formeller Politik* an, die durch Versuche der Politisierung des betrieblichen Konflikts seitens der Gewerkschaft begünstigt wurde. In der Konfrontation mit dem politischen Raum eigneten sich die Beschäftigten die gesellschaftspolitische Interpretation und politische Vertretung ihres Streiks an und zeigten – wenn auch weniger ausgeprägt als beim unmittelbaren Konfliktthandeln im betrieblichen Rahmen – mit Selbsttätigkeit und Verantwortungsübernahme einen „sense of ownership“ (Mau/Offe, 2020).

Die Analyse liefert auch Ansatzpunkte dafür, wie die Pfade des „demokratischen Spillover-Effektes“ gedacht werden können (KieSS/Schmidt, 2024): Sie bestehen (1) in einem *Transfervon im Arbeitskampf geprägten Erfahrungen, Ansprüchen und Erwartungen* auf andere Lebensbereiche, (2) in Prozessen der *Verallgemeinerung bei der Artiku-*

lation von Problemlagen und Interessen über den betrieblichen Rahmen hinaus sowie (3) in der *Öffnung beziehungsweise Erschließung der scheinbar entpolitisierten Betriebe für politische Aushandlungen*.

Damit können gewerkschaftliche Organisation und betrieblicher Konflikt zu einem Substanzgewinn der lebensweltlichen Demokratieerfahrung beitragen und veränderte Ausgangsbedingungen für die Politisierung von Arbeiterinnen und Arbeitern schaffen. Sie tragen jedoch nicht zwingend und erst recht nicht automatisch zu einer progressiven Politisierung der Beschäftigten bei, welche sie gegen rechte Politik immunisieren oder zur Bewusstwerdung von Klasseninteressen beitragen könnte (Westheuser/Lux, 2024). Als Grenze dafür zeigte sich in unserem Beispiel die Schwierigkeit, betriebliche Opposition und Konfliktthandeln von Beschäftigten in den Rahmen gewerkschaftlichen Engagements, zu dem auch eine gesellschaftspolitische und normative Orientierung gehört, zu überführen. Inwiefern der „gewerkschaftliche Aufbruch Ost“ zu einer Vitalisierung der Gewerkschaften als zivilgesellschaftlichen Organisation beitragen kann, bleibt offen. Zudem sorgt die weitestgehende Stilllegung des „demokratischen Klassenkampfes“ in der politischen Arena (Köhler, 2002) dafür, dass Arbeiterinnen und Arbeiter politisch kaum an Erfahrungen von erfolgreichen Konflikten um Mitsprache und Verteilung und an Momente des „Widerstands nach oben“ anknüpfen können und sich auch Deutungsmuster vom Betrieb als politischer Arena, die durch gegensätzliche Interessen strukturiert ist, kaum aneignen. Wurden Interessensgegensätze, Benachteiligung und Widerstand adressiert, geschah dies fast ausschließlich im Framing einer innerdeutschen Gerechtigkeitsproblematik, welches begrenztes emanzipatorisches Potenzial hat (Schmidt et al., 2024).

Gültigkeit beanspruchen diese Ergebnisse zunächst nur für den Typus eines betrieblichen Erschließungs- und Verteilungskonflikts in einem Industriebetrieb in einer Niedriglohnbranche sowie für ein gewerkschaftliches Vorgehen, das in seiner Beteiligungs- und Öffentlichkeitsorientierung eine Art „Bewegungscharakter“ entfaltete. Allerdings möchten wir mit der Kategorienbildung auch zur Operationalisierung von „Demokratisierung“ im Kontext von Arbeitskämpfen beitragen und ein Analyseraster vorschlagen, mit dem Arbeitskämpfe auf ihre demokratisierenden Potenziale hin untersucht werden können.

Inwieweit die Kategorien der *transformativen Konflikterfahrung*, der *Konstitution arbeitspolitischer Öffentlichkeit* sowie der *Vermittlung*

von *Lebenswelt und Politik* verallgemeinert werden können und wie sie dabei konkretisiert und differenziert werden müssen, wird sich in weiteren Fallstudien erweisen. Eine zweite Fallstudie führte uns weg von der wenig regulierten Niedriglohnarbeit der ostdeutschen Lebensmittelbranche hinein in die „Erste Welt“ sozialpartnerschaftlich regulierter und materiell abgesicherter Arbeit (Schmalz et al., 2021, 18ff.; Dribbusch, 2024), welche die industriellen Kerne Sachsens kennzeichnet. In einer traditionellen sächsischen Industriestadt untersuchten wir den gewerkschaftlichen „Abwehrkampf“ der Belegschaft eines Automobilzulieferers gegen die Verlagerung ihres Werkes ins Ausland sowie die betriebliche Beteiligung von Beschäftigten im Prozess der Suche nach einem neuen Investor für den Standort. Hier zeichnete sich bereits ab, dass – trotz anderer Ausgangsbedingungen – die beschriebenen Dimensionen von Demokratisierung für die demokratische Qualität und die Demokratisierungspotenziale des Arbeitskampfes von Bedeutung sind.

LITERATUR

- Beck, Linda/Westheuser, Linus (2022). Verletzte Ansprüche. Zur Grammatik des politischen Bewusstseins von ArbeiterInnen. *Berliner Journal für Soziologie*, 32(2), 279–316.
- Behr, Michael (2000). Ostdeutsche Arbeitsspartaner. *Die Politische Meinung*, 369, 27–38.
- Behr, Michael (2017). Das Ende des ostdeutschen Arbeitsspartaners. *Berliner Debatte Initial*, 28(3), 29–42.
- Bose, Sophie/Schmidt, Andre (2023). „Aufbruch Ost“ in der Arbeitswelt? Perspektiven sächsischer Gewerkschafter auf die demokratiepolitische Bedeutung arbeitsweltlicher Mobilisierungen. In Oliver Decker/Fiona Kalkstein/Johannes Kiess (Hrsg.), *Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswick-Instituts für 2022* (S. 273–291). Leipzig: edition überland.
- Cubela, Slave (2023). *Wortergreifung, Wortstarrung, Wortverlust: Industrielle Leidarbeit und die Geschichte der modernen Arbeiterklassen*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Dörre, Klaus/Goes, Thomas/Schmalz, Stefan/Thiel, Marcel (2017). *Streikrepublik Deutschland? Die Erneuerung der Gewerkschaften in Ost und West*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Goes, Thomas/Schmalz, Stefan/Thiel, Marcel/Dörre, Klaus (2015). *Gewerkschaften im Aufwind? Stärkung gewerkschaftlicher Organisationsmacht in Ostdeutschland*. Frankfurt a.M.: Otto Brenner Stiftung.
- Heiland, Heiner/Seeliger, Martin/Sevignani, Sebastian (2023). Proletarische Öffentlichkeit revisited: Konzeptionelle und forschungsprogrammatische Überlegungen zum Strukturwandel arbeitspolitischer Öffentlichkeiten. *ZTS Zeitschrift für Theoretische Soziologie*, 1–2, 85–111.
- Kiess, Johannes/Schmidt, Andre (2024). The political spillover of workplace democratization: How democratic efficacy at the workplace contributes to countering right-wing extremist attitudes in Germany. *Economic and Industrial Democracy*, 0143831X241261241. <https://doi.org/10.1177/0143831X241261241>.
- Kiess, Johannes/Wesser-Saalfrank, Alina/Bose, Sophie/Schmidt, Andre/Brähler, Elmar/Decker, Oliver (2023). *Arbeitswelt und Demokratie in Ostdeutschland*. Frankfurt a.M.: Otto Brenner Stiftung.
- Lüdtke, Alfred (2023). Lohn, Pausen, Neckereien. Eigensinn und Politik bei Fabrikarbeitern in Deutschland um 1900. In Heiner Heiland/Simon Schaupp (Hrsg.), *Widerstand im Arbeitsprozess: Eine arbeitssoziologische Einführung*. Bielefeld: transcript.
- Mau, Steffen (2024). Ausgebremste Demokratisierung. In Steffen Mau, *Ungleich Vereint: Warum der Osten anders bleibt* (S. 39–53). Berlin: Suhrkamp.
- Mau, Steffen/Offe, Claus (2020). Vom Einheitsrausch zum AfD-Kater? Steffen Mau und Claus Offe im Gespräch mit Claudia Czingon über 30 Jahre deutsche Einheit. *Leviathan*, 48(3), 358–380.
- Mau, Steffen/Westheuser, Linus/Lux, Thomas (2024). *Triggerpunkte: Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft*. Berlin: Suhrkamp.
- Ochsmann, Jonas (2024). *Streiköffentlichkeit. Eine Fallstudie zur Relation von Streik und Öffentlichkeit in der sächsischen Lebensmittelindustrie* [Masterarbeit]. Jena: Friedrich-Schiller-Universität.
- Pflüger, Jessica/Pongratz, Hans/Trinczek, Rainer. (2010). Methodische Herausforderungen arbeits- und industriesoziologischer Fallstudienforschung. *Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst soFid, Industrie- und Betriebssoziologie*, 2010(2), 9–18.
- Röbenack, Silke/Artus, Ingrid (2015). Betriebsräte im Aufbruch? Vitalisierung betrieblicher Mitbestimmung in Ostdeutschland. *OBS-Arbeitsheft* 82.
- Schmalz, Stefan/Hinz, Sarah/Singe, Ingo/Hasenohr, Anne (2021). *Abgehängt im Aufschwung: Demografie, Arbeit und rechter Protest in Ostdeutschland*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Schmidt, Andre/Bose, Sophie/Kiess, Johannes (2024). Zwischen Fatalismus und Selbstbehauptung. Facetten des Deprivationserlebens von Arbeiterinnen und Arbeitern in Sachsen. In Oliver Decker/Fiona Kalkstein/Johannes Kiess/Piotr Kocyba (Hrsg.), *Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswick-Instituts für 2023* (S. 131–153). Leipzig: edition überland.
- Schwuchow, Torben (2023). *Kampf um Würde in der Arbeit: Rechtspopulismus als Ausdruck eines moralischen Unrechtsempfindens*. Baden-Baden: Nomos.
- Thiel, Marcel (2019). Trade union research from the standpoint of the subject: Worker's collective action from the perspective of Critical Psychology. *Annual Review of Critical Psychology*, 16, 1258–1281.
- Westheuser, Linus/Lux, Thomas (2024). *Klassenbewusstsein und Wahlentscheidung. Klasse als politischer Kompass?* Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.



Und was ist mit Religion?

Jugendliche und Religiosität in Sachsen

Wo ist mein Platz in der Gesellschaft, wer möchte ich sein? Die Entwicklungsphase der Jugend ist von essenziellen Fragen und Umbrüchen geprägt, in einem Zwischenstadium zwischen Kindheit und Erwachsensein. Gegenwärtig wird diese Phase durch ein Aufwachsen im Krisenmodus beeinflusst. Auf die COVID-19-Pandemie folgte der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, Inflation und steigende Preise, alles flankiert von einer sich immer weiter zuspitzenden Klimakrise. Zunehmende Unsicherheiten, Ängste und Einsamkeit unter Jugendlichen seit der Pandemie sind dabei nur ein Beispiel für emotionale Schwierigkeiten, die daraus folgen (Neu et al., 2023; Ravens-Sieberger et al., 2021). Doch auch politische Radikalisierung kann zum Teil einer Krisendeutung werden (Decker et al., 2024).

Im Rahmen des Forschungsverbunds „Radikaler Islam – Radikaler Anti-Islam“ (RIRA) haben wir uns in unserem Teilprojekt am Else-Frenkel-Brunswik-Institut mit den Herausforderungen beschäftigt, die jugendliches Aufwachsen aktuell prägen. In einer qualitativen Jugendstudie haben wir in den Jahren 2022 und 2023 fünf 90-minütige Gruppendiskussionen und ein Einzelinterview mit jungen Erwachsenen im Alter von 18 bis 22 Jahren durchgeführt und anschließend tiefenhermeneutisch ausgewertet.

Im Forschungsverbund RIRA werden gesellschaftliche Polarisierung und wahrgenommene Bedrohung als Triebkräfte von Radikalisierungsprozessen bei Jugendlichen angenommen (Pickel et al., 2023). Im Laufe der Analyse wurde es zu einem Ziel unserer Studie, der Bedeutung von Religionsverständnissen in diesem Zusammenhang nachzugehen. Welche Rolle spielt Religion für Jugendliche angesichts einer gesellschaftlichen Krisendynamik? Zeigen sich auch in Bezug auf das Verständnis von Religion gesellschaftliche Polarisierungsprozesse? Kann Religiosität Bedrohungsgefühle mindern oder auch befördern?

Diese Fragen stellen sich in Sachsen vor einem besonderen Hintergrund. Als ostdeutsches Bundesland ist Sachsen aufgrund seiner DDR-Vergangenheit einerseits stark säkular geprägt, andererseits hat das Mutterland der Reformation durchaus eine protestantisch geprägte Geschichte, die bis in die Gegenwart wirkt. Die DDR-Führung verfolgte Zeit ihres Bestehens eine kirchenfeindliche Politik und auch wenn das Ausmaß der Repressionen über die Jahre variierte, ging die Mitgliedschaft in der Kirche fortwährend mit sozialen Nachteilen einher (Pickel, 2020). Das Verhältnis von Religion und Gesellschaft war in Ostdeutschland in den Jahren der DDR daher vor allem von einem politischen Spannungsverhältnis geprägt (Grabner/Pollack, 1994), die weit verbreitete Areligiosität führte zu einem fehlenden Verständnis für religiöse Angelegenheiten (Pickel, 2020). Zeigt sich davon noch etwas in der jungen Generation, über 30 Jahre nach dem Mauerfall?

Der vorliegende Beitrag untersucht das Sprechen über Religion von jungen Erwachsenen in Sachsen. Im Fokus stehen dabei zwei Gruppendiskussionen (GD) mit insgesamt sieben Teilnehmenden zwischen 18 und 21 Jahren, die im April und Juni 2023 geführt und tiefenhermeneutisch ausgewertet wurden. Dabei konzentrieren wir uns im Folgenden nicht auf die Einstellungen zum Thema Islam, sondern setzen allgemeiner bei der Frage an, welche Dynamiken und Emotionen sich beim Thema Religion zeigen, was dabei nicht besprochen werden kann und wie diese (De-)Thematisierung mit der besonderen Phase der Jugend, aber auch mit historischen Kontinuitäten und biografischen Bezügen zusammenhängt. In den zwei ausgewählten Gruppendiskussionen finden wir besonders eindrücklich eine Ambivalenz gegenüber bis zur Abwehr von religiösen Themen sowie die Schwierigkeit, über die persönliche Bedeutung von Religiosität zu sprechen, die auch in den anderen Diskussionen eine Rolle spielt. Dieser Ambivalenz wollen wir nachgehen.

Zunächst gehen wir aber auf die besondere Entwicklungsphase der Adoleszenz und auf den spezifisch ostdeutschen Hintergrund in Bezug auf die gesellschaftliche Bedeutung von Religion ein. Nach einer kurzen Methodendarstellung widmen wir uns schließlich drei Motiven, die wir im jugendlichen Sprechen über Religion in unseren Gruppendiskussionen finden konnten.

ENTWICKLUNGSAUFGABE DER ADOLESCENZ: LÖSUNG DER IDENTITÄTSKRISE

Was Jugend bedeutet, hängt stark damit zusammen, welchen Raum und welche Bedeutung die Gesellschaft dieser Entwicklungsphase zugesteht (Abels, 2008). Es handelt sich dabei um ein relativ modernes Konzept, welches eng mit der Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft im 19. Jahrhundert verbunden ist und einem stetigen Wandel unterliegt (King, 2013). Wegen des früheren Einsetzens der Pubertät und einer Verlängerung der sozialen Phase der Adoleszenz wird aktuell davon ausgegangen, dass sich diese Entwicklungsphase in Bezug auf die Lebenszeit immer weiter ausdehnt (Abels, 2008). Jugend kann als ein Stadium des Übergangs betrachtet werden, in dem sich junge Menschen auf das Erwachsensein vorbereiten und ihnen ein „psychosoziales Moratorium“ (Erikson, 1998, 127) gewährt wird. Darunter lässt sich eine Art Schonzeit verstehen, in der Jugendliche in einem gewissen Rahmen von Pflichten und Verantwortung entbunden bleiben, um die Krisen, Veränderungen und Entwicklungsaufgaben dieser Phase zu bewältigen und einen Raum für experimentelle Selbstentwürfe und Probeidentifikationen zu haben (Abels, 2008). Aus psychoanalytischer Perspektive ist diese Schonzeit wichtig, um eine der primären psychologischen Krisen der Adoleszenz bearbeiten zu können: die Identitätskrise. Nach dem Psychoanalytiker Erikson (1998) geht es in der Identitätskrise darum, ein subjektives Gefühl innerer „Einheitlichkeit und Kontinuität“ (Erikson, 1998, 107) zu entwickeln. Auch wenn diese innere Kontinuität und Einheitlichkeit niemals abschließend erreicht werden kann, da wir uns in einem beständigen Konflikt zwischen eigenen widerstreitenden Bedürfnissen und der äußeren Realität befinden, wird in der Phase der Adoleszenz der Versuch in besonderer Weise zentral, diesen Zustand herzustellen und eine eigene Identität zu entwickeln. Dabei versuchen junge Menschen eine drohende Identitätsdiffusion zu verhindern, die mit einer „Zersplitterung des Selbstbildes [...], ein[em] Gefühl von Verwirrung und in schweren Fällen die Furcht vor völliger Auflösung“ (Erikson, 1998, 154) einhergehen kann. Durch die plötzlichen Veränderungen des Körpers in der Pubertät, die veränderte Bedeutung der Sexualität, das Ablösen von alten Bezugspersonen und die Suche nach Neuen, ist eine erhöhte Anfälligkeit für Identitätsdiffusion ein inhärenter Bestandteil der Phase der Jugend (Erikson, 2003). Der drohenden

Diffusion begegnen Adoleszente mit verschiedenen Versuchen der Abwehr. Als solche können beispielsweise Rigorismus und Abgrenzung dienen, mit denen neue Identitätsentwürfe zusammengehalten werden und die Identitätsdiffusion verhindert wird (Abels/König, 2016). In der adoleszenten Schonzeit kommt es im Rahmen der Ablösung von bisher primären Bezugspersonen und der eigenen Identitätsbildung zu aktiven Auseinandersetzungen mit Prägungen der Familie, aber auch mit gesellschaftlichen Konventionen und Werten. Der Blick auf die Jugend und ihr Sprechen über Religion ist auch deshalb interessant, weil in diesem unter Umständen gesellschaftliche Zustände und Dynamiken gespiegelt werden, auf die die Adoleszenten reagieren und mit denen sie in Auseinandersetzung treten.

RELIGIOSITÄT IN OSTDEUTSCHLAND

In welchem gesellschaftlichen Klima findet die jugendliche Auseinandersetzung mit Religion statt? In einem Artikel von 2012 bezeichnete der Journalist Peter Thompson Ostdeutschland als „the most godless place on earth“ und verweist dabei auf den außergewöhnlich hohen Grad an Säkularisierung in den neuen Bundesländern (Thompson, 2012). Das zeigt auch ein Blick auf die Kirchenmitgliedschaften. In Sachsen gehörten 2018 nur noch 17,9% der Bevölkerung der protestantischen und 3,7% der katholischen Kirche an, während in Westdeutschland immer noch 61,8% Mitglied einer der beiden großen Kirchen waren (bpb, 2020). Der Mitgliederschwund beider Kirchen hält auch in Sachsen weiter an (MDR, 2024). Obwohl der Protestantismus in Ostdeutschland seinen Ursprung fand, ist die Region aufgrund ihrer DDR-Vergangenheit allgemein geprägt durch einen hohen Grad an Säkularisierung. Dabei entwickelte sich die Religiosität in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung entgegen aller Prognosen und anders als in den meisten osteuropäischen Staaten. Während Letztere (mit Ausnahme von Tschechien) nach 1990 einen erheblichen Zulauf zu Religionsgemeinschaften verzeichneten (Pollack et al., 1998), stagnierten die Mitgliederzahlen der Kirchen in Ostdeutschland beziehungsweise verzeichneten weiterhin eine leichte Rückläufigkeit (Pickel/Hidalgo, 2013). Eine mögliche Ursache könnte die Unterschreitung eines Schwellenwertes kirchlicher Aktivität während der Zeit der DDR sein, die ein Wiederaufleben der Kirche verhinderte (Pickel, 2010). Eine Pluralisierung der

Säkularisierung, Individualisierung oder Pluralisierung der Religion?

Verschiedene Theorien versuchen, die Entwicklung von Religiosität in der Gesellschaft zu beschreiben. Gemäß der Säkularisierungstheorie geht mit der fortschreitenden Modernisierung und Industrialisierung einer Gesellschaft auch ein zunehmender Bedeutungsverlust der Religion einher (Pickel, 2018). Dabei prognostiziert die Säkularisierungstheorie eine Entfernung und Abwendung von Religion und ihren Institutionen, die mit jeder Generation weiter fortschreitet und die unter anderem durch zunehmende Ausrichtung auf Prinzipien der menschlichen Vernunft begründet ist (Pickel, 2011). Der Säkularisierungstheorie, deren empirische Begründung oft auf Daten institutioneller Strukturen wie sinkenden Mitgliederzahlen der Kirchen basiert, steht die These der Individualisierung der Religion entgegen (Pickel, 2018). Diese besagt, dass „individuelle Religiosität eine anthropologische Konstante des Menschen darstellt“ (Pickel, 2018: 89). Dieser Theorie zufolge haben Menschen weiterhin ein Bedürfnis nach etwas, das Funktionen, die vorher die institutionalisierte Religion erfüllt hat, übernimmt. Als Beispiel solcher Bedürfnisse nennen Gründer und Scherr (2012, 68) die „Kosmisierung des Weltbezugs, Kontingenzbewältigung [und] Gemeinschaftsfundierung“. Diese werden heute aber weniger durch institutionelle Religionsangebote befriedigt. Stattdessen findet die subjektive Religiosität in anderen Formen ihren Ausdruck, beispielsweise in sogenannten Bastelreligionen, in denen einzelne Elemente religiöser Praktiken aus ihrem Kontext gelöst und neu kombiniert werden und die sich stets im fluiden individuellen Anpassungsprozess befinden, oder auch in Hinwendung zu verschiedenen Formen der Spiritualität (Pickel, 2018; Knoblauch, 2009). Nach der Theorie der Individualisierung der Religion verschwindet das Religiöse also nicht, sondern wandelt durch gesellschaftlich veränderte Bedingungen nur seine Ausdrucksform. Eine weitere Perspektive auf religiöse Entwicklung ist die Idee der Pluralisierung der Religion (Pickel, 2010). Diese nimmt eine Diversifizierung der Religionsgemeinschaften an, bedingt durch Globalisierungsprozesse und Migrationsbewegungen.

Religion findet sich nur in Ansätzen. So lebt beispielsweise die große Mehrheit der muslimischen Religionsangehörigen in den westdeutschen Bundesländern. Der Anteil von Muslimen in den ostdeutschen Bundesländern ist niedrig, wobei Sachsen mit 0,7–0,8% das Schlusslicht bildet (Tanis, 2020).

Während in weiten Teilen Sachsens der Anteil an Kirchenmitgliedern recht gering ist, gibt es regional teilweise starke evangelikale Strukturen, den sogenannten „sächsischen Biblebelt“ (Stange, 2014; Lühmann, 2016). Beschrieben wird damit eine Region nahe der deutsch-tschechischen Grenze, die sich vom Erzgebirge bis ins Vogtland zieht und in der evangelikale Christen insbesondere in strukturschwachen Regionen einen prägenden Einfluss auf die Kultur und das kommunale Leben haben. Evangelikale in Sachsen sind keine homogene Gruppe, sie sind unterschiedlich organisiert und gehören verschiedenen protestantischen Konfessionen an (Stange, 2014). Sie eint dennoch ein christlicher Fundamentalismus, mit Vorstellungen, die eine große Nähe zu rechten Ideologien aufweisen (Niendorf/Höcker, 2022) und mit denen sie versuchen, Einfluss in der sächsischen Landeskirche zu üben (Stange, 2014).

METHODE: TIEFENHERMENEUTIK UND GRUPPENDISKUSSIONEN

Das Material der vorliegenden Interpretation wurde in Form von Gruppendiskussionen (im Folgenden GD) erhoben. Diese bieten sich besonders dafür an, kollektiv geteilte Orientierungen zu untersuchen (König, 2019). Dabei kann es sich beispielsweise um gesellschaftlich geteilte Ge- oder Verbote oder um Gruppennormen handeln. Die tiefenhermeneutische Sinnrekonstruktion fand im Rahmen einer Interpretationsgruppe (IG) statt. Dieses Vorgehen erlaubt es, unterschiedliche Perspektiven und Deutungen sowie die Gruppendynamik der Interpretationsgruppe in die Auswertung mit einzubeziehen (König, 2019).

Die Tiefenhermeneutik ist eine qualitative Auswertungsmethode, die sowohl auf die Betrachtung der manifesten, also direkt erkennbaren Ebene des Materials als auch auf den latenten Bedeutungsgehalt, also auf die Rekonstruktion des Unbewussten, abzielt (Haußl/Lohl, 2020). Der latente Gehalt umfasst Fantasien, Wünsche, Ängste und Lebensentwürfe, die durch Anpassungsdruck an gesellschaftliche Lebensentwürfe verdrängt wurden oder nie ins Bewusstsein des Individuums vorgedrungen

gen sind (König, 2019). Das Sichtbarmachen dieser latenten Inhalte ist das Ziel der Tiefenhermeneutik.

ADOLESZENTES SPRECHEN ÜBER RELIGION

In unseren Gruppendiskussionen haben wir Adoleszente aus Sachsen eingeladen und analysiert, wie diese über die Bedeutung von Religion sprechen. Dabei konzentrieren wir uns auf zwei Gruppendiskussionen. In der GD5 wird ohne erkennbare eigene religiös-biografische Bezüge aus einer atheistischen Position über Religion gesprochen. In der GD4 wird die eigene muslimische Religiosität eines postmigrantischen Adoleszenten in seiner augenscheinlich atheistischen Freundesgruppe besprochen. Wir wollen im Folgenden drei Motive herausstellen.

„IHR KÖNNT EUREN GLAUBEN HABEN, ABER ZWINGT UNS DEN NICHT AUF“ – BEDROHTE GRENZEN

Die GD5 ist eine im Juni 2023 geführte Gruppendiskussion zwischen drei atheistischen jungen Erwachsenen um die 20 Jahre. Lea¹, die eine Ausbildung zur Medizinischen Fachangestellten macht, brachte ihre Bekannte Alina, die gerade ein Freiwilliges Soziales Jahr absolviert, und Marcel, einen langjährigen Freund, der als Paketzusteller arbeitet, mit. Das folgende Zitat befindet sich am Anfang der Passage, in der hauptsächlich über Religion gesprochen wird, und ist eine Reaktion auf die Frage der Interviewerin nach der Bedeutung von Religion:

Lea: [...] ich find's halt auch schwierig, sich vorstellen, okay, dass da irgendwie so ein großes Wesen ist, was dir Vorschriften // Alina: das hängt auch von der Religion // Lea: macht über dein Leben, die du bitte umzusetzen hast, damit du keine Ahnung ins Nirwana kommst und- oder wie die das alle nennen, in Himmel

GD5, Z. 675–678

Die Vorstellung von Gott als großem Wesen und das Befolgen von Vorschriften mit Hoffnung auf Erlösung („ins Nirwana [...] in Himmel“)

1) Namen sowie Berufs- und Ausbildungsbezeichnungen wurden im vorliegenden Beitrag pseudonymisiert.

(Z. 678) wird als „schwierig“ (Z. 679) bezeichnet. „Schwierig“ kann hier im mehrfachen Sinne verstanden werden: zum Beispiel im Sinne einer Vorstellung, die selbst beim Versuch, diese zu verstehen, nur schwer nachzuvollziehen ist. Darin zeigt sich eine inhaltliche, jedoch nicht unbedingt wertende Distanz zu religiösen Vorstellungen. „Schwierig“ ließe sich allerdings auch in einem kritischen Sinne als etwas Problematisches verstehen. Religion wird mit Naivität („ein großes Wesen“, Z. 676) und Bevormundung („was dir Vorschriften macht“, Z. 676) assoziiert und dafür kritisiert. Auf Teile der Interpretationsgruppe wirkt diese Beschreibung von Glauben und Gott selbst wiederum sehr kindlich. Eine Teilnehmerin der IG erinnert sich daran, als Kind ähnliche Vorstellungen von Gott gehabt zu haben. Während mit zunehmendem Alter die Gottesbilder religiöser Menschen in der Regel abstrakter und symbolischer sind, scheint hier eher ein Gottesbild der frühen Kindheit beschrieben zu werden. Gleichzeitig ist diese Beschreibung interessant im Hinblick auf die Phase der Jugend, der die Möglichkeit der Rebellion gegen und die Ablösung von alten Autoritäten (den Eltern) inhärent ist (King, 2013). So ließe sich Leas Vorstellung von Gott und ihre ablehnende Haltung auch als Auflehnung gegen eine Autorität (Gott als „ein großes Wesen“) lesen. Alina hingegen schränkt Leas Aussage ein, indem sie einwirft, dass es auf die Religion ankäme. Als Lea fortfährt, wird allerdings durch affirmierende Einwürfe deutlich, dass sie Leas kritische Aussagen zumindest in Bezug auf das Christentum durchaus unterstützt:

Lea: So das find ich halt echt schwierig, aber ich bin da trotzdem offen, in dem Sinne von, dass ich den Leuten einfach ihren Glauben lasse, ich kann's halt selber absolut nicht nachvollziehen, bin dann aber tatsächlich kritischer, wenn dann Leute versuchen, mir irgendwie ihre Meinung aufzudrücken // Alina: Hmm // Lea: also wir ham zum Beispiel ne Christin // Alina: Ja // Lea: in der Klasse, die ist absolut anti Abtreibung, weil das ist- ne, das möchte Gott nicht, Gott möchte seine (Alina schmunzelt herablassend) Kinder beschützen und so und- obwohl die Bibel genau das (schmunzelnd) Gegenteil zeigt eigentlich, so, deswegen bin ich da schon eher so n bisschen auf Abstand (schmunzelt) geneigt, ich weiß nicht, was ist eure Einstellung zu Religion?

GD5, Z. 678–688

Manifest wird zunächst eine Offenheit gegenüber gläubigen Personen geäußert. Dieser folgt allerdings sogleich eine Distanzierung, wenn Lea sagt, sie könne es „halt selber absolut nicht nachvollziehen“ (Z. 680). „Kritischer“ (Z. 681) sei für sie dann, wenn Leute versuchen würden, „ihre Meinung auszudrücken“ (Z. 682). Eng verknüpft mit dem Thema Religion ist hier ein wahrgenommener Druck, den religiöse Personen vermeintlich ausüben. Beispielhaft wird hier eine Klassenkameradin herangezogen, die ihre ablehnende Haltung gegenüber Schwangerschaftsabbrüchen durch ihren Glauben begründet. Diese sei „absolut anti Abtreibung“ (Z. 683), was die Vorstellung erweckt, dass sie das Thema mit einer gewissen Vehemenz vertritt. Es gehe ihr darum, dass Gott seine Kinder schützen wolle. Dieser Begründung stellt Lea die Bibel gegenüber, die „genau das Gegenteil“ (Z. 685f.) zeige. Unter Teilnehmenden der IG kommt es zu Diskussionen, um welches „Gegenteil“ es hier geht. Zeige die Bibel, dass Gott eigentlich nicht gegen Schwangerschaftsabbrüche ist oder dass er nicht die schützende Instanz ist, für den die fromme Klassenkameradin ihn hält? Spricht daraus auch eine eigene Enttäuschung über fehlenden Schutz durch eine höhere Macht? Da in der Bibel keine expliziten Aussagen zu Abtreibungen zu finden sind und gleichzeitig auch an weiteren Stellen der GD gewaltvolle Assoziationen in Bezug auf das Christentum auftauchen (z.B. bei einer assoziativen Verknüpfung Leas zwischen der Reichspogromnacht und dem Christentum, Z. 1239), wird zweite Deutung wahrscheinlicher. Damit scheint sie der christlichen Religion eine Boshaftigkeit zu attestieren, mindestens aber eine Gleichgültigkeit gegenüber den Menschen. Auch für Marcel ist Religion mit Zwang, Übergriffigkeit und autoritärer Bevormundung verbunden:

Marcel: Boah, na, also halt eben, das Ding ist so, ich sag mir immer wieder, solange es friedliche Menschen gibt in der äh Weltreligion, sollen sie ihr Ding machen, aber halt eben, sobald es kommt mit'n Aufzwingen, ja, ich möchte, dass meine Religion halt eben vertreten wird, überall und so weiter, bin ich so: Ja, muss nicht sein. Ihr könnt euren Glauben haben, aber zwingt uns den nicht auf.

Lea: Wie meinst du das mit vertreten überall?

Marcel: Halt eben so, dass es präsent wird, halt eben, beispielsweise überall Plakate zum Beispiel, ja, das Christen-

*tum oder // Alina: Mhm // Marcel: der Islam ist halt eben nur
das einzigste wahre oder sonst dergleichen*

Lea: Ja so Propaganda meinst du

Marcel: Ja, Propaganda.

GD5, Z. 690-705

Irritierend ist, dass bereits das Aufhängen von Plakaten als Propaganda bezeichnet und als Beispiel für eine Form des Zwangs genannt wird. Hier zeigt sich, dass mit Religion eine Bedrohung in Form von Grenzüberschreitung und autoritärer Bevormundung verbunden wird. Allein die Sichtbarkeit im öffentlichen Raum wird als Zumutung, Provokation und als Androhung von Zwang empfunden, den man sich vom Hals halten will. Es ist eine latente Aggression zu spüren, die sich manifest zunächst gegen Religion richtet. Doch wofür steht Religion hier? Die Rede von Plakaten und Propaganda erweckt Assoziationen zum Politischen.

Im Verlauf der GD gibt es weitere Stellen, in denen Übergriffs- bzw. Bedrohungserzählungen geäußert werden, wobei sich diese insbesondere auf fundamentalistische christliche Strömungen beziehen. Alina berichtet im Anschluss an den Vorwurf der Religionspropaganda von Lea und Marcel, wie „unangenehm“ (Z. 707) sie es fände, beim Laufen durch die Stadt eine Bibel in die Hand gedrückt zu bekommen: „Ich möchte es nicht, ich möchte sie nicht (Lea lacht laut)“ (Z. 709f.). Kurz darauf berichtet sie von einem Vorfall, „so ne negative Erfahrung“ (Z. 718), als Mitglieder der Zeugen Jehovas, als sie „allein zu Hause gewesen“ (Z. 719) sei, versucht hätten, „unter falschem Vorwand“ (Z. 725f.) in ihr Haus zu kommen. Manifest scheinen hier vor allem religiöse Missionierungsversuche grenzüberschreitend und lästig, aber auch bedrohlich. In der Latenz wird ein starkes Streben nach persönlicher Autonomie und Selbstbestimmung deutlich, dass durch die Konfrontation mit religiösen Inhalten bedroht, angegriffen oder gefährdet wird.

Wie lässt sich diese eindrückliche Distanzierung und Ablehnung nun unter Einbezug des Forschungsinteresses einordnen? Aus den Äußerungen der Teilnehmenden lässt sich zunächst auf ein hohes Maß an religiöser Unkenntnis und eine fehlende Fähigkeit zur Differenzierung schließen. Historisch erinnern das Unwissen sowie die starke Ablehnung des Christentums an die fortlaufend antichristliche Haltung während der Zeit der DDR. Die latente Aggression, mit der die Teilnehmenden auf

die wahrgenommene Bedrohlichkeit von Religion reagieren, lässt jedoch vermuten, dass sich hier nicht lediglich historische Kontinuitäten anti-religiöser Haltungen zeigen, sondern dass auch aktuellere Konfliktdynamiken durchscheinen, die für die Teilnehmenden große persönliche Relevanz haben. Inwieweit fungiert hier das Christentum als eine Folie zur Externalisierung von Konflikten? Einen möglichen Deutungszugang kann die adoleszenztheoretische Perspektive liefern. Die Etablierung der Phase der Jugend als Schonraum ermöglicht neben der Ablösung von Bindungen und Prägungen der eigenen Familie auch die Chance auf eine aktive Auseinandersetzung und ein Experimentieren mit Konventionen und Normen, Werten und Narrativen der eigenen Kultur. In dieser Suche nach dem Eigenen in einem ostdeutschen und damit zu einem hohen Grad säkularisierten gesellschaftlichen Klima scheint „das Christliche“ mit negativen Assoziationen verbunden zu sein.

So wird das Christentum hier zur Schablone einer Ideologie, die die eigenen Grenzen ungefragt übertritt, Autoritäten verkörpert und damit zur Bedrohung wird. Religion könnte insbesondere vor dem Hintergrund des fehlenden Wissens über und Kontakt zu Religion als eine Art Projektionsfläche dienen, über die eigene adoleszente Autonomiewünsche ausgedrückt werden. Gleichzeitig gehen wir davon aus, dass sich hier neben adoleszenten Autonomiewünschen auch auf eine breitere gesellschaftliche, polarisierte Debatte zwischen den Polen „progressiv“, verknüpft mit Vorstellungen von Rationalität und Aufgeklärtheit, und „reaktionär“, verbunden mit Irrationalität und Autorität, schließen lässt. Bei den Adoleszenten zeigt sich ein starkes Bedürfnis zur klaren Positionierung. Nach Erikson (2003, 80) ist auch die Intensität der Abgrenzung charakteristisch für die Phase der Jugend, in der bestimmte Grenzziehungen stattfinden und „nichts, was hineingehört, draußen gelassen werden, nichts, was draußen sein soll, [...] innen geduldet werden“ kann. So scheint der Raum, in dem (christliche) Religiosität thematisiert werden kann, stark verengt. Ein Motiv, das sich auch durch unsere nächste Gruppendiskussion zieht.

„ALSO BEI UNS NICHT, ODER?“ – GEHEMTES SPRECHEN ÜBER RELIGION

Von Interesse ist ebenfalls der Umgang mit der eigenen muslimischen Religiosität in einem ostdeutschen säkularen Klima. Die GD4 ist die

einzig Gruppendiskussion, in der sowohl die eigene Religiosität als auch biografische Bezüge zu Religion explizit angesprochen werden. Nadim und Omar, beides Adoleszente mit familiärer Migrationsgeschichte, kommen aus muslimischen Familien, haben aber einen unterschiedlichen Umgang mit der Religiosität der Herkunftsfamilie gewählt. Während Omar von Nadim als „der größte Atheist“ (Z. 2051) bezeichnet wird und sich damit andeutet, dass Omar eine radikale Abkehr von der Religiosität der Eltern für sich wählt, positioniert sich Nadim als Muslim, sucht aber einen eigenen Umgang mit der familiären Religiosität, der im Folgenden genauer beschrieben wird.

Neben Omar und Nadim sind noch Finn und Moritz Teilnehmer der GD4. Die vier jungen Männer im Alter zwischen 19 und 21 Jahren sind gut befreundet, sie befinden sich alle im Studium, drei von ihnen studieren gemeinsam VWL. Der Beginn der Gruppendiskussion erweckt den Eindruck, als wolle die Gruppe sich auf eine dynamisch-kraftvolle Art inszenieren und ihr Wissen und Können unter Beweis stellen: „Auf geht’s“ (Finn), „Startthema wie immer Wirtschaft?“ (Omar), „Ja mach“ (Moritz), „wir gehen sowieso über jedes Themengebiet (Moritz lacht)“ (Nadim) (Z. 39ff.). Persönliche Bezüge sind eher selten, teilweise schambehaftet und tragen scheinbar potenzielle Verletzlichkeiten in sich. Besonders am Anfang und am Ende der Gruppendiskussion werden aber persönliche Herausforderungen, beispielsweise bei der Berufswahl (z.B. Z. 57f., Z. 2482ff.) und ein sorgenvoller Blick in die Zukunft thematisiert, die durch die wahrgenommene Krisenhaftigkeit der Gesellschaft ungewiss und bedrohlich erscheint (Z. 76f.).

Das Thema Religion wird erst auf die Nachfrage einer der beiden Interviewerinnen, ob Religion im Alltag eine Rolle spiele, angesprochen. Schon während die Interviewerin noch spricht, wird sie unterbrochen; erst von Finn („oh ganz wenig“, Z. 2022f.) und dann von Moritz („also bei uns nicht, oder?“, Z. 2025). Beiden scheint es wichtig zu betonen, dass Religion für die Freundesgruppe keine Bedeutung hat. Omar verweist dann aber doch auf Nadim, der sich daraufhin als einziger religiös positioniert. Moritz scheint das Thema abkürzen zu wollen, wenn er in Hinblick auf Nadims religiöse Praxis sagt: „Du hast halt gefastet so und dann konnte man nicht essen gehen, aber-“ (Z. 2030). Dabei gibt er sich betont offen, dennoch entsteht der Eindruck, dass Religion als Thema in der Gruppe unterbunden werden soll. Und auch Nadim, der nun gewissermaßen zum Sprechen gezwungen ist, merkt man Unbeha-

gen und Unsicherheit an. Er positioniert sich zwar als Muslim („ich bin Moslem“, Z. 2033), scheint dann aber dem Thema ausweichen zu wollen, distanziert sich teilweise und spricht zunächst über seine Familie und ihre jemenitische Herkunft. Religiosität bezeichnet Nadim als „so’n Altersding“ (Z. 2037); er weist darauf hin, dass die Generation seiner Eltern, vermutlich auch seine Eltern selbst, religiöser sei als die „erste Generation“ (Z. 2039), die nach Deutschland gekommen ist, wobei er vermutlich von der Generation seiner Großeltern spricht. Dabei entsteht der Eindruck, als würde auch Nadim das Religiöse von sich wegweisen wollen. Erst verweist er es an die Älteren, dann an „diese ausländischen Leute“ (Z. 2038), wobei hier auch Abwertung mitschwingen könnte, mindestens aber eine Distanzierung. Dann spricht Nadim seine eigene Religiosität an:

Also ich für meinen Teil hab halt zum Beispiel gefastet, jetzt in der Ramadan-Zeit, aber nicht weil ich gesagt hab, okay, ich-ich muss das Gott zuliebe machen, sondern der Sinn und Zweck zum Beispiel hinter Ramadan ist ja das zu schätzen, was man hat, mehr Zeit mit der Familie zu verbringen und ähm weil es ja im Großen und Ganzen ja auch irgendwie für die Darmflora irgendwie förderlich ist, weil sie gereinigt wird (jemand schmunzelt), also auf jeden Fall ist es gesund (jemand lacht leise) so, darauf will ich hinaus.

GD4, Z. 2139–2146

Er habe gefastet, betont aber gleich, dies nicht „Gott zuliebe“ (Z. 2042) zu machen, sondern aus einem anderen, rationalen „Sinn und Zweck“: das wertzuschätzen, was man habe, Zeit mit seiner Familie zu verbringen und gesund zu leben. Besonders letzteres scheint ein Versuch zu sein, der ursprünglich religiösen Praxis eine biologisch-materielle Basis zuzuweisen und sich damit von idealistischen, vielleicht auch vermeintlich irrationalen religiösen Bezügen abzugrenzen. Nadims Sprechen über seine eigene Religiosität im Freundeskreis ist geprägt von Vermeidung, Externalisierung und Rationalisierung. Die eigene religiöse Praxis wird von möglicherweise drohenden Vorwürfen der Irrationalität befreit, indem ihr ein rationaler und selbstdienlicher „Sinn und Zweck“ zugewiesen wird. Dass Nadim damit auch auf in der Gruppe vorherrschende Normen und Dynamiken reagiert, zeigt sich daran, dass

der Freundeskreis das Thema Religion ebenfalls vermeidet. In späteren Teilen der Diskussion wird ersichtlich, dass Religion auch abseits der Gruppendiskussion nicht besprochen wird und ein großes Unwissen bei dem Thema in Bezug auf die eigenen Freunde vorherrscht. So wird Nadim beispielsweise gefragt, ob er die Religiosität von seinen Eltern aufgezwungen bekommen habe, oder sich nochmal vergewissert, dass Omars Vater auch muslimisch sei.

Auch hier taucht das Motiv wieder auf, in dem Religion mit Zwang assoziiert wird. Insgesamt scheint das Sprechen über Religion bedrohlich zu sein, da sich hier eine Differenz abzeichnet, die die Harmonie und Einheit der Gruppe zu gefährden droht. Was aber macht diese Bedrohung für die jungen Erwachsenen aus? Auf der einen Seite steht eine säkularisierte Haltung, an einigen Stellen zeigen sich manifest oder latent Tendenzen zur Abwertung, z.B., wenn Finn sagt, man brauche keine Religion als Hoffnungsträger, da man „zum großen Teil 'n gesunden Menschenverstand“ habe und „ein gesundes Weltbild“ (Z. 2161f.). Der rationale Verstand wird hier einer religiösen Hoffnung entgegengestellt, die gegenüber einem „gesunde[n] Weltbild“ als etwas Krankhaftes und Überholtes erscheint. Es wiederholt sich das Motiv einer vermeintlichen Rückständigkeit von Religion und hier zeigen sich, wie schon in der GD5, aggressiv abwertende Tendenzen gegenüber Religiosität, die aber dadurch, dass Nadim als religiöse Person Teil der Gruppe ist, nicht so offen ausagiert werden können und es so zur Vermeidung des Themas kommt.

Die Psychoanalytikerin Mahrokh Charlier (2017) verweist in diesem Zusammenhang auf das verstärkte innerpsychische Konfliktpotenzial postmigrantischer Adoleszenter bei der Ablösung von der Familie und der Entwicklung einer eigenen stabilen Identität. Auf Seite der migrierten Familie kann es insbesondere bei einem unzureichenden Trauerprozess um das Verlassen der Heimat zu einer verstärkten Zuwendung zum kulturell Vertrauten kommen, das zu einer Überbetonung von Tradition führt, die diese Dissonanz noch verstärkt (ebd.). Nadims Beschreibung der Religiosität der Generation seiner Eltern könnte genau auf diesen Rückbezug auf die Tradition des Herkunftslandes verweisen. In der Adoleszenz benötigen junge Menschen neue Bezugspersonen und -systeme im Außen, um sich zu lösen und ihr Inneres neu zu ordnen. Die Hinwendung zur kulturell differenten Außenwelt kann jedoch mit starken Schuld- und Schamgefühlen einhergehen, insbesondere durch

eine erlebte Dissonanz zwischen dem innerfamiliären Wertesystem (z.B. Religiosität) und der gesellschaftlichen Umwelt, insbesondere der Gleichaltrigen, denen sich die Adoleszenten im Ablöseprozess zuwenden. In der vorliegenden Szene kann diese Dissonanz zusätzlich durch die Unfähigkeit der Freundesgruppe, über Religion zu sprechen, und ihre vermeidenden und homogenisierenden bis ablehnenden Tendenzen verstärkt werden. Die Integration beider Welten, die Möglichkeit, sich zu lösen, das Eigene zu finden und gleichzeitig weiter der Herkunftsfamilie zugehörig zu sein und ihre Werte zu bewahren, kann so als höchst konflikthaft erlebt werden.

„ES IST SOWIESO VORHERGEgeben VOM SCHICKSAL“ – ZWISCHEN SCHAM UND SEHNSUCHT

Auffällig ist, dass trotz der vielen Passagen, in denen über Religion gesprochen wird, kaum persönliche religiöse Gefühle oder Vorstellungen zur Sprache kommen. In den Gruppendiskussionen wird Religion manifest eher aus einer kritischen Außenperspektive diskutiert. Nadim positioniert sich zwar als Muslim, rationalisiert sein Fasten aber mit weltlichen Motiven. Es stellt sich die Frage, ob sich unter dieser Norm der Rationalität auch noch etwas anderes, eine Hoffnung auf oder eine Sehnsucht nach Religion oder Transzendenz im Material finden lässt.

Bei aller Kritik an Religion wird in der GD4 eingeräumt, dass sie durchaus in der Lage sein kann, Zusammenhalt zu stiften (hier in Bezug auf die USA) – etwas, das in Deutschland fehle, auch durch die strukturellen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Auch könne Religion – gerade in krisengeprägten Ländern – Menschen Hoffnung spenden.

Besonders markant für die These der Individualisierung der Religion ist eine Stelle am Ende der GD4, in der Nadim davon berichtet, in Hinblick auf sein Arbeitsleben gerade sehr unglücklich zu sein. Nachdem die Interviewerin auf die Zeit verweist und die Gruppendiskussion damit beenden will, stellt Nadim noch die Frage in den Raum, ob die anderen mit dem Erwachsenwerden zufrieden sind und berichtet dann von seinem Bürojob in der Wirtschaftsprüfung, der ihm, der eigentlich ein kreativer Mensch sei, „jegliche Lebensfreude genommen“ habe (Z. 2501). Die anschließende Frage von Moritz, ob er trotzdem glücklich sei, verneint er. Dies führt zu einem Bruch in der Gruppen-

dynamik. Die Gruppe reagiert mit Durcheinander-Reden und Lachen. Nadim zeigt sich für einen kurzen Moment verletztlich und bricht mit der dynamisch-erfolgreichen Inszenierung des Freundeskreises, bevor er versucht, seine Aussage zu relativieren: „doch also ich- ich bin-“ (Z. 2517). Finn reagiert und berichtet zunächst, dass er diesen „Split“ (Z. 2519) selbst erfahren habe und nach einer kurzen Zeit der Arbeit im Supermarkt nun etwas gefunden habe, was ihn „happy“ (Z. 2531) mache und ihm erlaube, seine „menschliche Note“ (Z. 2533) einzubringen. Er versucht so Nadim zunächst über die positive Wendung in seiner eigenen Geschichte zu trösten. Dann geht er aber noch weiter und erzählt von der Theorie eines Freundes:

irgendwo find ich's auch wichtig, dass man irgendwie einfach akzeptiert auch den Weg, den man geht, und ich hab da mal mit Liam geredet so, das ist irgendwie so die Theorie von ihm, dass es sowieso egal ist, für was du dich entscheidest oder was machst, es ist sowieso vorhergegeben vom Schicksal, sag ich mal und egal // Omar: Nee // Finn: egal was du (Moritz lacht) machst so, es ist sowieso (Moritz lacht weiterhin leise), es sollte immer so passieren, weißt du? Auch wenn du denkst, dass du selber dich entscheidest.

GD4, Z. 2139–2146

Hier vollzieht auch Finn einen Bruch mit der Inszenierung der Gruppe, der umgehend von Moritz und Omar mit Ablehnung quittiert wird. Vielleicht spielt bei Finn hier eine Überforderung mit dem Leid des Freundes eine Rolle, so dass er versucht, eine gewisse Entlastung mit der Vorstellung eines vorbestimmten Schicksals zu verschaffen. Möglicherweise öffnet sich Finn nach Nadims Preisgabe auch selbst etwas mehr und gibt mit dem Verweis auf das Schicksal eine Überzeugung preis, die auch ihm in seinem Leben manchmal dabei hilft, Unsicherheiten zu bewältigen, die normalerweise im Rahmen des Freundeskreises nicht besprechbar sind. Finn widersetzt sich hier der Norm der rationalen Vernunft, um Nadim in seiner Sinnkrise Entlastung zu verschaffen.

So beschreibt der Soziologie Ulrich Oevermann (1995), dass in Säkularisierungsprozessen die Fragen nach Bewährung und Erlösung eines Individuums nicht aufgehoben werden. Dass nun aber statt

„Regression auf kollektive inhaltliche Identifikationsangebote“ (ebd., 95) kleine persönliche Alltagsmythen, die Funktion von Sinnverortung übernehmen. Die Vorstellung eines Schicksals kann als ein solcher Alltagsmythos bezeichnet werden, der in diesem Fall durch Rückbezug auf die Vorstellung eines über den einzelnen Menschen hinausgehenden sinnstiftenden Systems zur Bewältigung einer persönlichen Sinnkrise dienen kann.

In der Latenz wird in dieser Passage eine Scham darüber sichtbar, sich unglücklich und verletztlich zu zeigen, indem Nadim die dynamisch-erfolgreiche Inszenierung der Gruppe verfehlt. Gleichzeitig sucht er aber auch nach ihrer Unterstützung, wovon die Gruppe erstmal überfordert zu sein scheint. Alle reden durcheinander und lachen, was als eine Abwehr der unangenehmen Gefühle gedeutet werden kann, aber auch darauf hindeutet, dass sich hier etwas Bahn bricht, was sonst nicht zur Sprache kommt. Indem Nadim ganz am Ende der Gruppendiskussion die anderen implizit nach Unterstützung fragt bzw. von seinem Unglücklichsein berichtet, hebt er die Gruppendiskussion emotional auf eine andere Ebene. Hier geht es um eine tiefergehende Auseinandersetzung mit den eigenen Wünschen, Hoffnungen und Enttäuschungen, um unbefriedigte Bedürfnisse. Die Gruppe muss sich daraufhin erstmal wieder regulieren und ausloten, wie weit man auf diesem unsicheren Terrain miteinander gehen kann. Finns Verweis auf das Schicksal ist der Versuch, Trost zu geben, der die Unsicherheit im Miteinander einhegen soll.

FAZIT

Der Ausgangspunkt dieses Beitrags war die Frage, welche Bedeutungen, welche Themen und Emotionen Jugendliche in Sachsen mit dem Thema Religion verbinden. Anhand der Analyse von Gruppendiskussionen wurde deutlich, dass Religiosität unter Jugendlichen kein Thema ist, das einfach zur Sprache kommt. Viel eher ist damit eine große Distanz, Schwierigkeit und Abwehr verbunden. Insbesondere christliche Religiosität wird als sich aufdrängend und grenzüberschreitend wahrgenommen und in der GD4 wird deutlich, dass auch über die eigene (muslimische) Religiosität nur eingeschränkt gesprochen werden kann. Sie symbolisiert Differenz in einem Freundeskreis, der stark an rationaler Vernunft orientiert ist. Religiosität markiert hier das ‚Andere‘, etwas

Überholtes, was einem ‚gesunden‘ Weltbild entgegensteht. Sie dient der Externalisierung von Konflikten. In beiden Gruppen herrscht eine Norm der Rationalität und Vernunft, die beeinflusst, was in diesem Kontext sagbar ist. Diese Norm selbst kann dann wiederum symbolisch für die Abgrenzung von reaktionären, autoritären und gehorsamen Gruppen im Kontext von Krisen und polarisierter gesellschaftlicher Debatten stehen. Gehen wir allerdings von der Theorie der Individualisierung der Religion aus, dann stellen transzendente Vorstellungen und Bedürfnisse eine anthropologische Konstante dar (Pickel, 2011).

Die Auseinandersetzungen mit dem Thema Religion sind bestimmt von einem Ringen um das Eigene und das Fremde, was charakteristisch ist für die Phase der Jugend: Was gehört zu mir? Zu meiner Gruppe? Was hat darin Platz und was darf nicht sein? Insbesondere bei Nadim zeigt sich, dass mit dieser Identitätssuche auch eine Auseinandersetzung mit der Herkunftsfamilie verbunden ist, gerade wenn eine Migrationsgeschichte eine religiöse Familie in ein stark säkular geprägtes Umfeld führt. An Nadim zeigt sich aber auch der Wunsch, in der Gruppe Halt und Unterstützung zu finden, indem er sich ganz am Ende der Diskussion noch einmal emotional öffnet. Etwas, womit die Gruppe durchaus ihre Schwierigkeiten hat.

Sehr präsent im Sprechen über Religion ist die Verknüpfung mit Zwang. Wir deuten diesen Zwang als Gegenpol zu einer starken jugendlichen Autonomieorientierung, die sich, auf der Suche nach einer eigenen Identität, versucht von Autoritäten zu lösen. Religion wird hier als etwas imaginiert, was diese Autonomiebestrebungen gefährde, und bekommt so in den Beschreibungen einen teilweise bedrohlichen Charakter, wobei hier insbesondere das Potenzial der Grenzüberschreitung im Fokus steht. Das eröffnet für uns die Frage, inwieweit hier an dem Thema Religion allgemeinere Konflikte um Autonomie und eigene Grenzen verhandelt werden. Die starke Vernunft- und Rationalitätsorientierung der Jugendlichen, die dem Religiösen gegenübergestellt ist, spricht für eine fortschreitende Säkularisierung der Gesellschaft, innerhalb derer sich die Jugendlichen mit Ihren Aussagen positionieren (wollen). Gleichzeitig zeigt sich, in Anlehnung an die These der Individualisierung der Religion, dass Bedürfnisse nach Gemeinschaftsfundierung und Kontingenzbewältigung nicht ihre Bedeutung verlieren. In einer ostdeutschen religionsfeindlichen Sozialisationserfahrung spielte Religion für deren Befriedigung eine untergeordnete Rolle,

während Gemeinschaftsrituale dafür umso mehr Bedeutung hatten, z.B. staatliche organisierte Veranstaltungen zu Feiertagen oder der Arbeit gewidmete Veranstaltungen. Heute trifft die ostdeutsche religiöse Sprachlosigkeit, auch bedingt durch Migrationsbewegungen, auf eine Pluralisierung von Religionen zu. Wir gehen davon aus, dass sich in der Gruppendiskussion auch eine ostdeutsche Sozialisationserfahrung und eine damit einhergehende Distanz zur Religiosität widerspiegelt. Interessant wäre ein Vergleich mit westdeutschen Adoleszenten, um zu evaluieren, ob sich die Ablehnung (christlicher) Religion als Reaktion auf Gefühle der Bedrohlichkeit und Grenzüberschreitung auch dort zeigt.

Für Demokratisierungsprozesse stellen Sprachlosigkeit und fehlende Reflexion religiöser kultureller Bezüge und Bedürfnisse durchaus eine Herausforderung dar. Wenn, wie nach Individualisierungsthese postuliert, bestimmte Bedürfnisse, die traditionell durch Religion erfüllt wurden, z.B. nach strukturgebender Gemeinschaft oder bedeutungstiftender Lebensinhalte, nicht befriedigt sind, kann das von antidemokratischen Gruppierungen genutzt werden. Entscheidend wäre hier zu fragen, wie demokratische Gesellschaften dazu beitragen können, diese grundlegend menschlichen Bedürfnisse zu erfüllen. Denn sowohl fundamentalistische (z.B. Islamisten, Evangelikale) als auch vordergründig säkulare Akteure (rechtsextreme Gruppierungen) können in ihrer Rekrutierung neuer Mitglieder darauf abzielen, auf diese unbefriedigten Bedürfnisse einzugehen. Der von den Jugendlichen geäußerte Wunsch, sich (gesellschaftlichen) Zwängen widersetzen zu können, aber auch das Gefühl bedrohter eigener Grenzen sowie die Fähigkeit, Differenz in der Gruppe auszuhalten, müssen für eine demokratische Entwicklung einen Raum der gemeinsamen Auseinandersetzung finden.

LITERATUR

- Abels, Heinz (2008). Lebensphase Jugend. In Heinz Abels/Michael-Sebastian Honig/Irmhild Saake/Ansgar Weymann (Hrsg.), *Lebensphasen. Eine Einführung* (S. 77–157). Wiesbaden: VS Verlag.
- Abels, Heinz/König, Alexandra (2016). *Sozialisation: Über die Vermittlung von Gesellschaft und Individuum und die Bedingungen von Identität*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) (2020). Kirche nach Bundesländern. URL: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61562/kirche-nach-bundeslaendern/> (13.09.2024).
- Charlier, Mahrokh (2017). *Ost-westliche Grenzgänge*. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Ayline/Brähler, Elmar (2024). Vereint im Ressentiment: Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2024. In Oliver Decker/Johannes Kiess/Ayline Heller/Elmar Brähler (Hrsg.), *Vereint im Ressentiment. Autoritäre Einstellungen und rechtsextreme Dynamiken. Leipziger Autoritarismus Studie 2024* (S. 9–26). Gießen: Psychosozial.
- Dilling, Marius/Schliessler, Clara (2023). *Radikalisierung oder Pubertät? Warum Jugendliche an Verschwörungen glauben*. Berlin: Amadeu Antonio Stiftung.
- Erikson, Erik Homburger (1998). *Identität und Lebenszyklus* (17. Aufl.). Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Erikson, Erik Homburger (2003). *Jugend und Krise: Die Psychodynamik im sozialen Wandel* (5. Aufl.). Stuttgart: Klett-Cotta.
- Grabner, Wolf-Jürgen/Pollack, Detlef (1994). *Jugend und Religion in Ostdeutschland*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Gründer, Rene/Scherr, Albert (2012). Jugend und Religion. Soziologische Zugänge und Forschungsergebnisse. *Theo-Web. Zeitschrift für Religionspädagogik*, 11 (1), 64–79.
- Haubl, Rolf/Lohl, Jan (2020). Tiefenhermeneutik. In Günter Mey/Katja Mruck (Hrsg.), *Handbuch Qualitative Forschung in der Psychologie. Band 2: Designs und Verfahren* (S. 555–577). Wiesbaden: Springer.
- King, Vera (2013). *Die Entstehung des Neuen in der Adoleszenz. Individuation, Generativität und Geschlecht in modernisierten Gesellschaften*. Wiesbaden: Springer VS.
- Knoblauch, Hubert (2009). *Populäre Religion: Auf dem Weg in eine spirituelle Gesellschaft*. Köln: Campus.
- König, Hans-Dieter (2019). Dichte Interpretation – zur Methodologie und Methode der Tiefenhermeneutik. In Julia König/Nicole Burgermeister/Markus Brunner/Phillip Berg/Hans-Dieter König (Hrsg.), *Dichte Interpretation: Tiefenhermeneutik als Methode qualitativer Forschung* (S. 13–88). Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Lühmann, Michael (2016). *Meinungskampf von Rechts. Über Ideologie, Programmatik und Netzwerke konservativer Christen, neurechter Medien und AfD*. Dresden: Weiterdenken – Heinrich Böll Stiftung Sachsen e.V. URL: https://www.weiterdenken.de/sites/default/files/uploads/2016/02/luhmann_meinungskampf_rechts.pdf (13.09.2024).
- MDR (2024). Sachsens Landeskirche verliert weiter Mitglieder. *mdr.de*, 02.05.2024. URL: <https://www.mdr.de/religion/sachsen-landeskirche-mitgliederschwund-100.html> (13.09.2024).
- Neu, Claudia/Küpper, Beate/Luhmann, Maïke (2023). Extrem einsam? Die demokratische Relevanz von Einsamkeitserfahrungen unter Jugendlichen in Deutschland. URL: <https://www.progressives-zentrum.org/publication/extrem-einsam/> (13.09.2024).
- Niendorf, Johanna/Höcker, Charlotte (2022). Feminismus – ein Fremdwort? Geschlechterdemokratie und Antifeminismus im Erzgebirge. Eine Bestandsaufnahme. In Oliver Decker/Johannes Kiess/Fiona Kalkstein (Hrsg.), *Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für 2021* (S. 103–116). Leipzig: edition überland.
- Oevermann, Ulrich (1995). Ein Modell der Struktur von Religiosität. Zugleich ein Strukturmodell von Lebenspraxis und von sozialer Zeit. In Monika Wohlrab-Sahr (Hrsg.), *Biographie und Religion* (S. 27–102). Frankfurt a.M.: Campus.
- Pickel, Gert (2010). Säkularisierung, Individualisierung oder Marktmodell?. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 62, 219–245.
- Pickel, Gert (2011). *Religionssoziologie. Eine Einführung in zentrale Themenbereiche*. Wiesbaden: Springer VS.
- Pickel, Gert (2018). Religion in Soziologie und Sozialpsychologie. In Oliver Decker (Hrsg.), *Sozialpsychologie und Sozialtheorie* (Bd. 2, S. 81–96). Wiesbaden: Springer VS.
- Pickel, Gert (2020). Kirchenbindung und Religiosität in Ost und West. Lange Wege der deutschen Einheit. *bpb.de*, 14.09.2020. URL: <https://www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47190/kirchenbindung-und-religiositaet-in-ost-und-west/#node-content-title-2> (12.12.2024).
- Pickel, Gert/Hidalgo, Oliver (2013). Einleitung – Religion und Politik in Deutschland zwanzig Jahre nach dem Umbruch. In Gert Pickel/Oliver Hidalgo (Hrsg.), *Religion und Politik im vereinigten Deutschland: Was bleibt von der Rückkehr des Religiösen?* (S. 7–20). Wiesbaden: Springer VS.
- Pickel, Susanne/Pickel, Gert/Decker, Oliver/Fritsche, Immo/Kiefer, Michael/Lütze, Frank/Spielhaus, Riem/Usluca, Haci-Halil (2023). *Gesellschaftliche Ausgangsbedingungen für Radikalisierung und Co-Radikalisierung*. Wiesbaden: Springer VS.

- Pollack, Detlef/Borowik, Irena/Jagodzinski, Wolfgang (1998). *Religiöser Wandel in den postkommunistischen Ländern Ost- und Mitteleuropas*. Würzburg: VS Verlag.
- Ravens-Sieberer, Ulrike/Kaman, Anne/Otto, Christiane/Adedeji, Adekunle/Napp, Ann-Kathrin/Becker, Marcia/Blanck-Stellmacher, Ulrike/Löffler, Constanze/Schlack, Robert/Hölling, Heike/Devine, Janine/Erhart, Michael/Hurrelmann, Klaus (2021). Seelische Gesundheit und psychische Belastungen von Kindern und Jugendlichen in der ersten Welle der COVID-19-Pandemie – Ergebnisse der Copsy-Studie. *Bundesgesundheitsblatt*, 64, 1512–1521.
- Stange, Jennifer (2014). *Evangelikale in Sachsen. Ein Bericht*. Dresden: Weiterdenken – Heinrich Böll Stiftung Sachsen e.V. URL: https://www.weiterdenken.de/sites/default/files/evangelikale_download_2014-08-19.pdf (13.09.2024).
- Tanis, Kerstin (2020). Muslimisches Leben in Deutschland 2020. Factsheet zur regionalen Verteilung muslimischer Religionsangehöriger mit Migrationshintergrund aus einem muslimisch geprägten Herkunftsland nach Bundesland. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. URL: https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Forschungsberichte/Kurzberichte/fb38-muslimisches-leben-factsheet.pdf?__blob=publicationFile&v=10 (13.09.2024).
- Thompson, Peter (2012). Eastern Germany: the most godless place on earth. *The Guardian*, 22.09.2012. URL: <https://www.theguardian.com/commentisfree/belief/2012/sep/22/atheism-east-germany-godless-place#:~:text=They%20are%20sending%20omissionaries,only%2010.3%25%20in%20western%20Germany> (13.09.2024).



Zur (Un-)Abhängigkeit der Staatsanwaltschaften

Eine deskriptive Beschreibung von Erfahrungen sächsischer Staatsanwält:innen

Die Unabhängigkeit der Justiz bildet die Grundlage der Rechtsstaatlichkeit, ist für den Erhalt sowie das Funktionieren einer Demokratie unerlässlich und wird öffentlich als hohes demokratisches Gut wahrgenommen. Der vorliegende Beitrag nimmt die deutschen Staatsanwaltschaften in den Blick, welche zwar als Teil der Justiz angesehen werden, das Grundgesetz ordnet die Behörde allerdings nicht der Judikative, sondern der Exekutive zu (Rautenberg, 2003). Dazu ist in Art. 92 GG geregelt, dass „die rechtssprechende Gewalt [...] den Richtern anvertraut“ (ebd.) wird. Im Gegensatz zu Richter:innen arbeiten Staatsanwält:innen hingegen „abhängig und weisungsgebunden“ (ebd.). Sie haben „den Weisungen ihrer Vorgesetzten zu folgen“ (Steinbeis, 2024, 134), wobei die Vorgesetzten selbst unter Aufsicht der Generalstaatsanwält:innen stehen, die wiederum durch das Justizministerium beaufsichtigt werden (vgl. ebd.).

Bereits seit mehreren Jahren wird über die Abschaffung der Weisungsabhängigkeit der deutschen Staatsanwaltschaften debattiert, insbesondere da mit Blick auf mögliche politische Einflussnahme eine ernstzunehmende Gefahr für die Unabhängigkeit der Justiz einhergeht (zur Politisierung der Staatsanwaltschaft in Polen vgl. Sadurski, 2019).¹ Aus einer deutschlandweiten Befragung von Richter:innen sowie Staatsanwält:innen durch das Institut für Demoskopie Allensbach im Rahmen des Roland Rechtsreports 2023 geht hervor: „67 Prozent sehen die

1) Seit einiger Zeit fordert u.a. die Neue Richtervereinigung (NRV) eine Abschaffung der Weisungsabhängigkeiten der deutschen Staatsanwaltschaft hin zu einer vollständigen Unabhängigkeit (Dollmann, 2024). Auch der Bundesgeschäftsführer des Deutschen Richterbunds, Sven Rebehn, hatte vor dem Hintergrund politischer Einflussnahme auf die Justiz in Polen und Ungarn bereits im Jahr 2023 die Abschaffung des Weisungsrechts gefordert (ebd.).

Unabhängigkeit der Justiz in Gefahr, wenn in Deutschland – ähnlich wie in Ungarn oder Polen – eine Regierung ins Amt käme, die versuchen würde, ihre Unabhängigkeit einzuschränken. Nur knapp jeder Dritte hält die Justizstrukturen hierzulande für widerstandsfähig gegen solche Angriffe“ (Roland Rechtsschutz/Institut für Demografie Allensbach, 2023, 9). Spätestens seit dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom 27. Mai 2019 (C-508/18), welches der weit verbreiteten Auffassung widerspricht, dass die (deutsche) Staatsanwaltschaft die „objektivste Behörde“ (Thomas, 2020, 84) sei, wurde vermehrt öffentlich über die Thematik debattiert. Das Urteil konstatiert, die deutsche Staatsanwaltschaft sei „mangels Unabhängigkeit keine Justizbehörde“ (Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags, 2023) sowie aufgrund der Eingliederung in das System der Exekutive und dem bestehenden Weisungsrecht extern beeinflussbar (vgl. Thomas, 2020, 84).

Im Mai 2024 legte das Bundesministerium der Justiz einen Gesetzesentwurf zur Reform der externen Weisungsabhängigkeit vor (vgl. BMJ, 2024). Dieser Gesetzesentwurf würde allerdings nicht die Bedenken der EU-Kommission und des Europäischen Gerichtshofes ausräumen, wonach die deutsche Staatsanwaltschaft „wegen ihrer Weisungsabhängigkeit nicht als unabhängige Justizbehörde“ (Deutscher Richterbund, 2024) anzuerkennen sei. Das Weisungsrecht müsste nicht nur reformiert, sondern komplett abgeschafft werden, denn „allein der böse Anschein, dass Minister Strafverfahren aus dem Hintergrund politisch steuern könnten, erschüttert das Vertrauen in eine objektive und nur den Gesetzen verpflichtete Strafverfolgung“ (ebd.).

Im Falle einer Zunahme des Einflusses einer antidemokratisch ausgerichteten Partei könnte es beispielsweise zum Austausch von Führungspersonal innerhalb der Justiz kommen. Erlangt diese zunehmende Kontrolle über die Exekutive, so wäre es denkbar, dass eine Partei Beamte:innen in der Staatsanwaltschaft ernennt. Denn: Der erste Schritt zur Stärkung der politischen Macht und der Beseitigung der verfassungsmäßigen Ordnung ist die Umgestaltung der Justiz, was am Beispiel von Polen und Ungarn sichtbar wurde (vgl. Steinke, 2023). Innerhalb der Staatsanwaltschaft könnte sich die Ressourcenausstattung und damit der Fokus zur Verfolgung bestimmter Deliktbereiche ändern. Eine politische Einflussnahme, beispielsweise durch die Neubesetzung der Generalstaatsanwaltschaft, würde Einsicht in Ermittlungsakten sowie die Steuerung der Ermittlungen selbst ermöglichen (vgl. Steinbeis, 2024, 135).

Trotz der gesellschaftlichen Bedeutung der Staatsanwaltschaften existiert bislang nahezu keine empirische Forschung, die arbeitsbezogene Schwierigkeiten von Staatsanwält:innen in Deutschland abbildet sowie einen Einblick in die „Black Box“ Justiz (Strecker, 2015) erlaubt. Gegenüber der hohen Entscheidungsmacht der Staatsanwaltschaft über das Verfolgen von Straftaten sowie das Führen und Beenden von Verfahren, bedingt die durch institutionelle Logiken begründete Intransparenz konkreter Arbeitsweisen und damit verbundenen Schwierigkeiten der Staatsanwält:innen öffentlich das Bild einer verschlossenen Behörde. Vor diesem Hintergrund nimmt der vorliegende Beitrag institutionelle Bedingungen und Abhängigkeiten sowie Arbeitsweisen und Schwierigkeiten im Berufsalltag von Staatsanwält:innen in den Blick. Dazu wird im Besonderen die Frage verfolgt, wie sich institutionelle Abhängigkeiten, speziell Weisungsabhängigkeiten, auf die Arbeitspraxis der Beamte:innen auswirken, wie diese wahrgenommen und verhandelt werden und welche individuellen Handlungspraxen sich daraus ergeben.

DIE DEUTSCHEN STAATSANWALTSCHAFTEN: ARBEITSSCHWERPUNKTE, GESETZESLAGE UND BESONDERHEITEN

Die Staatsanwaltschaft stellt eine Behörde dar, der als Teil des Justizsystems eine relevante gesellschaftliche Position mit weitreichender Verantwortung zukommt. Ihnen obliegt die Leitung der Ermittlungsverfahren, das heißt, die Staatsanwält:innen entscheiden über die Einleitung, Durchführung und Beendigung von Ermittlungsverfahren sowie die Erhebung von Anklagen. Zudem vertritt die Staatsanwaltschaft die Anklage vor Gericht und ist für die Vollstreckung von Strafen zuständig (vgl. Schemer, 2007, 24). Strukturell ist die deutsche Staatsanwaltschaft hierarchisch organisiert (vgl. Thomas, 2020, 85) und arbeitet „weisungsgebunden“ (Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags, 2023). In ihrer Arbeit sind Staatsanwält:innen „zu Objektivität, Neutralität und Unparteilichkeit verpflichtet“ (Gürgen, 2022, 46). Konträr dazu steht die Tatsache, dass Staatsanwält:innen dabei nicht unabhängig sind: Einerseits bestehen institutionelle Abhängigkeiten, da die Justizministerien über personelle und sachliche Ausstattungen der Gerichte und Staatsanwaltschaften entscheiden (vgl. Albrecht, 2013), andererseits unterliegt die deutsche Staatsanwaltschaft internen und externen Weisungsabhängigkeiten. Die Weisungsgebundenheit der Staatsanwaltschaft

steht im Kontrast zur Arbeitspraxis von Richter:innen, die nach Art. 97 Abs. 1 GG, in ihren Entscheidungen „unabhängig“ sind (vgl. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags, 2023). Demgegenüber haben Staatsanwält:innen nach § 146 GVG „den dienstlichen Anweisungen ihrer Vorgesetzten nachzukommen“ (ebd.). Dabei können sich Weisungen „mangels gesetzlicher Beschränkung auf jede staatsanwaltschaftliche Aufgabe und jeden Zeitpunkt beziehen. Eine inhaltliche Einschränkung dieses Weisungsrechts ist dem Gesetz nicht zu entnehmen“ (ebd.). Die jeweilige Justizministerin oder der Justizminister leitet die „Verwaltungshierarchie“ (vgl. Thomas, 2020, 85), wobei das Weisungsrecht der Justizminister:innen als „externes Weisungsrecht“ bezeichnet wird (ebd.). Das heißt, es besteht direkte Weisungsbefugnis des jeweiligen Justizministeriums gegenüber der entsprechenden Staatsanwaltschaft und somit „die Möglichkeit, die staatsanwaltschaftliche Strafverfolgung durch Weisung von politischer Ebene zu beeinflussen“ (ebd.). Zudem besteht ein internes Weisungsrecht, welches sich „auf den organisatorischen Bereich der Staatsanwaltschaft“ (ebd.) beschränkt und beispielsweise Strukturen sowie Aufgabenteilungen regelt und von leitenden Oberstaatsanwält:innen angewendet werden kann.

METHODIK UND DESKRIPTIVE BEFUNDE

Um Erfahrungen, Eindrücke und Wahrnehmungen von Staatsanwält:innen auf bestehende Schwierigkeiten im Arbeitsalltag, wie den Umgang mit Weisungsabhängigkeiten, abzubilden, werden nachfolgend relevante Inhalte zweier Gruppendiskussionen aus dem Projekt „Soziale Dynamiken und Konflikte in der Justiz“² ausschnittsweise betrachtet und deskriptiv dargestellt. An den beiden Gruppendiskussionen nahmen insgesamt sieben Staatsanwält:innen unterschiedlichen Alters teil, die in verschiedenen Positionen (Staatsanwaltschaft, Generalstaatsanwaltschaft) und Tätigkeitsbereichen in Sachsen beschäftigt sind. Die Ausführungen zeigen mit Bezug zu den Forschungsfragen illustrative Eindrücke aus dem Gruppendiskussionsmaterial auf und stellen somit keine Abbildung der Gesamtergebnisse da.

2) Das Forschungsprojekt ist Teil der bundesweiten Studie „Institutionen und Rassismus“, welche vom Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages gefördert wird. Im Rahmen des Projektes wurde bereits im Jahrbuch 2023 des Else-Frenkel-Brunswick-Instituts ein Beitrag mit Fokus auf Justizvollzugsbeamt:innen veröffentlicht (vgl. Gittner et al., 2024).

Das Format der Gruppendiskussion ermöglicht eine thematisch offene und spontane Kommunikation und Diskussion der Teilnehmenden in einem geschützten Rahmen sowie die Artikulation und Repräsentation gemeinsamer Erfahrungen und kollektiver Orientierungen (vgl. Przyborski/Riegler, 2020, 399). Die ca. 90-minütigen Gruppendiskussionen wurden von den Interviewer:innen mit einer offenen Fragestellung zu positiven und negativen Aspekten im Arbeitsalltag der Teilnehmenden eröffnet. Im Rahmen dessen bestimmten die Teilnehmenden selbst die zu besprechenden Themen, während die Interviewenden sich lediglich mit immanenten Nachfragen in das Gespräch einbrachten. Die Methode der Gruppendiskussion strebt eine weitestgehende Selbstläufigkeit der Diskussion unter den Teilnehmenden an (vgl. ebd., 401). Im Laufe der Diskussion wurde der Gruppe zudem ein Erzählstimulus in Form eines Presstextes vorgelegt. Das so generierte empirische Material wurde anschließend im Rahmen von Interpretationsgruppen mithilfe der Methode der Tiefenhermeneutik (vgl. Lorenzer, 1986) interpretiert und analysiert.

WAHRNEHMUNG UND ERLEBEN DES ARBEITSALLTAGS

Zu Beginn der Gruppendiskussionen wurden die Teilnehmenden nach positiven und negativen Aspekten ihres Arbeitsalltags sowie Themen gefragt, die sie in diesem Zusammenhang als relevant erachten. Die Staatsanwält:innen verbinden ihre berufliche Position mit hoher Relevanz, Verantwortung, Gestaltungsspielraum und Wirkungsmacht. Demgegenüber dringe wenig positive Resonanz und Anerkennung zu ihnen vor, was an fehlender (positiver) Rückmeldung, Dankbarkeit und Ansehen von „außen“, das heißt seitens der Öffentlichkeit und Allgemeinbevölkerung, festgemacht wird. Ein Teilnehmer stellt heraus: „Die Befriedigung aus der Arbeit muss man irgendwie in sich selbst finden. Und das ist ganz schön schwierig“ (GD5, Cm, 961ff.). Das legt die Deutung nahe, dass sich die fehlende Resonanz und Anerkennung negativ auf die berufliche Motivation der Beamt:innen auswirke. Als Staatsanwältin oder Staatsanwalt sei man „nicht beliebt, ne. Man hat auch wenig Rückenmeldung, dass Leute sich dankbar zeigen“ (GD5, Cm, 954f.). Ein anderer Teilnehmer führt an, dass das Bild der sächsischen Justiz „nach außen negativer erscheint als es wirklich ist, wenn man drin ist“ (GD5, Bm, 91f.).

Die Aussagen lassen ein Spannungsfeld in der Selbstwahrnehmung der Teilnehmenden als Beamt:innen in einer gesellschaftlich relevanten Position mit Verantwortung und Wirkungsmacht auf der einen Seite und der wahrgenommenen negativ bewerteten Außenwirkung der Behörde auf der anderen Seite erkennen. Damit zusammenhängend problematisieren die Teilnehmenden auch die in der institutionellen Logik begründete Verschlussenheit der staatsanwaltschaftlichen Arbeit gegenüber der Öffentlichkeit, die von außen als Intransparenz gelesen werden kann, da sich Staatsanwält:innen öffentlich nicht zu laufenden Verhandlungen äußern dürfen: „Das führt immer dazu, dass der Staatsanwalt dann so ein bisschen unnahbar wirkt“ (GD5, Cm, 380f.). Um diese Intransparenz aufzubrechen, sehen es die Teilnehmenden als notwendig an, dass die Gründe für Verfahrenseinstellungen und -verzögerungen transparent nach außen getragen werden:

[...]wenn man es aber schafft, dass man n gutes System hat im Sinne von, das schnell und zügig bearbeitet wird und transparent auch dann hilft das quasi enorm der Gesellschaft zu zeigen, okay, hier wird was gemacht. Hier wird auch schnell was gemacht.

GD5, Bm, 805–813

Dabei zeigt sich die Relevanz, die der öffentlichen Bewertung der eigenen Position zukommt: Es besteht der Wunsch nach Wahrnehmung und Anerkennung der Bemühungen, die eigene Arbeit gut und „zügig“ zu verrichten, sowie nach Transparenz von Schwierigkeiten, welche hemmend auf die Arbeitspraxen wirken und ggf. zu Verzögerungen im Verfahrensverlauf führen. Dabei wird vor allem auf strukturelle Defizite, wie fehlende personelle Kapazitäten, verwiesen („wir haben ja nun auch gefühlt immer zu wenig“, GD4, Bw, 188f.). Entgegen der Motivation, Verfahren „schnell“ und „zügig“ zu bearbeiten, gebe es „zu viele offene Verfahren“ (GD5, Bm, 807f.) und gleichzeitig „zu wenig Personal“ (GD5, Bm, 807). Die hohe Arbeitslast gegenüber der niedrigen Personalbesetzung stellt ein in beiden Gruppen thematisiertes Problem dar. Es fehle die Zeit, um „vor Gericht ordentlich alles“ (GD4, Bw, 211f.) festzustellen und „viele Verhandlungstage“ zu „absolvieren“ (GD4, Bw, 213). Aufgrund der Konfrontation mit einem hohen Arbeits- und Leistungsdruck komme die Frage auf, wie lange „schafft man das noch, kräfte-

mäßig, altersmäßig“ (GD5, Cm, 72f.). Der „Erledigungsdruck“ (GD5, Cm, 74) in allgemeinen Abteilungen sei sehr hoch, man habe einerseits viele kleinere Verfahren zu bearbeiten, andererseits müssen diese in einer bestimmten Zeit abgearbeitet werden (GD5, Cm, 70–78). Überhaupt bringe der Arbeitsalltag ein „Gefühl permanenter Überlastung“ (GD4, Bw, 882) mit sich. Dieses Überlastungsgefühl werde von politischer sowie institutioneller Seite nicht wahrgenommen, „man negiert auch einfach, dass wir so schon mit unserer Arbeit, die wir ja eigentlich vernünftig verrichten wollen, auch einfach am Limit sind“ (GD4, Bw, 879ff.). Besonders unter Berufsanfänger:innen herrsche ein karrierebedingtes Druckempfinden. Neben dem Aufwand und der Komplexität der Verfahren sowie den fehlenden personellen und zeitlichen Ressourcen scheinen die Inhalte der Verfahren eine zusätzliche Belastung für die Staatsanwält:innen darzustellen, beispielsweise der Umgang mit den Angehörigen im Rahmen von „Mord- oder Totschlagsverfahren“ (GD5, Cm, 83) sowie „dem Anblick von Leichen“ (GD5, Cm, 84f.).

Anhand der Diskussionsinhalte innerhalb der Gruppen werden mehrere Problemstellen erkennbar, die sich im Berufsalltag der Beamt:innen niederschlagen. Während sich die Staatsanwält:innen mehr Transparenz und Anerkennung für ihre Arbeit wünschen, sehen sie sich einerseits in der Position, sich trotz Belastungsgefühlen und Leistungsdruck im Arbeitskontext selbst zu motivieren, andererseits fehlt es teilweise an personellen und zeitlichen Ressourcen, um die eigene Arbeit zufriedenstellend zu verrichten.

AUSWIRKUNGEN VON WEISUNGSABHÄNGIGKEITEN AUF DEN STAATSANWALTSCHAFTLICHEN ARBEITSALLTAG

Wie bereits dargelegt wurde, unterliegen die Staatsanwaltschaften in Deutschland bestimmten institutionellen Abhängigkeiten, die den Arbeitsalltag der Beamt:innen (mit-)bestimmen. Dazu gehören beispielsweise externe und interne Weisungsabhängigkeiten. Eine Art der Weisungen stellen sogenannte *beschleunigte Verfahren* dar, welche von der Generalstaatsanwaltschaft als Empfehlung oder weisungsgebunden an die Staatsanwält:innen herangetragen werden können. Nachfolgend werden einige Eindrücke der Teilnehmenden über beschleunigte Verfahren als eine Art von Weisungen und damit einhergehenden Schwierigkeiten im Arbeitsalltag dargestellt.

Eine Teilnehmerin führt an, dass beschleunigte Verfahren sehr aufwendig durchzuführen seien und den Arbeitsbetrieb stören würden (GD4, Bw, 885f.), denn diese hätten Vorrang in der Bearbeitung, man solle die „Stifte fallen lassen und loslegen“ (GD4, Bw, 884). Zudem wird von den Teilnehmenden problematisiert, dass sie einer gewissen Rechenschaftspflicht unterliegen: Entscheidungen zu beschleunigten Verfahren müssen im Bereitschaftsdienst teils nachts getroffen werden, man müsse „schnell entscheiden“ und „sich noch hinterher rechtfertigen“ (GD4, Bw, 1090ff.). Diese Rechenschaftspflicht scheint eine zusätzliche Belastung für die Staatsanwält:innen dazustellen. So habe man beispielsweise „nichts wirklich falsch gemacht, nur in 'nem politischen Willen nicht entsprochen“ (GD4, Bw, 1094f.). Aufgrund des großen Arbeitsaufwandes müsse „man sich auch überlegen, wie oft man das für welchen Zweck jetzt tatsächlich mal machen will und nicht“ (GD4, Bw, 886ff.). Ein Teilnehmer merkt an, er habe bereits eine Zeit lang häufig „Beschleunigte“ (GD4, Dm, 922) bearbeiten müssen, „das war echt ätzend“ (GD4, Dm, 1070). Beschleunigte Verfahren seien zudem kostenintensiv sowie mit einem „extremen Personalaufwand“ (GD4, Dm, 974f.) verbunden und „das Personal ist nicht da“ (GD4, Dm, 982). Ein Teilnehmer betont: „Bei der Staatsanwaltschaft-, das ist ja quasi 'ne weisungsgebundene Behörde, kriegt man halt irgendwann Ärger oder Druck“ (GD5, Cm, 76ff.).

In Bezug auf Weisungen zur Durchführung von beschleunigten Verfahren wird eine Spannung zwischen den Erwartungen gegenüber den Beamt:innen und der realistisch zu leistenden Arbeit sichtbar. Insgesamt entsteht der Eindruck, dass die praktische Umsetzung beschleunigter Verfahren von Seiten der Teilnehmenden größtenteils als schwierig bewertet wird, da sie mit Mehraufwand einhergehen und in der Folge Belastungsgefühle verstärken würden. Zudem wird herausgestellt, dass Weisungen mit politischen Einflüssen in Zusammenhang stehen:

Das ist ja tatsächlich vielleicht ein Problem der Staatsanwaltschaften in dem Sinn, dadurch das wir ja weisungsabhängig sind, ist es natürlich – also es kann von oben sozusagen, kommen halt Weisungen, können kommen und die sind natürlich auch nicht selten abhängig davon, wer halt dort oben sitzt, mit welcher politischen Verstricktheit, der dort sitzt.

GD4, Aw, 915–921

Ein entscheidender Einflussfaktor auf Weisungen hängt demzufolge von der Stellenbesetzung ab, das heißt, es hat einen Einfluss, welche Personen mit welchen politischen Vorstellungen bestimmte institutionelle und weisungsbefugte Positionen beispielsweise innerhalb der Generalstaatsanwaltschaft besetzen. Mit Blick auf die Weisungsabhängigkeit und einem möglichen bevorstehenden Regierungswechsel gehen Befürchtungen der Teilnehmenden vor einer politischen Verschiebung nach rechts und damit verbundenen Weisungsänderungen einher, der sie in „moralische Schwierigkeiten“ (GD4, Dm, 1063f.) bringen könnte: Während der „persönliche[] Alptraum“ einer Teilnehmerin „eine Regierungsbildung mit der AfD [sei], wo man dann noch 'nen Justizminister wäre Herr, Herr Maier unser neuer Justizminister“ (GD4, Bw, 1049–1052), fürchtet ein anderer Teilnehmer einen möglichen Vorgesetzten, „der sagt, ich soll die Ausländer verfolgen“ (GD4, Dm, 1055). Mit Blick auf ein solches Szenario werden Befürchtung der Beamt:innen vor Gefährdung und Einschränkung ihrer Handlungsfähigkeit durch politische Einflussnahme deutlich. Ein Teilnehmer spricht von „Angst“ (GD4, Dm, 1072), denn in der Vergangenheit wurden „Leute auch angezinkt“ (GD4, Dm, 1073) und „haben Ärger bekommen“ (ebd.).

Es lässt sich erkennen, dass die Teilnehmenden in der Diskussion über die Durchführung und die Folgen von beschleunigten Verfahren als eine Form von Weisungen vor allem negativ konnotierte Begriffe verwenden wie „störend“, „aufwendig“, „ätzend“, „extremer Personalaufwand“, „Ärger und Druck“, „angezinkt“, „Angst“ und „moralische Schwierigkeiten“. Anhand der regen Diskussion über Weisungsabhängigkeiten und damit verbundenen Schwierigkeiten lässt sich die hohe Relevanz der Thematik erkennen. Es entsteht der Eindruck, dass Weisungsabhängigkeiten von den Teilnehmenden größtenteils negativ wahrgenommen und bewertet werden, einerseits in Hinblick auf die Auswirkungen auf die Arbeitspraxis, andererseits mit Blick auf zukünftige politische Entwicklungen und möglicher politischer Einflussnahme.

INDIVIDUELLE HANDLUNGSPRAXEN DER STAATSANWÄLT:INNEN

Hinsichtlich staatsanwaltschaftlicher Entscheidungsprozesse heben die Teilnehmenden die Relevanz von Gesetzeskonformität hervor und, dass es notwendig sei, „persönliche Vorstellungen“ (GD4, Bw, 1205) außen vor zu lassen und sich an den „Auftrag“ (GD4, Bw, 1204) sowie die

„Sanktionen“ (GD4, Bw, 1199) und „Leitlinien“ (GD4, Bw, 1211) zu halten. Dazu führt eine Teilnehmerin an, sie setze ihre Arbeit so um, wie „das nach meinem Verständnis des Gesetzes gedacht ist“ (GD4, Bw, 909). Darüber hinaus betont sie, dass sich das „alltägliche Anliegen“ (GD4, Bw, 1232) der Staatsanwält:innen dadurch auszeichnet, „gut durchzukommen durch die Masse von Arbeit, ne. Denn glaube ich schon, man man fügt sich dann irgendwann in, in zumindest die Dinge, die man noch halbwegs vor sich vertreten kann“ (GD4, Bw, 1232–1236). Darin lässt sich ein resignatives Moment erkennen: Einerseits sehe man sich mit einer Fülle von Arbeit konfrontiert, wobei Weisungen wie Forderungen zur Bearbeitung von beschleunigten Verfahren einen enormen Mehraufwand bedeuten, andererseits sei es notwendig sich zu „fügen“.

In Kontrast dazu führt ein anderer Teilnehmer an, die Staatsanwält:innen seien unter Umständen befugt, beschleunigte Verfahren abzulehnen oder die Annahme bzw. Durchführung in gewissem Maße zu unterlaufen: Aber es war dann irgendwann so, dass wir tatsächlich dann Vermerkungen machen mussten, warum wir das nicht annehmen“ (GD4, Dm, 960–963). Der eigene Anspruch, sich am am Gesetz als Maßstab zu orientieren führt dazu, dass politische Einflussnahme als Eingriff befürchtet und erlebt wird. Der von einem Teilnehmer gewählte, starke Begriff einer „Sabotage“ verdeutlicht das innere Dilemma:

[...] im gewissen Maße kann man schon immer sabotieren. [...] ich habe eine gewisse Art damit umzugehen und irgendwie, da kann man mir auch sagen, „Verfolg das jetzt“, ne, und damit hätte ich teilweise dann auch, tatsächlich würde ich sagen, moralische Schwierigkeiten meinerseits. So. Ich mein, ich kann das verfolgen, aber ob ich das dann- weiß ich nicht, wie ich dann reagieren würde.

GD4, Dm, 1057–1066

Es zeigen sich individuelle Handlungspraxen: Einerseits sei man als Staatsanwältin oder Staatsanwalt in der Position, Weisungen „im gewissen Maße [...] zu sabotieren“, und es gebe „eine gewisse Art damit umzugehen“, andererseits scheint die Weisungsabhängigkeit zugleich „moralische Schwierigkeiten“ auszulösen. Hierbei zeigt sich ein Konflikt zwischen den umzusetzenden Vorgaben und den eigenen Vorstellungen und Werten. Ein anderer Teilnehmer berichtet, dass es innerhalb des

Kollegiums bereits in der Vergangenheit kritische Auseinandersetzungen mit und „Widerwillen“ (GD4, Cm, 1116) gegenüber bestimmten Weisungen gab. Es hätten sich parallel „Selbsterhaltungskräfte“ (GD4, Cm, 1106) gebildet, denn „mit den Leuten, mit denen ich darüber geredet habe, die haben das alle kritisch gesehen und haben auch versucht da Umwege zu finden“ (GD4, Cm, 1107ff.). Er fasst sein Erleben zu Weisungsabhängigkeiten wie folgt zusammen:

[...] man ist viel, viel an-, an, anfälliger für den politischen Druck von oben, weil das einfach weisungsgebunden durchgewegen- kann, gegeben werden kann. Auf der anderen Seite hängt es dann natürlich wieder vom Individuum ab, was er da entscheidet. Und da hatte ich schon das Gefühl, da gibt es so nen- gibt es schon so Widerwillen, der sich irgendwie da so- wie auch immer man versucht da quasi daran vorbei zuarbeiten.

GD4, Cm, 1111–1118

Zwar sei man als Staatsanwältin oder Staatsanwalt „anfälliger für den politischen Druck von oben“, zugleich verfüge man aber über Entscheidungsmacht und somit auch über individuelle Handlungsspielräume. Die Teilnehmenden betonen die Relevanz von Gesetzeskonformität für die staatsanwaltschaftliche Arbeit, gleichzeitig zeigen sich in der Diskussion individuelle Handlungspraxen im Umgang mit Weisungsabhängigkeiten auf. Diese äußern sich beispielsweise in der Möglichkeit der Ablehnung oder „Sabotage“ der Annahme bzw. Durchführung von beschleunigten Verfahren, in einer kritischen Auseinandersetzung innerhalb des Kollegiums und in dem daraus folgenden Versuch, „Umwege zu finden“ (GD4, Cm, 1109). Als Staatsanwältin oder Staatsanwalt stehe man in der Position, sich zu Weisungen zu verhalten: Entweder man heiße sie gut „oder ich versuche mich halt irgendwie bewusst dagegen zu entscheiden. Irgendwie muss ich mich damit- auseinandersetzen“ (GD4, Cm, 1169ff.).

ZUSAMMENFASSUNG DER DESKRIPTIVEN BEFUNDE

Zwischen den Teilnehmenden einer der beiden Gruppendiskussionen (GD4) scheint es den Konsens zu geben, dass Weisungen – hier insbe-

sondere in Form von Forderungen nach beschleunigten Verfahren – als zusätzliche Belastung wahrgenommen werden. In diesem Zusammenhang wird von Überlastungsgefühlen berichtet: Einerseits fehle es an personellen und zeitlichen Ressourcen, um die hohe Arbeitslast bewältigen zu können, andererseits verstärke sich durch Forderungen nach beschleunigten Verfahren das Druckempfinden, der „Masse von Arbeit“ (GD4, Bw, 1233) nicht gerecht werden zu können. Die Staatsanwält:innen kommen dadurch zudem in Konflikt mit ihren individuellen Werten: Einerseits seien sie bemüht, ihre Verfahren gut und zügig zu bearbeiten, verbunden mit dem Wunsch ein positives Bild der Arbeit der Staatsanwaltschaft nach außen zu vermitteln, andererseits unterliegen sie bestimmten Weisungen, die sich ggf. störend oder verzögernd auf den Arbeitsbetrieb auswirken. Zwar stellen die Teilnehmenden heraus, dass sie in Bezug zu Weisungen über individuelle Umgangs- und Handlungsmöglichkeiten verfügen, dazu müsse man sich aber auch verhalten und rechtfertigen. Es entsteht der Eindruck, dass es innerhalb des Kollegiums eine kollektiv geteilte kritische Haltung gegenüber Weisungsabhängigkeiten wie der Forderung nach beschleunigten Verfahren gibt.

Der Umgang mit Weisungen gestaltet sich weitestgehend individuell, die Teilnehmenden scheinen sich in einem Balanceakt zwischen dem Gebot der Gesetzeskonformität, der institutionellen Abhängigkeit der Staatsanwaltschaften und ihren individuellen Werten und Moralvorstellungen zu bewegen. Nicht zuletzt werden Befürchtungen vor einem politischen Wechsel und politischer Einflussnahme deutlich. Damit käme es möglicherweise zu einem (unaushaltbaren) Konflikt zwischen dem Auftrag, Weisungen zu befolgen, und den eigenen moralischen Vorstellungen, was den Teilnehmenden ein unbehagliches Gefühl, Sorgen und „Angst“ (GD4, Dm, 1072) zu bereiten scheint. Es kommt die Frage auf, unter welchen (politischen) Bedingungen die Tätigkeit mit den „individuellen“ Grenzen der Teilnehmenden noch vereinbar wäre.

FAZIT UND AUSBLICK

Die Staatsanwaltschaft stellt als Teil der Justiz eine hierarchisch organisierte, weisungsgebundene Behörde dar. Die bestehende Weisungsabhängigkeit der Staatsanwaltschaften in Deutschland steht in gewissem

Maße konträr zu der Unabhängigkeit der Justiz. Um an bestehende öffentliche Debatten zur Reform oder Abschaffung der Weisungsabhängigkeiten anzuknüpfen, wurden Schwierigkeiten im Arbeitsalltag von Staatsanwält:innen dargelegt, speziell mit Fokus auf die Wahrnehmung von und den Umgang mit Weisungsabhängigkeiten.

In den Ergebnissen werden strukturelle Defizite wie fehlende zeitliche und personelle Ressourcen im Arbeitsalltag der Teilnehmenden deutlich. Es entsteht der Eindruck, dass Weisungen wie die Forderung nach der Umsetzung beschleunigter Verfahren die Arbeitsbelastung verstärken und sich negativ auf die berufliche Zufriedenheit auswirken. Laut Aplitzsch und Vogel (2021, 5) führt eine hohe Arbeitsbelastung zu einem Druckempfinden hinsichtlich der professionellen Autonomie von Jurist:innen. Die hier vorgestellten Erkenntnisse zeigen: Die Beamt:innen scheinen durch die alltägliche Arbeitsbelastung und der „Masse von Arbeit“ (GD4, Bw, 1233) kaum in der Lage, ihrer Vorstellung von einer „guten Staatsanwältin“ bzw. einem „guten Staatsanwalt“ gerecht zu werden. Dies verbindet sich auch mit der individuellen Wahrnehmung der Außenwirkung der Behörde: Die Teilnehmenden problematisieren eine weitestgehende Intransparenz institutioneller Praktiken und Schwierigkeiten innerhalb der Arbeitspraxis. Auch gebe es kaum positive Resonanz seitens der Öffentlichkeit, was sich teils negativ auf die Motivation der Teilnehmenden auswirke. Zudem bedingen Weisungsabhängigkeiten Befürchtungen der Teilnehmenden über politische Veränderungen und politische Einflussnahme auf die staatsanwaltschaftliche Arbeit, was zu Einschränkungen der Selbstwirksamkeit der Beamt:innen in ihrer Arbeitspraxis sowie zu moralischen Schwierigkeiten führen könnte.

Bedeutsam sind die hier dargelegten Befunde besonders angesichts möglicher politischer Beeinflussung und Instrumentalisierung der Justiz, wie sie bereits in anderen europäischen Ländern zu beobachten ist, sowie in Hinblick auf die Debatte über die Abschaffung von Weisungsabhängigkeiten der Staatsanwaltschaften in Deutschland. Die Erkenntnisse sollen dazu beitragen, herauszustellen, welche potenziellen Angriffsflächen auf demokratische Verhältnisse im Justizsystem bestehen, um bestehende Debatten über mögliche Veränderungen anzuregen und mit empirischen Befunden zu bereichern.

LITERATUR

- Albrecht, Peter-Alexis (2013). Unsere Justiz braucht mehr Unabhängigkeit. *Deutschlandfunk Kultur*, 01.02.2013. URL: www.deutschlandfunkkultur.de/unsere-justiz-braucht-mehr-unabhaengigkeit-100.html (22.08.2024).
- Apitzsch, Birgit/Vogel, Berthold (2021). Der öffentliche Auftrag der Justiz. Die Wahrnehmung professioneller Autonomie durch Richter*innen und Staatsanwält*innen. In Birgit Blättel-Mink (Hrsg.), *Gesellschaft unter Spannung. Verhandlungen des 40. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie 2020*.
- Bundesministerium für Justiz (2024). Mehr Rechtssicherheit und Transparenz beim Weisungsrecht gegenüber der Staatsanwaltschaft. Pressemitteilung Nr. 33/2024. URL: www.bmj.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2024/0502_Transparenz_Weisungsrecht.html (22.08.2024).
- Deutscher Richterbund (2024). Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft stärken. URL: www.drj.de/newsroom/presse-mediencenter/nachrichten-auf-einen-blick/nachricht/news/keine-straf-justiz-nach-kassenlage-1 (22.08.2024).
- Dollmann, Michael (2024). Weisungsrecht der Politik: Nur einhegen, nicht abschaffen. URL: rswebck.de/aktuell/dailymeldung/detail/weisungsrecht-politik-staatsanwaltschaft-gesetztentwurf-bmj (22.08.2024).
- Gittner, Natalie/Löw, Nicole/Rodemerck, Henriette (2024). Subjektives Handeln und institutionelle Praxen. Einblick in das Forschungsprojekt „Soziale Dynamiken und Konflikte in der Justiz“. In Oliver Decker/Fiona Kalkstein/Johannes Kiess/Piotr Kocyba (Hrsg.), *Demokratie in Sachsen: Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswick-Instituts für 2023* (S. 89–106). Leipzig: edition überland.
- Gürten, Malene (2022). Mythos „politisch neutral“ – die Ermittlungen rechter Staatsanwälte. *United Themenheft* (2), 45–51.
- Lorenzer, Alfred (1986). Tiefenhermeneutische Kulturanalyse. *Kultur-Analysen* (1), 11–98.
- Przyborski, Aglaja/Riegler, Julia (2020). Gruppendiskussion und Fokusgruppe. In Günter Mey/Katja Mruck (Hrsg.), *Handbuch Qualitative Forschung in der Psychologie. Band 2: Designs und Verfahren* (S. 395–411). Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Rautenberg, Erardo Cristoforo (2003). Staatsanwaltschaft und Gewaltenteilung. Ein Plädoyer für die Zuordnung der Staatsanwaltschaft zur Judikative. *Neue Justiz* (4), 169ff. URL: www.gewaltenteilung.de/staatsanwaltschaft-und-gewaltenteilung/ (24.11.2024).
- Roland Rechtsschutz/Institut für Demografie Allensbach (2023). Roland Rechtsreport 2023. URL: https://www.roland-rechtsschutz.de/media/roland-rechtsschutz/pdf-rr/042-presse-pressemitteilungen/roland-rechtsreport/roland_rechtsreport_2023.pdf (22.08.2024).
- Sadurski, Wojciech (2019). Dismantling Checks and Balances (II): Judges and Prosecutors. In Wojciech Sadurski, *Poland's Constitutional Breakdown*. Oxford: Oxford University Press. doi.org/10.1093/OSO/9780198840503.003.0004.
- Schemer, Silke (2007). *Kooperation trotz Statusunterschied? Die Zusammenarbeit von Polizei und Staatsanwaltschaft unter dem Blickwinkel arbeits- und sozialpsychologischer Theorien*. Wiesbaden: Kriminologische Zentralstelle.
- Steinbeis, Maximilian (2024). *Die verwundbare Demokratie. Strategien gegen die populistische Übernahme*. München: Carl Hanser.
- Steinke, Ronen (2023). „Es bröckelt schon“. *Sueddeutsche.de*, 03.07.2023. URL: <https://www.sueddeutsche.de/kultur/afd-verfassungsrecht-justiz-nora-markard-einfluss-demokratie-1.5992954> (22.08.2024).
- Strecker, Christoph (2015). *Justiz von unten. Berichte, Kritik und Denkanstöße*. Karlsruhe: von Loeper Literaturverlag.
- Thomas, Jannika (2020). Die deutsche Staatsanwaltschaft – „objektivste Behörde der Welt“ oder doch nur ein Handlanger der Politik?. *Kriminalpolitische Zeitschrift* (2) 2020, 84–90.
- Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags (2023). Weisungsbefugnisse gegenüber der Staatsanwaltschaft. WD 7 - 3000 - 081/23. URL: www.bundestag.de/resource/blob/976306/459doec2492bcd363f7c00af667a0ee5/WD-7-081-23-pdf.pdf (22.08.2024).





Vorurteilsmotivierte Gewalt

Forschungsstand und Folgen für die Betroffenen¹

Ob von den Medien beachtet, wie die rassistisch motivierte Mordserie des NSU (2000–2006), oder unbemerkt von der Öffentlichkeit in den Lebenswirklichkeiten vieler Menschen: Tagtäglich finden vorurteilsgeleitete Gewalttaten statt. Kennzeichen von Vorurteils kriminalität sind – neben dem Vorliegen einer kriminellen Handlung – eine vorurteilsgeleitete Motivation des Täters beziehungsweise der Täterin, bestimmte angenommene oder tatsächliche Merkmale der betroffenen Personen (wie z.B. Nationalität, Religion, Geschlecht/sexuelle Identität, sozialer Status), die auf eine Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe hindeuten, sowie Auswirkungen der Taten auf die Betroffenen selbst und die gesamte Betroffenenengruppe (u.a. Coester, 2008; Kugelman, 2015). Derlei Straftaten haben eine Aufforderungs-, Botschafts- und Zustimmungswirkung, indem sie z.B. Gleichgesinnte zu ähnlichen Taten anregen. Weiterhin zielen die Botschaften auf die Ablehnung und Einschüchterung der gesamten Betroffenenengruppe ab. Vorurteils kriminalität richtet sich gegen ganze Gruppen und beeinflusst so die Demokratie, das soziale Gefüge sowie das Sicherheitsempfinden und das Bedrohungsgefühl in der Gesellschaft. Sie hat damit immer einen politischen und gesamtgesellschaftlichen Bezug (vgl. u.a. Coester, 2017; Perry, 2014).

In diesem Beitrag befassen wir uns mit dem Phänomen der Vorurteils kriminalität und erörtern sowohl die Ergebnisse der Hell- und Dunkelfeldforschung als auch eigene Erkenntnisse, basierend auf Daten aus dem *Panel zur Wahrnehmung von Kriminalität und Straftäter:innen* (PaWaKS; Bolesta et al., 2023). Im PaWaKS-Bericht zum Thema Vor-

1) Die Erstellung dieses Beitrags wurde finanziert durch Mittel auf Grundlage des vom sächsischen Landtag beschlossenen Haushalts. Dieser Beitrag ist eine gekürzte und überarbeitete Fassung von: Rowina Bender/Kristin Weber (2023). Vorurteils kriminalität – Viktimisierung durch vorurteilsmotivierte Gewalt. In Deliah Bolesta/Jennifer L. Führer/Rowina Bender/Aaron Bielejewski/Anika Radewald/Kristin Weber/Frank Asbrock (Hrsg.), *Panel zur Wahrnehmung von Kriminalität und Straftäter:innen* (PaWaKS). Ergebnisse der ersten bis dritten Erhebungswelle. Zentrum für kriminologische Forschung Sachsen e.V. Online verfügbar unter: <https://www.zkfs.de/pawaks/>.

urteils kriminalität (Bender/Weber, 2023) haben wir die Folgen von Viktimisierung durch vorurteilsmotivierte Gewalt analysiert, deren Ergebnisse wir hier in einer Kurzversion schildern. Dabei gehen wir insbesondere auf die Betroffenenperspektive ein und stellen dar, wie sich Viktimisierung auf Betroffene und ihr Vertrauen in Institutionen, das Anzeige- und Meldeverhalten sowie die Kriminalitätsfurcht auswirkt. Darüber hinaus thematisieren wir Herausforderungen für die Prävention.

DAS PHÄNOMEN VORURTEILSKRIMINALITÄT

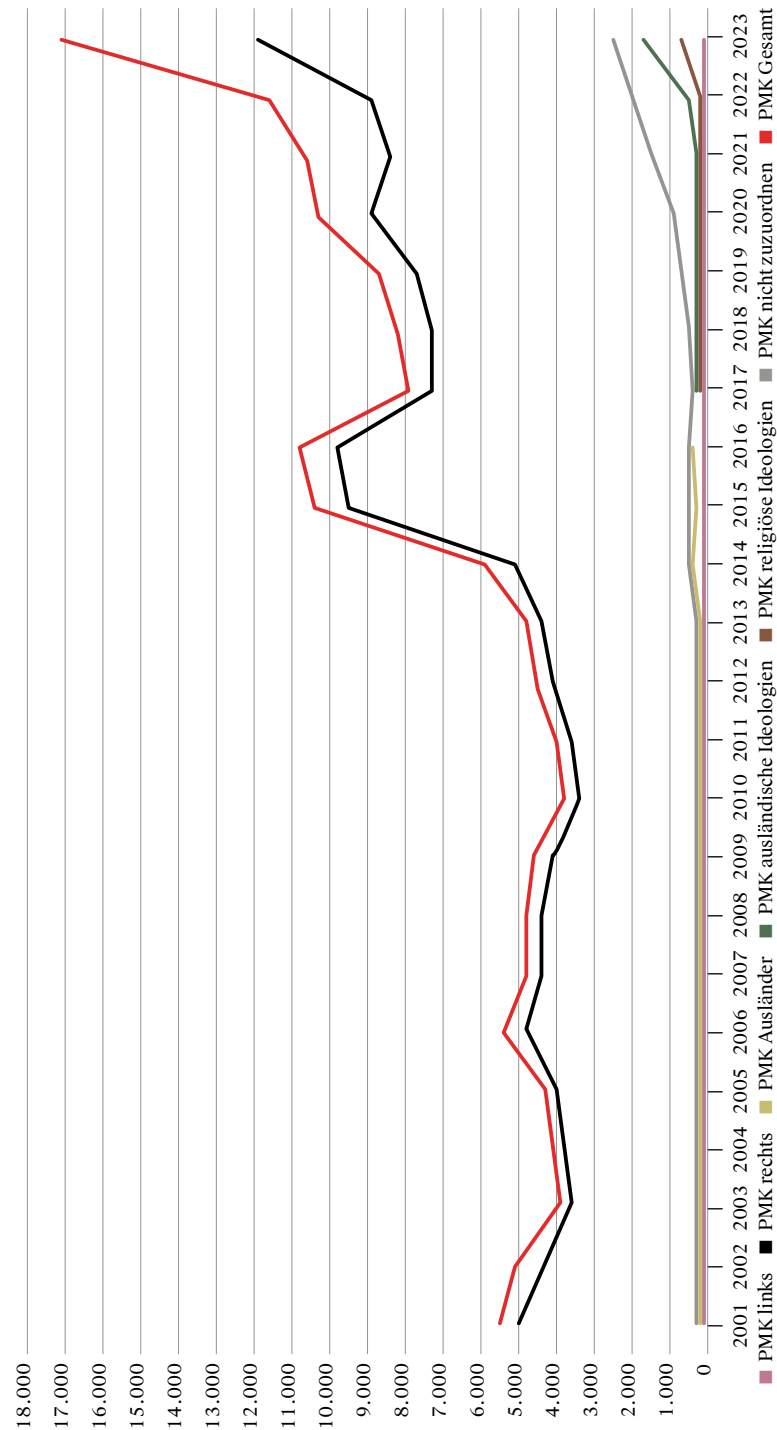
Für Vorurteils kriminalität sind bei Sicherheitsbehörden und in der Wissenschaft eine Vielzahl zumeist synonym verwendeter Begriffe geläufig, etwa Hasskriminalität, Bias Crime, Hate Crime, vorurteilsmotivierte oder -geleitete Kriminalität (Bender/Weber, 2023). Unter diesen Begriffen werden in Deutschland Straftaten gefasst, die sich „gegen eine Person, eine Sache allein oder vorwiegend wegen gruppenbedingter Merkmale dieser Person oder des Inhabers der Sache [richten], insbesondere wegen der politischen Einstellung, Nationalität, Volkszugehörigkeit, aus rassistischen Gründen, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft, sexuellen Orientierung, Behinderung, des äußeren Erscheinungsbildes oder des gesellschaftlichen Status“ (Kugelman, 2015, 12). Die Motivation des Täters bzw. der Täterin, seine bzw. ihre Vorurteile gegenüber den Betroffenen (Personen, Personengruppen), die Ausübung der Tat (psychische oder physische Gewalt, Bedrohung, Einschüchterung, Sachbeschädigung von Gebäuden) und die Betroffenenperspektive werden dabei als wichtige Bestandteile ebenfalls betrachtet (Coester, 2008, 27; Kugelman, 2015, 12; Bender/Weber, 2023). Das Ziel dieser Taten ist es, sowohl den Betroffenen als auch ihrer gesamten Gruppe direkten und indirekten Schaden zuzufügen, was die Funktionsfähigkeit und Stabilität der Demokratie gefährdet (Coester, 2008, 27). Gemäß Coester (2017) erscheint die Verwendung des Begriffs der Vorurteils kriminalität – aufgrund seiner Verbindung des Leitmotivs der Vorurteile gegenüber Betroffenenmerkmalen und auch der Betroffenenperspektive – sinnvoller als die des Terminus Hasskriminalität. Die Forschung zeigt bisher, dass vorurteilsmotivierte Taten zumeist in einem Gruppenkontext geschehen, es kein Kennverhältnis zwischen Tätern bzw. Täterinnen und Betroffenen gibt, die Betroffenen aufgrund ihrer „Identität und [ihres] So-Seins“ (Sotiriadis,

2014, 263f.) und nicht aufgrund eines vermeintlichen „Hassmotivs“ ausgewählt werden und sowohl die Wahl der Tatmittel als auch die Tatausübung im Vergleich zu anderen Straftaten schwerwiegender sind (Church/Coester, 2021; Dreißigacker, 2018). Die betroffene Person kann dabei als Repräsentant bzw. Repräsentantin ihrer Gruppe betrachtet werden, wodurch sie zum Ziel der Tat wird und wobei die Auswahl letztlich eher zufällig erscheint. Dies unterstreicht, dass nicht die individuelle Person, sondern die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe bei vorurteilsmotivierten Taten im Vordergrund steht (Perry, 2009).

Betroffene von Vorurteils kriminalität erleben einen höheren psychischen und physischen Schaden und zumeist auch Mehrfachviktisierungen (Church/Coester, 2021). Das Leid von Betroffenen ist dabei vielschichtig und mitunter dauerhaft: Sie erleben neben einer primären Viktimisierung auch sekundäre Viktimisierungen², weisen eine erhöhte Kriminalitätsfurcht auf und reagieren mit sogenanntem Schutz- und Vermeidungsverhalten (Bodinger-DeUriarte/Sancho, 1992; Bolesta/Führer, 2022; Church/Coester, 2021; Groß et al., 2018). Letzteres wirkt sich negativ auf die gesellschaftliche Teilhabe und die Lebensqualität aus. Auch psychische Folgen wie Depressionen (Coester, 2019; Groß et al., 2018; Lobermeier, 2006; Paterson et al., 2018), Vertrauensverluste in die Sicherheitsinstanzen (Bender/Weber, 2023), eine mögliche Täter-Opfer-Umkehr und das Zuschreiben einer Mitschuld der Opferwerdung sowie das Erleben von Desinteresse und Unverständnis im sozialen Umfeld, bei der Polizei, Staatsanwaltschaft und vor Gericht tragen zum Leid von Betroffenen bei und können sich auch auf eine geringe Anzeigebereitschaft auswirken (Coester, 2019; Church/Coester, 2021). Dabei betrifft das komplexe Phänomen der Vorurteils kriminalität nicht nur Einzelne, sondern auch ganze Gruppen und bedroht sowohl die freiheitlich-demokratische Grundordnung als auch das friedliche Zusammenleben in der Gesellschaft (Bannenberg et al., 2006; Bender/Weber, 2023; Church/Coester, 2021; Coester, 2017, 2019).

2) Eine primäre Viktimisierung liegt vor, wenn jemand Opfer einer Straftat geworden ist und daraus psychische oder physische Schäden bei den Betroffenen entstanden sind. Unter sekundärer Viktimisierung wird das erneute Opferwerden verstanden. Dieses wird mitunter auch durch Verhalten von Dritten hervorgerufen, wie zum Beispiel, wenn die Strafverfolgung den Betroffenen das Gefühl gibt, nicht ernst genommen zu werden.

Entwicklung der registrierten Hasskriminalität nach Phänomenbereichen 2001 bis 2023 (BKA, 2024; BMI, 2023)



VORURTEILSKRIMINALITÄT IM HELLFELD IN DEUTSCHLAND

Seit 2001 erfasst der kriminalpolizeiliche Meldedienst Fälle politisch motivierter Kriminalität (KPM-D-PMK), sobald sie der Polizei bekannt werden. Dazu zählt auch Vorurteils kriminalität, die hier als *Hasskriminalität* bezeichnet wird (Church/Coester, 2021). Politisch motivierte Kriminalität wird in dem zugrunde liegenden Themenfeldkatalog in die Kategorien „rechts“, „links“, „ausländische Ideologie“, „religiöse Ideologie“ und „sonstige/nicht zuzuordnen“ eingeteilt und dient den Polizeien als Werkzeug zur Einordnung von diesen Straftaten und der ausschlaggebenden Motivationen der Täter bzw. Täterinnen sowie der Tatbegehung (Bundesministerium des Innern und für Heimat [BMI]/ Bundeskriminalamt [BKA], 2023). Das Oberthema Hasskriminalität umfasst die Unterthemen antisemitisch, antiziganistisch, ausländerfeindlich, Behinderung, christenfeindlich, deutschfeindlich, frauenfeindlich, fremdenfeindlich, Geschlecht/Sexuelle Identität, geschlechtsbezogene Diversität, gesellschaftlicher Status, Hasskriminalität, islamfeindlich, männerfeindlich, Rassismus, sexuelle Orientierung, sonstige ethnische Zugehörigkeit, sonstige Religion (BMI/BKA, 2023, 10; Bender/Weber, 2023).³

Abbildung 1 zeigt die Entwicklung der registrierten Hasskriminalität nach Phänomenbereichen von 2001 bis 2023. Seit der Einführung des Erfassungssystems im Jahr 2001 erreichte die Zahl der Straftaten im Bereich der Hasskriminalität im Jahr 2016 erstmals einen Höchststand (2001: 5.376; 2016: 10.751; BMI, 2020). Im Jahr 2023 wurde dieser Höchststand erneut übertroffen: Die Zahl vorurteilsmotivierter Straftaten stieg auf 17.007 an (BMI/BKA, 2024), was einem Anstieg um 47,63% im Vergleich zum Vorjahr entspricht (2022: 11.520 Fälle). Die überwiegende Mehrheit der Hasskriminalität wird dem Phänomenbereich „PMK rechts“ zugeordnet.

3) Diese Unterthemen stehen in der Wissenschaft häufig in der Kritik, da u.a. die zugrundeliegenden Kategorien oft weder klar voneinander abgegrenzt (z.B. ausländerfeindlich, fremdenfeindlich, rassistisch) noch präzise definiert sind (z.B. die Bedeutung von fremdenfeindlich). Daher wird eine stärkere wissenschaftliche Fundierung als notwendig erachtet (z.B. Schellenberg, 2024).

VORURTEILSKRIMINALITÄT IM DUNKELFELD IN DEUTSCHLAND

In Deutschland befassen sich bisher nur wenige Studien mit dem Dunkelfeld von Vorurteils kriminalität. Eine dieser Studien ist der im Jahr 2017 vom BKA in einer bundesweiten Erhebung durchgeführte Viktimisierungssurvey, laut dem 1,5 % der über 16-Jährigen innerhalb eines Jahres von vorurteilsgeleiteter Körperverletzung und 0,6 % von vorurteilsgeleitetem Raub betroffen gewesen sind (Church/Coester, 2021). Zwei weitere Studien aus Schleswig-Holstein und Niedersachsen kamen zu dem Ergebnis, dass 5 % der Bevölkerung innerhalb eines Jahres von Straftaten im Zusammenhang mit Vorurteils kriminalität betroffen waren (Dreißigacker, 2018; Groß et al., 2018; Landeskriminalamt Niedersachsen, 2018). Im Jahr 2020 erfolgte mit der BKA-Studie „Sicherheit und Kriminalität in Deutschland“ (SKiD) eine Folgerhebung des Viktimisierungssurveys mit 45.351 Befragten. In dieser wurde festgestellt, dass 1 % der über 16-Jährigen in den vorangegangenen 12 Monaten von vorurteilsmotivierter Körperverletzung betroffen war, wobei dies – abgesehen von der Kategorie Geschlecht/geschlechtliche Identität – mehr Männer als Frauen berichteten. In besonderem Maße waren junge Erwachsene (18–24 Jahre) und Personen mit Migrationshintergrund stärker betroffen als ältere oder Personen ohne Migrationshintergrund. Derzeit läuft die neue Erhebung des SKiD für das Jahr 2024, welche weitere und aktualisierte Daten zur Viktimisierung durch Vorurteils kriminalität generieren wird.

Die Polizeiakademien Niedersachsen und Hamburg sowie das Landeskriminalamt Niedersachsen untersuchten in dem Projekt „Hate-Town – Vorurteilsgeleitete Handlungen in urbanen Räumen“ im Jahr 2022 Vorurteils kriminalität anhand einer Stichprobe aus Hamburg ($n = 3.895$) (Groß et al., 2024). Es zeigte sich, dass von $n = 1.198$ Befragten mit Diskriminierungserfahrung 84 % ein Vorurteilsmotiv vermuteten. Weiterhin nannten 73 % der Personen, die wegen ihrer Gruppenzugehörigkeit diskriminiert wurden ($n = 1.282$), und 66 % der Personen, die sexuelle Belästigung erfuhren ($n = 957$), ein Vorurteilsmotiv als ausschlaggebend für die Tat. Darüber hinaus gaben 55,9 % der Befragten an, dass Menschen aus ihrem sozialen Umfeld und Bekanntenkreis bereits durch eine vorurteilsmotivierte Tat viktimisiert wurden. In einer Stichprobe aus dem Hannoveraner Projekt „Hass in der Stadt“ aus dem Jahr 2022 ($n = 7.411$) zeigt sich, dass 43,3 % der Befragten im Laufe ihres

Lebens eine vorurteilsgeleitete Tat erlebt haben, wobei die Betroffenen am häufigsten Diskriminierung (78,1 %), abwertende Äußerungen gegenüber ihrer Gruppe (66,6 %) und sexuelle Belästigung (63,4 %) erfahren haben (Boll et al., 2024).

Einige der bereits erwähnten Studien (z. B. Bender/Weber, 2023; Boll et al., 2024; Church/Coester, 2021; Dreißigacker, 2018; Groß et al., 2018; Groß et al., 2024; Landeskriminalamt Niedersachsen, 2018) widmeten sich eingehender den nachhaltigen und komplexen Folgen von Vorurteils kriminalität. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass Betroffene von Vorurteils kriminalität intensiver unter den Folgen der Viktimisierung leiden als Opfer anderer Straftaten, die kein Vorurteilsmotiv aufweisen. So berichten Betroffene von Vorurteils kriminalität über ein verstärktes Unsicherheitsempfinden, eine höhere Kriminalitätsfurcht, ein ausgeprägtes Schutz- und Vermeidungsverhalten sowie eine geringe Melde- und Anzeigebereitschaft. Ebenso haben Personen mit Viktimisierungserfahrungen mit Bezug zu Vorurteilsmotiven ein vermindertes Vertrauen in zwischenmenschliche Beziehungen und staatliche Institutionen wie Polizei und Justiz als Personen, die andere Straftaten erlebt oder keine Viktimisierungserfahrungen gemacht haben.

DIREKTE UND INDIREKTE VIKTIMISIERUNG DURCH VORURTEILSMOTIVIERTE GEWALT

Vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse haben wir in einer eigenen Befragung geprüft, ob sich die oben genannten Tendenzen erneut zeigen. Neben dem Anteil der Viktimisierungserfahrungen unter den Befragten haben wir daher ebenso das Melde- und Anzeigeverhalten, das Vertrauen in die Polizei und die Justiz sowie die Kriminalitätsfurcht näher untersucht. Dabei ermöglichen die durch uns erhobenen Daten nicht nur Aussagen über Personen, die selbst direkt von (vorurteilsmotivierten) Straftaten betroffen waren, wie es in den vorgestellten Dunkelfeldstudien der Fall war, sie erlauben außerdem Schlussfolgerungen zu Personen, die aufgrund einer erlebten Straftat im Bekanntenkreis selbst indirekt von Viktimisierung betroffen sind.

METHODE UND STICHPROBE

Grundlage unserer Untersuchung sind die Daten des *Panels zur Wahrnehmung von Kriminalität und Straftäter:innen* (PaWaKS; Bolesta et al., 2023). Über einen Zeitraum von zwei Jahren und in fünf Wellen wurden von März 2022 bis April 2024 in PaWaKS verschiedene Indikatoren zur Wahrnehmung von Kriminalität und damit zusammenhängende Faktoren erfasst. Die vorliegende Auswertung beruht auf Daten der dritten Welle, deren Befragung im Zeitraum von März bis April 2023 stattfand.

Insgesamt nahmen 1.925 Personen an der dritten Welle der PaWaKS-Studie teil. Die Stichprobe bestand aus 1.021 Frauen (53,0%), 899 Männer (46,7%) und 5 nicht-binären Personen (0,3%) mit einem Durchschnittsalter von rund 55 Jahren. Von den Teilnehmenden besaßen 97,9% die deutsche Staatsangehörigkeit und 11,5% einen Migrationshintergrund⁴. 2,7% der Befragten verfügten über ein als niedrig klassifiziertes Bildungsniveau, 44,2% über ein mittleres und 53,1% über ein hohes Bildungsniveau (Bender/Weber, 2023).

Tiefergehende Informationen sind in Wagner et al. (2024) und im zugehörigen Open Science Repository (<https://osf.io/7kum4/>) einsehbar; dort findet sich auch eine detaillierte und vollständige Beschreibung der Stichprobe.

ERHEBUNGSINSTRUMENTE

Viktimisierung bezeichnet die eigene Erfahrung mit Kriminalität, wobei sie von Menschen sowohl direkt als auch indirekt erlebt werden kann (Baier et al., 2011). Direkte Viktimisierung beschreibt die unmittelbare eigene Opferwerdung einer Straftat, während bei indirekter Viktimisierung das engere persönliche Umfeld betroffen ist (Bender/Weber, 2023).

Viktimisierungserfahrungen wurden im PaWaKS mit einer Skala erhoben, die sich aus eigenen Items, aus Items von Armbrorst (2014) sowie von Jackson und Gray (2010) zusammensetzt. Zur Erfassung von Viktimisierungserfahrungen wurden die Teilnehmenden wie folgt angespro-

4) Wir verwendeten die Definition des Statistischen Bundesamts (o. J.) für Migrationshintergrund: Eine Person gilt als jemand mit Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil bei der Geburt keine deutsche Staatsbürgerschaft hatte. Diese Definition umfasst sowohl zugewanderte als auch nicht zugewanderte Ausländer, Eingebürgerte (unabhängig von der Zuwanderung), (Spät-)Aussiedler und deren in Deutschland geborene Nachkommen.

chen: „Nachfolgend werden verschiedene Arten von Straftaten genannt. Bitte geben Sie jeweils an, was davon Ihnen oder jemandem, den Sie persönlich gut kennen, bereits passiert ist. Hinweis: Wenn beides zutrifft, lassen Sie die Zeile bitte frei.“ Anschließend konnten die Teilnehmenden aus einer Reihe von Straftaten⁵ auswählen, ob es ihnen selbst zugestoßen und/oder Personen passiert ist, die sie persönlich gut kennen. Den Teilnehmenden stand zu jeder Zeit die Möglichkeit zu, die Fragen nicht zu beantworten. Unter den im PaWaKS abgefragten Straftaten befanden sich drei verschiedene vorurteilsmotivierte Gewalttaten: verbale oder körperliche Gewalt gegenüber Personen aufgrund ihrer Religion oder Ethnie, aufgrund ihrer sexuellen Orientierung sowie aufgrund ihres Migrationshintergrunds. Diese wurden für die vorliegenden Berechnungen zu „vorurteilsmotivierter Gewalt“ zusammengefasst.

ERGEBNISSE

PRÄVALENZ VON VORURTEILSMOTIVIERTER GEWALT

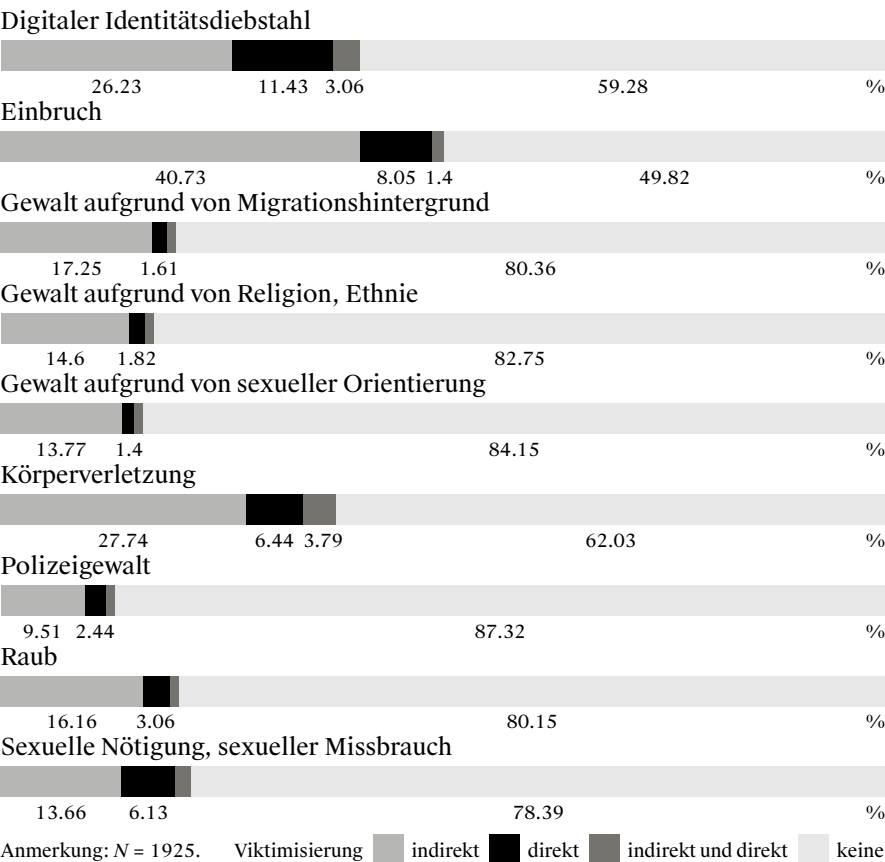
Im Gegensatz zu den oben vorgestellten Studien von Groß et al. (2018) sowie Church und Coester (2021), die nach der Betroffenheit durch vorurteilsmotivierte Straftaten innerhalb des vorangegangenen Jahres fragten (12-Monats-Prävalenzrate), bezieht sich die im PaWaKS erfasste Viktimisierung ausschließlich auf die Lebenszeitprävalenz von vorurteilsmotivierter Gewalt, womit sie die Erfahrungen des gesamten bisherigen Lebens einer Person einschließt. Ein Vergleich der Prävalenzen mit bisherigen Dunkelfeldstudien ist daher nicht möglich.

Abbildung 2 veranschaulicht die Anteile der Personen mit und ohne Viktimisierungserfahrungen. 1,4% bis 1,8% der Befragten gaben an, von vorurteilsmotivierten Gewalttaten (aufgrund von Migrationshintergrund, Religion, Ethnie, sexueller Orientierung) direkt betroffen gewesen zu sein. Zwischen 0,7% und 0,8% der Befragten berichteten, sowohl direkte als auch indirekte Viktimisierung erlebt zu haben. Die Prävalenzen von vorurteilsmotivierter Gewalt für direkte Viktimisie-

5) Zur Auswahl standen Wohnungseinbruch, Raubüberfall, Körperverletzung, sexueller Missbrauch/Nötigung oder Vergewaltigung, verbale oder körperliche Gewalt gegenüber Personen aufgrund ihrer Religion oder Ethnie, verbale oder körperliche Gewalt gegenüber Personen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung, verbale oder körperliche Gewalt gegenüber Personen aufgrund ihres Migrationshintergrunds, digitaler Identitätsdiebstahl bspw. Zugangsdaten zu Online-Banking oder Mailpostfach sowie Polizeigewalt.

ABBILDUNG 2

Prävalenzraten bei Personen mit und ohne Viktimisierungserfahrungen (Bender/Weber, 2023)

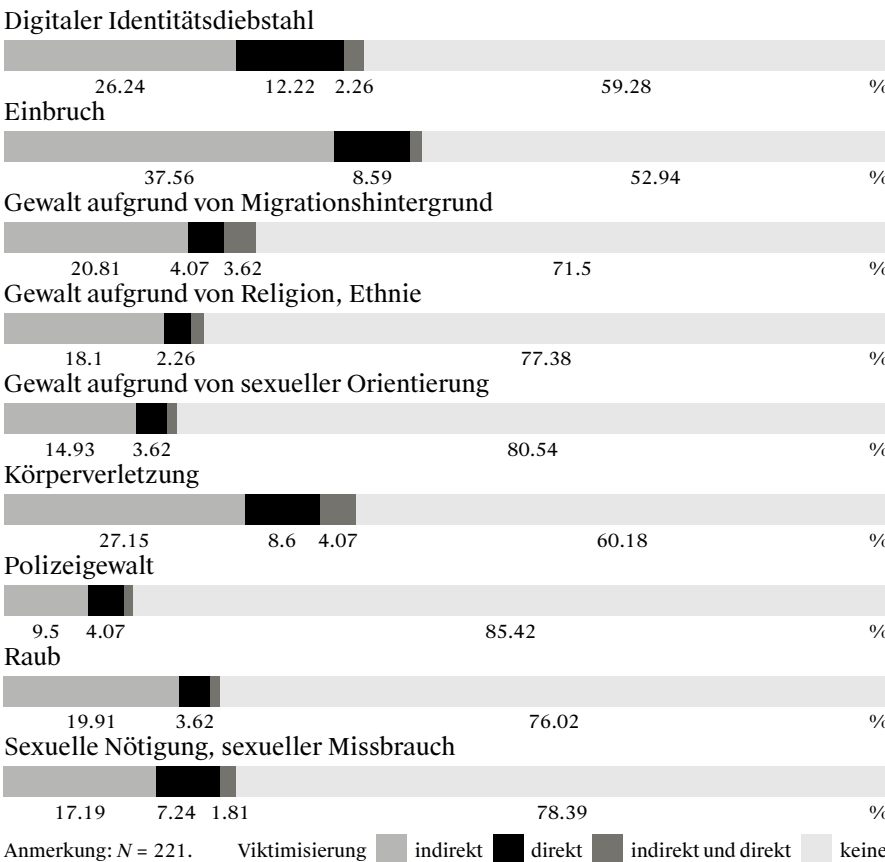


rungen waren im Vergleich zu allen anderen Straftaten am geringsten. Dies lässt sich wahrscheinlich auch darauf zurückführen, dass nur ein geringer Anteil der Gesamtstichprobe Merkmale aufweist, durch die die Personen überhaupt zu einem potenziellen Ziel von Vorurteilskriminalität werden können.

Diese Vermutung bestätigt sich, wenn man die Prävalenzraten ausschließlich für Personen mit Migrationshintergrund betrachtet: Der Blick auf Abbildung 3 macht deutlich, dass der Anteil direkter Viktimi-

ABBILDUNG 3

Prävalenzraten bei Personen mit Migrationshintergrund mit und ohne Viktimisierungserfahrungen (Bender/Weber, 2023)



sierung bei Gewalt aufgrund von Migrationshintergrund und aufgrund der sexuellen Orientierung bei Personen mit Migrationshintergrund 2,5-mal so hoch ist wie bei der Gesamtstichprobe. Von sowohl direkten als auch indirekten Viktimisierungserfahrungen bei Gewalt aufgrund des Migrationshintergrundes sind 5-mal so viele Personen (3,6 %) betroffen. Auch für alle anderen Straftaten wird eine leichte Tendenz erkennbar, dass Personen mit Migrationshintergrund mehr Viktimisierung erleben als die Gesamtstichprobe.

MELDE- / ANZEIGEVERHALTEN VON BETROFFENEN

Internationale Erkenntnisse, wonach vorurteilsgeleitete Straftaten im Vergleich zu anderen Straftaten seltener zur Anzeige gebracht werden, konnten durch die Dunkelfeldforschung in Deutschland bislang nicht bestätigt werden (Church/Coester, 2021; Groß et al., 2018). Unsere Daten zeigen jedoch, dass vorurteilsmotivierte Gewalt seltener gemeldet und zur Anzeige gebracht wird als andere Straftaten.

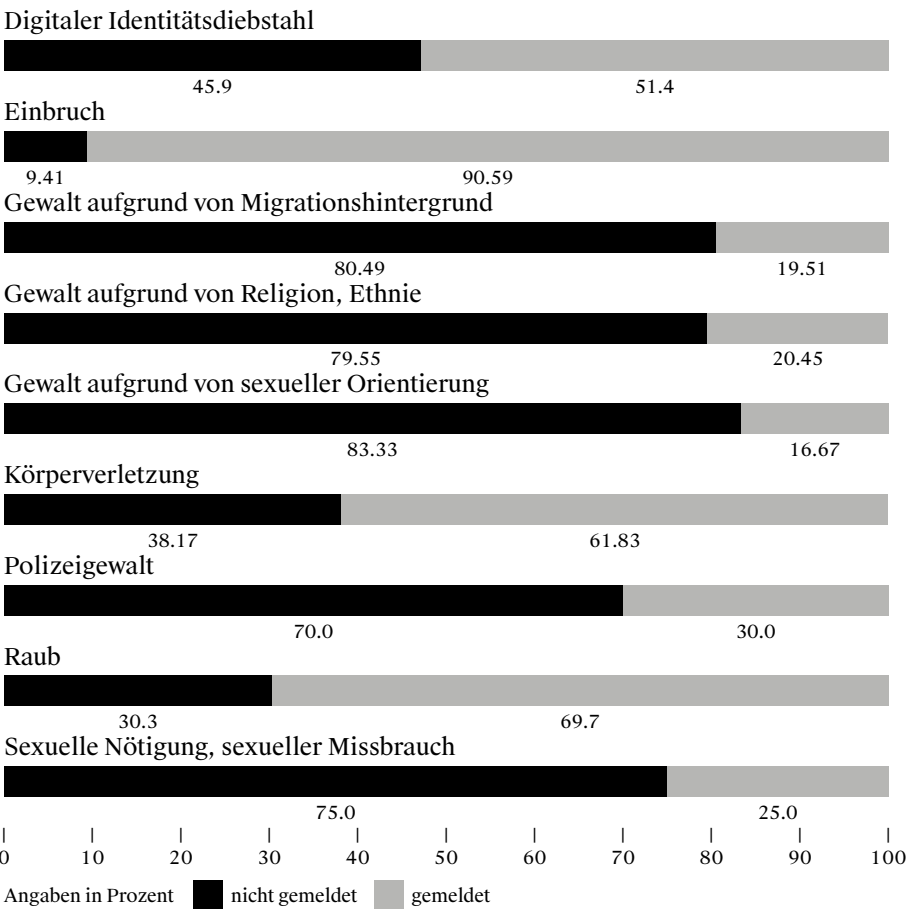
Ein Vergleich unter den Straftaten sollte jedoch nur vorsichtig gezogen werden, da sich die Schwere der Taten voneinander unterscheidet und schwere Straftaten häufig eine höhere Anzeigebereitschaft nach sich ziehen (Church/Coester, 2021). Des Weiteren wurden die Straftaten nicht trennscharf voneinander erhoben. Viktimisierungserfahrungen etwa durch Körperverletzung oder Raub können sowohl mit Vorurteilsmotiv als auch ohne ein solches gemacht worden sein. Dennoch sind die in den folgenden Ergebnissen dargestellten Tendenzen so deutlich, dass aussagekräftige Schlussfolgerungen daraus gezogen werden können. Gab eine Person an, bereits Opfer einer Straftat geworden zu sein, wurde die Anschlussfrage gestellt, ob sie diese Straftat der Polizei gemeldet hat. Abbildung 4 zeigt die Anteile gemeldeter und nicht gemeldeter Straftaten. Es wird deutlich, dass lediglich etwa jede dritte polizeiliche Gewalttat und nur jede vierte sexuelle Nötigung/Missbrauch bei der Polizei gemeldet wurde. Deutlich am geringsten fiel das Meldeverhalten bei vorurteilsmotivierter Gewalt aus: Nur jeder Fünfte bis Sechste hat eine solche Straftat der Polizei gemeldet – ganz im Gegensatz zum Meldeverhalten von Raub (fast 70%) und Einbruch (über 90%).

Lag bei den Teilnehmenden eine Viktimisierungserfahrung vor, so wurden sie gefragt, ob sie bezüglich der Straftat eine Anzeige erstatteten beziehungsweise es versuchten, jedoch „abgewimmelt“, also von den Beamten vor Ort abgewiesen wurden. Abbildung 5 zeigt die Anteile angezeigter und nicht angezeigter Straftaten auf. Hier wird ein Kontrast zwischen vorurteilsmotivierten Gewalttaten sowie Polizeigewalt und den restlichen Straftaten noch deutlicher.

Auffallend ist, dass fast 35% der Personen, die aufgrund von Polizeigewalt Anzeige erstatten wollten, abgewimmelt worden sind. Auch bei Gewalt aufgrund des Migrationshintergrundes zeigt sich, dass fast jeder Fünfte bei dem Versuch eine Anzeige zu erstatten, abgewimmelt worden ist. Es ist zu vermuten, dass solche Erfahrungen sowohl

ABBILDUNG 4

Anteil gemeldeter und nicht gemeldeter Straftaten bei Viktimisierung (Bender/Weber, 2023)



Anmerkung: Digitaler Identitätsdiebstahl: n = 268; Einbruch: n = 170; Gewalt aufgrund von Migrationshintergrund: n = 41; Gewalt aufgrund von Religion, Ethnie: n = 44; Gewalt aufgrund von sexueller Orientierung: n = 36; Körperverletzung: n = 186; Polizeigewalt: n = 50; Raub: n = 66; sexuelle Nötigung/Missbrauch: n = 144.

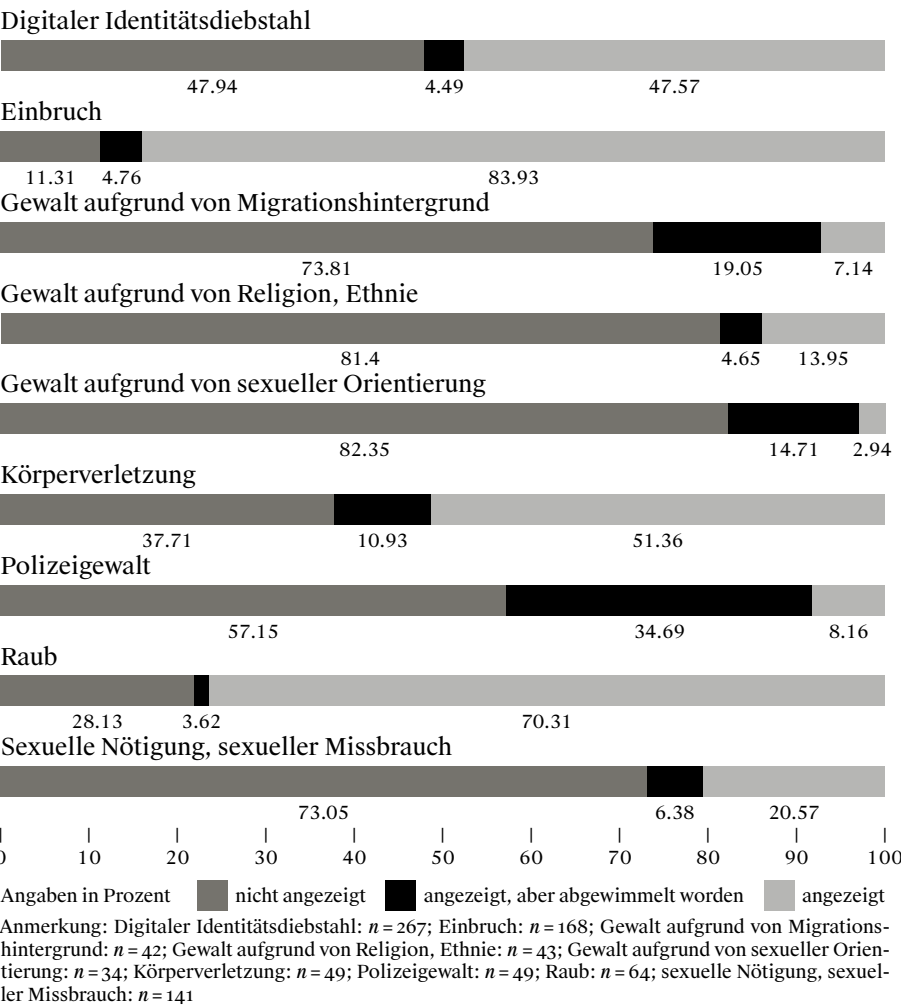
das Vertrauen in die Polizei senken als auch das Gefühl hervorrufen, von der Polizei nicht ernst genug genommen zu werden.

VERTRAUEN IN POLIZEI UND JUSTIZ

Je nach Viktimisierungsform ist das Vertrauen in Polizei und Justiz unterschiedlich ausgeprägt. Betroffene von vorurteilsmotivierter Gewalt

ABBILDUNG 5

Anteil angezeigter und nicht angezeigter Straftaten bei Viktimisierung (Bender/Weber, 2023)



weisen ein geringeres Vertrauen in Justiz und Polizei auf als Betroffene von Straftaten ohne Vorurteilmotiv sowie Personen ohne Viktimisierungserfahrung (Church/Coester, 2021; Groß et al., 2018). Dieses kann sich auch negativ auf das Meldeverhalten von vorurteilsmotivierten Straftaten auswirken, so dass solche Delikte folglich weniger gemeldet werden. In unserer Analyse war es möglich, das Vertrauen in Justiz und Polizei von Personen mit und ohne Viktimisierungserfahrungen zu

vergleichen. Im Unterschied zu bisherigen Studien zu Vorurteilskriminalität in Deutschland ermöglichen die PaWaKS-Daten darüber hinaus eine Unterscheidung zwischen direkter und indirekter Viktimisierung.

Im Folgenden werden die Vertrauensunterschiede zwischen Personen ohne Viktimisierungserfahrung, mit direkter *oder* indirekter Viktimisierung sowie Betroffenen beider Formen gegenübergestellt. Durch eine Kontrastanalyse war es möglich, die Mittelwertunterschiede für alle möglichen Kombinationen der vier Ausprägungen von Viktimisierung zu ermitteln. Es wurden insgesamt sechs Vergleiche zwischen jeweils zwei Mittelwerten durchgeführt. Aus Platzgründen werden im Folgenden die Unterschiede im Vertrauen nach Grad der Viktimisierungserfahrung nur für ausgewählte Deliktformen vorgestellt. Eine vollständige Darstellung aller Ergebnisse inklusive aller statistischer Kennwerte findet sich bei Bender und Weber (2023).

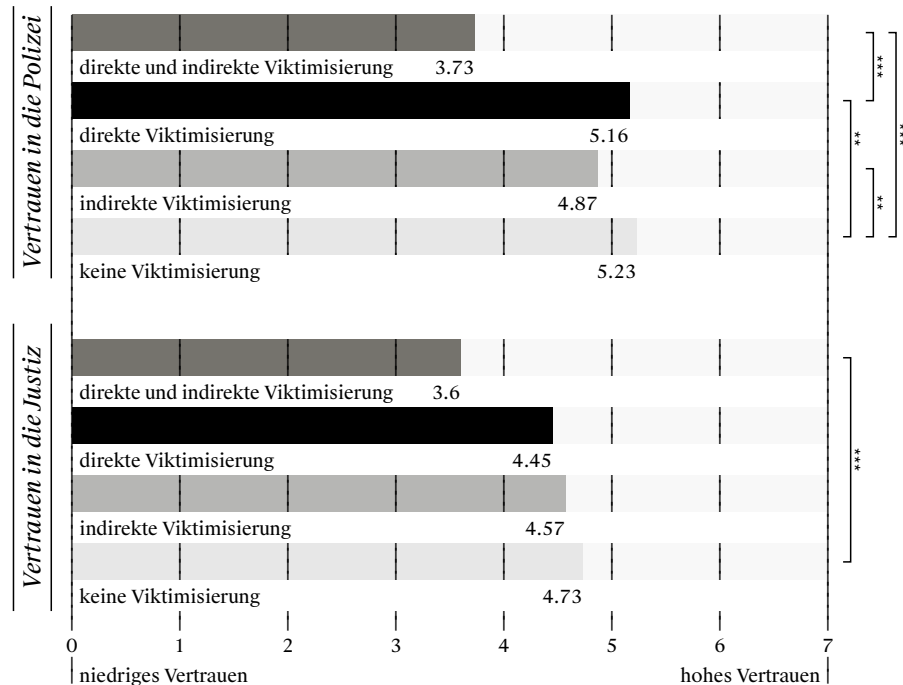
VIKTIMISIERUNG AUFGRUND DES MIGRATIONSHINTERGRUNDES

Abbildung 6 zeigt alle Mittelwerte für das Vertrauen in die Polizei und die Justiz bei Personen mit und ohne Viktimisierungserfahrungen aufgrund des eigenen Migrationshintergrundes. Personen, die sowohl indirekte als auch direkte Viktimisierungserfahrung aufgrund ihres Migrationshintergrundes gemacht haben, hatten signifikant weniger Vertrauen in die Polizei ($M = 3.73$) als Personen, die indirekte Viktimisierung ($M = 4.87$, $p = .007$) erlebt haben. Das Vertrauen war ebenfalls signifikant geringer bei Personen, die sowohl indirekt als auch direkt durch vorurteilsmotivierte Gewalt viktimisiert wurden, als bei Personen mit direkter Viktimisierungserfahrung ($M = 5.16$, $p = .005$) sowie bei Personen ohne Viktimisierungserfahrung ($M = 5.23$, $p < .001$). Ebenfalls zeigt sich ein signifikanter Unterschied zwischen Personen, die indirekte Viktimisierungserfahrung gemacht haben, und diejenigen, die keine Viktimisierungserfahrung gemacht haben ($p < .001$). Die Kontrastanalyse für Vertrauen in die Justiz zeigt lediglich einen signifikanten Unterschied im Vertrauen zwischen Personen, die sowohl indirekte als auch direkte Viktimisierungserfahrungen aufgrund des Migrationshintergrundes gemacht haben ($M = 3.60$), und Personen, die keine Viktimisierungserfahrung gemacht haben ($M = 4.73$, $p = .038$).

Ähnliche Muster zeigen sich auch bei Viktimisierungserfahrungen aufgrund der Ethnie/Religion sowie aufgrund der sexuellen Orientierung.

ABBILDUNG 6

Vertrauen in die Polizei und Justiz mit und ohne Viktimisierung aufgrund von Migrationshintergrund (Bender/Weber, 2023)



Anmerkung: Zugrundeliegende Antwortskala 1 (niedriges Vertrauen) bis 7 (hohes Vertrauen).

* $p < .05$. ** $p < .01$. *** $p < .001$.

Viktimisierung: ■ direkt und indirekt ■ direkt ■ indirekt ■ keine

Während sich Viktimisierungserfahrung aufgrund der Ethnie/Religion vor allem negativ auf das Vertrauen in die Justiz auswirkte, ging die Viktimisierung aufgrund von sexueller Orientierung in erster Linie mit Vertrauensverlusten in die Polizei einher.

KRIMINALITÄTSFURCHT BEI BETROFFENEN VORURTEILSMOTIVIERTER GEWALT

Laut früheren Studien ist Kriminalitätsfurcht bei Personen mit Viktimisierungserfahrungen höher ausgeprägt, insbesondere bei sexueller Nötigung/Missbrauch, Polizeigewalt und vorurteilsmotivierten Straf-

taten (Bolesta/Führer, 2022). Weiterhin haben Betroffene von Vorurteils kriminalität mit Migrationshintergrund häufiger Furcht vor einer erneuten Viktimisierung und zeigen infolgedessen stärkeres Vermeidungsverhalten (Groß et al., 2018).

Ähnliche Befunde spiegeln sich auch in unseren Daten wider. Wir haben die durchschnittliche Kriminalitätsfurcht vor vorurteilsmotivierter Gewalt bei Personen mit Migrationshintergrund, die verschiedene Straftaten erlebt haben (sowohl direkt als auch indirekt), verglichen mit der von Personen ohne Migrationshintergrund. Unabhängig von der erlebten Straftat war die Kriminalitätsfurcht vor vorurteilsmotivierter Gewalt bei Personen mit Migrationshintergrund durchgehend höher, wobei dieser Unterschied nicht in allen Fällen signifikant war. Signifikant höhere Furcht vor vorurteilsmotivierter Gewalt zeigten Personen mit Migrationshintergrund, wenn sie aufgrund ihrer Religion/Ethnie ($p = .011$) oder ihres Migrationshintergrundes ($p = .003$) direkt oder indirekt Gewalt erfahren haben. Zudem gab es signifikante Unterschiede in der Kriminalitätsfurcht zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund, wenn diese einen Einbruch ($p = .008$), sexuelle Nötigung/Missbrauch ($p = .014$) oder digitalen Identitätsdiebstahl ($p = .012$) erlebt hatten.

FAZIT

Wie oben dargestellt, erlebten Personen mit Migrationshintergrund im Vergleich zur Gesamtstichprobe bis zu 2,5-mal häufiger vorurteils motivierte Gewalt. Zudem meldeten Betroffene diese Straftaten deutlich seltener und brachten sie auch seltener zur Anzeige als Betroffene anderer Straftaten wie Einbruch, Raub, Körperverletzung oder digitalen Identitätsdiebstahl.

Darüber hinaus zeigen unsere Analysen, dass Personen, die direkte und indirekte Erfahrungen vorurteilsmotivierter Gewalt (und auch von Polizeigewalt, Nötigung/Missbrauch sowie Körperverletzung, siehe Bender/Weber, 2023⁶) gemacht haben, ein geringeres Vertrauen in Polizei und Justiz haben als Personen ohne entsprechende Viktimisierungserfahrungen. So scheint insbesondere die eigene Erfahrung und

⁶ In Bender/Weber (2023) wird die Tendenz deutlich, dass bei den weiteren Viktimisierungsformen das Vertrauen in die beiden Institutionen abnimmt, je stärker die Viktimisierung ausgeprägt ist.

die des sozialen Umfeldes gemeinsam das Vertrauen in die staatlichen Institutionen zu erschüttern, was im Einklang mit weiterer Forschung zu Vorurteils kriminalität steht: Die Betroffenen besitzen ein geringeres Vertrauen in staatliche Institutionen und gleichzeitig ein geringeres Melde- und Anzeigeverhalten (Benier, 2017; Church/Coester, 2021; Groß et al., 2018; Mellgren et al., 2021; Mills, 2020; Perry, 2014; Walter et al., 2019).

Personen mit Migrationshintergrund, die Viktimisierungserfahrungen gemacht haben, haben eine höhere Kriminalitätsfurcht vor vorurteilsmotivierter Gewalt als Personen ohne Migrationshintergrund – unabhängig von der erlebten Straftat. Weiterhin zeigen sich bei Betroffenen von vorurteilsmotivierten Taten schwerwiegendere Folgeerscheinungen als bei Betroffenen anderer Straftaten wie Raub, Einbruch oder Körperverletzung. Wie bereits dargelegt, ist einschränkend zu beachten, dass die in diesen Bericht untersuchten Straftaten aufgrund ihrer unterschiedlichen Schweregrade nicht vollständig miteinander vergleichbar sind und auch nicht trennscharf zueinander erhoben wurden.

In der Regel handelt es sich bei Betroffenen von vorurteilsmotivierter Kriminalität um Angehörige marginalisierter Gruppen (z.B. LSBTQIA+, People of Color, Menschen mit Migrationshintergrund etc.). Diese Gruppen müssen in einer Demokratie aufgrund der erwähnten Folgeerscheinungen, aber auch aufgrund ihrer allgemeinen gesellschaftlichen Marginalisierung besonders geschützt werden. Somit besteht eine konstante Notwendigkeit für den Schutz dieser Personen – insbesondere, da vorurteilsmotivierte Taten das Leben und auch die Handlungen der betroffenen Personen immanent negativ beeinflussen (u.a. geringes Sicherheitsgefühl, verstärktes Schutz- und Vermeidungsverhalten; Church/Coester, 2021). Eine wichtige Rolle spielt in diesem Zusammenhang auch das Verhalten von unbeteiligten Dritten: Dass Menschen wegschauen oder sich gar mit den Täterinnen und Tätern solidarisieren, suggeriert den Betroffenen, dass solche Taten durch Angehörige der Mehrheitsgesellschaft befürwortet (Groß et al., 2018) oder zumindest toleriert werden. Zudem unterstreicht der Botschaftscharakter von Vorurteils kriminalität – also die Aufforderung an Gleichgesinnte sowie die Einschüchterung der Betroffenen(-gruppen) – den politischen und auch den gesamtgesellschaftlichen Bezug solcher Taten (Church/Coester, 2021). Entsprechend reicht der präventive Schutz von Betroffenenengruppen allein nicht aus; vielmehr sind auch zivilge-

sellschaftliche und institutionsspezifische Maßnahmen von Nöten, um die Sensibilisierung für Vorurteils kriminalität sowohl in der Polizei als auch in der Gesellschaft zu stärken (Groß et al., 2018).

Auch hinsichtlich des geringen Melde- und Anzeigeverhalten von Betroffenen von Vorurteils kriminalität und ihres geringen Vertrauens in Polizei und Justiz besteht dringender Handlungsbedarf: Um dieses Vertrauen (wieder) aufbauen und stärken zu können, sollten (potenzielle) Betroffene mehr Beachtung erfahren, damit sie sich nicht aus Angst vor (erneuter) Viktimisierung aus dem gesellschaftlichen Leben und Geschehen zurückziehen. Daneben können städtebauliche und sicherheitstechnische Maßnahmen dazu führen, dass sich sowohl Betroffene als auch die Bevölkerung im Allgemeinen besser geschützt fühlen. Dazu zählt beispielsweise ein Ausbau der Beleuchtung sowie der Videoüberwachung an kriminalitätsbelasteten Orten und der Innenstadt. Außerdem sollte die Betroffenenperspektive stärker in der polizeilichen und juristischen Arbeit berücksichtigt werden, denn Betroffene können klar benennen, ob der Angriff, den sie erlebt haben, aufgrund von Merkmalen, die mit Identität und Gruppenzugehörigkeit in Verbindung stehen, begangen wurde (Perry, 2009). Auch hilft die Perspektive der Betroffenen im Strafprozess dabei, das Vorurteilsmotiv einer Tat leichter zu identifizieren und entsprechend anzuerkennen. Eine verstärkte Sensibilisierung von Polizeikräften gegenüber Vorurteils kriminalität sowie eine stärkere Berücksichtigung der zuvor erwähnten Betroffenenperspektive im Strafverfolgungsprozess kann das Vertrauen in diese Institutionen stärken und zugleich künftige Betroffene dazu ermutigen, vorurteilsmotivierte Kriminalität entsprechend eher zur Anzeige zu bringen und der Polizei zu melden.

Die verheerenden Auswirkungen von Vorurteils kriminalität auf die direkt Betroffenen, die Betroffenenengruppe sowie die gesamte Gesellschaft sind dem Zentrum für kriminologische Forschung Sachsen (ZKFS) Anlass, sich stärker mit dem Phänomen der Vorurteils kriminalität und ihrer Folgen zu beschäftigen. Denn wie Church und Coester (2021) konstatieren, wurde in Deutschland bisher kaum zu Vorurteils kriminalität geforscht; auch ist die Forschung, die sich sowohl dem Hell- als auch dem Dunkelfeld dieses Bereiches widmet, noch sehr rudimentär (Church/Coester, 2021). Ein derzeit laufendes Projekt des ZKFS will daher das Phänomen weiter erforschen, Forschungslücken schließen und einen Beitrag zur weiteren Forschung leisten. Innerhalb

dieses Projektes sollen Viktimisierungsprozesse von Vorurteilskriminalität näher beleuchtet und die Rolle von unbeteiligten Dritten sowie von gesellschaftlichen Normen untersucht werden. Dabei wird ein spezieller Fokus auf gesellschaftliche Einstellungen in Bezug auf vorurteilsmotivierte Gewalt gelegt. Des Weiteren wird in einem Teilprojekt die Strafverfolgung von rechten Gewalttaten analysiert und zugleich die Erfassung solcher Taten durch das Meldesystem zu PMK-rechts geprüft. Zukünftige Publikationen in diesem Themenfeld werden auf der Webseite des ZKFS einsehbar: <https://www.zkfs.de/>.

LITERATUR

- Armbrorst, Andreas (2014). Kriminalitätsfurcht und punitive Einstellungen: Indikatoren, Skalen und Interaktionen (Fear of Crime and Punitive Attitudes: Indicators, Scales and Interactions). *Soziale Probleme*, 25(1), 104–142. URL: <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssgar-419015> (24.10.2024).
- Baier, Dirk/Kemme, Stefanie/Hanslmaier, Michael/Doering, Bettina/Rehbein, Florian/Pfeiffer, Cristian (2011). *Kriminalitätsfurcht, Strafbedürfnisse und wahrgenommene Kriminalitätsentwicklung. Ergebnisse von bevölkerungsrepräsentativen Befragungen aus den Jahren 2004, 2006 und 2010* (Forschungsbericht Nr. 117). Hannover: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN). URL: https://kfn.de/wp-content/uploads/Forschungsberichte/FB_117.pdf (24.10.2024).
- Bannenberg, Britta/Rössner, Dieter/Coester, Marc (2006). Hasskriminalität, extremistische Kriminalität, politisch motivierte Kriminalität und ihre Prävention. In Rudolf Egg (Hrsg.), *Extremistische Kriminalität: Kriminologie und Prävention* (S. 17–59). Wiesbaden: KrimZ.
- Bender, Rowenia/Weber, Kristin (2023). Vorurteils-kriminalität – Viktimisierung durch vorurteilsmotivierte Gewalt. In Deliah Bolesta/Jennifer Führer/Rowenia Bender/Aaron Bielejewski/Anika Radewald/Kristin Weber/Frank Asbrock, (Hrsg.), *Panel zur Wahrnehmung von Kriminalität und Straftäter:innen (PaWaKS). Ergebnisse der ersten bis dritten Erhebungswelle. Zentrum für kriminologische Forschung Sachsen e. V.*, URL: <https://www.zkfs.de/pawaks/>.
- Bender, Rowenia/Weber, Kristin (2024, im Druck.). Die Erforschung von Vorurteilskriminalität – eine Übersicht mit Ausblick. In Uwe Kemmesies/Peter Wetzels/Beatrix Austin/Cristian Büscher/Axel Dessecker/Sven Hutter/Diana Rieger (Hrsg.), *Motra-Monitor 2024*. Wiesbaden: Motra.
- Benier, Kathryn (2017). The harms of hate: Comparing the neighbouring practices and interactions of hate crime victims, non-hate crime victims and non-victims. *International Review of Victimology*, 23(2), 179–201. DOI: 10.1177/0269758017693087.
- Bielejewski, Aaron/Bender, Rowenia/Asbrock, Frank (2022). Vertrauen in Polizei, Justiz und öffentliche Verwaltung. In Deliah Bolesta/Jennifer Führer/Rowenia Bender/Aaron Bielejewski/Frank Asbrock (Hrsg.), *Panel zur Wahrnehmung von Kriminalität und Straftäter:innen (PaWaKS). Ergebnisse der ersten Erhebungswelle* (S. 73–101). Chemnitz: Zentrum für kriminologische Forschung Sachsen e. V.
- Bodinger-DeUriarte, Cristina/Sancho, Anthony R. (1992). *Hate Crime: Sourcebook for Schools*. Los Alamitos: Research for Better.
- Bolesta, Deliah/Führer, Jennifer L. (2022). Kriminalitätsfurcht und wahrgenommene Kriminalitätsentwicklung. In Deliah Bolesta/Jennifer L. Führer/Rowenia Bender/Aaron Bielejewski/Frank Asbrock (Hrsg.), *Panel zur Wahrnehmung von Kriminalität und Straftäter:innen (PaWaKS)* (S. 19–32). Chemnitz: Zentrum für kriminologische Forschung Sachsen e. V. URL: https://www.zkfs.de/wp-content/uploads/2022/08/W1_PaWaKS_Kriminalitaetsfurcht.pdf (24.10.2024).
- Boll, Lukas/Gluba, Alexander/Jemel, Nisrin/Bosold, Viktoria (2024). „Hass in der Stadt“. *Erfahrungen und Auswirkungen von Hasskriminalität und Diskriminierung in Hannover. Bericht zu Kernbefunden der Studie*. Hannover: Landes-kriminalamt Niedersachsen.
- Bundeskriminalamt (2020). Richtlinien für den kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen Politisch motivierter Kriminalität.
- Bundeskriminalamt (2024). Vorstellung der Fallzahlen zur Politisch motivierten Kriminalität 2023. URL: <https://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/PMK/PMKZahlen2023/PMKZahlen2023.html> (24.10.2024).
- Bundesministerium des Innern und für Heimat (2023). Übersicht „Hasskriminalität“. Entwicklung der Fallzahlen 2001–2022 (Bericht).
- Bundesministerium des Innern und für Heimat/Bundeskriminalamt (2022). Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2021. Bundesweite Fallzahlen.
- Bundesministerium des Innern und für Heimat/Bundeskriminalamt (2023). Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2022. Bundesweite Fallzahlen.
- Church, Daniel/Coester, Marc (2021). Aktuelles aus der kriminalistisch-kriminologischen Forschung. Forschungsbericht. Opfer von Vorurteilskriminalität. Thematische Auswertung des Deutschen Viktimisierungssurvey 2017.
- Coester, Marc (2008). *Das Konzept der Hate Crimes aus den USA unter besonderer Berücksichtigung des Rechtsextremismus in Deutschland*. Frankfurt a. M.: Peter Lang.
- Coester, Marc (2016). Entwicklung der Gewaltprävention im Bereich der vorurteilsmotivierten Gewalt in den letzten 25 Jahren in Deutschland. In Stephan Voß/Erich Marks (Hrsg.), *Inter-netdokumentation des Symposions „25 Jahre Gewaltprävention im vereinten Deutschland – Bestandsaufnahme und Perspektiven“*. URL: <https://www.gewalt-praevention.de/dokumentation> (24.10.2024).
- Coester, Marc (2017). Das Konzept der Vorurteilskriminalität und Folgen für die polizeiliche Praxis. In Christoph Kopke/Wolfgang Kühnel (Hrsg.), *Demokratie, Freiheit und Sicherheit* (S. 167–182). Baden-Baden: Nomos/edition sigma.
- Coester, Marc (2019). Das Konzept der Vorurteils-kriminalität. *Wissenschaft Demokratie*, 4/2018, 40–49. DOI: 10.19222/201804/04.

- Dreißigacker, Arne (2018). *Erfahrungen und Folgen von Vorurteilstkriminalitt Schwerpunkt-ergebnisse der Dunkelfeldstudie des Landeskriminalamtes Schleswig-Holstein 2017*. Hannover: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e. V.
- Groß, Eva/Dreißigacker, Arne/Riesner, Lars (2018). Viktimisierung durch Hasskriminalität. Eine erste repräsentative Erfassung des Dunkelfeldes in Niedersachsen und in Schleswig-Holstein. *Wissen schafft Demokratie*, 04/2018, 138–159. DOI: 10.19222/201804/13.
- Groß, Eva/Hfele, Joachim/Peter, Sina (2024). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit aus der Betroffenenperspektive. Kernbefunde aus dem Forschungsprojekt „Hate Town – Vorurteilsgeleitete Handlungen in urbanen Räumen“. *Schriftenreihe des Instituts für Kriminalitäts- und Sicherheitsforschung*. Band 2. URL: https://www.pa.polizei-nds.de/startseite/ikris/forschung/schriftenreihe_des_ikris/ (24.10.2024).
- Jackson, Jonathan/Gray, Emily (2010). Functional fear and public insecurities about crime. *The British Journal of Criminology*, 50(1), 1–22. DOI: 10.1093/bjc/azp059.
- Karmen, Andrew (2015). *Crime victims. An introduction to victimology*. Belmont: Cengage Learning.
- Kugelman, Dieter (2015). Möglichkeiten effektiver Strafverfolgung bei Hasskriminalität. Rechtsgutachten. (Bericht). Antidiskriminierungsstelle des Bundes. URL: https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/Rechtsgutachten/rechtsgutachten_hasskriminalitaet.pdf (24.10.2024).
- Landeskriminalamt Niedersachsen (2018). Befragung zu Sicherheit und Kriminalität in Niedersachsen 2017. Bericht zu Schwerpunktergebnissen zum Thema Vorurteilstkriminalitt. Hannover.
- Lobermeier, Olaf (2006). Viktimisierung und (Des-)Integration. Ausgewählte Ergebnisse eines empirischen Forschungsprojekts zu subjektivem Taterleben und Restabilisierungsprozesse bei Opfern rechtsextremer Gewalt und deren Nutzung für die präventive Arbeit. In Landeskommision Berlin gegen Gewalt (Hrsg.), *Dokumentation des 6. Berliner Prventionstages. Männliche Sozialisation und Gewalt*, BFG 24 (S. 85–93).
- Mellgren, Caroline/Andersson, Mika/Ivert, Anna-Karin (2021). For Whom Does Hate Crime Hurt More? A Comparison of Consequences of Victimization Across Motives and Crime Types. *Journal of Interpersonal Violence*, 36(3–4), 1482–1511. DOI: 10.1177/0886260517746131.
- Mills, Colleen (2020). A common target: Anti-jewish hate crime in new york city communities, 1995–2010. *Journal of Research in Crime and Delinquency*, 57(6), 643–692. DOI: 10.1177/0022427820902832.
- Paterson, Jennifer/Walters, Mark/Brown, Rupert/Fearn, Harriet (2018). The Sussex Hate Crime Project – Final Report (Bericht). University of Sussex. Report. URL: <https://hdl.handle.net/10779/uos.23454263.v1>.
- Perry, Barbara (2009). *Hate crimes: The victims of hate crime*. Westport: Praeger.
- Perry, Barbara (2014). Exploring the Community Impacts of Hate Crime. In Nathan Hall/Abbee Corb/Paul Giannasi/John Grieve (Hrsg.), *The Routledge International Handbook on Hate Crime* (S. 47–58). New York/London: Routledge.
- Sotiriadis, Georgios (2014). Brauchen wir sanktionsrechtliche Normen, damit Hate Crimes von der Strafjustiz angemessen beurteilt werden? *Kritische Justiz*, 47, 261–275. URL: <https://www.nomos-elibrary.de/10.5771/0023-4834-2014-3-261.pdf> (24.10.2024).
- Statistisches Bundesamt (o. J.). Migrationshintergrund. URL: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Glossar/migrationshintergrund.html> (24.10.2024).
- Wagner, Deliah/Azevedo, Flavio/Bender, Rowenia/Bielejewski, Aaron/Führer, Jennifer L./Rade-wald, Anika/Weber, Kristin/Asbrock, Frank (2024). *Data Handbook Panel on the Perception of Crime and Criminal Offenders (PaWaKS) – Fifth wave of data collection*. Chemnitz: Zentrum für kriminologische Forschung Sachsen e.V. URL: <https://osf.io/7kum4/>.
- Walters, Mark/Paterson, Jennifer/McDonnell, Liz/Brown, Rupert (2019). Group identity, empathy and shared suffering: Understanding the ‚community‘ impacts of anti-LGBT and Islamophobic hate crimes. *International Review of Victimology*, 26(2), 143–162. DOI: 10.1177/026975801983328.





Widerstand in Dauerschleife

Die Freien Sachsen zwischen Wahlkampffinanzierung
und Wahlbetrug

NEUE NORMALITÄTEN

Über den Telegram-Kanal der *Freien Sachsen* wurde im Anschluss an die konstituierende Sitzung des Stadtrates in Lunzenau (Landkreis Mittelsachsen) ein Foto gepostet. Darauf ist zu sehen, wie der Landesschatzmeister der Partei, Robert Andres, der *Freien Sachsen*-Stadträtin Anne Liebing die Hand schüttelt und ihr einen Blumenstrauß überreicht. Beide lächeln in die Kamera. Im Hintergrund ist das Amtsschild der Stadtverwaltung Lunzenau erkennbar. Diese Stadtverwaltung wird Liebing zukünftig als zweite Stellvertreterin des Bürgermeisters repräsentieren. Mit Hilfe von Stimmen der *Freien Wähler* und ihrer eigenen Partei hat ihr eine Mehrheit des Stadtrates dafür das Votum gegeben. „Das wird erst der Anfang sein“, schreiben die *Freien Sachsen* über ihren Kanal und bejubeln ihren Erfolg. Der Fraktionssprecher der *Freien Wähler* in Lunzenau, Alexander Putzschke, wird von der Deutschen Presseagentur mit den Worten zitiert, dass das Abstimmungsverhalten seiner Fraktion nur den Wählerwillen widerspiegele (dpa 2024). Bei der Stadtratswahl konnten die *Freien Sachsen* hier 17 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinen.

Im Kreistag des Erzgebirgskreises sorgten die *Freien Sachsen* bei der konstituierenden Sitzung für einen Sitzungsmarathon. Nachdem klar wurde, dass sie selbst aufgrund des fehlenden Fraktionsstatus keinen Sitz in einem der Aufsichtsräte des Erzgebirgskreises bekommen, stellten sie zumindest sicher, dass alle darauffolgenden Abstimmungen in geheimer Wahl durchgeführt werden müssen. Dies hatte aufgrund des hohen Aufwandes bei 98 Abgeordneten des Kreistages zur Folge, dass allein der öffentliche Teil der Sitzung mehr als sechs Stunden dauerte. Parteivize Stefan Hartung – bisher NPD- bzw. *Die-Heimat-Funktionär* – wurde von den *Freien Sachsen* für das Amt des neuen Integra-

tions- und Ausländerbeauftragten im Erzgebirge vorgeschlagen. Er erhielt in der geheimen Abstimmung insgesamt 23 Stimmen. Die *Freien Sachsen* verfügen im Kreistag über 4 Sitze.

Im nordsächsischen Eilenburg und im ostsächsischen Zittau haben sich in den jeweiligen kommunalen Gremien gemeinsame Fraktionen aus den Abgeordneten der *Alternative für Deutschland* (AfD) und der *Freien Sachsen* gebildet. Im Kreistag des Vogtlandkreises bildete ein Abgeordneter der *Deutschen Sozialen Union* (DSU) eine Koalition mit den Vertretern der *Freien Sachsen*.

DIE FREIEN SACHSEN ALS FORSCHUNGSOBJEKT

Die *Freien Sachsen* gehören zu den jüngsten Versuchen der extremen Rechten, sich bewegungsaffiner aufzustellen (Castelli Gattinara et al., 2022) und über enge Milieugrenzen wie die organisierte Neonaziszene hinaus zu mobilisieren. Wie die eingangs beschriebenen Beispiele zeigen, ist diese Strategie lokal erfolgreich. Dies macht sie zu einem interessanten Forschungsgegenstand, auch wenn die Erfolge entgegen der Behauptung der Kleinstpartei nicht landesweit zu beobachten und somit in ihrer Reichweite begrenzt sind (Kiess, 2024a).

Weil Parteien und Gruppierungen wie die *Freien Sachsen* zwischen dem rechtsextremen und dem rechtsradikalen Pol hin- und herwechseln und das Spektrum (zunehmend) komplex ist, plädiert der Politikwissenschaftler Andrea Pirro für den Sammelbegriff „far-right“ (Pirro, 2023; Mudde, 2019). Die *Freien Sachsen* werden zwar hauptsächlich von Neonazi-Kadern angeführt, versuchen aber verschiedene Strömungen (z.B. Reichsbürger) und explizit auch politisch weniger gefestigte Milieus anzusprechen. Wir nutzen deshalb hauptsächlich den Sammelbegriff „extrem rechts“ für ein Spektrum, dass im Kern durch Ideologien der Ungleichheit charakterisiert ist (Salzborn, 2015, 67). Diese schließen auf der sozialen Ebene die Abwertung Anderer aufgrund ihrer (zugeschriebenen) Gruppenzugehörigkeit und auf der politischen Ebene revisionistische und antipluralistische Ideologeme ein (Decker et al., 2022, 33). Im Kontrast zur klassischen Parteien- und Wahlforschung beschäftigt sich die politische Soziologie der extremen Rechten mit „framing, mobilization, and organizational and wider societal sub-cultures“ in diesem Spektrum (Blee/Latif, 2020, 54). Feststellen lässt sich auch mit Blick auf den sächsischen Fall: Die Übergänge zwischen ext-

rem rechten Szenen werden durchlässiger. Zudem gewinnt die (lose) Zusammenarbeit als Bewegung an Bedeutung.

Gegründet im Februar 2021 in Schwarzenberg hat die Kleinstpartei in kurzer Zeit an Popularität gewonnen und sich über das Erzgebirge sowie die Stadt Chemnitz hinaus als Akteur etabliert. Die Entstehung der Partei ist eng mit den Straßenprotesten während der COVID-19-Pandemie verknüpft, wobei die in Sachsen vorzufindenden Bedingungsfaktoren durchaus spezifisch sind. Hier konnte die Verbindung von antidemokratischen Ressentiments (Decker et al., 2023), Identitätsfragen (Dilling et al., 2023) und bestehenden Strukturen der extremen Rechten (Kiess/Nattke, 2024) als Strategie offenbar besser fruchten als in anderen Bundesländern – trotz oder teilweise auch wegen der ebenfalls hohen Mobilisierungskraft der AfD. Im Kern geht es den *Freien Sachsen* um die radikale Überwindung des liberal-demokratischen Rechtsstaates, gegen den sie beanspruchen, den „Widerstand“ zu organisieren. Wichtige Bezugspunkte sind hierfür ein völkisch-nationalistischer Diskurs, Ungleichwertigkeitsideologien und Antipluralismus. Auch wenn diese Ziele insgesamt kennzeichnend für die extreme Rechte sind – Klärner und Kohlstruck sprechen bei allen Unterschieden innerhalb des Spektrums von einer „Familienähnlichkeit“ (Klärner/Kohlstruck, 2006, 31) –, so zeichnet es die *Freien Sachsen* aus, dass sie das strategische Repertoire der neonazistischen Szene durch die effektive Kombination von Online- und Offline-Vernetzung modernisiert haben (dazu ausführlich Kiess/Nattke, 2024).

Im Folgenden analysieren wir das Verhältnis der *Freien Sachsen* zu (demokratischen) Wahlen und ihr Abschneiden bei den Kommunal- sowie den Landtagswahlen 2024. Dabei zeigen wir ihren instrumentellen, auf Sabotage und Umsturz zielenden Umgang mit demokratischen Wahlen auf. Weiterhin diskutieren wir das durchaus konflikthafte Verhältnis zur AfD, deren Wahlsieg sie mit ihrer Zweitstimmenkampagne im Landtagswahlkampf letztlich verhindert haben dürften. Außerdem relativieren wir die Selbstbeschreibung der *Freien Sachsen* als großer Bewegungsakteur. Während sie auf der Straße durchaus signifikant zur Selbstermächtigung und Radikalisierung der Szene beigetragen haben, besitzen die *Freien Sachsen* im Vergleich zur AfD landespolitisch nur marginale Bedeutung. Gerade auf kommunaler Ebene fördert die Kleinstpartei aber die extrem rechte Raumnahme und stärkt insbesondere die neonazistische Szene, die sich immer wieder neue

Aufmarschanlässe sucht, zuletzt insbesondere die Mobilisierungen gegen die sächsischen Christopher Street Days (CSDs).

DAS VERHÄLTNIS DER FREIEN SACHSEN ZU WAHLEN

Wie oben bereits erwähnt, streben die *Freien Sachsen* im Wesentlichen danach, den liberal-demokratischen Rechtsstaat zu überwinden, wobei sie besonders die Abschaffung der parlamentarischen Demokratie im Blick haben. Dies wird in den Reden und Losungen der Partei und ihrer Funktionär:innen deutlich. Der Parteivorsitzende Martin Kohlmann spricht immer wieder von einer neuen politischen Wende, die vollzogen werden und die tiefgreifender sein müsse als die politischen Veränderungen 1989.¹ Der stellvertretende Vorsitzende und langjährige NPD-Funktionär Stefan Hartung ist der Ansicht, dass es in den eigenen Reihen niemanden gebe, „der dieses System irgendwie noch reformieren will“, und meint, dass es einen „großen Schnitt“ brauche, um „irgendwann wieder in einem Deutschland leben [zu] können und nicht mehr in der BRD.“² Das Gewaltmonopol des Staates wird infrage gestellt, wenn z.B. der Kreisvorsitzende der *Freien Sachsen* in der Sächsischen Schweiz, Max Schreiber, meint: „Wenn dieser Staat diese Probleme nicht in den Griff bekommt, dann werden wir sie selber aus dem Weg räumen.“³ Anders als die AfD tragen die *Freien Sachsen* ihre aggressiv-kämpferische Ablehnung der Demokratie damit offen zur Schau. Kurzum: Das Spitzenpersonal der *Freien Sachsen* besteht überwiegend aus Personen, die seit vielen Jahren in der organisierten Neonazi-Szene aktiv sind und die sich unumwunden dazu bekennen, den demokratischen Rechtsstaat überwinden zu wollen.

Die *Freien Sachsen* begrüßen Doppelmitgliedschaften ausdrücklich und sehen darin eine Stärke, die sie von anderen rechten Parteien und Gruppen unterscheidet. Bei der Gründungsrede am 26. Februar 2021 in Schwarzenberg betonte Parteichef Kohlmann die Vielfalt innerhalb der Partei und das Ziel, ein gemeinsames Dach für all jene zu schaffen, die sich kritisch mit „staatlicher Bevormundung“ auseinandersetzen. Die bestehenden extrem rechten Parteien wie *Die Heimat*

1) Vgl. u.a. Rede von Martin Kohlmann am 27.08.2018 in Chemnitz sowie im Sonntagsgespräch am 27.02.2022. Diese und die folgenden Primärquellen verlinken wir nicht direkt, um den Seiten bzw. YouTube-Videos keine unnötige Aufmerksamkeit zu geben. Alle Quellen haben wir gesichert.

2) Stefan Hartung am 01.07.2023 auf dem Deutsche Stimme Sommerfest 2023.

3) Max Schreiber am 19.04.2023 auf einer Demonstration gegen eine Unterkunft für Geflüchtete in Dresden.

(ehemals NPD), *Der III. Weg*, *Die Rechte* und *Pro Chemnitz* sowie die neu im Querdenken-Milieu entstandene Partei *Die Basis* werden nicht abgelöst, sondern erhalten die Möglichkeit, unter einem gemeinsamen Dach zu agieren. Der stellvertretende Vorsitzende der *Freien Sachsen*, Stefan Hartung, betont den Wunsch nach einer Bewegung statt klassischer Parteistrukturen und verweist auf gut funktionierende Netzwerke, die seit den Anti-Asyl-Protesten 2014/15 bestehen und während der Corona-Pandemie weiter gewachsen sind. Im Gegensatz zur NPD (jetzt: *Die Heimat*) sehen sich die *Freien Sachsen* als ergänzendes Netzwerk ohne Alleinstellungsanspruch. Es gibt keine Unvereinbarkeitslisten oder Distanzierungen von anderen extrem rechten Kräften. *Freie-Sachsen*-Kader Michael Brück meint zur Parteistruktur: „Wir haben genug von diesem Parteiensystem. [...] Leider geht es eben manchmal nicht so, dass man das von heute auf morgen abschaffen kann und deshalb haben wir uns mit den Freien Sachsen überlegt: Wie können wir so wenig Partei wie es geht sein, aber trotzdem die Vorteile daraus ziehen?“⁴

Bereits im Herbst 2023 kündigte das Vorstandsmitglied der Partei, Robert Andres, in der neonazistischen Zeitschrift „N.S. Heute“ an: „Derzeit bereiten wir uns intensiv auf die Kommunalwahlen vor, wir wollen sachsenweit in allen Landkreisen und kreisfreien Städten sowie in möglichst vielen kreisangehörigen Kommunen antreten. Unser Ziel ist es, eine mittlere dreistellige Zahl an Mandaten zu erzielen, um damit einen kommunalen Unterbau zu schaffen und das Projekt Freie Sachsen in der Breite aufzustellen.“⁵ Der Sieg des von der AfD unterstützten Tim Lochner bei der Oberbürgermeisterwahl in Pirna im Dezember 2023 motivierte die *Freien Sachsen* zusätzlich für die Kommunalwahlen 2024. Sie forderten ihre Mitglieder und ihre Anhängerschaft immer wieder auf, an Kommunalwahlen teilzunehmen, da es auf dieser Ebene aufgrund der fehlenden Prozenzhürde einfacher ist, Mandate zu erringen. Eine kommunale Verankerung dient zudem als Basis für Erfolge bei überregionalen Wahlen. Auf den Listen der *Freien Sachsen* zu den Kommunalwahlen fanden sich sodann alle Spektren der extrem rechten Szenen, von völkischen Siedlern, Anhänger:innen von Reichsbürgerideen, Funktionär:innen der Partei *Die Heimat* bis hin zu rechten Verschwörungsideolog:innen oder Personen aus dem Pegida-Umfeld.

4) Michael Brück am 12.08.2023 beim Sommerfest des „Compact“-Magazin auf dem Rittergut Nöbeditz in Stößen.

5) Robert Andres in N.S. Heute #37; September/Okttober 2023.

Die *Freien Sachsen* nutzen ihre Teilnahme an kommunalen Gremien dazu, Informationen zu sammeln, die ihnen für ihre politische Arbeit nützlich sind. In seiner Neujahrsansprache im Wahljahr 2024 hob Martin Kohlmann hervor: „Ich werde es nicht müde zu wiederholen: Wir beteiligen uns an Wahlen, weil uns diese Positionen, in die man da gelangen kann, Zugang zu Informationen bietet, die wir sonst nicht bekommen.“⁶ Dies kann von frühzeitigen Kenntnissen über Unterbringungen von Geflüchteten bis hin zu baulichen Vorhaben oder Informationen über politische Gegner:innen reichen. Diese Informationen können dann beispielsweise genutzt werden, Unfrieden in den Gemeinden zu stiften. Darüber hinaus können die *Freien Sachsen* mit ihrer Präsenz in den Gremien politische Diskussionen beeinflussen und zur Delegitimierung der demokratischen Ordnung sowie der Verbreitung ihrer menschenverachtenden und antidemokratischen Ideologie beitragen.

Mit anderen extrem rechten Parteien versuchen die *Freien Sachsen* in den kommunalen Gremien zu kooperieren. Robert Andres meint dazu:

Wir sind bereits jetzt in vielen kommunalen Gremien vertreten, dort arbeiten wir teilweise mit AfD-Vertretern zusammen. Grundsätzlich ist die Parteibasis der AfD offen für eine Zusammenarbeit, doch je höher die Ebene reicht, desto schwieriger wird es. Gerade ganz oben ist die AfD eher von Konkurrenzangst besessen, als in uns einen möglichen Kooperationspartner zu sehen, der bei vielen Themen eine ähnliche Ansicht vertritt. Bei den Bürgerbewegungen sieht es anders aus: Wir reichen jeder Bürgerbewegung die Hand und sind sachsenweit bestens vernetzt. Dabei ist es uns wichtig, nicht nur Unterstützung einzufordern, sondern selbst auch anderen zu helfen, wo wir können.⁷

Die *Freien Sachsen* haben ein instrumentelles Verhältnis zu Wahlen und Parlamentarismus. Der Parteivorsitzende Kohlmann betont, dass sie weder an das bestehende politische System noch daran glauben, es mit Mitteln des Systems überwinden zu können. Die Demokratie wird von

6) Martin Kohlmann: Rede zum Auftakt ins politische Kampfsjahr 2024.

7) Robert Andres in N.S. Heute #37; September/Oktober 2023.

den *Freien Sachsen* grundsätzlich infrage gestellt oder abgelehnt. So sagte der *Freie-Sachsen*-Aktivist Michael Brück in einem der „Sonntagsgespräche“ der Partei: „Also ich persönlich habe noch nie an die Demokratie, wie sie hier in dem Staat gepredigt wird, geglaubt. [...] Man sieht ja offenkundig, dass wir keine Mitbestimmung haben.“⁸

Die Umsturzfantasien der *Freien Sachsen* gehen sogar so weit, dass man sie jetzt schon als Grund anführt, sich auf kommunaler Ebene wählen lassen zu wollen. Der Grundgedanke hier ist der, dass man nach dem politischen Umsturz genügend Personal bräuchte, das den Staat verwalten könnte. Hier spielen die Kommunalverwaltungen eine bedeutende Rolle. Oder in den Worten Martin Kohlmanns: „Wir müssen in jedem Kreis und in jeder Stadt Leute haben, die sich mit kommunalen Haushaltssatzungen auskennen, die sich mit Straßenbauvorhaben auskennen, denn das wird es auch später wieder geben. [...] Vom Grundsatz her wird es auch dann noch eine Gemeindeverwaltung geben. Und deswegen muss es auch Leute geben, die diese beherrschen können, und das werden nicht die sein, die es jetzt sind.“⁹

DIE KOMMUNALWAHLEN 2024

Die *Freien Sachsen* behaupteten unter anderem am 13. April 2024 in einem Facebook-Post, dass es neben „der AfD noch Platz für eine zweite heimatreue und patriotische Partei gibt! Die *Freien Sachsen* sind bei Kommunal- bzw. Kreistagswahl am 9. Juni sachsenweit wählbar.“ (Rechtschreibfehler im Original) Tatsächlich traten beide Parteien zu den Wahlen in den drei kreisfreien Städten sowie in allen zehn Landkreisen an. Auf der kommunalen Ebene schaffte es die AfD allerdings nur in 253 Städten und Gemeinden (inkl. der drei kreisfreien Städte Chemnitz, Dresden und Leipzig) und die *Freien Sachsen* sogar nur in 41 der insgesamt 418 Stadt- und Gemeinderatswahlen Kandidierende aufzustellen (Kiess, 2024a).

Das tatsächliche Ergebnis fiel ebenfalls schwach aus. Insgesamt konnten die *Freien Sachsen* bei den Gemeinderatswahlen nur etwas mehr als 3 % der Stimmen erlangen. Allerdings konnten sie in alle Kreistage und kreisfreien Stadträte einziehen und in ihren Hotspot-Regionen –

8) „Sonntagsgespräch“ mit Andreas Hofmann und den politischen Aktivisten Michael Brück & Robert Andres am 28.05.2023.

9) Martin Kohlmann: Rede zum Auftakt ins politische Kampfsjahr 2024.

häufig frühere NPD-Hochburgen – auch zweistellige Prozentwerte einfahren. Damit sind sie nun mit 95 Mandaten in einer Reihe von Gremien vertreten und tragen so zur „Eroberung der Fläche“ durch die extreme Rechte bei (Giesbers, 2024). Von den 95 Mandaten entfielen 63 auf kommunale Gremien und 32 auf die Kreistage und Stadträte der drei kreisfreien Städte. Neben den Mitbegründern der Kleinstpartei, Martin Kohlmann und Stefan Hartung, wurden weitere bundesweit bekannte Neonazis wie Michael Brück (ehemals Dortmund) oder Christian Fischer (ehemals Niedersachsen) gewählt.

Nach den Landtagswahlen wurde bekannt, dass gegen einen 44-jährigen Mandatsträger der *Freien Sachsen* wegen des Verdachts des Wahlbetrugs – sowohl bei den Kommunal- als auch bei den Landtagswahlen – ermittelt wird (MDR Sachsen, 2024). Demnach sollen in einem Dresdner Wahlbezirk 154 Stimmen für die *Freien Sachsen* manipuliert worden sein. Einerseits ist als Motiv des Wahlbetrugs die Erringung von Mandaten aus den oben genannten strategischen Überlegungen heraus zu vermuten. Andererseits könnte zum Kalkül auch gehören, Wahlen zu manipulieren, um das Vertrauen in diese zu unterminieren. Dass demokratische Wahlen sowieso manipuliert werden, taucht in der extrem rechten Telegram-Szene in Sachsen als Narrativ immer wieder auf (Kiess, 2024b), wird bei Wahlen immer wieder aus extrem rechten Kreisen verbreitet (Mathelemuse/Smirnova, 2021) und ist insbesondere unter Anhänger:innen des ehemaligen und nun wiedergewählten US-Präsidenten Donald Trump virulent geworden. Auf Basis dieser Erzählungen erstürmten Demonstrant:innen am 6. Januar 2021 gewaltsam das Kapitol.

Die *Freien Sachsen* sind zwar in einzelne sächsische Kommunalparlamente eingezogen, doch kann diese demokratiefeindliche und neonazistische Partei – entgegen den eigenen, hochtrabenden Fantasien – noch nicht für veränderte Mehrheitsverhältnisse sorgen. Trotzdem ist zu erwarten, dass sie mit der AfD und anderen extrem rechten oder rechtsoffenen Wählergruppen in den betroffenen Kommunalparlamenten zusammenarbeiten werden (siehe die eingangs beschriebenen Fälle). In Zittau, Eilenburg und im Vogtlandkreis geschieht dies zum Beispiel über gemeinsame Fraktionen mit der AfD bzw. der DSU. Sie tragen damit zur Erweiterung des extrem rechten politischen Möglichkeitsraums bei.

DIE LANDTAGSWAHLEN 2024

Lange stand nicht fest, ob die *Freien Sachsen* auch zu den Landtagswahlen antreten würden. Vor dem Hintergrund des schwachen Abschneidens bei den Kommunalwahlen überraschend, durch die Aussicht auf die staatliche Wahlkampfkostenerstattung aber durchaus nachvollziehbar, verkündete die Kleinstpartei kurz vor Ablauf der entsprechenden Fristen der Landeswahlleitung ihren Antritt. Den Wahlkampf bestritten die *Freien Sachsen* gewohnt aggressiv, sie konnten aber kaum über ihre eigene Anhängerschaft hinweg Aufmerksamkeit generieren. So wurden sie von anderen Akteuren nicht als relevant wahrgenommen und auch war der Wahlkampf durch das Rennen um Platz 1 zwischen AfD und CDU, den erstmaligen Antritt des *Bündnis Sahra Wagenknecht* (BSW) sowie das Bangen um den Wiedereinzug in den Landtag bei Linken, Grünen und teilweise der SPD bestimmt. Die *Freien Sachsen* konzentrierten sich bei den Landtagswahlen auf eine reine Zweitstimmenkampagne: Sie riefen dazu auf, mit der Erststimme die AfD und mit der Zweitstimme die *Freien Sachsen* zu wählen. Als Kalkül verbreiteten sie die Botschaft, dass sich dadurch der Anteil der extremen Rechten im zukünftigen Landtag insgesamt vergrößern würde.

Ob der eigenen Bedeutungslosigkeit verbreiteten die *Freien Sachsen*, dass man ausgegrenzt werde, weil Wahlforen z.B. der Lokalzeitungen zwar die AfD regelmäßig einladen würden, nicht aber die *Freien Sachsen*. Diesen Umstand nahm die Kleinstpartei zum Anlass, immer wieder Demonstrationen unter dem Motto „Keine Diskussionsrunde ohne uns!“ vor diesen Veranstaltungen zu organisieren. Damit folgten sie dem erprobten Mittel, auf der Straße mit Provokationen Bilder für die Telegram-Kanäle zu generieren und umgekehrt online für sich und die Straßenaktionen zu werben. Das Vorgehen der *Freien Sachsen* war dabei alles andere als kohärent, wie selbst eigene Anhänger bemerkten. In der Telegram-Gruppe „Freie Sachsen – LK Meißen Diskussion“ schrieb ein User kritisch: „Unser Anspruch, an den Wahlforen teilzunehmen, lässt sich leider nur dann gut begründen, wenn man auch eigene Direktkandidaten hat.“ (12.08.2024) In anderen Gruppen-Posts wird die starke Skepsis gegenüber Wahlen deutlich, was darauf hinweist, dass zumindest diese User eher nicht (auch nicht die *Freien Sachsen*) wählen: „Glaubt diesem Schmierentheater kein Wort! WIR HABEN KEINE GÜLTIGE VERFASSUNG! Sie wollen die AfD nur als letzte Instanz installieren

um weiterhin die Kontrolle zu behalten! WAHLEN UND PARTEIEN SIND ILLEGAL IM BESETZTEN DEUTSCHLAND! Ihr wählt die Geschäftsführer der Firma Bundesrepublik in Deutschland! #Wann-WachtIhrAuf“ (ebd., 20.08.2024) Am Vortag der Wahl versuchten die *Freien Sachsen* über ihren Telegram-Kanal noch einmal vor allem Nicht-Wähler:innen zu mobilisieren:

Liebe Nichtwähler! Warum will man euch einreden, Wahlen würden nichts ändern, wären seit 1956 ungültig oder man würde seine Stimme abgeben und hätte dann keine mehr Genau: Weil ihr mit rund 40% die größte Gruppe unter den Wahlberechtigten seid!! Ihr könnt die politische Situation in Deutschland auf einen Schlag ändern!! Wer will das natürlich verhindern? Genau: die Machthaber, die Regierung, die Altparteien! Darum lasst uns gemeinsam morgen die politische Wende einläuten Mit eurer Zweitstimme für die Freien Sachsen

31.08.2024

Letztlich erzielten die *Freien Sachsen* nur 2,2 % der abgegebenen Zweitstimmen und kaum Erststimmen.¹⁰

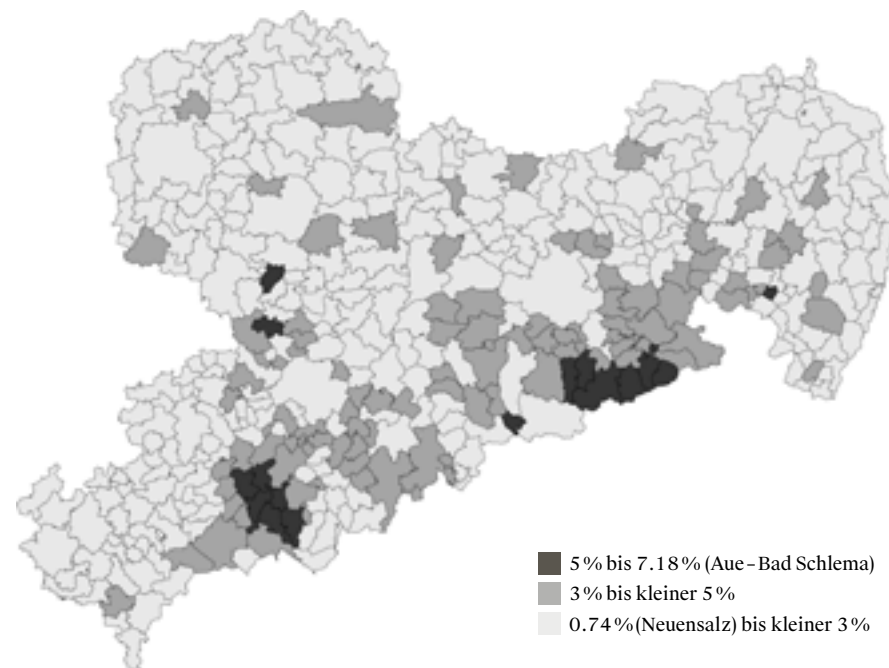
Allerdings ist der Blick auf die räumliche Verteilung des Ergebnisses interessant, da sich so die Hochburgen und auch wichtige Einflussfaktoren für die Wahl dieser neonazistischen Kleinstpartei identifizieren lassen. In Abbildung 1 ist zunächst der Zweitstimmenanteil der *Freien Sachsen* auf Gemeindeebene dargestellt. Auffällig ist, dass sie in weiten Teilen des Bundeslandes kaum über ein Prozent kommen. Im Erzgebirge allerdings erreichten sie in einigen Gemeinden über 5 %. Das höchste Zweitstimmenergebnis von 7,18 % weist die Stadt Aue-Bad Schlema auf, gelegen im Wahlkreis Erzgebirge 2. Mit 4,8 % erzielten die *Freien Sachsen* in diesem ihr bestes Wahlkreisergebnis. Hier trat auch der *Freie-Sachsen*-Mitbegründer Stefan Hartung an, er erreichte allerdings nur 2,3 % der Erststimmen¹¹. Hartung saß schon zuvor in Stadt- und Kreisrat und ist nach dem Abstieg der NPD (seit 2022 Die Heimat) nun mit der Neugründung *Freie Sachsen* mäßig erfolgreich.

10) Diese Prozentzahl entspricht 52.100 gültigen Zweitstimmen landesweit.

11) Der AfD-Direktkandidat gewann mit nur 0,1 Prozentpunkten Vorsprung vor dem CDU-Kandidaten. Beinahe hätte Hartung hier also das AfD-Direktmandat sabotiert.

ABBILDUNG 1

Zweitstimmenanteil der Freien Sachsen (2,2 %) bei den Landtagswahlen 2024 auf Gemeindeebene



Quelle: vorl. amtliches Wahlergebnis Landtagswahl 2024, eigene Darstellung mit STATA 16.1

Mit 3,8 bzw. 3,9 % der Zweitstimmen folgen die Wahlkreise Sächsische Schweiz-Osterzgebirge 3 und 4 südöstlich von Dresden. Im nächsten Schritt wollen wir überprüfen, ob es für die in Abbildung 1 dargestellten regionalen Unterschiede auch strukturelle Gründe gibt.

Dazu greifen wir auf Berechnungen von Marius Dilling zurück, der am EFBI die Wahlanalysen maßgeblich durchführt. In einer kurz nach der Landtagswahl erschienenen Analyse (Kieß/Dilling 2024) ist das Vorgehen ausführlich vorgestellt, auch sind dort weitere Informationen zur Variablenauswahl und zu den Quellen der Strukturdaten nachzulesen. Wir werden hier daher nur die wichtigsten Ergebnisse darstellen.

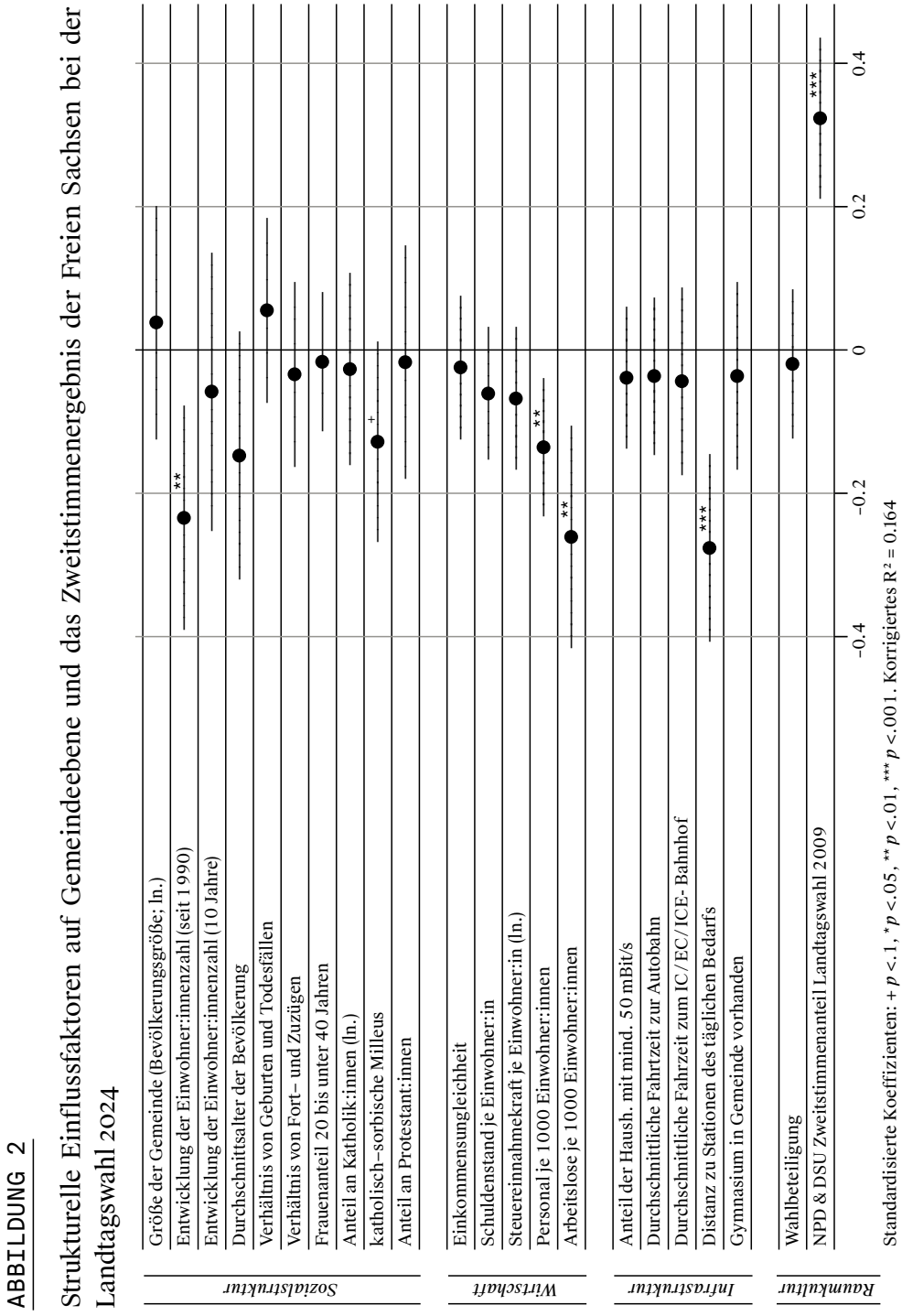
Abbildung 2 zeigt das Ergebnis einer multivariaten Regressionsanalyse, das die gleichzeitige Betrachtung der Einflüsse mehrerer unabhängiger, erklärender Merkmale auf ein abhängiges, zu erklärendes Merkmal (hier: Stimmenanteil der *Freien Sachsen* in einer Gemeinde)

erlaubt. Die Abbildung zeigt, dass das Zweitstimmenergebnis der *Freien Sachsen* signifikant von der Entwicklung der Einwohnerzahl seit 1990 abhängt: Gemeinden, die seitdem gewachsen sind, weisen niedrigere Ergebnisse auf. Relevant sind auch die Personalausstattung der kommunalen Verwaltung sowie die Arbeitslosenquote in einer Gemeinde: Höhere Arbeitslosigkeit korreliert mit niedrigeren Wahlergebnissen für die *Freien Sachsen*, mehr Personal hängt ebenfalls signifikant mit weniger Stimmen für die neonazistische Kleinstpartei zusammen. Je weiter Stationen des öffentlichen Bedarfs wie Apotheke, Grundschule, Supermarkt und ÖPNV-Haltestelle von den Wohnorten der Menschen durchschnittlich entfernt sind (also: je ländlicher) desto niedriger das *Freie Sachsen*-Zweitstimmenergebnis. Den stärksten Einfluss aber hat der Zweitstimmenanteil von DVU und NPD bei den Landtagswahlen 2009.

Die *Freien Sachsen* sind damit nicht unbedingt in den entlegensten und wirtschaftlich schwächsten Gemeinden erfolgreich. Im Gegenteil: In Gemeinden, die durchaus eine gute Infrastruktur und Erreichbarkeit aufweisen (die Stadt Aue, Wahlkreise nahe an Dresden), sind sie stärker als in sehr ländlichen Regionen, wo die Wege weiter sind. Höhere Arbeitslosigkeit bedeutet sogar weniger Zweitstimmen in einer Gemeinde. Am wichtigsten für die Vorhersage der *Freie Sachsen*-Ergebnisse ist das Wahlergebnis neonazistischer Parteien bei früheren Wahlen. Hier hat sich bereits vor einiger Zeit ein extrem rechtes Milieu etabliert, dass die politische Kultur vor Ort prägt. Entscheidend für den Erfolg der *Freien Sachsen* ist damit eine spezifische politische Kultur und die jahrelange Raumnahme extrem rechter Akteure in Sachsen.

FAZIT

Die *Freien Sachsen* bieten ein gutes Beispiel für ein international sichtbares Phänomen: Die extreme Rechte agiert zunehmend bewegungsformig und strömungsübergreifend (Castelli Gattinara et al., 2022). Vereint im Kampf gegen die Demokratie und angebliche Mächte im Hintergrund demonstrieren in Sachsen Reichsbürger:innen, esoterische Corona-Leugner:innen und Neonazis gemeinsam, bestätigen und radikalisieren sich auf digitalen Plattformen und treten bei Wahlen an. Als wichtigste Partei des Spektrums schöpft die AfD dieses Potenzial zwar größtenteils selbst ab. Parteien wie die *Freien Sachsen* und losere Grup-



pierungen sind aber wichtig für die Online-Agitation, die Mobilisierung auf der Straße und die Radikalisierungsdynamik in der Szene. Inzwischen ist Peter Schreiber – langjähriger NPD-Funktionär, Leiter des Deutsche Stimme-Verlags und zuletzt Kandidat der *Freien Sachsen* bei den Kommunalwahlen 2024 – zum Bundesvorsitzenden der Partei *Die Heimat* gewählt worden. Michael Brück nahm mit einem Grußwort für die *Freien Sachsen* am Bundesparteitag teil. Schreiber selbst skizzierte, wie *Die Heimat* denselben Kurs wie die *Freien Sachsen* als „Sammlungsbewegung, Netzwerkpartei und Anti-Parteien-Partei“ einschlägt.¹²

Unsere Analysen zeigen, dass die *Freien Sachsen* ganz explizit auf die Abschaffung der Demokratie hinarbeiten. Ihr Auftreten ist, bei aller Zurückhaltung hinsichtlich offener Shoaleugnung und anderer strafbewehrter Aussagen, als vergleichsweise radikal zu bezeichnen. Das erklärt vermutlich in Teilen, weshalb sie für die AfD auch keine ernsthafte Konkurrenz ist, gilt doch die AfD in weiten Teilen des Bundeslandes als normal.

Bei der sächsischen Landtagswahl 2024 verpassten die *Freien Sachsen* den Einzug ins Parlament deutlich. Vermutlich brachte aber ihr Wahlantritt die AfD, der nur wenige Prozentpunkte zum Sieg fehlten, um deren Wahlsieg. Eine weitere Konsequenz für die Kleinstpartei aus ihrem Wahlantritt ist der aufgrund ihres Ergebnisses bestehende Anspruch auf Wahlkampfkostenerstattung. Dass sie auch in Zukunft auf diese Form der Parteienfinanzierung hoffen können, ist jedoch mehr als ungewiss, da Medienberichten zufolge das Sächsische Staatsministerium des Innern derzeit ein Verbotsverfahren vorbereitet (Sächsische Zeitung 2024). Auch wenn dieses keinen Erfolg haben sollte – etwa weil die Partei ähnlich wie die NPD als zu unwichtig eingestuft wird –, könnte der offensichtlich verfassungsfeindlichen Partei als milderer Mittel die Finanzierung entzogen werden.

Zwar können die *Freien Sachsen* keine durchschlagenden Erfolge bei Wahlen für sich verzeichnen, auf anderen Ebenen sind sie jedoch durchaus ernst zu nehmen. So gelang der Partei eine erfolgreiche Reorganisation der neonazistischen Szene in Sachsen. Unter anderem haben alle ehemaligen NPD-Kader, die heute noch politisch aktiv sind, bei den *Freien Sachsen* ein neues Betätigungsfeld gefunden. Und auch das erzielte Ergebnis selbst ist beachtenswert: Im Vergleich zum Er-

12) Bericht von Arne Schimmer auf der Website des *Freie-Sachsen*-Magazins „Aufgewacht“ vom 24.11.2024.

gebnis der NPD bei den Kommunal- und Landtagswahlen vor fünf Jahren konnten die *Freien Sachsen* die Anzahl der Zweitwählerstimmen mehr als verdoppeln.

Die *Freien Sachsen* sind dort besonders erfolgreich, wo die extreme Rechte schon länger verwurzelt ist. Das lässt sich an der Person Stefan Hartung festmachen, der schon lange für die NPD kommunalpolitisch aktiv war. In Hartungs Wahlkreis sind die *Freien Sachsen* in der Konsequenz heute am erfolgreichsten. Das zeichnet sich aber auch in der Fläche als Tendenz für alle Gemeinden ab. Die extrem rechte Raumnahme auf der lokalen Ebene ist und bleibt damit die größte Herausforderung für die Demokratie in Sachsen.

QUELLEN UND LITERATUR

- Blee, Kathleen/Latif, Mehr (2020). Sociological survey of the far right. In Steven Ash/Joel Buscher/Graham Mackin/Aron Winter (Hrsg.), *Researching the far right: theory, method and practice* (S. 45–59). Abingdon/New York: Routledge.
- Castelli Gattinara, Pietro/Froio, Catarina/Pirro, Andrea L.P. (2022). Far-right protest mobilisation in Europe: Grievances, opportunities and resources. *European Journal of Political Research*, 61(4), 1019–1041.
- Decker, Oliver/Heller, Aylene/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (Hrsg.) (2022). *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022*. Gießen: Psychosozial.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (2023). Autoritäre Dynamiken und die Unzufriedenheit mit der Demokratie. Die rechtsextreme Einstellung in den ostdeutschen Bundesländern. *Policy Paper 2023-2*. Leipzig: Universität Leipzig.
- Dilling, Marius/Kiess, Johannes/Decker, Oliver (2023). Der Sachsen-Monitor 2021/2022. Die Verbreitung antidemokratischer Einstellungen in Sachsen und relevante Einflussgrößen. In Oliver Decker/Fiona Kalkstein/Johannes Kiess (Hrsg.), *Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für 2022* (S. 21–39). Leipzig: edition überland.
- dpa – Deutsche Presseagentur (2024). Rechts-extreme „Freie Sachsen“ holen Vize-Bürgermeisterposten. *Sächsische Zeitung*, 08.08.2024. URL: <https://www.saechsische.de/politik/rechtsextreme-freie-sachsen-holen-vize-buergermeisterposten-36QNI4MWVJAJYWP6UVVEZI5DJY.html> (08.10.2024).
- Giesbers, Tilo (2024). Die Eroberung der Fläche. *Der rechte rand* (Mai/Juni 2024), URL: <https://www.der-rechte-rand.de/archive/10543/die-eroberung-der-flaeche/>.
- Kiess, Johannes/Dilling, Marius (2024). Die Landtagswahl 2024 in Sachsen: Welche Rolle spielen die Sozial-, Wirtschafts- und Infrastruktur sowie die politische Raumkultur auf Gemeindeebene. *EFBI Policy Paper 2024-4*. Leipzig: Universität Leipzig.
- Kiess, Johannes/Nattke, Michael (2024). *Widerstand über alles. Wie die Freien Sachsen die extreme Rechte mobilisieren*. Leipzig: edition überland.
- Kiess, Johannes (2024a). Die Freien Sachsen zur Kommunalwahl 2024. *EFBI Policy Paper 2024-2*. Leipzig: Universität Leipzig.
- Kiess, Johannes (2024b). Der Landtagswahlkampf 2024 in der extrem rechten Telegram-Szene. *EFBI Digital Report 2024-3* (S. 5–8). Leipzig: Universität Leipzig.
- Klärner, Andreas/Kohlstruck, Michael (2006). *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Kulturbüro Sachsen e.V. (2024). *Sachsen rechts unten 2024*. Dresden: Eigenverlag.
- Mathelemuse, Nora/Smirnova, Julia (2021). *Desinformationskampagnen gegen die Wahl. Befunde aus Sachsen-Anhalt*. Berlin: Institute for Strategic Dialogue.
- MDR Sachsen (2024.) Ermittlungen gegen 44-Jährigen wegen Wahlfälschung in Dresden. MDR Sachsen, 13.09.2024. URL: <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/politik/landtagswahl/ermittlungen-wahlfaelschung-briefwahl-durchsuchung-100.html> (23.09.2024).
- Mudde, Cas (2019). *The far right today*. Cambridge: Polity Press.
- Pirro, Andrea L.P. (2023). Far right: The significance of an umbrella concept. *Nations and Nationalism*, 29(1), 101–112.
- Sächsische Zeitung (2024): „Steuergeld für Rechts-extreme“: Werden die Freien Sachsen verboten? *Sächsische Zeitung*, 20.09.2024. URL: <https://www.saechsische.de/politik/regional/werden-die-freien-sachsen-verbieten-IOEYAAMD7LKSG-SC3XXQVYCDJN4.html> (04.12.2024).
- Salzborn, Samuel (2015). *Rechtsextremismus: Erscheinungsformen und Erklärungsansätze*. Baden-Baden: Nomos.























Heimat

DIE POLITISIERUNG EINES GEFÜHLS

Auf den ersten Blick erinnert die rosafarbene Textilskulptur, die unter der Decke der robotron-Kantine in Dresden schwebt, an eine Girlande, wie sie Eltern in Wohnzimmern aufhängen, um ihren Kindern zum Geburtstag eine Freude zu bereiten. Die durchbrochenen Segmente der Skulptur und die Art der Hängung geben ihr etwas Schwebendes, Tänzelnendes, Fröhliches. Die schwebende Textilskulptur trägt den Titel „AAA (Adaptation, Affection, Affirmation)“. Der Künstler heißt Minh Duc Pham. Die Arbeit ist eine von mehr als 30 Beiträgen der Ausstellung „Dazugehören! Belonging!“, die am Ende des langen, heißen Wahlkampfesommers 2024 in der Dresdner robotron-Kantine eröffnet wird. Die beteiligten Künstlerinnen und Künstler leben in Dresden oder stammen aus der Region. In ihren Werken beschäftigen sie sich aus einer überwiegend migrantischen Perspektive mit Fluchterfahrungen, der Geschichte der Vertragsarbeit in der ehemaligen DDR und dem Begriff Heimat. „Dazugehören! Belonging!“ – das ist das Besondere – wird begleitet von einer weiteren Ausstellung mit dem Titel „Offener Prozess“, die zeitgleich zu sehen ist. Deren Werke erzählen die Geschichte des NSU-Komplexes aus migrantischer Perspektive. Mit „Dazugehören! Belonging!“ und „Offener Prozess“ eröffnen am Vorabend einer Wahl, bei der die rechtsextreme AfD 30,6 Prozent der Stimmen erreichen wird, zwei Ausstellungen zeitgenössischer Kunst, die die Themen Migration, Rassismus und gesellschaftlichen Zusammenhalt in den Blick nehmen. Dass sie dies aus überwiegend migrantischer Perspektive tun, markiert eine Lücke, markiert, was gesellschaftlich noch offen ist, was ein offener Prozess ist. Dass die ehemalige Betriebskantine des VEB Robotron – ein Gebäude der architektonischen Ostmoderne – die Werke für die kommenden Wochen beheimatet, kann als Teil dieser Ausstellungen gelesen werden.

WAYS ACROSS THE COUNTRY IM WAHLSOMMER 2024

Die Ausstellungseröffnung in der robotron-Kantine ist einer der letzten Termine auf unseren Reisen durch das ländliche Sachsen. Das Projekt, für das wir unterwegs sind, heißt „Task Force: Ways across the country. Democracy in transforming landscape“. Angesiedelt ist es am Institut für Kulturwissenschaft der Universität Leipzig. Unter dieser Überschrift begeben sich im Wahlsommer 2024 drei Autorinnen auf „literarisch-soziologische Feldforschung“ – so heißt es in der Projektbeschreibung. Meine Kollegin Manja Präkels ist dafür in Brandenburg, Barbara Theriault in Thüringen und ich in Sachsen unterwegs. Der Begriff „Forschung“ ist mir für meine Reisen eigentlich zu hoch gegriffen. Zum einen, weil mein Weg übers Land nicht von einer These geleitet ist, sondern von einem Interesse. Zum anderen, weil mein Blick während des Reisens und auch mein Blick auf die Sammlung an Eindrücken, Begegnungen und Zufällen jetzt, da ich diesen Text schreibe, ein assoziativ-verknüpfender bleibt, einer, der sich weiterhin einer Thesenbildung entzieht, weil bereits die Sprache kaum abzubilden vermag, was ist. Und zum dritten, weil meine eigene Position in diesem Feld keine unbeteiligte ist. Es ist nicht gleich, wer reist, wer sammelt, wer diesen Text schreibt. Meine Perspektive ist bezogen auf meine Herkunft, Sozialisation und meinen Wohnort eine ostdeutsche – ohne Einwanderungs-, aber mit einer Vertreibungsgeschichte am Ende des Zweiten Weltkrieges, deren Nachwirken mir erst langsam bewusst wird.

Meine Eltern sind in der frühen DDR geboren und aufgewachsen. Sie haben ihre Berufe dort gelernt, in Volkseigenen Betrieben gearbeitet und eine Familie gegründet. Die Revolution und die wirtschaftlichen Transformationsjahre haben sie als berufstätige Erwachsene erlebt. Sie waren keine überzeugten Sozialisten, aber auch nicht widerständig. Ich war bei den Pionieren, in der FDJ, habe für eine Mark im Monat Marken in das Heft der Deutsch-sowjetischen-Freundschaft geklebt. Ich wäre nicht auf die Idee gekommen, dass ich mich bei alldem auch hätte dagegen entscheiden können. 1989 war ich 14 Jahre alt. An die DDR habe ich lebhaftere Erinnerungen. Ich war zu jung, um mit einer Last aus diesem System zu gehen, einem System, dessen Wesenskern es war, niemanden ohne Schuld zu entlassen. „Sag mir, wo du stehst“ – berühmtester Titel der Band Oktoberclub – lautete der inquisitorische Imperativ für das Leben in der DDR. Wer sich außerhalb des Systems stellte,

hat nicht nur sich, sondern Freunde und Familie in Gefahr gebracht. Ich erwähne das, weil es in Gesprächen mit Menschen der Generation meiner Eltern eine Rolle spielt. Auch in diesem Sommer. Es ist eine Ambivalenz zu spüren: auf der einen Seite eine Erleichterung, nicht alles erklären zu müssen. „Na, dann kennen Sie das ja.“ Auf der anderen Seite ein Abtasten, wie ich mich zu dieser Vergangenheit positioniere. „Sag mir, wo du stehst“. Das Abtasten findet allerdings eher nonverbal statt. Es kann ein vielsagendes Abwinken sein, ein körperliches Zurückweichen oder ein auffallendes Erröten. Es spricht sich leichter darüber, was einem widerfahren ist, schwerer darüber, was man getan hat. Die gemeinsame Trabant-Heimat ist ein verminte.

Auf meiner Reise durch den sächsischen Wahlsommer begleitet mich Artëm Titeev. Er ist Filmproduzent und kommt aus Kyjiw. Wir kennen uns seit 2018. Damals war ich für eine Recherche zu meinem jüngsten Roman „Bittere Wasser“ in Kyjiw, dem Ort, an den ich meine Romanfigur habe emigrieren lassen. Nun ist er nach Westeuropa emigriert. Ganz real, nicht in der Romanfiktion einer Autorin. Ich schreibe Westeuropa, weil ihn seine Arbeit immer wieder in verschiedene europäische Länder führt. Weil er einen Ort, der ihm Heimat ist, noch nicht wieder gefunden hat. Ich erinnere mich, wie ich damals in Kyjiw nach Vertrautem gesucht habe, um eine erste Verbindung zu dieser mir fremden Stadt herzustellen; in der Mimik der Leute, in der Art, wie die Parks angelegt sind, an den Bushaltestellen im disziplinierten Schlangestehen – eine gemeinsame sozialistische Kulturtechnik. Und ich sehe, das Artëm es auch tut: in den typisch ostdeutschen Garagenanlagen, in der Sowjetpropaganda auf den Ehrenfriedhöfen, den Plattenbausiedlungen.

Von Ende Mai – dem Vorfeld der EU- und Kommunalwahlen – bis Anfang September sind wir mit zwei Unterbrechungen unterwegs. Wir reisen mit Fahrrad und, wenn es aus zeitlichen Gründen nicht geht, mit Bus und Bahn. Das Fahrrad ist bewusst gewählt: Man kommt damit nahezu überall hin. Es ermöglicht, die Landschaft – die topografische, die soziale und die politische – im richtigen Tempo und mit allen Sinnen zu erfassen: Wir sehen, hören, riechen und spüren die Anstiege in den Muskeln. In Mittelsachsen interessiert uns am Beispiel der im Aufbau begriffenen KZ-Gedenkstätte Sachsenburg, was der parlamentarisch und außerparlamentarisch aufstrebende Rechtsextremismus für die Erinnerungskultur bedeutet; im Leipziger Land, was es für die Zukunft eines Dorfes heißt, wenn 80 Prozent der Immobilien der Braunkohle-

gesellschaft gehören, die das Dorf noch bis vor Kurzem abbaggern wollte; in Zwickau, wie der NSU-Komplex in der Stadtgesellschaft nachwirkt; im Erzgebirge und in Ostsachsen, wie das gesellschaftlich-demokratische Engagement an Orten funktioniert, an denen man sich nicht aus dem Weg gehen kann. Und auf all unseren Wegen begleiten uns an den Lichtmasten des Landes die Wahlkampftrompeten. Zumeist ertönen sie in einem Dreiklang aus Migration, Frieden, Feindbild Grün oder Ampel. Und der emotionale Süßstoff, der die jeweilige politische Position der Wählerschaft schmackhaft machen soll, heißt in diesem Wahlkampfsommer: Heimat.

HEIMAT – DIE BESCHWÖRUNG DES IDYLLS

Dass der Begriff Heimat in seinem gefühligen Zuschnitt in benachbarte Sprachen kaum zu übersetzen ist, gibt bereits einen Hinweis auf seine typisch deutsche Melange. In der heutigen Verwendung geht er weit über das hinaus, was er in einem älteren Wortsinn als *Heim* oder *Zuhause* zu bezeichnen suchte. Zur Heimat wird uns das Heim heutzutage erst dann, wenn es sich behaglich, traulich und wärmend anfühlt. Das Heim braucht, um zu Heimat zu werden, einen Gefühlsüberschuss. Dagegen braucht aber das Gefühl von Heimat den konkreten Ort nicht unbedingt.

Die Heimat hat sich von einem Ort zu einem Idyll gewandelt, das wir wiederum nicht einfach in der Welt vorfinden, sondern das beschworen werden will. Es kann die Beschwörung einer Landschaft sein: Auf unseren Reisen fahren wir durch Auenlandschaften, auf alten LPG-Straßen an blühenden Rapsfeldern vorbei, durch beschauliche Lausitzer Dörfer mit ihren Umgebendehäusern, unter den Spreuwolken der Erntemaschinen durch, an der Elbe entlang durch das eingehügelte Dresden. Es ist leicht, Landschaften wie diese symbolisch zu Sehnsuchtsorten umzuformen. Es ist leicht, sich von der Begeisterung für diese Landschaften den Blick verstellen zu lassen. Es ist schwer, sich vorzustellen, dass solche Orte eine andere Seite haben: dass Aufkleber „NS-Zone“ an Fußgängerampeln kleben, dass auf Dorffesten Männer mit Waffen-SS-Adler an der Wade Kinderdienst an der Kartbahn schieben, dass in der Region Zwickau junge Neonazis in einer Art Graswurzelarbeit wieder gesellschaftlich Fuß zu fassen versuchen. Die Schönheit trägt den Terror nicht. Die Schönheit sagt: Sieh da nicht hin.

Das Idyll kann die Beschwörung einer Erinnerung sein, wie in der berühmt gewordenen Madeleine-Szene aus Marcel Prousts Roman „Die Suche nach der verlorenen Zeit“. Dort wird ein in Lindenblütentee getunkter Sandkuchen zum Schlüsselreiz, der dem Ich-Erzähler unwillkürlich ein ganzes Kindheitsuniversum mit all seinen Bildern, Klängen, Gerüchen und Geschmäckern aufblättert. Vielleicht tun dies auch die ukrainischen Schlager, die wir aus Artëms JBL-Box hören, während wir durch den sächsischen Forst radeln oder die Sanddornsträucher, die ihn an die Kindheit in den Karpaten erinnern. Oder die alten Keller- und Abstellräume, die Abenteuerspielplatz der Kindheit einer unserer Interviewpartner in Frankenberg/Sachsenburg waren. Ein Kindheitsidyll, das brüchig wurde, als unser Interviewpartner erfuhr, dass die Keller- und Abstellräume von 1933 bis 1937 zur Kommandantur des früheren Konzentrationslagers Sachsenburg gehörten und dort Häftlinge gefoltert wurden. Aus dem Paradies der Erinnerung kann man eben doch vertrieben werden. Das Idyll kann auch die Beschwörung der bürgerlichen Welt sein, die in ihren Familien- und Lebensvorstellungen so eng ist, dass jede Widersprüchlichkeit, jede Ambivalenz, jeder Zufall, jede Lebenswirklichkeit weichen muss. Für das wärmende, behagliche, trauliche Gefühl will das Idyll unangetastet bleiben. Ihm muss sich alles fügen.

Die Gewalt, die dem Idyll innewohnt, entblättert sich dann, wenn es die Sphäre der individuellen Sehnsüchte, der individuellen Erinnerung verlässt, und zur Norm und zum politischen Leitmotiv wird. Es ist die Politisierung, die das schöne Gefühl schleichend vergiftet. In welcher Kaskade das passiert, dekliniert die rechtsextremistische AfD auf ihren Wahlplakaten mustergültig durch.

„Damit Sachsen Heimat bleibt“

„Unser Geld für unsere Bürger“

„Abschieben. Abschieben. Abschieben.“

Rechtsextremisten säuseln Heimat, aber sie schreien „unser“ und mit diesem „Unser“ zielen sie auf das Ressentiment, auf das Rückschlaggefühl wie der Philosoph, Publizist und Schriftsteller Theodor Lessing es aus dem Französischen übertrug, auf den heimlichen Groll, auf die Bitternis, die sich nach dem Willen der Funktionäre gegen alle und alles richten soll, das sich dem völkischen Idyll nicht fügt: Migranten, queere Menschen, Menschen anderer Hautfarbe, anderer Religion, anderer Haltungen, Menschen mit Behinderung, Homosexuelle, die heiraten, Frauen, die kinderlos sind und in die Führungssetagen drängen.

Und links der Mitte? „Links ist da, wo keine Heimat ist“, lautet ein in der politischen Linken einst gern und vielzitatierter Satz von Jean Améry, österreichischer Schriftsteller und Jude, dem die Nationalsozialisten im Festungslager Breendonk und in Auschwitz zeigten, dass ihre Heimat die seine niemals sein wird. Seit einigen Jahren aber ist es dröhnend still geworden um dieses Zitat. Spätestens nachdem die AfD 2017 mit dem Slogan „Unser Land. Unsere Heimat“ in den Bundestag einzog, begann stattdessen das Ringen um die politische Rückeroberung des Begriffs. Dass also auch die linke Seite des politischen Spektrums in diesem Wahlkampf auf Heimattümelei setzt, verwundert nicht. Das Ausmaß hingegen schon: Das frisch gegründete BSW mag gleich allem eine Heimat geben – Frieden, Würde, Gesundheit, Bildung – und hofft damit allein auf die Kraft des Begriffs, denn auf den großformatigen Plakaten ist allein eine zu sehen: Sahra Wagenknecht, die in keinem der Parlamente sitzen wird, für dessen Wahl sie wirbt. Die Frage, wie beispielsweise der Frieden aussieht, dem das BSW eine Heimat geben will, beantwortet die Partei in Dresden im Vorprogramm ihrer Abschlusskundgebung mit dem Abspielen eines sowjetischen Militärliedes. *Die Linke* dagegen hofft mit Trabant auf dem Plakat der Spitzenkandidatin auf eine Art Proust’schen Madeleine-Effekt, in manchen Regionen – wie dem Erzgebirge – dialektisch verstärkt: „Haamit“. Migrantische Stimmen sind im Chor der heimattümelnden Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer dagegen kaum zu hören und eine kritische Debatte um die dunkle Seite des Heimatbegriffs hat sich – wie es scheint – in den Raum der Kunst zurückgezogen, zum Beispiel in die robotron-Kantine in Dresden.

HAAMIT – DAZUGEHÖRT, WER VON HIER IST

„Meine Eltern waren total glücklich, und ich hab’ das nicht verstanden“, sagt uns Minh Duc Pham an einer Stelle eines längeren Interviews, als wir ihn ein paar Wochen vor der Ausstellungseröffnung in Dresden an seiner alten Schule, dem Clara-Wieck-Gymnasium in Zwickau, treffen. „Sie waren sehr erfolgreich darin, uns [Kinder] von Problemen fernzuhalten.“ Die Stelle des Interviews ist mir noch immer sehr präsent, weil sie eine Bestürzung in mir auslöste.

Pham wurde 1991 im erzgebirgischen Bad Schlema geboren. Seine Eltern kamen als Vertragsarbeiter aus Vietnam in die DDR. Sie haben am Fließband in einem Motorenwerk gearbeitet. Über diese Zeit erzäh-

len sie nicht viel. Das, was sie erzählen, ist meist positiv: „Es muss für sie sehr aufregend gewesen sein. Sie waren in ihren Zwanzigern, als sie in ein Land kamen, dass so weit weg war. Und es gab in den 1980er Jahren hier ganz andere Möglichkeiten als in Vietnam, das noch einige Jahre zuvor im Krieg war.“ Wir sprechen darüber, wie die Migrationsgeschichte der Eltern sein Aufwachsen beeinflusst hat. Es ist eine Erzählung der Gleichzeitigkeit. Gleichzeitig ist ein Wort, das Minh Duc Pham häufig benutzt, wenn er von sich und von seiner Kunst spricht: „Gleichzeitig ist es schwierig, ihren Worten immer zu glauben, weil sie von deutscher wie vietnamesischer Seite gesagt bekommen haben, dass sie dankbar sein müssen, das Privileg, als Vertragsarbeitende tätig sein zu dürfen, überhaupt zu haben.“

Minh Duc Pham erzählt, wie diese Dankbarkeit dazu führen kann, Ungerechtigkeiten nicht zu sehen. Und er spricht vom Anpassungsdruck, den er in seiner Kindheit erlebt hat, zum Beispiel, nicht aufzufallen, in allem gut zu sein und bodenständig, nicht zu prahlen, wenn etwas gelungen ist. „Als ich beim Wettbewerb ‚Jugend musiziert‘ mitgespielt und den ersten Preis gemacht habe, sollte ich das am besten für mich behalten“, erzählt er und lacht: „Nicht angeben, aber trotzdem immer den ersten Platz machen.“

Wir laufen durch das Schulgebäude, das im denkmalgeschützten Schloss Planitz untergebracht ist, dessen Ursprünge bis in das 12. Jahrhundert zurückreichen. Es ist Nachmittag, der erste Schultag nach den Sommerferien. Im gegenüber der Schule gelegenen Park, am japanischen Teehaus, das der Schule als grünes Klassenzimmer dient, sieht man noch Eltern, die ihre Kinder mit Zuckertüte fotografieren. In den Räumen der Schule herrscht dagegen bereits wieder gemäße Ruhe. Der erste Schultag war kurz. Als wir über das Gelände laufen, ist Minh Duc Pham anzumerken, wie positiv die Erinnerungen an seine Schulzeit sind. Es sei schön zu sehen, was aus dem Gebäude geworden ist. Zu seiner Zeit sei vieles noch eine Baustelle gewesen.

Pham erinnert sich an seine Aufnahmeprüfung in der Aula. Die Kinder sollten ihren Namen mit einer Körperbewegung kombinieren. Und weil sein Name nur aus einer einzigen Silbe bestand, hat er eine Pirouette gedreht. Er erinnert sich an das Klavierzimmer mit dem weißen Flügel, wo er seit der fünften Klasse Klavierunterricht hatte, an den früheren Klavierlehrer, der ihn sehr geprägt hat, und daran, wie gut ihm die musische Ausrichtung der Schule und der Zusammenhalt im Chor-

unterricht getan haben. Auch seine Erzählung trägt Züge des Idylls, des Paradieses der Erinnerung, aus dem man sich ungern vertreiben lässt. Nach seinem Kindheitsgefühl gefragt, beschreibt er es als wohlbehütet. Aus heutiger Sicht allerdings gleichzeitig als naiv. Die Freude seiner Eltern, die er damals nicht verstanden hat, galt seinem permanenten Aufenthaltstitel, den er mit dem 16. Geburtstag bekam. Ihm war damals, als Jugendlicher, nicht bewusst, dass die Familie bei einem Fehlverhalten auch jederzeit hätte abgeschoben werden können. „Naiv, aber irgendwo ist es ja auch schön, als Kind so sein zu dürfen“, sagt er. „Im Moment von damals war es gut.“

DIE HEIMAT VERLASSEN, UM DIE NAIVITÄT ZU VERLIEREN

Pham beschreibt seine Kunst als eine Möglichkeit, sich selbst zu verstehen und in der Welt zu verorten. Nach dem Abitur am Clara-Wieck-Gymnasium in Zwickau studiert er Ausstellungsgestaltung und Szenografie an der Staatlichen Hochschule für Gestaltung in Karlsruhe und Performance Studies an der Universität der Künste Berlin. Die Verortung gilt damals zunächst weniger seiner vietnamesischen Herkunft. Es ist vielmehr das Nachdenken über die eigene Queerness, das seine Kunst in den Anfangsjahren prägt. Als er 2018 in Berlin ankommt, trifft er auf eine große vietnamesische Community. Sie hilft ihm, Erfahrungen zu teilen, einzuordnen und zu merken, ich bin ja nicht allein. Das Wort Rassismus lernt er erst dort kennen. Und vielleicht braucht es einen Begriff, um zu verstehen, was einem widerfährt.

Minh Duc Pham berichtet noch einmal über seine Kindheit, über Dinge, die er damals, wie er sagt, noch nicht verstanden hat und die er heute nicht mehr weglächeln würde. Dieses Mal erzählt er von Hänseleien über seinen Namen, Sprüchen über sein Aussehen, die nebenher beim Laufen auf der Straße gefallen sind, und von Stereotypen gegenüber Vietnamesinnen und Vietnamesen oder vietnamesisch-stämmigen Menschen: „Es gab viel Unterschätzung. Das ist damit verbunden, dass man vietnamesischen Menschen immer nachsagt, dass sie brav sind, gehorsam und keine Widerrede geben würden. Das führt zu einer Haltung, dass man mit Leuten wie mir anders umgehen kann als mit anderen weißen Deutschen.“

Noch während wir sprechen, denke ich darüber nach, wann der Begriff Rassismus in meinen Wortschatz gelangt ist. Dass ich es nicht

weiß, verweist auf das Privileg, nicht betroffen zu sein. Beim Begriff Sexismus kann ich das dagegen sehr genau sagen. Pham erzählt uns, auf welchem Weg sich rassistische Erfahrungen so in das eigene Bewertungssystem einbauen, dass sie als solche gar nicht mehr wahrgenommen werden: „Gerade mit Blick auf die Hänseleien auf mein Aussehen bezogen, fing ich als Kind an, ganz naiv darüber nachzudenken, wer ist denn schuld? Ich kann nicht schuld sein, ich habe es mir nicht ausgesucht. Es müssen meine Eltern sein. So hat sich für mich eine ganz naive kindliche Logik ergeben: Okay, ich will deutsch sein. Das könnte ich aber nur, wenn meine Eltern nicht-vietnamesisch gewesen wären. Das war das, was mir mein Umfeld signalisiert hat, und diese Überzeugung hat sich ganz unbewusst auf mich übertragen und etabliert. Ich musste erst von zu Hause wegziehen und studieren, um irgendwann einmal das Wort Rassismus zu hören und zu verstehen, wow, vielleicht bin gar nicht ich das Problem. Bevor ich das Wort kannte, dachte immer, ja, dann liegt es an mir.“

Für ihn, der die Kunst als einen Weg versteht, sich selbst zu verorten, war es dann zwangsläufig, darüber nachzudenken, was es mit seinen Eltern auf sich hat. „Warum bin ich nicht in Vietnam groß geworden, sondern in Deutschland?“ „Wie war das Leben meiner Eltern, bis zu dem Zeitpunkt, wo ich aufgetaucht bin?“ Mittlerweile verschränken sich die Rassismus-Erfahrungen mit der Erfahrung der eigenen Queerness. „Man ist ja als Person nicht nur eine Facette. Es ist ja alles zusammen und deswegen ist die Reaktion der Leute auch etwas dazwischen“, sagt er.

Die schwebende Textilsulptur in der robotron-Kantine in Dresden vereint all dies. Die 14 durchbrochenen Stoffsegmente symbolisieren eine Orchideenblüte, die für ihn in ihrer vulvenartigen Form etwas Matriarchales, etwas Mütterliches und Fürsorgliches ausdrückt und gleichzeitig für queere Lebensrealitäten stehen kann. Denn ihr Name leitet sich aufgrund des Aussehens der Wurzelknollen von dem griechischen Begriff „orchis“ (dt. „Hoden“) ab. Sie gilt seit der Antike als Symbol der Fruchtbarkeit und Männlichkeit, obwohl deren Blüten meist zwittrig sind, deren Fortpflanzung nicht auf binären Geschlechtern beruht. Was die queere Lebensrealität mit der Erfahrung, als Sohn vietnamesischer Eltern aufzuwachsen, die als Vertragsarbeiter in die DDR kamen, verbindet, ist der Anpassungsdruck und der Wunsch dazuzugehören. AAA – Adaptation, Affection, Affirmation. Es ist die Er-

fahrung, konfrontiert zu sein mit dem Stereotyp der besonders gut angepassten und fleißigen „Vorzeigeminorität“. Auch hier sieht Pham Parallelen zu dieser Blume, die auf den Fensterbänken global verbreitet ist, die auf diesem Markt immer günstiger wird, die dafür einer gewissen Normierung unterliegt und einer Erwartungshaltung, was diese Blume bietet, was sie an Status bringt. Und dennoch ist ihm wichtig, dass die Botschaft, die von der schwebenden Textilsulptur ausgeht, eine positive ist. „Ich möchte mit dieser Blume arbeiten, ich möchte mit diesem Farbton arbeiten, das ist etwas Liebliches, es soll wie eine Girlande durch den Raum schweben und uns als Menschen feiern, dass wir solche Räume erschließen können, dass wir Platz, dass wir Sichtbarkeit finden“, sagt Minh Duc Pham bei einem Presserundgang einen Tag vor Eröffnung der Ausstellung, am Ende eines Wahlkampfesommers, der für die unmittelbar bevorstehenden Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg nichts Gutes verheißt. Es ist die hoffnungsfrohe Variante dieser Skulptur.

HEIMAT – DIE HARDWARE UND DIE SOFTWARE

In der Oberlausitz unweit der Grenze zu Tschechien und Polen, in Kittlitz, einer kleinen Gemeinde bei Löbau, treffen wir jemanden, der die Reibung mit der Mehrheitsgesellschaft ebenso kennt. Bernd Stracke, geboren 1963 in Leipzig. In den frühen 1980er Jahren ist er Sänger und Co-Autor der Punkbands „Wutanfall“ und „L'Attentat“. Damit gehört er zur ersten Generation Punks in Leipzig. Es ist eine Subkultur, die bei der staatlich beschworenen Klasse der Werktätigen ebenso aneckt wie bei der SED-Nomenklatura, die damals reagierte, wie sie es immer tat, wenn etwas nicht ins kommunistische Idyll passte oder wenn jemand das kommunistische Idyll in seinen Grundsätzen in Frage stellte: mit Überwachung, Kriminalisierung, Zersetzung und Inhaftierung. Auch Stracke wird inhaftiert. 1986 siedelt nach Westberlin über.

Wir sprechen mit Bernd Stracke darüber, was für ihn Heimat bedeutet. „Eine große Frage“, antwortet er und das stimmt. Die Frage nach der Heimat hatte ich am Beginn unserer Reise nicht geplant, vielmehr ist es der heimattümelnde Wahlkampf vor allem im ländlichen Raum, der mir das Thema immer wieder ins Ohr säuselt. In gewisser Weise ist „Was bedeutet für dich Heimat?“ eine Überwältigungsfrage, schon allein deswegen, weil sie voraussetzt, dass der andere darüber

bereits nachgedacht hat. Hinzukommt die gefühlsmäßige und diskursive Aufladung des Begriffs, die dazu führt, dass man ihn zunächst in für sich und den anderen verdauliche Happen filetieren möchte. Es ist eine Frage, die demjenigen, dem man sie stellt, das Vertrauen abverlangt, sich beim Nachdenken zuschauen zu lassen.

Bernd Stracke hat uns dieses Vertrauen entgegengebracht: „Spontan würde ich schon sagen, Kittlitz, das Haus und der Garten. Aber das ist so die Hardware.“ Stracke spricht darüber, wie sehr er die Natur der Oberlausitz und das Wandern liebt. In die Oberlausitz kommt er 1993. Mit dem Haus, das das Haus seiner Großmutter war, verbinden ihn viele Kindheits- und Jugenderinnerungen. „Die ganzen alten Sachen, die alten Kleider, die alten Bücher, die alten Möbel, die Disko ‚Zur Weintraube‘ und die ersten Mädchenerfahrungen. Das ging auf dem Dorf viel schneller als in der Stadt, aber auch die Natur, immer draußen sein zu können. Das war klasse“, so lauten die Ingredienzien seines Erinnerungsidylls. Nachdem die Mauer gefallen war – er lebt damals in Westberlin –, zieht es ihn nicht gleich zurück in den Osten. Erst als er jobbedingt mit der Restaurierung eines Schlosses im Elsass beschäftigt ist, entschließt er sich, statt eines fremden Schlosses, lieber das eigene Haus auszubauen. Er löst das Haus seiner Kittlitzer Großmutter aus der Erbgemeinschaft aus und zieht 1993 zurück an den Ort seiner Kindheit. In den ersten Jahren ist er mit Bauen beschäftigt.

Aber das ist so die Hardware, hatte Bernd Stracke über sein erstes Filetstück aus dem Heimatbegriff einschränkend angemerkt. Auch ihm reicht das Zuhause nicht, um zu beschreiben, was ihm Heimat bedeutet. „Heimat ist, glaube ich, dort, wo ich auf Akzeptanz treffe, wo ich Freunde habe“, sagt er und fügt an, dass das nicht an einen Ort gebunden sein muss: „Wenn ich zum Beispiel nach Leipzig komme, Freunde treffe und wir sitzen in der Südvorstadt im Café in der Sonne und es gibt ganz viel Selbstverständnis, das heißt, ich muss nicht erklären, wie es mir gerade geht, was gerade los ist, dann gibt es ganz viel Heimatgefühl.“ Stracke beschreibt Heimatgefühl als ein Sich-wohl-Fühlen, als ein Sich-Erkennen unter Freunden. Das ist die Software, wie er sagt. Und doch merkt man ihm an, dass er den Ort – Kittlitz, das Haus und den Garten – nicht so ganz aus seinem Verständnis von Heimat herauslösen kann, dass er die Filetstücke eigentlich gern zusammenbringen möchte: „Ich bin in dieser Heimat; Haus und Garten nicht unbedingt heimisch geworden“, sagt er.

HEIMAT – KEIN GERADLINIDIGES GEFÜHL

Wenn Stracke heute durch seinen Garten geht, freue er sich über jeden Kürbis und jede Tomate, die dort wächst. Was die Menschen betrifft, hat sich das Gefühl über die Jahre immer wieder verändert. „Als ich hierherkam, hab’ ich erstmal nur gebaut“, erzählt er. In den frühen 90ern sei die Atmosphäre noch sehr von der NVA-Offiziershochschule, die es in Löbau gab, geprägt und der Umgangston untereinander sehr militärisch gewesen. Die Menschen hatten mit dem Ankommen in der neuen Gesellschaft zu tun. „Ein Häuschen bauen, was auf einmal ging, wenn man Geld verdiente, einen Kredit aufnehmen und erst einmal rauskriegen, wie das funktioniert“, erzählt er aus dieser Zeit. „Da sind zehn Jahre nichts.“ Im Schatten dieser Selbstbeschäftigung habe sich dann eine subkulturelle Nazi-Skinheadszone entwickelt. Die berühmt-berüchtigten Baseballschlägerjahre. Rechtsextreme Gewalt gibt es in jener Zeit auch in Löbau und Kittlitz und wie vielerorts wird zum Nestbeschmutzer, wer auf das Problem aufmerksam macht. In Löbau/Kittlitz ist das unter anderen Bernd Stracke, der in Reaktion darauf mit Wegbegleitern die Initiative „AUGEN AUF Zivilcourage zeigen“ im Landkreis Löbau-Zittau gründet und die Kultur- und Bildungsarbeit zu seinem Beruf macht. Danach sei es ruhiger geworden. Eine materielle Zufriedenheit sei zu spüren gewesen. „Die Leute hatten ihren SUV und Jack-Wolfskin-Jacken und es war okay“, berichtet er.

Ähnlich erzählten es uns auch Engagierte in Zwickau, die sich, obwohl sie sich seit den 1990ern mit rechtsextremen Strukturen beschäftigten, von der Selbstenttarnung des NSU-Trios im November 2011 überrascht sahen. „Wir haben uns einlullen lassen“, so der selbstkritische Kommentar aus Zwickau, der Stadt, in dem das NSU-Trio zehn Jahre unbehelligt ein relativ normales Leben lebte. Auch SUV und Jack-Wolfskin-Jacken schienen zu flüstern: Sieh da nicht hin.

Für Bernd Stracke in der Oberlausitz sind die Nuller Jahre eine Zeit, die mit einem Gefühl des Ankommens in einer Heimat verbunden ist. Ein Gefühl, dass die Filetstücke – den Ort, das Haus, den Garten, an dem die Kindheitserinnerungen hängen, und das Gefühl des Angenommen-Seins, des Dazugehörens (Belonging!) – zusammenkommen. In dieser Zeit gründet er einen Rugby- und einen Boule-Verein und wird heimisch. Den ersten Knick verortet er in der Zeit der Hartz-4-Gesetze, als nicht nur die Gewerkschaften, sondern vor allem die NPD den Pro-

test organisiert. Einige Jahre später geben sich die Ereignisse die Klinke in die Hand: die ersten Geflüchteten im Zuge der arabischen Revolutionen und des Syrien-Krieges, die großen Pegida-Demonstrationen und später – personell stark überschneidend – die Corona-Proteste an verschiedenen Bundesstraßen, wo sich mit den Impfgegnern die Esoterik-, Naturheiler- und Schulverweigerer-Szene hinzugesellte, dann der Krieg gegen die Ukraine.

„Eigentlich ist es immer dieselbe Unzufriedenheit“, resümiert Stracke, der auch gute Freunde an die Proteste verloren hat. „Wenn ein guter Freund auf einmal für die *Freien Sachsen* antritt, kann ich mit ihm privat nicht mehr umgehen. Jobmäßig muss ich das“, sagt er und kommt auf die Frage nach der Heimat zurück: „Die Hardware ja, das Haus, der Garten, die schöne Oberlausitz. Aber bei der Software merke er, dass ich mich immer mehr zurückziehe und wie sehr mich das an meine DDR-Zeit erinnert.“

„Es ist die Masse, die die Norm definiert“, zitiert Bernd Stracke auf Französisch aus dem Theaterstück „*Rhinocéros*“ (dt. „Die Nashörner“) des rumänisch-französischen Dramatikers Eugène Ionesco. Das Stück ist eine Parabel auf Mitläufertum und Entmenschlichung und gilt als Klassiker des absurden Theaters. Die Handlung beschreibt die Verwandlung der Menschen einer mittelgroßen, eher öden Stadt in der französischen Provinz in eine Herde Nashörner. Die kommt scheinbar aus dem Nichts. Die Verwandlung findet zunächst unmerklich statt, später ist es Wunsch und Entscheidung. Außer der Hauptfigur scheint sich niemand an der Transformation zu stören. Im Gegenteil, zunächst wird die Existenz der Nashörner, später deren Gefährlichkeit geleugnet. Es verschlechtert sich dagegen die Situation derjenigen, die sich der Transformation widersetzen. Das zentrale Motiv des Stücks heißt Verantwortung. „Wenn ich nicht mehr dazugehöre, dann bin ich wieder der Schräge. Und ich habe eigentlich gehofft, dass es anders wird“, sagt er am Ende unseres Gesprächs.

ADAPTION, AFFECTION, AFFIRMATION

Im Anschluss an unseren Besuch in Kittlitz fahren wir nach Dresden. Diesmal mit der Bahn. Auf unserem Programm stehen neben der Ausstellungseröffnung in der robotron-Kantine die Abschlusskundgebungen des BSW und der AfD. Den Wahlabend selbst verbringen wir im

Landtag. Dort sind die Studios der Fernsehsender und Radiostationen aufgebaut. Kurz vor 18 Uhr stehe ich am Wahlstudio der ARD. Mir direkt gegenüber wartet Petra Köpping, die Spitzenkandidatin der SPD, auf die Prognose und ihren Auftritt. Sie trägt eine rote Tunika über einer schwarzen Leggings und rote Sneaker. Ihr Gesicht wirkt angespannt, so angespannt, dass ich interpretiere, sie gehe davon aus, dass die SPD nicht mehr im Landtag vertreten sein wird. Allerorten recken sich die Köpfe den Bildschirmen entgegen. Als Punkt 18 Uhr der Balken für ihre Partei hochgeht, hellt sich das Gesicht der Spitzenkandidatin auf, sie strahlt, umarmt den neben ihr stehenden Parteifreund Martin Dulig, greift sich – eine Geste der Erleichterung – auf den Brustkorb. Es folgen weitere Gesten des Aufatmens. Nach einem Wahlkampf der Beschwörung der Emotion ist die Überraschung der Petra Köpping die einzige wahrhaftige emotionale Reaktion, die mir an diesem Abend hinter den Kulissen begegnet. Die Gesichter der Spitzenkandidaten der anderen Parteien liegen dagegen hinter der gleichen professionellen Maske, wie die zurücknehmende Mimik der Moderatoren, das Hin-und-her-Schieben der Statistikbalken des Jörg Schönenborn, der suchende Blick der Fotografen, das Hin-und-her-Wandern der Kameralleute, die ihre Assistenten vor sich herschieben, die verschränkten Arme der Beobachter des Geschehens, ihr wissender Griff ans Kinn, ihr Blick auf das Smartphone und das Wandern der Puderquaste über das Gesicht von Jörg Urban in der Maske vor den Wahlstudios.

In seinen Interviews nach den ersten Prognosen sagt der Spitzenkandidat und Vorsitzende der der sächsischen AfD, er wolle den Abend erstmal abwarten. Jörg Urban hofft, dass für Platz 1 noch ein paar Nashörner dazukommen. Am Ende wird die rechtsextremistische AfD in Sachsen knapp hinter der CDU auf Platz 2 gewählt. Von einem Erdbeben oder Wahlbeben, von dem viele Zeitungen am Tag nach der Wahl schreiben, ist im Sächsischen Landtag, im Epizentrum des Bebens, nichts zu spüren. Im Gegenteil: Es ist ein Ergebnis, das so wenig überrascht, dass bereits am Wahlabend Erleichterung zu vernehmen ist, dass es nicht schlimmer gekommen ist. Was das Wahlergebnis für diejenigen bedeutet, die nicht gemeint sind, wenn Jörg Urban und seine Truppen „Heimat“ und „unser“ schreien, darüber lässt sich an diesem Abend im Sächsischen Landtag und in der Berichterstattung der Fernsehsender wenig erfahren, viel dagegen wenige Fahrradminuten entfernt in der Dresdner robotron-Kantine.

Damals, in unserem Gespräch am Clara-Wieck-Gymnasium in Zwickau, habe ich Minh Duc Pham noch gefragt, ob die künstlerische Auseinandersetzung mit der Rassismuserfahrung sein Gefühl des In-der-Welt-Seins verändert hat. Er spricht davon, bewusster und gestärkter zu sein: „Weil ich die Dinge viel besser sehen und verstehen kann, kann ich mich auch viel besser wehren. Je mehr Widerstand ich erfahre, desto bewusster möchte ich dagegen angehen.“ Er beschreibt es als einen Prozess, der auch das Verhältnis zu seinen Eltern verändert hat, die er jetzt besser in ihren Nöten sehen kann und nicht nur als Eltern, die für ihr Kind funktionieren. „Ich habe dadurch meinen Frieden gefunden“, sagt er uns zum Abschluss.

Seine Textilskulptur gibt es im Übrigen auch in einer erschöpften Variante, einer Variante, die die Anstrengung des AAA – des Prozesses der Adaptation, Affection, Affirmation – und die Tiefpunkte in den Fokus nimmt, an die man dabei geraten kann. In dieser Variante schwebt sie nicht fröhlich tänzelnd unter der Decke, sondern hängt bewegungsunfähig durch. Und doch ist an diesem Abend des 1. September die hoffnungsfrohe Variante zu sehen.



Ostwärts

SEHNSUCHT NACH ZUKUNFT

Das fotografische Langzeitprojekt „Ostwärts – Sehnsucht nach Zukunft“ ist ein Streifzug durch die Realitäten von jungen Erwachsenen im ländlichen Raum Sachsens und lenkt den Blick dorthin, wo Bedenken auf Träume und Vorurteile auf das reale Leben treffen.

Neben der malerischen Landschaft zeigt es Menschen, die diese zukünftig mit prägen werden. Trotz oder gerade wegen der Herausforderungen der sich wandelnden Gesellschaft suchen sie nach neuen Wegen: Es sind junge Erwachsene, die bleiben, um Veränderungen anzustoßen, und solche, die es nicht mehr aushalten und gehen – um mit Abstand und neuen Ideen zurückzukehren oder von woanders zu unterstützen. Die fotodokumentarische Arbeit rückt damit eine Region in den Fokus, die oft auf Klischees reduziert wird, aber tatsächlich sehr vielschichtig ist. Eine Region, deren Jugend eine Zukunft verdient hat.

Seit 2020 fahre ich immer wieder in Orte wie Colditz, Zwickau, Grimma, Döbeln und viele weitere sächsische Kleinstädte und Dörfer. Ich treffe dort Teenager, junge Erwachsene und diejenigen, die sich für sie einsetzen. In den Fotografien versuche ich einzufangen, was es bedeutet, in Ortschaften zu leben, die in der öffentlichen Wahrnehmung oft im Schatten der ostdeutschen Metropolen stehen. Wo Jugendclubs schließen, aber auch neue Räume für Gemeinschaft entstehen. Ob in Bautzen, Plauen oder Hoyerswerda – in allen Städten begegne ich Initiativen und Projekten, die das eigene Umfeld aktiv mitgestalten. Wenn der Jugendclub fehlt, sind der Sportverein und die freiwillige Jugendfeuerwehr wichtige Treffpunkte, um im Austausch mit anderen zu sein. Es bleiben Orte der Gemeinschaft, an denen im Miteinander Lösungen gefunden werden. Mit ihnen verbunden ist die Sehnsucht, Teil einer Gemeinschaft zu sein und Verantwortung übernehmen zu wollen.

„Ostwärts – Sehnsucht nach Zukunft“ ist eine Einladung, die Realitäten ländlicher Lebenswelten neu zu entdecken und die Dringlichkeit von (emanzipatorischer) Jugendarbeit zu bedenken. Es ist ein Porträt über Aufbruch, Veränderung und Zusammenhalt.

Das, was wir heute beschreiben und zeigen, entscheidet darüber, worüber wir reden und uns Gedanken machen. Je mehr Aufmerksamkeit

wir den Negativ-Narrativen schenken, desto mehr werden diese zukünftig Bestätigung finden. Viele Sachsen tun sich schwer damit, die zugeschriebene Wahrnehmung des ostdeutschen Abgehängtseins abzustreifen. Nicht ohne Grund: Rechte Kräfte, die auf eine wachsende Zahl an Befürwortern stoßen, je lauter sie werden, zerren an allen Ecken. Rückschrittliche Weltbilder finden flächendeckend Verbreitung. Dem gegenüber steht ein weitaus größerer und ungehörter Teil, dem ich mit meiner Arbeit Sichtbarkeit verleihen möchte – den jungen Menschen, die ihre Zukunft mitbestimmen wollen. Mit Sehnsucht nach einer Zukunft, die besser ist als heute – im ländlichen Raum, in Sachsen.

HERAUSGEBERIN UND HERAUSGEBER

- *Oliver Decker*, Prof. Dr. phil., ist Direktor des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts. Er ist außerdem Professor für Sozialpsychologie an der Sigmund Freud Universität Berlin. Seit 2002 leitet er zusammen mit Prof. Dr. Elmar Brähler die Leipziger Autoritarismus Studien (LAS) in Deutschland (bis 2018 Leipziger „Mitte“-Studien).
- *Fiona Kalkstein*, Dr. phil., ist Diplom-Psychologin und stellvertretende Direktorin des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Kritische Psychologie, politische Ökonomie und Unbewusstes, qualitative Forschungsmethoden.
- *Johannes Kiess*, Dr. phil., ist Soziologe und stellvertretender Direktor des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts. Schwerpunkte seiner Forschung sind die Entstehung und Verbreitung politischer Einstellungen und Mobilisierung, die Europaforschung und industrielle Beziehungen.
- *Piotr Kocyba*, Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Else-Frenkel-Brunswik-Institut, forscht schwerpunktmäßig zu rechten Protestmobilisierungen und zur illiberalen Zivilgesellschaft mit einem Fokus auf Ostdeutschland und das östliche Europa.

AUTORINNEN UND AUTOREN

- *Frank Asbrock*, Prof. Dr. phil., ist Professor für Sozialpsychologie an der Technischen Universität Chemnitz und Direktor des Zentrums für kriminologische Forschung Sachsen (ZKFS).
- *Rowenia Bender*, M.Sc., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für kriminologische Forschung Sachsen (ZKFS) und Doktorandin der Sozialpsychologie an der Technischen Universität Chemnitz. Am ZKFS leitet sie ein Projekt zu Vorurteils kriminalität und politisch motivierter Kriminalität.
- *Sophie Bose*, Dr. phil., ist Soziologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Else-Frenkel-Brunswik-Institut. Ostdeutsche Umbrucherfahrungen, Strukturwandel, Gewerkschaften und Rechtsextremismus in der Arbeitswelt bilden ihre Forschungsinteressen.
- *Kazim Celik*, M.A. Politikwissenschaften, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Else-Frenkel-Brunswik-Institut und Mitglied des Kompetenzzentrums für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung an der Universität Leipzig. Seine Forschung legt einen

Schwerpunkt auf Politische Kultur und (Co-)Radikalisierungsprozesse.

- *Iona Dutz* ist freiberufliche Porträt- und Dokumentarfotografin aus Leipzig. Ihre Arbeit umfasst Editorial- und Unternehmensfotografie sowie dokumentarische Projekte, die in Buch- oder Ausstellungsmformaten münden. Mit ihren Arbeiten dokumentiert sie gesellschaftliche Themen und Entwicklungen, insbesondere in Ostdeutschland.
- *Amelie Feuerer*, M.A., befindet sich im Masterstudium der Soziologie und ist wissenschaftliche Hilfskraft am Else-Frenkel-Brunswik-Institut im Bereich Monitoring und Dokumentation. Ihre Schwerpunkte sind die Anziehungskraft autoritärer Bewegungen und ihre Schnittstellen zum Antisemitismus und Antifeminismus.
- *Maja Herms* studiert Politikwissenschaften an der Universität Leipzig. Ihre Interessenschwerpunkte liegen auf der Forschung zur extremen Rechten, Antifeminismus und Maskulinität.
- *Kim Hesch* studiert Psychologie M.Sc. mit dem Schwerpunkt Arbeit, Bildung und Gesellschaft an der Universität Leipzig. Sie ist studentische Mitarbeiterin des Else-Frenkel-Brunswik-Institut mit Fokus auf Krisenerleben von Jugendlichen, Radikalisierung und Antisemitismus.
- *Hannah Hoffmann*, M.Sc., studierte Psychologie an der Universität Leipzig. Aktuell ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Else-Frenkel-Brunswik-Institut und arbeitete dort zum Thema Krisenerleben in der Adoleszenz und Radikalisierung.
- *Andrea Hübler* ist Politikwissenschaftlerin mit den Schwerpunkten extreme Rechte und rechtsmotivierte Gewalt. Sie arbeitet als Geschäftsführerin für den Bereich Beratung beim RAA Sachsen e.V. und leitet die Opferberatung Support für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt.
- *Flora Kampmann* studiert Kulturwissenschaften M.A. an der Universität Leipzig mit einem Fokus auf aktuelle rechte Bewegungen in Deutschland.
- *Alexander Leistner*, Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Kulturwissenschaften der Universität Leipzig. Forschungsschwerpunkte: Kulturosoziologie, historische Soziologie, Protest mit Schwerpunkt auf Ostdeutschland.
- *Nicole Löw*, M.A., ist Soziologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Else-Frenkel-Brunswik-Institut. Ihre derzeitigen Forschungs-

schwerpunkte beziehen sich auf antidemokratische Dynamiken und soziale Konflikte in Institutionen wie der Justiz.

- *Michael Nattke*, Dipl.-Hdl., studierte Wirtschaftspädagogik, Politikwissenschaften, Soziologie und Rechtswissenschaften in Frankfurt (Oder) und Dresden. Seit 2009 arbeitet er im Kulturbüro Sachsen e.V. Seit über 20 Jahren beschäftigt er sich mit organisiertem Neonazismus und rechten Einstellungen in Ostdeutschland.
- *Johanna Niendorf*, M.A. Sozialwissenschaften, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Else-Frenkel-Brunswik-Institut und promoviert zum Zusammenhang von Geschlechterverhältnissen und autoritären Dynamiken. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Antifeminismus, Autoritarismus und Antisemitismus.
- *Jonas Ochsmann*, M.A., war wissenschaftlicher Assistent im Arbeitskämpfe-Projekt, bevor er 2024 für einen Forschungsaufenthalt an das European Trade Union Institute in Brüssel ging. Momentan berät er die Gewerkschaft Ver.di in der Tarifrunde öffentlicher Dienst. Seine Schwerpunkte sind die soziale Strukturierung von Öffentlichkeit, gewerkschaftliche Erneuerung und politische Demokratie.
- *Tina Pruschmann*, Autorin, lebt in Leipzig. Sie war 2024 im Vorfeld der ostdeutschen Landtagswahlen für das Projekt der Universität Leipzig „Ways across the Country – Democracy in Transforming Landscape“ als eine von drei Überlandschreiberinnen im ländlichen Sachsen unterwegs. Für ihren jüngsten Roman „Bittere Wasser“ (Rowohlt Verlag) erhielt sie 2025 den Lessing-Förderpreis des Landes Sachsen.
- *Simone Rauer* studiert Kulturwissenschaften M.A. an der Universität Leipzig und ist als wissenschaftliche Hilfskraft am Deutschen Jugendinstitut im Arbeitsfeld „Prävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe“ tätig.
- *Andre Schmidt*, M.A., ist Soziologe und forscht als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Else-Frenkel-Brunswik-Institut zu Demokratie und Arbeitswelt.
- *Kristin Weber*, Dr. Phil, ist Kriminologin und Soziologin. Sie arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Kriminologische Forschung Sachsen (ZKFS). Außerdem ist sie Leiterin des Projektes „Auswirkungen von Vorurteils kriminalität und politisch motivierter Kriminalität“. Sie ist auf Extremismus und Terrorismus spezialisiert.



Das Projekt wird finanziert durch Mittel auf Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushalts.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek.
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Informationen sind im Internet unter <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-948049-29-4

© 2025, Autorinnen und Autoren.

© Else-Frenkel-Brunswik-Institut an der Universität Leipzig
Dittrichring 18-20
04109 Leipzig
www.efbi.de

© edition überland
Verlagsgesellschaft mbH
Gerichtsweg 28
04103 Leipzig
www.editionueberland.de

Alle Rechte vorbehalten.

Lektorat

Tilman Meckel, Leipzig

Redaktion

Pia Siemer, EFBI, Leipzig

Fotografie und Lithografie

Iona Dutz, Leipzig

Kartografie

Marius Dilling, Leipzig

Gestaltung und Grafiken

Markus Dreßen, Leipzig

Schriftsatz

Markus Dreßen, Pia Siemer,
Charlotte Ruppert, Leipzig

Schrift

Suisse Works, Suisse Int'l Mono,
www.swisstypefaces.com

Papier

Munken Print White, 90 g/m²,
Surbalin Seda, 115 g/m²

Druck und Bindung

Beltz Grafische Betriebe GmbH,
Bad Langensalza

Printed in Germany

Das Else-Frenkel-Brunswik-Institut (EFBI) wurde im Herbst 2020 gegründet, um die demokratisch engagierte Zivilgesellschaft in Sachsen zu unterstützen. Demokratische Initiativen in Sachsen sehen sich mit vielfältigen Problemen konfrontiert – dazu gehören neben fehlenden finanziellen Mitteln vor allem Angriffe und Bedrohungen durch die extreme Rechte. Gleichzeitig mangelt es auch an einem gemeinsamen, aktuellen Wissensstand über die Bedrohung der Demokratie durch Neonazis, Verschwörungsideologen oder Antifeministen.

Ziel der Arbeit des EFBI ist es, demokratiefeindliche Einstellungen, Strukturen und Bestrebungen in Sachsen zu untersuchen und darauf aufbauend wissenschaftliche Analysen zu erstellen. Mit den Methoden der empirischen Sozialforschung soll ein aktueller Wissensstand über die gesellschaftlichen Widersprüche und Konflikte erarbeitet werden. Sozialpsychologie und Gesellschaftstheorie greifen beim Verständnis dieser Konflikte ineinander.

Im Mittelpunkt der Forschung stehen verschiedene Formen der Diskriminierung sowie die Strategien und Dynamiken antidemokratisch und autoritär motivierter Bündnisse. Forschungsfelder des EFBI sind die Einstellungsforschung, die Forschung in Konflikträumen sowie das Monitoring und die Dokumentation antidemokratischer Strukturen und Social-Media-Aktivitäten.